

## Die Ernährungspolitik der Reichshauptstadt.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner über die Wiener Ernährungsfragen.

In der heutigen stark besuchten Volksversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereines hielt Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Rede über Ernährungsfragen und Ernährungspolitik in der Gemeinde. Er führte u. a. aus:

Ich muß einleitend als Prinzip für die Behandlung dieser Fragen aufstellen: Offenheit und Wahrheit. Wie soll ich auch die Bevölkerung zum Sparen und Haushalten anleiten, wenn immer und immer wieder von genügenden Vorräten gesprochen wird und auf den Märkten Knappheit in wichtigen Lebensmitteln herrscht? Die Bevölkerung Wiens hat mit so hingebungsvoller Geduld und Opferwilligkeit die unvermeidlichen Folgen des Krieges ertragen, daß ihr ruhig gesagt werden kann, dieses oder jenes Lebensmittel ist knapp geworden, wir müssen sparen. Dabei bin ich der festen Überzeugung, daß in den Gebieten der Mittelmächte tatsächlich solche Vorräte bestehen, um das Auslangen zu finden. Solche Vorräte bestehen aber nicht, um zu drassen und zu schlemmen, und so wie in einer belagerten Festung, muß auch bei uns an eine Rationierung oder Portionierung geschritten werden, um bei gerechter und gleichmäßiger Verteilung die Lebenshaltung aller Schichten der Bevölkerung ohne die Gefahr einer Unterernährung aufrecht zu halten zu können.

Ueber die Höchstpreispolitik sagte der Redner: Ich habe gleich zu Kriegsbeginn der Einführung lokaler Höchstpreise für Wien widerstrebt, weil ich die Gefahren erkannte, die in einer solchen Festsetzung liegen. Beschränke ich mich darauf, für einen Ort Höchstpreise festzusetzen, und dieser Preis paßt den Produzenten nicht, so geht die Ware um den Ort herum, sucht andere Orte auf, wo solche Preisfestsetzungen nicht bestehen und der Markt verödet. Meine Anschauung hat recht behalten, nicht bloß in Oesterreich, sondern auch in Deutschland. Ungeachtet der vielen Erfahrungen, hat die österreichische Regierung, um nur ein Beispiel hervorzuheben, im Vorjahre Höchstpreise für Hasen und Girschfleisch in Wien festgesetzt. Die Folge war, daß weder Hasen noch Girsche nach Wien gebracht wurden, sondern nach anderen Konsumorten, in welchen höhere Preise bezahlt wurden. Vor kurzem hat man in Dresden für Pflaumen lokale Höchstpreise festgesetzt und die unmittelbare Folge war, wie sich ein Stadtverordneter ausdrückte, „das Pflaumdrama von Dresden“.

Gehen wir nun zur Besprechung von allgemeinen Höchstpreisen über. Auch in dieser Beziehung gibt es lehrreiche Beispiele. Im Spätherbst 1914 hat die Regierung Höchstpreise für Getreide und Mehl verordnet. In der Folge ergab sich, daß das Finanzministerium selbst, als es für die notleidenden Bezirke Galiziens Getreide und Mehl einzukaufen hatte, weit über die Höchstpreise kaufen mußte, weil es sonst nicht in der Lage gewesen wäre, diese Bedürfnisse zu befriedigen. Ein weiteres sehr lehrreiches Beispiel sind die Folgen der Regierungsverordnung über die Festsetzung von Höchstpreisen für Schweine und Fett. Die unmittelbare Wirkung dieser Verordnung war das Veröden des Wiener Marktes und es sind nun sechs Märkte verfallen, ohne daß auch nur ein Schwein den Markt betreten hätte. Der gewesene Handelsminister meinte, daß die ungarischen Mäster sehr bald nachgeben werden. Ich war nicht dieser Meinung und wies darauf hin, daß unter den heutigen Verhältnissen der Wiener Markt zu 90% von der ungarischen Herkunft abhängt und die Produzenten, wenn nicht andere Maßnahmen ergriffen werden, härter seien als die Konsumenten. Tatsächlich sind die ungarischen Mäster bis heute ausgeblieben und die Wiener Selcher sind hinuntergefahren und kaufen die Schweine nicht mehr per Kilo, sondern am Fuß, so daß in der Fattura die Relation zwischen Gewicht und Preis nicht mehr erscheint. Der Gemeinde Wien ist vor kurzem ein Offert auf Schweinefett aus Ungarn zum Preise von 17 Kronen per Kilogramm überreicht worden. Das bedeutet eine Ueberschreitung der normierten Höchstpreise

um 80.000 Kronen per Waggon.

Ich habe dieses Offert dem Grafen Stürgk übergeben, damit der Herr Ministerpräsident die Wirkungen einer Regierungsverordnung ermessen könne. Ich weiß nicht, was darüber verfügt wurde.

Aus den Erfahrungen im Kriegsjahre ergibt sich, daß Höchstpreise nur dann zweckentsprechend und erfolgreich verordnet werden können, wenn der Regierung die volle Verfügung über die mit Höchstpreisen belegte Ware zusteht und wenn der Höchstpreis den natürlichen Produktionskosten entspricht. Selbst das erweist sich

in vielen Fällen noch nicht als genügend, wenn nicht gleichzeitig auch für die entsprechende Ausbringung der Ware, ihre Verkehrssetzung und Verteilung gesorgt wird.

Ein Beispiel bietet gerade in letzter Zeit die Ausbringung der nötigen Menge Kartoffeln für Wien. Bereits im August wurde ein sorgfältig ausgearbeitetes Programm für die Kartoffelversorgung zwischen Regierung, Zentraltransportleitung und Gemeinde ausgearbeitet und auf dem Papiere war somit die Kartoffelversorgung Wiens bis weit in das nächste Jahr hinein festgelegt. Schon im September ergaben sich Schwierigkeiten und wir haben nun alle Anstrengungen zu machen, um nicht nur jene Kartoffelmengen zu bekommen, die für den Tagesbedarf der Wiener Bevölkerung nötig sind, sondern auch die Mengen, welche den Konsum für jene Zeit gewährleisten, in der wegen Frost und sonstiger Witterungsverhältnisse überhaupt der Kartoffeltransport nicht mehr möglich ist.

In Verbindung mit der Höchstpreispolitik kann ich nicht umhin, auch der

### Judikatur wegen Preistreiberei

zu gedenken. Der Bauer, der um wenige Heller den Höchstpreis überschreitet, wurde empfindlich bestraft und hat sich infolge der Strafe vom Markte zurückgezogen. Der kleinen Kräutlerin wurde wegen einiger Heller das Gewerbe recht entzogen, die großen Kartelle aber ließen sich ihre gesteigerten Preise von der Regierung genehmigen und erlangten dafür die Immunität vor dem Staatsanwalt.

Seitdem die Regierung im Vereine mit der Militärbehörde daran gegangen ist, den Kriegsindustriellen die Verteilung von Lebensmitteln an ihre Arbeiter und insbesondere die Einrichtung von Kriegsküchen aufzutragen, und bei dem weiteren Umstände, als in allen Hotels, Gasthäusern, bei Kostgebern usw. Mehl und die anderen Artikel gegen Bezugscheine bezogen werden, ohne daß jedoch vom konsumierenden Publikum Kartenabschnitte abgegeben werden, genießen so und so viele Personen einen doppelten Bezug. Die Familien erhalten die Karten und wollen sie realisieren, der Mann erhält aber die Mehlpfeife, das mit Fett eingebrannte Gemüse ohne Karten. Wenn wir schätzen, daß im Kriegsverbande allein 450.000 Personen in Wien angemeldet sind, ergibt das eine solche Inkonsequenz, daß bei der herrschenden Knappheit an den wichtigsten Lebensmitteln jene Bevölkerungsschichten, die nicht einer Organisation angehören, benachteiligt und verkürzt werden. Knappheit an Lebensmitteln und chaotischer Verteilungsmodus vertragen sich nicht. Außerdem ist dadurch, daß die Regierung und ihre Zentralstellen direkt dotieren, der Gemeinde jede Ueberblick genommen, was an Konsumartikeln nach Wien kommt und wie sie verteilt werden. Eine solche Ueberblick ist aber notwendig, um dem Prinzip der Gerechtigkeit und Gleichmäßigkeit zu entsprechen. Die Gemeinde hat daher — wie ich glaube mit Fug und Recht — gefordert, daß eine Zentrale geschaffen werde, in welcher die Vertreter der Gemeinde und der Konsumenten Sitz und Stimme haben und welcher die Ueberblick über die eingebrachten Lebensmittel und die Art der Verteilung erschlossen wird.

Als schweres Hindernis einer zielbewußten und einheitlichen Ernährungspolitik erwiesen sich die Absperrungsmaßnahmen einzelner Landesherren und auch der Bezirkshauptmannschaften. In diesem Zusammenhange ist wohl auch das

### Verhältnis zu Ungarn

zu berühren, von dessen Bodenfrüchten, von dessen Vieh wir in normalen Zeiten den größten Teil der Wiener Approvisionierung besorgen. Ungarn erklärt, nichts schicken zu können; auch der Import von Vieh und Fleisch hat abgenommen. Ich kann nur die oft geäußerte Forderung wiederholen, daß zwei Staaten einer Monarchie, die gemeinsam Krieg führen, auch ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet mit gleichförmigen Regierungsmaßnahmen darstellen sollten.

# die Ernährungs- und Versorgungspolitik der Reichspost.

Eine weitere Schwierigkeit in den Approvisionierungsmaßnahmen bildet auch die Verteilung derselben in die Kompetenz verschiedener Ministerien, die ungeachtet des neugeschaffenen Ernährungsamtes noch immer besteht und wenn nicht zu anderen Schwierigkeiten zumindest zu bedauerlichen Verzögerungen in der Behandlung dringender Fragen führt. Im Interesse einer gleichmäßigen Versorgung der Bevölkerung mit unentbehrlichen Nahrungsmitteln muß nicht nur ein Ernährungsamt geschaffen, sondern dieses auch mit der nötigen Autorität und Exekutive ausgestattet und müssen in diesem Amte alle Approvisionierungsbelange konzentriert werden. Ein Wille und eine Hand muß dieses Amt führen. Es müssen aber auch die Beziehungen dieses Amtes zur Militärverwaltung so geordnet werden, daß in der Versorgung von Lebens- und Futtermitteln nicht zwischen Militär und Zivil eine Konkurrenz, sondern ein einheitliches gemeinsames Vorgehen obwaltet.

Aus diesen Ausführungen kann schon erkannt werden, daß bei einer derart absolutistisch gestellten Machtfülle der Regierung in Fragen der Ernährungs- und Versorgungspolitik der Gemeinden wenig übrig bleibt. Die Gemeinde Wien hat zu Beginn des Krieges ohne irgend eine rechtliche Verpflichtung zu haben, um die Versorgung mit Lebensmitteln sich bemüht. Ich komme nun darauf,

**was die Gemeinde Wien für Lebensmittelaufkäufe ausgeben hat.**

Das Mehlgeschäft der Gemeinde hat einen Umsatz von 17.664 Waggons Mehl, der Geldumsatz betrug 99.640.000 Kronen. Wir haben im vorigen Jahre 6524 Waggons Kartoffeln angekauft und 134 Waggons Kartoffeln durch eigene Fehung gewonnen. Der Geldwert beträgt 8.197.000 Kronen. Wir haben heuer ein viel größeres Präliminäre beansprucht; im Vorjahre waren es 6524 Waggons, heuer sind es 12.000 Waggons, also nahezu das Doppelte, weil wir ja sehen, daß unter den gegenwärtigen Umständen der Kartoffelbedarf sich außerordentlich steigern wird. Wir sahen im vorigen Jahre, daß große Mengen Kartoffeln infolge des Frostwetters oder infolge anderer Umstände verdorben sind. Wir haben deshalb das ehemalige Wasserwerk in Breitensee zu einer Kartoffeltrocknungsanlage umgewandelt. Nun ist es möglich, aus

diesen Kartoffeln Grieß für den menschlichen Konsum oder Flocken als Tierfutter herzustellen, wodurch ein etwaiger Verlust wesentlich verringert werden kann, weil wir die aus den schlechten Kartoffeln gewonnenen Stoffe zu entsprechenden Preisen absetzen können.

Die Gemeinde hat auch eine große Reihe von Kohlenlagerplätzen errichtet, auf welchen billige Braunkohlen an die Bevölkerung abgegeben werden. Die Gemeinde hat auch eine Anzahl von Rübenn — 1639 Stück — mit einem Kostenaufwand von 1.786.000 Kronen gekauft und im Einvernehmen mit meinem Freund Epitaler einen Teil dieser Röhre den Milchmeiern zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe zur Verfügung gestellt. Leider ist die Anzahl der Röhre der in Wien sesshaften Milchmeier bedeutend zurückgegangen; vor Kriegsausbruch betrug sie 9053, jetzt nur mehr 4200. Die Gemeinde hat auch Reis, Petroleum, Hülsenfrüchte, Butter und Käse gekauft und es gibt überhaupt keinen unentbehrlichen Bedarfsartikel, mit dem ich nicht zu handeln Gelegenheit hätte. Aber eines schwebte uns immer vor: Soweit es anging, haben wir alle diese Waren im Wege der besugten Geschäftsleute in den Verkehr gebracht. Ich muß wirklich anerkennen, daß bei manchem Artikel die Großkaufleute und Detailhändler schwere Opfer gebracht haben; beim Mehlp reis zum Beispiel ist die Spannung so klein, daß der Kaufmann ein Opfer bringt, wenn er dessen Verschleiß übernimmt. Aus der Summe von 221.000.000 Kronen ersehen Sie, welche Arbeit im Rathause geleistet wurde, um die Approvisionierungsbedürfnisse der Stadt nach Möglichkeit aufrecht zu erhalten.

Als neue wichtige Aufgabe erwuchs der Gemeinde die Verteilung der ihr von der Regierung zugewiesenen Lebensmittel. Eben ist die Gemeinde Wien damit beschäftigt, die Mehrationierung für einen Teil der Bevölkerung durchzuführen. Wir hoffen, daß die Verteilung des Mehles nunmehr in geordnete, den einzelnen Haushalt sichernde Bahnen geleitet ist. Sollte sich dieser Vorgang bewähren, so wird die Gemeinde einen Artikel nach dem andern in diese Regelung einbeziehen. Ich glaube sagen zu können, daß

**die nächste Maßnahme die Brotrationierung sein wird.**

Ungeachtet aller Schwierigkeiten hat die Gemeinde sich fortgesetzt bemüht, neue der Bevölkerung dienende Approvisionierungseinrichtungen zu schaffen. Die freigewählten Vertreter der Gemeinde mit ihrem tüchtigen Stabe von Beamten haben mit Aufgebot aller Kräfte sich redlich bemüht, die Schwierigkeiten, welche im Gefolge des Krieges für die städtische Bevölkerung eingetreten sind, nach Möglichkeit zu beseitigen. Der Wirkungsbereich der Gemeinde ist aber nicht so weit gezogen, um aller Schwierigkeiten Herr zu werden und es bedarf des nachvollständigen Eintretens der Regierungsgewalten, um die Lebensmittelversorgung sicherzustellen. Nur durch das Zusammenfassen und Zusammenwirken aller Kräfte im städtischen Leben wird es möglich sein, die Kriegszeit zu überdauern.

Dem Vortrage wohnten u. a. bei die Minister Freiherr v. Trnka und Generalmajor Schaible, Statthalter Freiherr v. Bieleben, Landmarschall Prinz Alois Liechtenstein, Obersthofmeister August Altgraf Salm-Reifferscheidt, die Geheimen Räte Dr. v. Leth und Freiherr v. Engel, Polizeipräsident Baron Gorup, Sektionschef Dr. v. Pranter, der Präsident des Ernährungsamtes R. v. Keller, Hofrat Dr. Freiherr v. Fries in Vertretung des Ministers des Innern, die Vizebürgermeister Sierhammer und Sof, mehrere Reichsratsabgeordnete, zahlreiche Gemeinderäte usw.

## Verschiedene Lebensmittelfragen.

Unter Vorsitz des Ministers des Innern fand heute eine Beratung statt, an der der Präsident des Ernährungsamtes, der Eisenbahnminister und Vertreter des Kriegsministeriums sowie des Armeekorps-Oberkommandos teilgenommen haben. Die Sitzung hatte den Zweck, Maßnahmen zur rascheren Kartoffelzubereitung zu beschließen. Das Militärärar wird für die Zuführen Lastenautos, Pferde und Mannschaften zur Verfügung stellen.

Die Verhandlungen der österreichischen mit der ungarischen Regierung in der Fettfrage werden in den nächsten Tagen wieder aufgenommen und zum Abschluß gebracht werden.

Wie uns von zuständiger Seite weiter mitgeteilt wird, entbehren die Gerüchte, daß den bereits kundgemachten Höchstpreisen für Rind- und Kalbfleisch für das flache Land Niederösterreich nun auch Höchstpreise für Wien und Wiener-Neustadt folgen werden, jeder Grundlage. Für diese beiden Städte eignet sich das starre System der Fleischhöchstpreise aus dem einfachen Grunde nicht, weil hier auch mit ungarischem Vieh gehandelt wird, das bekanntlich teurer als das heimische ist.

M./II. 1916

### Die Vorratsfrage — nicht die Preisfrage ist entscheidend.

Immer mehr bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß für die Sicherstellung unserer Volksernährung bei weiterer Dauer des Krieges nicht die Preisfrage, sondern die Vorratsfrage entscheidend sein muß, d. h. unter allen Umständen die einheimische Landwirtschaftliche Erzeugung zum mindesten auf der alten Höhe gehalten werden müsse. In dieser Hinsicht hat ein Aufsatz von Dr. Graf v. Schwerin-Löwig über „Die Vorratsfrage in unserer Ernährungs-politik“ in weiten Kreisen größte Beachtung gefunden. In einer Ergänzung dazu findet sich eine für weite Kreise interessante Zusammenstellung über die Preise der wichtigsten Lebensmittel in neutralen und feindlichen Staaten nach dem Stande vom Ende Oktober 1916. Die dort gegebenen einwandfreien Zahlen liefern den schlagendsten Beweis dafür, daß es dem deutschen Volke dank der Leistungsfähigkeit seiner Landwirtschaft möglich ist, die wichtigsten Nahrungsmittel billiger zu verzehren, als dies bei unseren Feinden und im neutralen Auslande der Fall ist.

So stellt sich der Preis für eine Tonne Weizen in Berlin auf 260 Mk., in der Schweiz auf 483,78 Mk., in Schweden auf 557,75 Mk., in Italien auf 418,20 Mk. und in London auf 492 Mk. Selbst die nach dem Kriegsende errechneten niedrigeren Preise des Auslandes sind immer noch sehr viel höher als die Höchstpreise in Deutschland, z. B. in London um 76 Mk., in Italien um 72 Mk. und in der Schweiz um über 109 Mk. Die Tonne Roggen kostet in Berlin 220 Mk., in der Schweiz 449,23 Mk. und in Italien 408 Mk. Für die Tonne Gerste, deren Höchstpreis in Berlin 280 Mk. beträgt, müssen in der Schweiz 456,22 Mk., in Schweden 325,95 Mk., in Dänemark 358,80 Mk. und in London 358,11 Mk. bezahlt werden. Für Hafer, der

den gleichen Höchstpreis von 280 Mk. in Berlin hat, beträgt der Preis in der Schweiz 455,38 Mk., in Dänemark 351 Mk., in London 354,66 Mk. und in Italien 326,40 Mk.

Entsprechend den höheren Brotgetreidepreisen des Auslandes sind dort natürlich auch die Brotpreise höher. Ein Kilogramm Brot kostet in Berlin 33 Pf., in der Schweiz 48 Pf., in Dänemark 55 Pf., in Italien 49 Pfennig und in London sogar 60 Pf. Ebenso ist es in den meisten ausländischen Staaten mit den Kartoffeln. Während ein Kilogramm in Berlin mit 11 Pf. bezahlt wird, beträgt der Preis in der Schweiz 25 Pf., in Dänemark 19 Pf. und in London 20 Pf. Für ein Kilogramm Zucker, dessen Höchstpreis in Berlin sich auf 68 Pf. beläuft, müssen in Schweden 95 Pf., in Dänemark 81 Pf., in London 1,28 Mark und in Italien 1,90 Mk. bezahlt werden. Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, ist in allen ausländischen Staaten der Preis für alle Hauptnahrungsmittel bedeutend, zum Teil sogar um das Doppelte höher als bei uns. Das ist nicht nur ein Beweis für die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft und die Wichtigkeit unserer bisherigen volkswirtschaftlichen Grundsätze, sondern angesichts der steigenden Ernährungsschwierigkeiten besonders in England und Italien auch ein Beweis dafür, daß dort die höchsten Preise gezahlt werden, nur um dem Mangel an Vorräten zu begegnen, die aus eigener Kraft nicht erzeugt werden können.

In der Zeit vom 16. bis 26. November.

Der auf den eingebauten Stadtbahnflächen zwischen der Rechten und Linken Wienzeile errichtete neue Markt ist fertiggestellt und der Uebersiedlung des alten Naschmarktes steht daher nichts mehr im Wege. In den Tagen vom 16. bis 26. November wird der Umzug vor sich gehen. Gleich nach der Uebersiedlung erfolgt die Abräumung des alten Marktes und die Demolierung eines Teiles der Freihausrealität wird in Angriff genommen. Dadurch ist auch die Möglichkeit der baulichen Ausgestaltung des Bezirkes Wieden zwischen Karlsplatz, Wiedner Hauptstraße und Wienstraße bis zur Schleismühlgasse gegeben.

Ueber die Verteilung der Stände ist bereits seit längerer Zeit entschieden. Der sogenannte Kleinmarkt wird von der Sezession bis zur Engulgasse reichen und die Stände der Fischhändler, Fleischhauer, Wildbret- und Geflügelhändler, Milch- und Brodverkäufer, dann der Gemüse-, Obst- und Blumenhändler aufnehmen. Nach Ueberschreitung des Straßenbahngeleises bei der Schleismühlgasse betritt man den zweiten Teil des Kleinmarktes; hier werden sich die Eier- und Butterhändler, die Händler mit Mehl und Hülsenfrüchten, mit Fleisch- und Wurstwaren niederlassen.

An den Kleinmarkt schließt sich der Grobmarkt an, der sich bis zur Magdalenenbrücke erstreckt. Hier stehen in schier endlosen Reihen die Verkaufshütten für die Südfrüchten-, Obst- und Grünwarenhändler. Der Markt wird durch zwei große asphaltierte Flächen — auch die Verkehrswege sind asphaltiert — abgeschlossen, sie bieten reichlich Raum für Sum-

derde von „landesüblichem“ Fuhrwerk, auf dem die Marktwaren von den Bauern zur Stadt gebracht werden.

Mehr als 800 Stände stehen zur Verfügung; sie sind durchwegs gedeckt und von sehr solider Bauart, mit elektrischem Licht, Wasserleitung und vielfach auch mit Telefonanlagen versehen. Die ganze Anlage macht den Eindruck der Gliederung ungeheurer langer Hallen, dazwischen erheben sich geschmackvoll ausgeführte Pavillons für die Marktämter. In den Längs- und Querstraßen des langen Marktplazes können sich gleichzeitig 50.000 Personen bequem bewegen, um ihre Einkäufe ohne Drängen und Stoßen zu besorgen, das auf dem alten Markt mit seiner unpraktischen Anlage unvermeidlich war. Es sind auch Vorrichtungen zum Waschen der Gemüse und Reinigen anderer Waren, dann zwei Auslaufbrunnen mit Trinkwasser vorhanden. Inmitten des Marktes erhebt sich die alte Johanniskapelle, welche aus dem Freihaus hierher verpflanzt wurde.

\* \* \*

Zur Verlegung des Naschmarktes erläßt der Magistrat folgende Kundmachung: Der auf der Fläche vor dem Freihaus bestehende Naschmarkt im 4. Bezirk wird in der Zeit vom 16. bis 26. d. auf den zwischen der Rechten und Linken Wienzeile einerseits und dem Getreidemarkt und der Steggasse anderseits neu errichteten Marktplatz verlegt.

Für die Uebersiedlung der Marktparteien wird angeordnet:

1. Die Marktparteien des Grob- und Kleinmarktes mit Ausnahme der im Punkt 2 aufgezählten haben in der Zeit vom 16. d. bis einschließlich 23. d. auf den neuen Marktplatz zu übersiedeln.

2. Die Marktparteien nachfolgender Gewerbe: Fleischhauer, Selbwarenverschleifer, Wildbret- und Geflügelhändler und Fischhändler haben in der Zeit vom 20. bis einschließlich 26. d. auf den neuen Marktplatz zu übersiedeln.

Die Stand- und Lagerplätze des alten Naschmarktes haben die bisherigen Marktparteien zu räumen, und zwar die im Punkt 1 aufgezählten in der Zeit vom 20. bis 26. d., die im Punkt 2 aufgezählten in der Zeit vom 27. bis 30. d. In der Zeit vom 16. bis 26. d. kann nach Maßgabe der Uebersiedlung der Parteien ein Verkauf auf beiden Marktplätzen stattfinden. Die Zuweisung der Verkaufsplätze auf dem neuen Marktplatz erfolgt durch das Marktamt.

Mit 26. d. wird der bisher auf dem Platze vor dem Freihaus abgehaltene Markt aufgelassen. Vom 27. d. an ist der Verkauf der Marktwaren auf allen Stand- und Lagerplätzen des aufgelassenen Marktplazes verboten. Für den neuen Markt gelten die Vorschriften der Marktordnung für die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

12./XI. 1916

## Das wichtigste Amt.

Es ist schon ziemlich lange her, seit man an den maßgebenden Stellen in Oesterreich erkannt hat, daß wir ein Ernährungsamt dringend nötig haben. Und nun ist auch bereits eine stattliche Anzahl von Wochen verflossen, seit mit der Einrichtung eines solchen Amtes tatsächlich begonnen wurde. Es hatte seine Leiter und seine Beamten, die alle zusammen fleißig arbeiten und gewiß versuchten, zu leisten, was ihnen möglich war, und was man ihnen möglich gemacht hat. Dennoch kann sich niemand dem Eindruck verschließen, daß dieses Amt sich von seiner Geburt an in einer Krise befand und sich selbst weder je für fertig und funktionsfähig hielt, noch von irgend jemandem als etwas Ganzes und Fertiges genommen wurde. Die Verhältnisse sind über diese Neugründung in der Gemeinschaft unserer Aemter hinausgewachsen, während diese noch im Entstehen war. Die Bedeutung der Ernährungsfrage, ihr Umfang, ihre Schwierigkeit, wuchsen zusehends, ohne auf irgendwelche Kompetenzen oder sonstige bürokratische Abrenzungen Rücksicht zu nehmen, und diesem unheimlichen Wachstum gegenüber schien die Kraft und Macht des neuen Amtes immer mehr zusammenzuschrumpfen.

Seit der Uebernahme des Ministerpräsidiums durch Herrn v. Koerber ist die Krise unseres Ernährungsamtes gleichsam offiziell geworden, denn es war eine der ersten Arbeiten des neuen

Mannes an der Spitze der österreichischen Regierung, auch einen neuen Mann als Ernährungsminister an die Spitze eines neuen Ernährungsamtes setzen zu wollen, das mit dem alten kaum mehr den Namen gemeinjam haben wird, — einen Mann von besonderer Autorität, dessen Pläne, von der Schablone abweichende Einfälle und vielleicht nicht immer alle Sonderinteressen und wehleidigberücksichtigenden Anordnungen nicht vor jedem Exzellenztitel halt machen müssen. Der Mann ist noch nicht gefunden, obgleich man weiß, daß Herr Dr. v. Koerber ihn Tag und Nacht sucht. Es ist aber die höchste Zeit, daß man seiner habhaft werde, und daß er der Richtige sei, denn er ist es ja, der das Amt erst schaffen soll, während es an allen Ecken und Enden schon äußerst dringlich wäre, daß man nicht nur das Amt, sondern sogar schon die segensreichen Wirkungen seiner zweckmäßigen Tätigkeit erkennen und verspüren könnte. Der Winter steht vor der Tür, die Vorräte mehren sich nicht mehr, sondern werden täglich geringer, und die Bevölkerung darf zumindest verlangen, daß die Zeit, die verstreicht, bis dieses wichtigste aller Aemter geschaffen wird, nicht später als Grund dafür angeführt werde, daß dieses Amt, wenn es einmal fertig sein wird, nichts mehr leisten könne. In Deutschland arbeitet das Ernährungsamt schon ein halbes Jahr lang, und es hat sich jetzt herausgestellt, daß ihm noch ein Kriegsamt zur Seite gestellt werden mußte, das die Versorgung der Kriegsarbeiter durchzuführen bestimmt ist. Auch dieses Amt ist bereits in voller Tätigkeit. Die Ungarn haben sich ihr Kriegsernährungsamt schon eingerichtet, und wenn man auch von hier aus nichts darüber sagen kann, ob es bereits etwas Erspriechliches leistet, so hat es doch jedenfalls ein sehr vernünftiges und sehr radikales Organisationsstatut, das seinem Leiter die Möglichkeit gibt, sich zu betätigen und durchzuführen, was er will.

Auch der neue Mann, den Herr Dr. v. Koerber für uns sucht, muß die Arme frei haben. Nach deutschem Muster sollte ihm das Recht eingeräumt werden, sich die tüchtigsten Beamten, deren er bedarf, auf dem kürzesten Wege von dort zu holen, wo er sie findet. Es

muß dafür gesorgt werden, daß er die Autorität und die Möglichkeit hat, auch der Militärbehörde gegenüber durchzusetzen, was er für unerlässlich hält. In Deutschland geht das ganz aut. Vor allem aber muß er jetzt dasein, und keinerlei bürokratische Engherzigkeit, keine Titel- und Kompetenzfragen dürfen hindern, daß der Mann, der für den Richtigen gehalten wird, auch wirklich an die richtige Stelle gelange. Denn, wie gesagt, wir haben keine Zeit zu verlieren, und eigentlich gewährt nur die Gnade eines milden Herbstes den Suchenden noch eine ganz kurze Frist. Wenn die Kälte hereinbricht, die Menschen sich besser nähren müssen, Kohle und Petroleum brauchen, wenn die armen Frauen nicht ohne schwersten Schaden an ihrer Gesundheit nächtelang auf der Straße stehen können, um ein Stück Brot zu bekommen, dann muß der neue Mann schon mitten in der Arbeit sein. Das wichtigste Amt darf nicht am längsten auf sich warten lassen,

**Erster Wiener Konsumverein.**

Die Abgabe von Mehl, Butter, Kaffee, Zucker und Seife findet in der kommenden Woche für die erste Gruppe der Mitglieder am Dienstag, für die zweite Gruppe der Mitglieder am Freitag statt. Der Verein teilt mit, daß er seit längerer Zeit keine Kartoffeln zugewiesen erhielt und bemüht ist, durch Beschaffung großer Mengen von Kraut und weißen Rüben seinen Mitgliedern Ersatz zu bieten.

**Konsumverein von Bankangestellten.**

Wien, I. Rochgasse 2.

Kommende Woche findet der Verkauf Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von  $\frac{1}{2}$  8 Uhr früh bis  $\frac{1}{2}$  1 Uhr nachmittags und von  $\frac{1}{2}$  3 Uhr nachmittags bis  $\frac{1}{2}$  7 Uhr abends, Samstag von  $\frac{1}{2}$  8 Uhr früh bis 12 Uhr mittags und von  $\frac{1}{2}$  2 Uhr nachmittags bis 6 Uhr abends statt. Mittwoch den 15. November (Feiertag) findet kein Verkauf statt. Verkaufseinteilung: Montag den 13. November Mitgliedsnummer 1 bis 750; Dienstag den 14. November Mitgliedsnummer 751 bis 1500; Mittwoch den 15. November (Feiertag) kein Verkauf; Donnerstag den 16. November Mitgliedsnummer 1501 bis 2250; Freitag den 17. November Mitgliedsnummer 2251 bis 3000; Samstag den 18. November 3001 bis 4000. (Nr. 4001 bis 4500 im Zweiglokal.)

**Reichswirtschaftsbund der Festangestellten.  
Warenabteilung.**

Von Montag den 12. d. angefangen wird an die Mitglieder Mehl nur mehr unter Einhaltung der bestehenden behördlichen Anordnungen verkauft. Es sind daher die blauen Mehlbezugscheine sowie sämtliche Mehlsorten mitzubringen. — In der nächsten Woche kommen außer Mehl noch Butter, Schmalz, Tafelsalz, Äpfel, Kakao, Schokolade, Sardinen und Seife zum Verkauf. Gegen Vorweisung des Laufscheines oder der Milchkarte wird für Kinder bis zu vier Jahren Gries abgegeben. Am Mittwoch den 15. November findet der Verkauf in allen Filialen nur in der Zeit von 7 bis 1 Uhr statt. Die Bezugsbücher an die neuen Mitglieder werden in den zugewiesenen Filialen ausgegeben.

### Konsumentenpolitik.

Von Dr. Franz Stöhr, Diskussionsrede in der Hausfrauen-Versammlung der „Nagel“.

Das wichtigste Problem in unserem heutigen Staatsleben bildet wohl die Approvisionierungsfrage, von deren richtiger Lösung die Voraussetzungen für einen sicheren Erfolg — die Erhaltung der Volksgesundheit, der wirtschaftlichen Kraft unseres Volkes und dessen unbeugsamer Wille zum Durchhalten und zum Siege abhängen.

Bei der Bearbeitung dieser Aufgabe ist es unerlässlich, einen höheren Standpunkt einzunehmen, großzügigere Maßnahmen in Anwendung zu bringen, selbst auf die Gefahr hin, mit scheinbaren Härten in unsere ganze wirtschaftliche Struktur auf Dauer des Krieges eingreifen zu müssen — aber wir stehen eben vor der Frage Sein oder Nichtsein, vor welcher Sonderinteressen einzelner zurücktreten müssen.

Alle bisherigen Organisationsmaßnahmen haben uns auf dem Wege der Approvisionierungsfrage nicht weiter gebracht als bis zu den heute allgemein genugsam bekannten, höchst unbefriedigenden Verhältnissen, und es dürfte kaum möglich sein, daß unsere zivilen Verwaltungsstellen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln daran mehr viel ändern können. Ganz andere Möglichkeiten hingegen würden sich eröffnen, wenn hier die militärische Staatsgewalt eingreifen würde, die grundlegenden Wandel schaffen könnte.

Der Krieg ist, ganz abgesehen von seinem Ausgang, eine schwere Heimtuchung für jeden Staat und alle seine Bürger, dessen Opfer und Lasten auch von allen gleichmäßig zu tragen sind; es bleibt eine Unmoral und durch nichts zu rechtfertigende Ungerechtigkeit, eine schwere Verübung gegen die Gemeinamkeit, wenn einzelne auf Kosten aller sich bereichern. Andererseits sind alle Unternehmungen für die Friedenswirtschaft gegründet, haben mit dem Friedensgeschäftsgewinn ihre Existenz gefunden, sie haben größeren Gewinn im Kriege nicht zu beanspruchen.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, bleibt nur eine Forderung zu stellen: „Mit der militärischen Mobilisierung, die jeden Wehrfähigen aufruft, Gut und Blut dem Vaterlande zu opfern, müßte, da dies nicht bei Kriegsbeginn geschehen, noch jetzt gewissermaßen eine zivile Mobilisierung für Kriegsdauer angeordnet werden, für alle jene, die sich mit Produktion und Handel von unentbehrlichen Bedarfsgegenständen, insbesondere von Lebensmitteln beschäftigen. Deren Bestände wären gegen einen Schlüsselpreis: Friedenspreis plus bei der Übernahme nachweisbare Mehrkosten plus einem festzusetzenden Betrag als Verzinsung des für Mehrkosten investierten Kapitals, vom Staat zu übernehmen. Der Staat wird alleiniger Eigentümer aller dieser Artikel, er bestimmt die Preise, er verteilt. Die bisherigen Produzenten, und das gilt für alle, ob groß, ob klein, ob Urproduzent oder Weiterverarbeitender, arbeiten dann unter staatlicher Kontrolle, die Handelsunternehmungen aber könnten, der gleichen Kontrolle unterstellt, nach Möglichkeit als staatliche Verteilungsstellen designiert werden, die nach Ausmaß ihrer Leistungen zu entschädigen wären.“

Diese staatliche Bewirtschaftung der Lebensmittel und Bedarfsartikel würde die Verhältnisse von Grund auf umgestalten. Es würden alle Bestände von Nahrungsmitteln sofort der Zentralstelle zur Verfügung stehen, da eine Verheimlichung nicht mehr möglich wäre, aber auch keinen Zweck hätte, denn außerhalb des staatlichen Monopols wären die Waren nicht mehr verkäuflich — und die Produktion könnte zur höchsten Leistung gebracht werden. Die verschiedenen Zentralen, Requisitionswesen und Produktionszwang haben bisher keine befriedigenden Resultate gebracht. Nur durch Ausbringung der genügenden Lebensmittel aber kann die Gesundheit des Volkes vor den bösen Folgen der Unterernährung geschützt werden.

Bei diesem Punkte wäre darauf hinzuweisen, daß die in den besetzten Gebieten, speziell Polens, vorhandenen Überschüsse an Nahrungsmitteln keinesfalls einzelnen spekulativen Händlern überlassen werden dürften, sondern ausschließlich dem staatlichen Zentralorgane für das Ernährungswesen zur Verfügung stehen sollten.

Die zweite unumgängliche Notwendigkeit, die gleichmäßige, unbedingt gerecht durchgeführte Verteilung, die heute durch die verschiedenen Bezugsarten ganz unzulänglich geschieht, wird nur durch die staatlichen Verteilungsstellen unter Anwendung von Bezugskarten und Rationierung der Konsumenten, in welche alle Konsumentenorganisationen einzubeziehen sind, einwandfrei vollzogen werden können. Durch die Beschlagnahme des Staates von allen Lebensmitteln werden aber gleichzeitig jene bezirksweisen Abgrenzungen der Zufuhr fallen, die bisher nur unheilvoll gewirkt haben. Es geht aber auch nicht an, den Willen der Konsumenten zur Organisation irgendwie unterdrücken zu wollen!

Das Bewußtsein einer gleichen und gerechten Verteilung wird jedem einzelnen das Durchhalten erleichtern helfen, seine Widerstandskraft, seine Opferfähigkeit beleben.

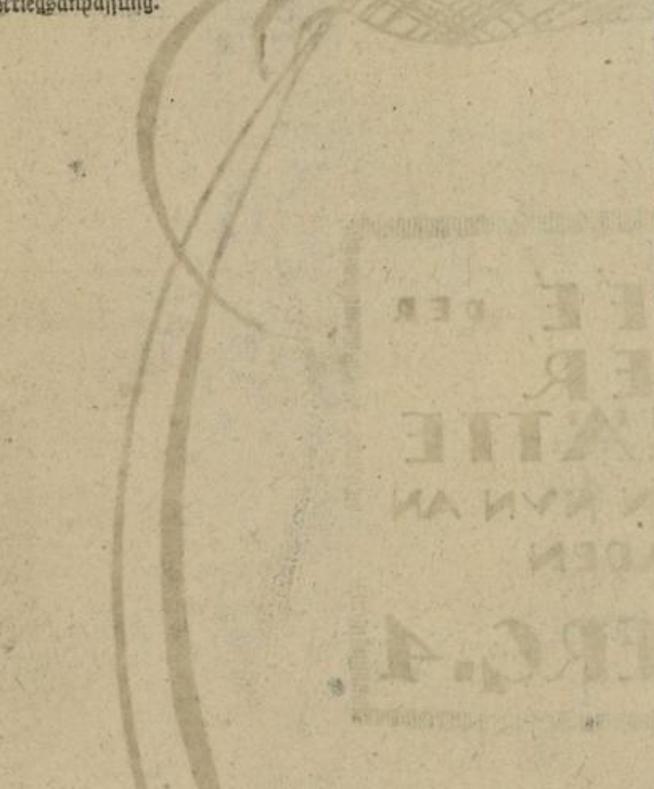
Die Maßnahme der Höchstpreise hat wohl unbeabsichtigt die konträrste Wirkung geäußert. Durch das Eingreifen der Staatsgewalt in der gezeichneten Art aber würde es möglich, schrittweise sich den alten Friedenspreisen bis auf einen gewissen Prozentsatz immer mehr zu nähern — auf jeden Fall würden die Wucherpreise unmöglich gemacht und die Kauf-

kraft, der Wert unseres Geldes würde zum großen Teile wieder hergestellt, unsere wirtschaftliche Kraft und damit unsere Widerstandskraft wesentlich gehoben.

Die Durchführungsarbeiten einer derartigen Organisation sind keine leichten, aber wir haben auf anderen Gebieten Schwereres zu leisten, die ungeheuerliche Aufgabe, der unser Reich gegenübergestellt ist, verlangt äußerste Anstrengung aller Kräfte, und jeder Gutgesinnte wird sein Ganzes zum Wohle des Vaterlandes bereitwillig einsetzen.

### Die Forderungen der Hausfrauen an das Ernährungsamt.

Es bedarf einer gründlichen Kursänderung, wenn endlich die immer schwerer fühlbar werdenden Ungerechtigkeiten aufhören sollen, die mangels einheitlicher Verteilungsformen die mittleren und kleinen Haushaltungen schwer bedrücken. Heute unterscheidet sich die Lebensmittelversorgung Österreichs von der Deutschlands darin, daß dort alle Kreise gleichmäßig unter den Entbehrungen des Krieges leiden müssen, während es hier infolge der vielen offenen Hintertüren und der Umgehungsmöglichkeit der meisten Verordnungen für die Besitzenden noch immer möglich ist, Verschwendung zu treiben, wodurch ein um so schmerzhaft schmählicher fühlbarer Mangel für die Winderbmittelten eintritt. Auf keinem Gebiete entspricht die Durchführung im Sinne der notwendigen Kriegsanpassung.



Bezüglich des Fleisches verweisen wir auf die dringende Notwendigkeit der Herausgabe der Fleischkarte. Bei der Verschwendung, die heute in den leistungsfähigen Kreisen noch immer mit Fleisch getrieben wird, ist es notwendig, daß eine Begrenzung des Fleischgenusses für den einzelnen Begüterten behördlicherseits gezogen wird. Der Vorschlag, denjenigen, die von vornherein aus materiellen Gründen auf die Gewährung der Fleischkarte verzichten, erhöhte Brot- und Mehlrationen zuzuwenden, oder Berechtigungskarten für den Bezug aus kommunalen Fett- oder Kartoffelvorräten zu verleihen, wäre in Kombination zu ziehen, wie andererseits denjenigen, die eine Fleischkarte erhalten, die Brot- und Mehlration gekürzt werden könnte.

Was die Fettfrage anbelangt, so beanständen wir seit Monaten die unsinnige Verfügung, daß diejenigen, die entsprechend Fettvorräte aufgehäuft haben, als Prämie für ihre Samsterei, Butterkarten erhalten, während jene, die der öffentlichen Aufforderung gemäß nicht gehamstert haben, schwer zurückgesetzt erscheinen.

Der Unzug, daß zu außerordentlich hohen Preisen Schweinefleisch mit großen Mengen angewachsenen Fettes als Umgehung der Fettkartenvorschrift für die Legierten abgegeben wird, ist von uns schon zu wiederholten Malen gekennzeichnet worden und wir verlangen die Abstellung desselben. Ebenso verlangen wir die Einbeziehung der Fettgänse in die Fettkartenmenge.

Was das Mehl anbelangt, so ist vor allem eine gleichmäßige Beteiligung aller Konsumentenorganisationen Pflicht des Ernährungsamtes. Es geht nicht an, daß einzelnen Konsumenten-

organisationen, die sich durch besonders billige Abgabe der Lebensmittel seit Kriegsbeginn für die Allgemeinheit ebenso verdient haben, aus Gründen der Parteilichkeit von dem Mehlbezug einfach ausgeschaltet werden. Es handelte sich hier um die organisierte Verteilung an 50.000 Haushaltungen (davon zum großen Teil erwerbende Frauen, ferner Kleinverwerbetreibende, Handwerkerfamilien, Hausbesorgerfamilien usw.) wie unsere Rapportionierung mittels Melbezettel anlässlich der Eierbezugsarten ergab.

Bezüglich des Zuckers verlangen wir auf das energischste die endliche Freigabe des Saccharins. Wir möchten bei dieser Gelegenheit den Vorschlag machen, daß das Saccharin, das ja auch nur in begrenzten Mengen zur Verfügung steht, mit einbezogen wird in die Zuckertarte, damit die Höchstbegüterten, bei denen es auf den Nährwert des Zuckers nicht ankommt, sondern denen derselbe nur Genußmittel ist, in größerer Menge den Süßstoff Saccharin verwenden und die Winderbmittelten, die auf das Vollnahrungsmittel angewiesen sind ihren vollen Bedarf an Zucker decken können. Die obligatorische Einführung des Saccharins an Stelle des Zuckers in den Augustkaffeehäusern erscheint uns als unbedingte Notwendigkeit. Auch bezüglich der Kaffeeverteilung ist zu wünschen, daß die anerkannt guten Surrogate zur Streckung der Vorräte in die Kaffeearte mit einbezogen werden. Allerdings ist es Voraussetzung, daß das Ernährungsamt dem Surrogat-Vertrieb im allgemeinen sein besonderes Interesse entgegenbringt und die Hausfrauen behördlicherseits endlich geschützt werden vor der Überfüllung des Marktes mit minderwertigen und schlechten Ersatzmitteln, welche lediglich in Ausnützung der Kriegskonjunktur zu Wucherpreisen in den Verkehr gebracht werden. Die Kartoffelverteilung läßt immer noch sehr zu wünschen übrig und es besteht die Gefahr, daß große Mengen nicht vor Eintritt des Frostes entsprechend aufgeteilt sein werden. Die „Rohö“ hat seit Monaten ihren Kartoffelbedarf im Ministerium, bei der Statthalterei und bei der Gemeinde in der Höhe von 400 Waggons angemeldet und bewilligt erhalten; bis heute haben wir noch nicht einen einzigen Waggon erhalten können. In den okkupierten Ländern arbt es Kartoffel in Hülle und Fülle. Die Zufuhrmöglichkeit war wiederholt gegeben, alle Bestrebungen scheiterten aber an steten Widerständen.

Eine der bedeutendsten Zukunftsforderungen der mittelständischen Hausfrauen ist die Vorbereitung der obligatorischen Gemeinschaftsküchen. Eine dauernde Kriegswirtschaft wird ohne solche kommunale Einrichtungen nicht aufrecht erhalten werden können. Damit wir aber von dieser Notwendigkeit nicht im letzten Moment überrascht werden, erscheint es heute geboten, daß alle Einzelbestrebungen, die als hochzuwertende Versuche auf diesem Gebiete anzusehen sind, von Seiten des Ernährungsamtes entsprechend gefördert werden, durch Zuweisung von Lebensmitteln aus den Zentralküchen und durch Überlassung der entsprechenden Räumlichkeiten. Unbegreiflich erscheint es uns, daß bis heute noch kein Berechnungsschlüssel gefunden ist bezüglich der Lebensmittelarten jener großen Zahl von Personen, die nachgewiesener Maßen ihre Mahlzeiten nicht im Hause, also nicht aus der ihnen kartelmäßig zugeständenen Lebensmittelmenge, genießen. In diesem Übersehen liegt eine teilweise Doppelbeteiligung und damit eine immer schwerere Zurücksetzung und Gefährdung des privaten Einzelhaushaltes. Es sei hierbei darauf hingewiesen, daß die in der „Rohö“ organisierten Frauen Vorkämpferinnen für die Kriegsküchenidee sind und überall wertvolle Arbeit und Mitarbeit auf diesem Gebiete leisten. (Wien, Karlsbad, Eger, Troppau.)

Zur Erleichterung der Lebensmittelbeschaffung für die großen Konsumzentren ist die Unterstützung aller Verbände, die den direkten Lebensmittelbezug aus neuen Produktionsstätten organisiert haben, dringend geboten, denn dieser direkte Lebensmittelbezug ist nicht nur eine Marktberichtigung, sondern auch eine außerordentlich wichtige Preisregulierungsarbeit.

Durch die Zuweisung einiger russisch-polnischer Kreise für den Ankauf von Lebensmitteln ist es der „Rohö“ gelungen, seit dem Monat März d. J. 4.978.080 Eier nach Wien zu bringen und dieselben zu einem Preis den Hausfrauen abzugeben, der fast immer um 40 Prozent unter dem herrschenden Marktpreis stand. Es wurde nach den jeweiligen Eierpreisen Wiens berechnet, daß durch diesen Eierverkauf eine Ersparnis für die Konsumenten von zirka 700.000 Kronen resultiert. Diese Summe ist ausnahmsweise nicht in die Taschen der Kriegsgewinnler geflossen, sondern in den Taschen der Konsumenten geblieben. Dieses eine Ziffernbeispiel mag genügen, um das Ernährungsamt auf die Wichtigkeit der gemeinsinnigen Wirksamkeit der Konsumentenorganisationen aufmerksam zu machen und die weitgehendste Förderung für dieselben zu erwirken.

Zum Schluß stellen die Hausfrauen die bringende Forderung auf, das Ernährungsamt möge nicht länger zögern und nach dem Beispiel Deutschlands den Frauen die aktive Mitarbeit bewilligen. So wie das deutsche Ernährungsamt Frauen in seinen Dienst berufen hat, so verlangen auch die österreichischen wirtschaftsführenden Hausfrauen die direkte Vertretung ihrer Interessen im entsprechenden Ausmaß an dieser Stelle.

14./X. 1916

## Das Amt für Volksernährung.

Präsident der Vizepräsident der Finanzlandes-  
direktion in Wien Oskar Kofstein, Vizepräsident  
der Sektionschef im Ministerium des Innern  
Oskar Ritter v. Keller.

Wien, 13. November.

Der Präsident des Amtes für Volksernährung war bisher Leiter der Finanzlandesdirektion in Wien. Wir hatten die stille Hoffnung auf einen österreichischen Walter Rathenau, auf einen Mann, dem der preußische Kriegsminister in einem Schreiben bestätigt, daß die unerreichte Schöpfung, durch welche Deutschland während des Krieges mit Rohstoffen versorgt wurde, im Plane von ihm entworfen und durch seine Fähigkeit der Gestaltung ausgeführt worden sei. War es Romantik, die uns glauben ließ, daß Köpfe voll Licht und Klarheit auch hier nicht fehlen und daß beim richtigen Schürfen auch in Oesterreich wirtschaftliche Lebenserfahrung vereinigt mit praktischen Anlagen zu finden sei? Es war aus einem unbestimmbaren Empfinden die Vorstellung, daß einer unserer großen Kaufleute, ein frischer, von der Veramtung noch unberührter Mensch, erzogen in der Kunst, wie die Waren zu beschaffen und zu verteilen sind, in das Amt für Volksernährung die wirtschaftliche Anschaulichkeit, die Gabe des raschen Entschlusses und die Vertrautheit mit ernstesten Verantwortungen hineinbringen werde. Der Handel sollte der Verwaltung aufgepfropft werden, das Papier der Akten vom Leben erfüllt sein und aus dem Volke kommen, was für das Volk bestimmt ist. Der Präsident des Ernährungsamtes wird jedoch ein hoher Beamter der dritten Rangklasse, der in seiner langjährigen Dienstzeit die Pflicht hatte, für den Eingang der Steuern und für geringe Erhebungskosten zu sorgen, und dem in diesem Berufsgebiete erste Verdienste nachgerühmt werden. Die Veranlagung der Personalsteuern in Wien ist musterhaft, die Arbeitsweise in der Finanzlandesdirektion hat sogar eine wissenschaftliche Darstellung angeregt und ein strenger Wille sich dort unter mannigfachen Reibungen durchgesetzt. Die Erzeugung der Nahrungsmittel, deren Umsatz, die Landwirtschaft mit ihren Bedürfnissen und Einflüssen, die Wege des Verkehrs und das schwierige Verhältnis zwischen den einzelnen Preisen, die aufeinander fast geheimnisvoll zurückwirken, wie Kartoffeln auf Fett und Fleisch auf Milch, mußten ihm in seiner bisherigen Tätigkeit fremd bleiben. Auch hat ein Vizepräsident, der Steuern fordert, eine ganz andere Beziehung zum Publikum, als ein Präsident, der ihm die Nahrung sichert; im Steueramte ist schonende Klugheit ein überraschendes Geschenk; bei der Ernährung wird eine starke und dennoch milde Hand, die Strenge, die sich jedoch der österreichischen Volksart richtig anschmiegt, zur täglich geübten Regel werden müssen.

Ein tüchtiger Mann, der schon manches geleistet und vor Schwierigkeiten niemals Furcht gezeigt hat, kann jedoch in sein Amt hineinwachsen, und Reue ist an sich vielleicht die Voraussetzung der Unbefangenheit gegen begangene Fehler und die Freiheit für die Zukunft. Der oberste Leiter des Ernährungsamtes wird ohnehin der Ministerpräsident sein, der mit einem kühnen Griff die sich kreuzenden und gegenseitig verwickelnden Machtansprüche der verschiedenen Zentralstellen zur Seite schiebt. Einfachheit wird sein, wo früher Verworrenheit war; Einheit wird sein, wo früher Vielheit war. Der Präsident des Amtes für die Volksernährung hat nur einen Vorgesetzten, den Ministerpräsidenten. Die Einrichtungen, die bisher entstanden sind, werden ihm untertänig sein und herausgehoben wird seine Wirksamkeit aus den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Einflüssen, die sich in den Ressorts zuweilen festgesetzt haben und in diesem oder jenem Falle der Anstoß zu einer schmerzhaften Preispolitik geworden sind. Jetzt sollte in den Zentralstellen, die mit der Sorge um die Volksernährung nicht mehr belastet sind, die Ueberzeugung sich stärken, daß auch sie dem ganzen Volke zu dienen haben und im weiteren Sinne jedem Bürger zum täglichen Brote helfen müssen. Ackerbau, Handel, Verkehr und öffentliche

Arbeit dürfen sich zu Standesvertretungen nicht umformen, sondern müssen das Bewußtsein haben, daß ihre Pflichten sich stets auf die Gesamtheit und besonders auf den jetzt so hart geprüften Verbrauch beziehen. Der Ministerpräsident hat die verfassungsmäßige Verantwortung für das Ernährungsamt übernommen. Dieses Voranstellen der eigenen Persönlichkeit in dem Augenblicke, in dem so große Schwierigkeiten zu bewältigen sind, das Pflichtgefühl eines leitenden Staatsmannes, der das Recht des gefährlichsten Postens für sich fordert und nicht die Kleinlichkeit hat, in den Höhen zu schweben und Andere sich verbrauchen zu lassen, dieser Mut ist ein Zeugnis für den Ernst und für die Erkenntnis dringender Notwendigkeit.

Die lebendigste Kraft des Amtes für die Volksernährung wird der Ministerpräsident Herr v. Koerber sein. Er hat es aus den Ressorts herausgehoben und sein Urteil über mancherlei Irrtümer und Verfehlungen ist aus dem Paragraphen herauszuhören, worin gesagt wird, daß die Ressorts sich nur um die Erhaltung und Förderung der industriellen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Erzeugung kümmern sollen. Sie bleiben außer Zusammenhang mit den Verfügungen über den Ackerbau und über die für ihn nötigen Rohstoffe; ihre Stimmen werden bei den Preisfragen und bei den Vorschriften über den Verbrauch nicht mehr zählen. Herr v. Koerber ist ein genauer Kenner des Publikums, war in steter Berührung mit dem Volke, ist ein Wiener unter Wienern, ein Oesterreicher unter Oesterreichern; er weiß, wie sie zu fassen und zu allem Guten zu bringen sind. Willkürliche Teuerung, Drosseln des Verbrauchs durch Selbstsucht wird er nicht zulassen, aber zugleich fordern, daß auch im Amte für Volksernährung der Grundsatz leidenschaftsloser Beharrlichkeit anzuwenden sei. Längst hätte dieses Amt mit den weitgehenden Vollmachten des Ministerpräsidenten errichtet werden sollen. Am Beginn des Krieges wurde die Regierung von den Einsichtigen gebeten, die Rölle auf Getreide aufzuheben. Es war vergebens, und das Unglaubliche konnte geschehen, daß wir Getreide noch durch einige Monate ausführten, als die Bangigkeit wegen der Nahrung sich bereits eingeschlichen und Italien und Rumänien die Ausfuhr schon verboten hatten. Das Malzverbot! Es kam, nachdem ein großer Teil der Gerste schon vermälzt war. Das Ausfuhrverbot für Zucker! Es wurde erlassen, als wir bereits viele Doppelzentner an die Fremde verloren hatten. Was ließe sich da alles sagen. Die Futtermittel wurden schutzlos behandelt wie im tiefsten Frieden, und nie hätte sich das ereignen können und nie hätten wir solche Mühe gehabt, den Kindern ein bißchen Milch und der Armut ein bißchen Fett zu bieten, wenn der Ministerpräsident rechtzeitig sich entschlossen hätte, wie es Herr v. Koerber jetzt tut, über alle Ressorts hinweg die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit zu übernehmen und vor ganz Oesterreich zu sagen, die Nahrungspolitik bezahle ich mit meiner Person.

Die Nahrungspolitik kann auch nur durch den Ministerpräsidenten vertreten werden. Nur er hat die Macht, hergebrachte Begriffe und die sich um sie schlingenden Interessen den Notwendigkeiten unterzuordnen. Mit einem Federstrich hat die preußische Regierung für hundert Millionen Mark ausländische Futtermittel gekauft und zu billigem Preise an die Landwirte abgegeben. Der französische Ministerpräsident hat der Kammer mitgeteilt, daß es ihm vor der Ernte gelungen sei, fremdes Getreide für einige hundert Millionen tief unter dem jetzigen Werte für das Land zu sichern. Was sollen bei solchen Anlässen, wo die Person mit ihrer ganzen Entschlußfähigkeit sich rasch einsetzen muß, die Ressorts mit den alten Vorstellungen von der grünen Bauernfahne oder mit der Erziehung zur Gleichgültigkeit für den Verbrauch? Nur der Ministerpräsident kann den Grundsatz aufsechten, daß heutzutage gemeinsamer Krieg ohne gemeinsame Vorratswirtschaft, Bündnisse ohne gegenseitige Hilfsbereitschaft und ohne Einheit in der Nahrungspolitik unvollkommen sein müssen. Im Kriege müssen solche Schranken fallen. Das neue Amt hat den Stempel der Volksernährung. Da es unter so vielverheißendem Namen geboren wurde, ist das Ziel gesteckt: Das Volk soll ernährt werden. Wir möchten Herrn v. Koerber und dem Präsidenten Kofstein einen Rathenau, einen freien schöpferischen Mann als stillen Helfer wünschen.

14./XI. 1916

**Lebensmittel-Erörterungen in Berlin-Schöneberg.**

In der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung wurde gestern ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Erhöhung der Reichsunterstützung für die Familienangehörigen der Kriegsteilnehmer, Erhöhung der Rente für die Krieger-Witwen und -Waisen und Bereitstellung von Lebensmitteln und Feuerungsmaterial für die Kriegerfrauen nach kurzer Begründung einstimmig angenommen. Ein Antrag, den Magistrat zu ersuchen, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sicherzustellen und gleichmäßig unter die Bevölkerung zu verteilen, ferner das Kriegsernährungsamt aufzufordern, die Höchstpreise herabzusetzen und dafür zu sorgen, daß Brot, Fett, Fleisch, Kartoffeln, Milch usw. durch Einfuhr gefördert und zu mäßigen Preisen genügend zur Verteilung gelangt, wurde gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion durch die Erklärung des Magistrats als erledigt angesehen. Stadtrat Dr. Licht widersprach der Behauptung des Stadtv. Hoffmann (Soz.), daß andere Groß-Berliner Gemeinden mehr Lebensmittel als Schöneberg zur Verteilung gebracht hätten, da die vorhandenen Vorräte nach einem bestimmten Schlüssel verteilt würden und Schöneberg hierbei nicht zu schlecht weggekommen sei. Durch das Eingreifen der Zentraleinkaufsgenossenschaft seien 70 000 Zentner Kohlrüben bestellt, auch gelange nunmehr die Marmelade zur Verteilung. Die J. E. G. habe alles, was möglich gewesen sei, getan. Auch die Reichsfettstelle solle für die Bevölkerung, und es werde in kurzer Zeit möglich sein, den Haushalten Magermilch zu verschaffen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde nach einem kurzen Bericht des Stadtv. L. Meyer (Lib. Frakt.) der Vorlage des Magistrats auf Erweiterung der Massenspeisung in Schöneberg zugestimmt. Es ist beabsichtigt, in den Wintermonaten 25 000 Personen zu beschäftigen, während jetzt 7000 Schöneberger Bürger in den 5 Volkstüchen und 2 Mittelstandstüchen täglich gespeist werden. Zur Unterbringung von 4 Volkstüchen sollen auf dem Leuthenplatz, dem Winterfeldplatz, auf dem Marktplatz an der Ebersstraße und auf einem Gelände im Friedenauer Ortsteil

Baracken errichtet werden. Der eiserne Betriebsfonds zur Beschaffung von Vorräten für den Volkstüchenverein wurde von 150 000 M. auf 400 000 M. und der Kredit für Einrichtungskosten von 100 000 M. auf 300 000 M. erhöht.

In gemeinschaftlicher Sitzung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung wurde als vierter Vertreter zur Verbandsversammlung des Verbands Groß-Berlin der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Wolf-Zitelmann (Fr. Vereinig.) mit 35 Stimmen gewählt.

Die Errichtung des neuen Ernährungsamtes.

Präsident: Finanzlandesdirektor Oskar Kofstein.

Wien, 13. November.

Die morgige „Wiener Zeitung“ veröffentlicht das folgende Allerhöchste Handschreiben:

„Lieber Dr. v. Koverber! Es ist Mein Wille, daß während der Dauer der durch den Krieg hervorgerufenen außerordentlichen Verhältnisse für die Bedürfnisse der Volksernährung durch ein mit ausreichenden Befugnissen ausgestattetes Amt einheitlich vorgesorgt werde.

Indem Ich Ihre Anträge wegen Errichtung eines solchen Amtes genehmige, ernenne Ich über Ihren Vorschlag den Finanzlandesdirektor und Vizepräsidenten der Finanzlandesdirektion in Wien Oskar Kofstein zu dessen Präsidenten.

Wien, am 13. November 1916.

Franz Joseph m. p.

Koverber m. p.“

Ferner bringt die morgige „Wiener Zeitung“ folgende amtliche Verlautbarungen:

„Seine k. u. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 13. November d. J. die Einreichung des Präsidenten des Amtes für Volksernährung Oskar Kofstein in die dritte Rangklasse der Staatsbeamten allergnädigst zu genehmigen geruht.

Erster Vizepräsident Sektionschef Keller.

Der Ministerpräsident hat auf Grund des § 2 der Verordnung des Gesamtministeriums vom 13. November dieses Jahres, betreffend die Errichtung eines Amtes für

Volksernährung, den Sektionschef im Ministerium des Innern Oskar Ritter v. Keller auf die Stelle des Ersten Vizepräsidenten dieses Amtes berufen.

Die Verordnung über den Wirkungsbereich und die Vollmachten des Ernährungsamtes.

Die morgige „Wiener Zeitung“ veröffentlicht folgende Verordnung des Gesamtministeriums, betreffend die Errichtung eines Amtes für Volksernährung:

Auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 10. Oktober 1914, R. G. Bl. Nr. 274, wird angeordnet, wie folgt:

§ 1. Zur Verwaltung aller mit der Volksernährung im Kriege unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Angelegenheiten wird ein Amt für Volksernährung als Zentralbehörde mit dem Sitze in Wien errichtet. Dieses Amt untersteht dem Ministerpräsidenten.

Der bisherige Wirkungsbereich des Ministeriums des Innern, des Handelsministeriums und des Ackerbauministeriums hinsichtlich der Versorgung mit Lebens- und Futtermitteln steht vom Tage seiner Errichtung dem Amte für Volksernährung zu. Die näheren Bestimmungen über den Uebergang trifft der Ministerpräsident.

Die den genannten Ministerien zukommende Wirksamkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Sanitätspflege sowie der Erhaltung und Förderung der industriellen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Produktion bleibt unberührt.

§ 2. Die Leitung des Amtes für Volksernährung obliegt dem Präsidenten.

Zu seiner Stellvertretung werden zwei Vizepräsidenten berufen.

Die näheren Bestimmungen über die innere Einrichtung des Amtes werden in einem vom Ministerpräsidenten zu erlassenden Statut getroffen.

§ 3. Das Amt für Volksernährung kann auf Grund der ihm vom Ministerpräsidenten erteilten Ermächtigung durch Verordnung die zur Erreichung seiner Zwecke erforderlichen Vorschriften erlassen, insbesondere solche

1. über die Erzeugung und die Verarbeitung von Lebens- und Futtermitteln sowie von Rohstoffen, die zur Erzeugung solcher dienen;

2. über Aufbringung, Verteilung und Verbrauch sowie über die Preise solcher Bedarfsgegenstände;

3. über die Erhebung von Vorräten an den genannten Dingen.

§ 4. Die Behörden und Ämter, die den im § 1 genannten Ministerien unterstehen, sind in Angelegenheiten der Versorgung mit Lebens- und Futtermitteln an die Weisungen des Amtes für Volksernährung gebunden.

Zur Mitwirkung an den Aufgaben dieses Amtes können auch die Gemeinden verpflichtet werden (§ 1 der kaiserlichen Verordnung vom 10. Oktober 1914, R. G. Bl. Nr. 274).

Dem Amte für Volksernährung unterstehen ferner die von der Regierung zwecks Bewirtschaftung von Lebens- und Futtermitteln errichteten Anstalten.

§ 5. Der Tag, an dem das im Ministerium des Innern errichtete Ernährungsamt seine Tätigkeit einzustellen hat, wird vom Ministerpräsidenten bestimmt.

§ 6. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Kundmachung in Kraft.

Die Erläuterung der Regierung.

Offiziell werden im folgenden Erläuterungen zu der Errichtung des neuen Ernährungsamtes veröffentlicht:

Die Volksernährung steht im Mittelpunkt der staatlichen Regelung der Kriegswirtschaft. Die Regierung hat sich daher sogleich nach ihrem Amtsantritte dieser Frage als der dringendsten zugewendet. Sie kam zu dem Entschlusse,

sämtliche Angelegenheiten der Approvisionnement unter Rückstellung aller entgegenstehenden Bedenken in einer selbstständigen, außerhalb der Ressortministerien stehenden Zentralbehörde zusammenzufassen.

Demgemäß wurde mit einer morgen im Reichsgesetzblatte und der „Wiener Zeitung“ zur Kundmachung gelangenden Verordnung des Gesamtministeriums ein Amt für Volksernährung ins Leben gerufen.

Dieses Amt ist unmittelbar dem Ministerpräsidenten unterstellt, der somit die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit für die Tätigkeit des Amtes übernimmt.

Dem Amt wird die Verwaltung vor allen mittelbar oder unmittelbar mit der Volksernährung im Kriege zusammenhängenden Angelegenheiten übertragen. Somit steht ihm der bisherige Wirkungsbereich des Ministeriums des Innern, des Ackerbauministeriums und des Handelsministeriums hinsichtlich der Versorgung mit Lebens- und Futtermitteln zu.

Sedoch bleibt die den genannten Ministerien auf dem Gebiete der öffentlichen Sanitätspflege sowie der Erhaltung und Förderung der industriellen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Produktion zukommende Wirksamkeit unberührt.

...nabobius ams sp... (mirrored text from reverse side)

*Die Ernährung der neuen Ernährungsämter.*

Die Bevölkerung kann zuversichtlich darauf rechnen, daß die neue Amtsstelle mit dem größten Nachdrucke dahin wirken wird, die bestehenden Schwierigkeiten so bald und soweit als möglich zu beseitigen.

Die Aufgabe, die das Amt für Volksernährung zu bewältigen haben wird, darf jedoch bei aller berechtigten Hoffnung auf die präzise Arbeit des neuen Organes nicht unterschätzt werden.

Die Hemmungen in der Lebensmittelversorgung machen sich heute auch in den Ländern unserer Feinde geltend, obgleich ihnen das Meer offen steht. Sie sind also offenbar in den Verhältnissen des so lange währenden Krieges überhaupt begründet. Wenn demnach gewisse Beschwernisse der Bevölkerung als unvermeidlich angesehen werden müssen, so sollen sie doch auf das geringste Maß herabgedrückt werden. Zu diesem Zwecke muß das neue Amt vor allem die Mittel und Wege zur restlosen Erfassung aller vorhandenen Lebensmittel noch weiter durchbilden. Eine andere dringende Reform betrifft die Ausgestaltung des Verteilungsapparates. Es ist in Aussicht genommen, speziell für diese An gelegenheiten Männer des praktischen Lebens heranzuziehen, die auch die Aufgabe haben werden, die Verbindung mit den bestehenden Organisationen der Konsumenten herzustellen.

Weiter muß der Ernährung der un bemittelten Kreise besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden, indem nicht nur einem Fortschreiten der Teuerung entgegengewirkt, sondern auch eine Senkung der bereits erreichten Preishöhe anzustreben sein wird.

Die Bevölkerung hat bisher gegenüber den Widrigkeiten des Krieges ein rühmenswertes Maß von Geduld, Anpassungsfähigkeit und Disziplin bewiesen. Dank diesen bewährten staatsbürgerlichen Tugenden und mit Hilfe der jetzt ins Leben gerufenen Organisation und der ihr zuzuweisenden Sachleute des praktischen Lebens muß erwartet werden, daß die der Bevölkerung durch den Krieg auferlegten Beschwerden auf ein möglichst geringes Maß vermindert werden können.

### Das Ernährungsamt.

Wien, 13. November.

Nach langen Vorbereitungen wurde heute die Errichtung eines Ernährungsamtes vollzogen. Mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet, wird diese Organisation alle mit der Ernährung der Bevölkerung zusammenhängenden staatlichen Tätigkeiten in einem Amte vereinigen, dessen Wirksamkeit darauf abgesteckt sein soll, daß sie den Wünschen und Beschwerden breiter Schichten in der Frage der Volksernährung im Kriege Rechnung tragen soll. Formell wurde nicht, wie wiederholt verlautete, ein eigenes Ernährungsministerium errichtet, sondern ein Amt, für dessen Gehabung der Ministerpräsident verantwortlich ist, dem aber in Wirklichkeit der volle Wirkungskreis eines Ernährungsministeriums eingeräumt wird. An die Spitze des Ernährungsamtes tritt ein hoher Staatsbeamter der dritten Rangklasse und außerdem werden ihm zwei Vizepräsidenten beigegeben, von denen einer, Sektionschef v. Keller, der bisherige Chef des Ernährungsamtes im Ministerium des Innern war.

Am allernützlichsten ist es, daß alle Agenden, welche mit der Ernährungsfrage im Zusammenhang stehen, aus der bisherigen Kompetenz der einzelnen Ressortministerien, nämlich des Ministeriums des Innern, des Handels und des Ackerbaus, ausgeschieden und dem neuen Ernährungsamte übertragen werden. Auch die Leitung aller bisher in Lebensmittelartikeln bestehenden Zentralen welcher Art immer, wie die Kriegsgetreidegesellschaft, die Futtermittelzentrale, die Zuckerzentrale usw., welche bisher den einzelnen Ressortministerien unterstanden, werden nunmehr dem neuen Ernährungsamte unterstellt. Dies ist von besonderer Bedeutung, weil sich sehr oft Reibungen und Kompetenz-

streite ergaben, durch welche das Ziel einer gleichmäßigen Ernährung der Bevölkerung zu wiederholten Malen nicht erreicht werden konnte. Es war oft, selbst für denjenigen, der mit dem ganzen Verwaltungsorganismus vertraut zu sein glaubte, sehr schwer zu entdecken, in welchen Verwaltungskreis irgendeine Angelegenheit fiel. Oft hatten zwei, ja sogar drei Zentralstellen über eine Frage zu entscheiden, woraus sich im besten Falle, wenn nämlich endlich die einzelnen Ressorts zu einer Einigung gelangten, bedenkliche Verzögerungen ergaben, die aber oft dazu führten, daß der angestrebte Zweck nicht erreicht werden konnte. So mußte bei Vornahme von Schweineschlachtungen zuerst hinsichtlich der Dispositionen über das hiebei zu gewinnende Fett ein Einvernehmen zwischen dem Ministerium des Innern und dem Ackerbauministerium erzielt werden; wenn dies endlich erreicht war, war oft das gewonnene Fett bereits der Verfügungsgewalt der Behörden entzogen. Auch ergaben sich Differenzen in den Preisbestimmungen dadurch, daß die Verfügungen an verschiedenen Stellen getroffen wurden, und so wirkte eine Preisfestsetzung oft hindernd für die andere. Sie wurden hiedurch sogar oft produktionshemmend. Die Bereinigung in eine Stelle ist auch darum notwendig, weil nur so eine Uebersicht über sämtliche vorhandenen Vorräte erreicht werden kann. Dies ist darum geboten, weil für die Ernährung eben alle Nahrungsmittel in Betracht kommen und insbesondere beim Mangel einer Kategorie von Nahrungsmitteln der Ausgleich mit anderen geboten erscheint.

Auch die Frage der Exekutivgewalt ist gelöst. Nicht bloß eine Verordnungsgewalt steht dem neuen Amte zu, sondern auch die Durchführung aller Maßnahmen, und zwar nicht bloß gegenüber den Staatsbehörden, sondern auch gegenüber den Gemeinden, welche im übertragenen Wirkungskreise als politische Behörde fungieren oder infolge des Gemeindegesetzes auch marktpolizeiliche Funktionen ausüben.

Nicht erwähnt sind in dem neuen Statut zwei wichtige Punkte. Zunächst, welches Amt nunmehr in Ernährungsfragen mit der ungarischen Regierung zu verkehren hat. Bekanntlich eine der schwierigsten, aber auch wichtigsten Aufgaben. Da aber den Ressortministerien die Kompetenz in Ernährungsfragen benommen, erscheint es wohl als zweifellos, daß nunmehr auch die zahllosen Verhandlungen mit Ungarn von dem Ernährungsamte, beziehungsweise vom Ministerpräsidenten gepflogen werden müssen.

Die zweite ungelöste Frage ist die des unbedingt notwendigen Zusammenarbeitens der Zivil- und Militärbehörden im Hinterlande. Auch hier ergaben sich sehr viele Reibungen, und manche Verfügung einer Behörde wurde mehr als einmal von einer anderen Unterbehörde im Hinterlande unbeachtet gelassen, wodurch in manchen Bezirken die Ernährung der Zivilbevölkerung zu leiden hatte.

Mit der Errichtung des Ernährungsamtes ist allerdings noch nicht gesichert, daß die demselben gesteckten Ziele tatsächlich erreicht werden. Es ist anzunehmen, daß hiedurch eine bessere Grundlage für die schwierige Aufgabe der Volksernährung geschaffen, als sie bisher bestand. Die Unklarheit und Vielfältigkeit der Kompetenzen ist beseitigt. Es ist die Anomalie aus der Welt geschafft, daß dasjenige Amt, welches in allerdings sehr beschränktem Maße eine Verordnungsgewalt besaß, der Mittel entbehrte, seinen Willen durchzusetzen. Nunmehr besteht die Möglichkeit, daß ein einheitlicher Wille befehlen kann und daß diesem Befehle Folge geleistet werden muß. Wenn aber je das Wort am Platze war, daß nicht Maßregeln, sondern Männer die Hauptsache sind, so gilt dies heute für das Ernährungsamt. Es ist

*Die Ernährung der neuen Ernährungsämter*

nun der richtige Rahmen geschaffen, innerhalb dessen ein zielbewusstes Wirken möglich ist. Nichts mehr als das. Diesen Rahmen entsprechend auszufüllen, ist eine sehr schwierige Aufgabe. Zunächst muß jeder Leiter seine bureaukratische Vergangenheit vergessen, jede Weitwendigkeit vermeiden, Entschlüsse rasch fassen, niemals vor einer Verantwortlichkeit zurückschrecken und mit eiserner Energie alle Widerstände brechen, die sich ihm entgegenstellen. Die Aufgabe ist gestellt! Der Leiter des neuen Ernährungsamtes ist nicht beschränkt auf den Kreis der bureaukratischen Mitarbeiter. Er kann seine Ratgeber in den Kreisen erfahrener Fachleute wählen. Die Ausflucht, nicht entsprechende Machtbefugnisse zu besitzen, an einen bureaukratischen Geschäftsgang gebunden zu sein, ist ihm benommen. Die Schwierigkeit, das Ernährungsproblem zu lösen, ist allerdings nicht zu leugnen. Aber Verwaltungsschwierigkeiten können und müssen überwunden werden, und nur an der Unzulänglichkeit der Vorräte, welche aber sicher nicht besteht, könnte das neue Amt scheitern.

Die Bevölkerung hat lange genug geduldig ausgeharrt, bis endlich die Verwaltungsschwierigkeiten behoben würden, die einer richtigen Lösung der Ernährungsfrage hindernd im Wege standen. Diese Geduld wird aber erst dann belohnt sein, wenn die Leiter des Ernährungsamtes das Vertrauen rechtfertigen werden, welches der Ministerpräsident ihnen durch ihre Berufung geschenkt hat. Nach vielen Enttäuschungen heißt jetzt die Parole: Abwarten und hoffen. Zum Abwarten ist allerdings nicht mehr viel Zeit.

**Der neue Präsident des Ernährungsamtes.  
Zur Charakteristik seiner Persönlichkeit.**

Wien, 13. November.

Der neue Präsident des Ernährungsamtes, Oskar K o k s t e i n, entstammt einer deutschen Familie. Er ist als Sohn eines Finanzbeamten in Warasdin geboren, hat in Agram die Gymnasialstudien absolviert und die erste Staatsprüfung gemacht. Er trat sodann in den österreichischen Finanzdienst ein, welchem er durch volle 34 Jahre ununterbrochen angehört hat. Der Dienst führte ihn in Gebiete, in denen seine Bestrebungen, eine neue Organisation in der Steuerverwaltung zu schaffen, auf starke Widerstände stießen. K o k s t e i n hat dies in Dalmatien erfahren, wo er, von anderen Gründen abgesehen, eine heftige Gegnerschaft vorfand, die so weit ging, daß er die Akteneinsicht schwer erlangen konnte, die Beistellung eines Amtsdieners Schwierigkeiten machte, ja sogar in der Beschaffung der notwendigen Arbeitsbehelfe für den Schreibtisch Stockungen eintrat. Damals war K o k s t e i n Oberfinanzrat und hatte bereits eine mühsame Amtszeit in der Bukowina, in Böhmen und Niederösterreich hinter sich. Er gilt als eine organisatorische Begabung und soll insbesondere den bürokratischen Apparat wesentlich vereinfacht und mit einer verhältnismäßig geringen Zahl von Beamten große Arbeitsleistungen erzielt haben. Persönlichkeiten, die ihn genau kennen, heben insbesondere die Veranlagung der Personaleinkommensteuer in Niederösterreich hervor, deren Durchführung wohl die wichtigste Aktion K o k s t e i n s sein dürfte. Er war zur Zeit, als Dr. v. S p i z m ü l l e r Vizepräsident der Finanzlandesdirektion gewesen ist, sein Stellvertreter und seine erste Kraft und wurde S p i z m ü l l e r s Nachfolger, als dieser die Stellung eines Direktors der Creditanstalt annahm. In einem Dienste, wie er K o k s t e i n oblag, ergeben sich von selbst viele Reibungsflächen, und es ist kein Zweifel, daß K o k s t e i n alles weniger ist als eine schmiegsame Natur, die Hindernissen ausweicht oder Kompromissen geneigt wäre. Er hat, schon in wichtiger Funktion bei der niederösterreichischen Finanzlandesdirektion tätig, von den Vorgesetzten verlangt, daß er schonungslos seine Meinung sagen dürfe, zugleich aber erklärt, daß er sich einer entgegen-

gesetzten Entscheidung bedingungslos unterwerfen werde. Man sagte ihm in seiner amtlichen Wirksamkeit ein Höchstmaß von Energie nach, aus der ihm vielfach Gegnerschaften erwachsen sind. So ist auch seine Ernennung zum Finanzlandesdirektor in Niederösterreich nicht ohne Widerstände vor sich gegangen, die Herr v. B i l i n s k i überwunden hat. Die Geschichte der Berufung K o k s t e i n s zum Vizepräsidenten der Finanzlandesdirektion ist vielleicht eines der interessantesten Kapitel im Leben eines hohen Beamten, der sich trotz der Gegenströmungen in der Bürokratie durchsetzt. Persönlichkeiten, die ihn schätzen, meinten, daß er als Generaldirektor für die direkten Steuern in das Finanzministerium berufen werden sollte, und eine Anregung dieser Art dürfte noch unter dem letzten Kabinett gegeben worden sein, ohne daß sie verwirklicht worden wäre.

Auf die Ausbildung K o k s t e i n s als Beamter ist der Vorgänger S p i z m ü l l e r s bei der Finanzlandesdirektion, Schmidmayer, nicht ohne Einfluß gewesen. Schmidmayer war der Vertreter eines strengen Finanzdienstes und besaß selbst eine außerordentlich gründliche Schulung. K o k s t e i n hat eine so genaue Kenntnis der Diensteseinrichtungen, daß er, wie erzählt wird, bei jedem Steueramt eine Skontrierung mit Leichtigkeit durchzuführen imstande ist. Er stellt ebenso wie an die eigene Arbeitskraft an die der Untergebenen große Ansprüche und hat eine harte Hand, wenn er auf Verletzungen der Dienstpflicht kommt oder die Qualitäten eines Beamten nur gering einschätzen zu sollen glaubt. Für seine Denkweise ist eine Aeußerung charakteristisch, die er, wie verlautet, einmal gemacht haben soll, als ein höherer Beamter erklärte, daß er ohne Zuteilung einer neuen Kraft die ihm zugewiesenen Aufgaben nicht erfüllen könne. K o k s t e i n riet, als er befragt wurde, aus dieser Abteilung einen Beamten abzugeben und dadurch deutlich die entgegen-gesetzte Auffassung hinsichtlich der Notwendigkeit einer Vermehrung der Arbeitskräfte zu bekunden.

K o k s t e i n betritt nun im Alter von 56 Jahren eigentlich Neuland, denn seine bisherige Amtswirksamkeit erstreckte sich auf ein von den Ernährungsfragen verschiedenes Gebiet. Seit Kriegsbeginn hat sich K o k s t e i n mit denselben insofern befaßt, als er für die Bediensteten der niederösterreichischen Finanzlandesdirektion ein Lebensmittelmagazin eingerichtet, eine Organisation des Lebensmittelhandels und in Verbindung damit für die Angestellten der Finanzlandesdirektion auch eine Schneiderei und Schusterei geschaffen hat, in welcher der Bedarf zu wohlfeilen Preisen gedeckt werden konnte.

K o k s t e i n wird, wie verlautet, einzelne neue Mitarbeiter heranziehen, und es heißt, daß der Ministerialrat des Handelsministeriums Dr. Hans L o e w e n f e l d - R u f f zu einer wichtigen Stellung im Ernährungsamt unter K o k s t e i n ausersehen sein soll. Dr. Loewenfeld-Ruff ist der Referent für eine Reihe einschneidender industriepolitischer Fragen des Handelsministeriums und hat unter anderm die Regelung der Produktion und des Verbrauches in der Zucker-, Bier- und Malzindustrie durchgeführt.

**Der Nachfolger des Finanzlandesdirektors K o k s t e i n.**

Als voraussichtlicher Nachfolger des Finanzlandesdirektors K o k s t e i n wird der Präsidialvorstand des Finanzministeriums Ministerialrat Dr. Ferdinand E d l e r v. G r i m m genannt.

**Die Vorgeschichte der Berufung K o k s t e i n s.**

Finanzlandesdirektor K o k s t e i n wurde vor kurzem zu einer Besprechung beim Ministerpräsidenten Doktor v. K o e r b e r eingeladen. Er hatte hierbei Gelegenheit, dem Kabinettschef in einer mehrere Stunden dauernden Konferenz sein Programm zu entwickeln. Aus der Ernennung geht hervor, daß es die Zustimmung des Ministerpräsidenten gefunden hat.

**Das Programm des Präsidenten K o k s t e i n.**

Ueber das Programm des Präsidenten K o k s t e i n für das Ernährungsamt verlautet folgendes:  
Er erblickt eines der Hindernisse eines rationellen Ernährungsplanes darin, daß die geltenden Vorschriften in der Praxis nicht in entsprechender Weise gehandhabt werden. Es müsse daher darauf gedrungen werden, daß die bestehenden Verfügungen genau eingehalten werden. Dadurch ließe sich eine gewisse Verbesserung der Versorgung mit Lebensmitteln erzielen.

## Das neue Statut.

Das neue Amt für Volksernährung ist endlich geschaffen, und zwar den Forderungen der öffentlichen Meinung entsprechend: als eine mit allen nötigen Vollmachten ausgestattete Zentralbehörde. Das heute veröffentlichte Statut des neuen Amtes gibt die Gewähr, daß es von den Kompetenzhemmungen, die den Wirkungsbereich des bisherigen Ernährungsamtes einchränkten, vollständig befreit sein wird. Das alte Ernährungsamt war, so lange die in den einschlägigen Fragen zuständigen Ministerien ihre überlieferten Kompetenzen beibehielten, bewegungsunfähig; und auch die „Interministerielle Approvisionierungskommission“, die ein rascheres und reibungsloses Zusammenarbeiten der Ressorts des Innern, des Handels und des Ackerbaues hätte bewirken sollen, hatte einen Geschäftsgang, der ihren schleppenden Namen nicht büßen konnte. Es war also notwendig, die bisher getrennten Befugnisse in Ernährungsfragen den verschiedenen Ressorts zu entziehen und sie insgesamt dem Volksernährungsamt zu übertragen. Dies ist durch das neue Statut geschehen. Das Amt als allein kompetente Zentralstelle wird fortan in allen Fragen zu entscheiden haben, die die Erzeugung, Verarbeitung, Aufbringung, Verteilung, den Verbrauch und die Preise der Lebens- und Futtermittel betreffen. Das ist ein weit ausgedehnter und doch klar umschriebener Wirkungsbereich. Dem Volksernährungsamt werden alle zur Bewirtschaftung von

Lebens- und Futtermitteln errichteten Anstalten unterstellt, und an seine Weisungen werden alle den Ministerien des Innern, des Handels und des Ackerbaues unterstehenden Behörden in Ernährungsangelegenheiten gebunden sein.

Zum Präsidenten des Volksernährungsamtes wurde der niederösterreichische Finanzlandesdirektor Hofstein ernannt, ein Verwaltungsmann, von dem — nach offiziellen Mitteilungen, die seinen Amtsantritt begleiten — angenommen werden muß, daß er über „bewährte Organisationsgabe und reiche Erfahrungen“ verfüge. Zu welcher Geltung das Amt gelangen wird, das wird natürlich zum großen Teile von den persönlichen Qualitäten des Präsidenten abhängen. Sein Amtsstatut läßt ihm genügend freie Hand und gibt ihm eine ausgedehnte Verwaltungs- und Vollzugs Gewalt, von der den richtigen Gebrauch zu machen, Sache seines Talents und seiner Energie sein wird. Leicht ist die Aufgabe freilich nicht, die ihm gestellt ist. Er tritt keinen neuen, un bebauten Boden, er wird vielleicht sogar finden, daß hier schon zu viele Hände und nach zu vielerlei Methoden vorgearbeitet haben. Wir haben im Ernährungswesen eine unübersichtbare Masse von Verordnungen, und es wird sich wohl empfehlen, hier einmal eine klare Orientierung darüber zu schaffen, was geltendes Recht und was Makulatur ist. Noch mehr aber als von der berordnenden Tätigkeit des neuen Mannes erwartet die Bevölkerung von seinem unmittelbaren, tatkräftigen Zugreifen, besonders soweit es sich um die Aufbringung der Lebensmittelvorräte und den Konsumentenschutz gegen Preiswucher handelt. Ob die allgemeine Vermutung richtig ist, daß große Lebensmittelbestände dem behördlich geregelten Verkehr und Verbrauch entzogen bleiben, sei es durch die landwirtschaftlichen Erzeuger, sei es durch das spekulative Händlertum — das muß einmal einwandfrei sichergestellt werden. Die Kompetenz des Volksernährungsamtes geht jetzt weit genug, um auf alles die Hand zu legen, was erreichbar ist, und um die mannigfachen Widerstände zu brechen, die bisher nicht nur aus der Selbstsucht der Einzelinteressen, sondern auch aus dem Sondergeist der Bezirks- und Provinzialverwaltungen erwachsen sind. Wenn die Bevölkerung einmal weiß, daß alles, was an Vorräten vorhanden ist, auch wirklich auf den

Markt gelangt, dann bedarf es nur mehr einer verständigen und gerechten Verteilungsmethode, um jenes Maß von Zufriedenheit herzustellen, das mit der kriegswirtschaftlich gebotenen Resignation noch immer sehr wohl vereinbar ist. Die richtige Aufbringung und Verteilung der Vorräte wird auch — in Verbindung mit der gesteigerten Tätigkeit der Justiz, die der Justizminister ankündigte — ausreichenden Schutz gegen den Preiswucher gewähren. Wenn die neue Amtsstelle, wie offiziell angekündigt wird, „mit dem größten Nachdruck dahin wirken wird, die bestehenden Schwierigkeiten sobald und soweit als möglich zu beseitigen“, werden die städtischen Volksschichten, um deren Schutz es sich ja hier hauptsächlich handelt, dem Volksernährungsamt Dank und Anerkennung zollen.

## Die Approvisionnement der Steiermark

Erörterungen über die Kriegsgetreideverkehrs-  
anstalt.

Graz, 18. November.

Im großen Saal der Burg fand heute von halb 11 Uhr vormittags bis halb 3 Uhr nachmittags unter dem Vorsitz des Statthalters Grafen Clary eine Versammlung von Vertretern verschiedener Korporationen der Stadt und des Landes statt, in der über die Bedienung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt und über die Versorgung des Landes mit Mahlprodukten und Kartoffeln ein lebhafter und instruktiver Gedankenaustausch seitens der Erschienenen geführt wurde.

Statthalter Graf Clary hob in seiner, die Beratung einleitenden Ansprache hervor, daß er auch in der bedeutsamen Frage der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln eine offenkundige klare Aussprache der beteiligten Kreise für zweckentsprechend halte. Der Statthalter machte dann Mitteilung über die Aufbringung von Mahlprodukten und Kartoffeln in Steiermark, über das von anderen Kronländern zu beziehende Quantum und ließ nicht unerwähnt, daß Bedarf und Deckungsmöglichkeit in einem prekären Verhältnis zu einander stehen. Steiermark ist auf die Zufuhr von außen angewiesen, die aber trotz aller Vorstellungen und Interventionen nicht in jenem Maße erfolgt und oft auch nicht erfolgen kann, um den Ansprüchen des Landes in befriedigender Weise genügen zu können. Der Statthalter werde nach wie vor in der Richtung tätig sein, daß die Verteilung der Lebensmittel im Lande gleichmäßig erfolgt. In dieser Beziehung sei durch die von ihm angeregte Mahnung des Brotbezuges in der Stadt Graz eine allseits begrüßte Besserung eingetreten und es werde auch in anderer Hinsicht, so bezüglich Zucker, Mehl und Kartoffeln, eine Bezugs erleichterung für die Bevölkerung des ganzen Landes ermöglicht werden. Zweckdienliche Anregungen hinsichtlich der Verproviantierung der Bevölkerung werden dem Statthalter stets willkommen sein.

Landeshauptmann Graf Uttems dankte dem Statthalter für die Einberufung der Versammlung, die er zur Klarstellung der Verhältnisse und zur Beseitigung mancher irriger Auffassung für sehr wichtig halte.

In der dann stattgefundenen Wechselrede, an der sich unter anderen die Landesauschubbeisitzer Franz Graf Uttems, Hofmann v. Wellenhof, Hagenhofer und Dr. Verstovisek, die Abgeordneten Wagner, Muchitsch und Orniß und mehrere Bezirksobmänner beteiligten, wurden verschiedene Wünsche und Beschwerden vorgebracht und hinsichtlich der letzteren seitens der Vertreter der Kriegsgetreideverkehrsanstalt und des Statthalterreferenten eingehende und manches Mißverständnis zerstreuende Aufklärungen gegeben.

## Die Einfuhr aus Ungarn.

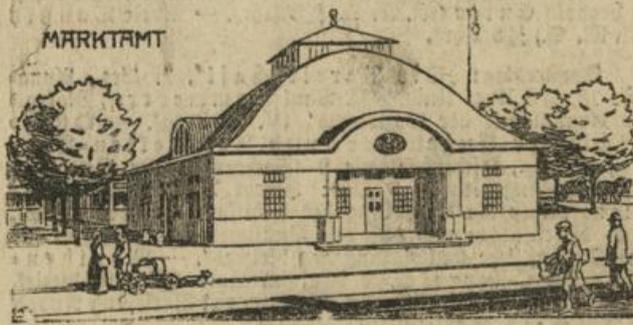
Hinsichtlich des zum Ausdruck gekommenen Wunsches, daß Ungarn nachdrücklich aufgefordert werden soll, in größerem Maße als bisher zur Versorgung Oesterreichs mit Lebensmitteln beizutragen, sagte Statthalter Graf Clary zu, bei den maßgebenden Stellen diesen Wunsch neuerlich zu vertreten.

14./XII. 1916

## Der neue Naschmarkt.

(Siehe der „Abend“ vom 13. November 1916.)

Im ganzen umfaßt der neue Naschmarkt 60 Bauwerke mit 955 nummerierten Verkaufsständen. Unter den einzelnen Bauten der „türkischen Zeltstadt“ und in „Neuhütteldorf“ sind recht gelungene Lösungen, und man bedauert, daß sie nicht irgendwo in einer Gartenanlage in verdienter Beschaulichkeit stehen. Der Architekt war vor eine recht undankbare Aufgabe gestellt. Die natürliche Form des Verkaufsbaues ist die Halle, die Wiener Naschmarktfrauen sind aber keine „Damen der Halle“ und hielten eifersüchtig an ihrem offenen „Standel“ fest. Im Rathaus war man ängstlich darauf bedacht, die Gefühle der Frau Sopherl zu schonen, und so entstanden diese kompromißgestalteten Bauten, die nicht zu und nicht offen sind. Die Verkäufer und ihre Ware sind allerdings unter Dach gekommen, und das ist gut für sie. Denn die Verkaufshallen stehen in langen Zeilen über dem alten Wienbett, über das der Wind gar scharf



von Westen hereinfegt. Die Verbraucher werden auch weiter in Wind und Wetter einkaufen müssen, wenn man nicht doch noch leichte Dächer zwischen den Verkaufshallen anbringen wird. Die Auflösung der Marktbauten in so zahlreiche kleine Einzelgebäude war keineswegs technisch geboten. Selbst wenn man nicht bis auf die Betongewölbe gründen wollte, war es bei der heutigen Entwicklung der Holzbaufunst ohneweiters möglich, leichte und gefällige Hallen auszuführen, die Käufer, Verkäufer und Ware überspannt hätten, und es wäre dann auch nicht nötig gewesen, jedne der 955 Verkaufsstände gesondert mit Fußboden, Rollbalken, Plachen, Heiz- und Beleuchtungsförpfern auszustatten.

Wir vermüssen aber nicht nur die Rücksichtnahme auf die Fortschritte im Hochbau, sondern noch mehr auf die Forderungen des Verkehrs. Die Wieneinwölbung hat zwei hochentwickelte Bezirke in unmittelbare Verbindung gebracht, und zweifellos wird sich zwischen ihnen ein lebhafter Querverkehr entwickeln. Darauf ist wenig Rücksicht genommen, wie denn im allgemeinen die Verkaufsstände überall zu knapp an die Verkehrswege herangerückt sind.

Und nun erst die Verbesserung der Zufuhr! Man mußte annehmen, daß eine fürsorgliche Stadtverwaltung an die Einmündung der Zufuhrstraßen in das Verzehrungssteuergebiet, also bei den Linienämtern, große Übernahmämter errichten und sie durch die



Straßenbahn unmittelbar mit dem Naschmarkt verbinden wird. Ebenso wäre für direkte Marktzüge von der Preßburger Elektrischen vorzuzorgen gewesen, und schließlich mußte man Aufzüge für die nächtlichen Zufuhren auf der Wiener Stadtbahn erwarten, die alle in Wien mündenden Bahnen verbindet. Statt dessen findet man nur den Aufstellungsplatz für die alte slowakische Wagenburg, die neben dem stillstehenden Standel das Wahrzeichen der Wiener Lebensmittelversorgung bleiben wird.

Es ist noch nicht lange, daß das denkende Wien den Bau eines Zentralbahnhofes auf den Freihausgründen erwog, dessen Ausführung nicht an technischen Schwierigkeiten, sondern an Besitzinteressen, vielleicht auch an dem Willen der Naschmarktfrauen scheiterte. Jedenfalls hat Wien heute weder diesen Zentralbahnhof noch einen anderen. Nun hätte es wenigstens einen zentral gelegenen Markt für den Lebensmittelverkehr bekommen sollen, aber auch hier hat das kleinliche Festhalten an althergebrachten Privatinteressen gesiegt. Die Sitz- oder Stehplätze der Marktfrauen sind besser geworden, für die Hauptsache, die Zufuhr der Lebensmittel, die Übernahme im großen, die Lagerung, die Verteilung im kleinen und die Bedürfnisse der Verbraucher ist gar nichts geschehen. Man wollte in überlangem Gefühlslage „den lieben alten Naschmarkt“ möglichst unverändert überpflanzen. Damit ist aber nur den Naschmarktfrauen gedient, die zwar sehr fleißig, reich und

stüchtig sind, sich aber vielleicht doch mit Unrecht für eine über die anderen Wiener gesezte höhere Gattung halten. Öffentliche Märkte, besonders wenn sie so kostspielige Vorarbeiten bedingen wie der neue Wiener Naschmarkt, werden aus öffentlichen Geldern errichtet, d. h. fast ausschließlich aus den Steuern der Verbraucher. Und diesen kann es nicht genügen, wenn über den vergrabenen Millionen ein Potemkinsches Dorf aufgeführt wird, auch wenn es den „Standesperjonen“ gefällt. Selbst die Naschmarktfrauen sind durch den Krieg auf neue Gedanken gekommen und werden in der frischen Luft der Wienzeile bald verstehen, daß mit dieser veralteten Standelpolitik nicht nur den Verbrauchern schlecht gedient ist, sondern auch den Verkäufern und vor allem der guten Stadt Wien, als deren allezeit getreueste Töchter sie sich fühlen. Der neue Wiener Naschmarkt kann nie mehr der „alte“ werden, es gibt aber noch viel zu verbessern, damit er wenigstens der neue wird, den die Bevölkerung schon dringend braucht.

T.

## Die Versorgung mit Lebensmitteln. Die Ernährung der Industriearbeiter.

g Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat an den Reichskanzler folgendes Schreiben gerichtet:

Eurer Exzellenz ist bekannt, vor welche ungeheuern Aufgaben unsere Kriegsindustrie für einen siegreichen Ausgang des Krieges gestellt ist. Die Lösung der Arbeiterfrage ist dabei entscheidend, und zwar nicht allein bezüglich der Zahl der Arbeiter, sondern vor allem auch bezüglich der individuellen Leistungsfähigkeit durch eine ausreichende Ernährung. In dankenswerter Weise hat das Kriegsernährungsamt der Ernährung der Arbeiter in der Kriegsindustrie seine besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Da jedoch das Kriegsernährungsamt auf die Ausführung der Maßnahmen einen geringen Einfluß ausüben vermag, bedarf es der einmütigen, hingebenden Mitwirkung der Landeszentralbehörden und der diesen unterstellten Verwaltungs- und Kommunalbehörden. In den Kreisen dieser Behörden scheint mir nicht überall ausreichend erkannt zu sein, daß es um Sein oder Nichtsein unseres Volkes und Reichs geht. Es ist unmöglich, daß unsere Arbeiterschaft auf die Dauer leistungsfähig bleibt, wenn es nicht gelingt, ihr eine nach gerechten Gesichtspunkten verteilte, ausreichende Menge Fett zuzuführen. Sowohl aus dem Ruhrkohlenrevier, dem Siegerland, wie auch aus andern Industrieregionen wird mir berichtet, daß es immer noch nicht gelungen ist, eine ausreichende, einigermaßen gerechte Fettverteilung zu bewirken. Im Siegerland soll seit Monaten nur eine ganz geringfügige Fettmenge verfügbar gewesen sein.

Von diesen Dingen scheint man in den rein landwirtschaftlichen Gebieten Deutschlands und in den Kreisen der führenden Männer unserer Landwirtschaft nicht genügend unterrichtet zu sein. Für die Landwirtschaft ist die Aufgabe nicht nur in der selbstverständlichen Steigerung der Produktion zu erblicken, sondern auch darin, ihre Produkte, insbesondere das Fett, in weitestem Maße freiwillig dem Verbrauch zuzuführen. Mit staatlichem Zwang wird erfahrungsgemäß nur wenig erreicht, wohl aber verspreche ich mir Erfolg von einer umfassenden großzügig organisierten Propaganda durch die Führer der Landwirtschaft zugunsten der Ernährung unserer Kriegsindustriearbeiter. Alle staatliche Regelung des Verbrauchs muß versagen, wenn nicht die verständnisvolle, freiwillige Mitwirkung aller Schichten der Bevölkerung in Stadt und Land zu Hilfe kommt, und jeder Deutsche im Innersten davon durchdrungen ist, daß diese Mitwirkung ebenso vaterländische Pflicht ist, wie die Hingabe von Leib und Leben im Kampf an der Front.

Eure Exzellenz bitte ich, in eindringlichster Weise, allen Bundesregierungen, Verwaltungs- und Kommunalbehörden den Ernst der Lage vor Augen zu führen und sie aufzufordern, die ausreichende Ernährung unserer Kriegsindustriearbeiter mit allen Mitteln zu betreiben, starke Persönlichkeiten aller Parteien als Führer des Heimatheeres hinter Pflug und Schraubstock zu einmütigem Handeln zu verbinden und den furor teutonicus in der Heimat beim Bauern wie beim Industriearbeiter und Städter zu wecken. Ich habe den Eindruck, daß der beste Wille und die Tatkraft unserer in ihrer Tüchtigkeit und Guterkeit unübertroffenen

Beamtenwelt mürbe wird durch das Bestreben, in langwierigen Beratungen den Bedenken aller Art möglichst gerecht zu werden. Unentschlossenheit ist die Folge. Eure Exzellenz wollen die darin liegende Gefahr nicht verkennen. Das Volk will starke,entschlussträgige Beamte sehen, dann wird es auch selbst stark sein und mancher unbequemen Maßnahme willig sich beugen.

15./X. 1916

## Hamburger Ernährungsfragen.

\* In einem Nachtrag zur Tagesordnung für die heutige Bürgerschaftssitzung stellt eine Reihe von Bürgerschaftsmitgliedern einen Antrag, in dem die Bürgerschaft den Senat ersucht, baldmöglichst Auskunft zu geben über die Maßnahmen, die das Kriegsverorgungsamt für die Sicherstellung der Ernährung unserer Bevölkerung während des Winters getroffen hat. Wir wir in unserem letzten „Mitteil auf die Woche“ schon angedeutet haben, hatte der Präsident des Hamburgischen Kriegsverorgungsamts, Herr Senator Dr. Diestel, schon vor Einbringung dieses Antrags die Absicht, gelegentlich der heutigen Bürgerschaftssitzung vor einer breiteren Öffentlichkeit über die Lebensmittelversorgung Hamburgs zu sprechen.

Hamburg war wegen seiner Doppelteigenschaft als Stadt und Staat anderen Orten und Städten gegenüber, die nur Gemeinde sind, in den Fragen der Lebensmittelbeschaffung günstiger gestellt und hat diese Lage nach Kräften ausgenützt. Mit der fortschreitenden Rationierung und Beschlagnahme aber wuchsen auch für unser Kriegsverorgungsamt die Schwierigkeiten, die sich jetzt, im dritten Kriegswinter, auch in der Bevölkerung bemerkbar machen werden. Wenn auch in keiner Weise irgendwie Notstand zu befürchten ist, so müssen wir doch sehen, mit dem, was wir haben und bekommen, hauszuhalten, und das Kriegsverorgungsamt wird seine schweren Aufgaben um so leichter lösen können, wenn die Bevölkerung von dem Vertrauen zu der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der Verordnungen des Kriegsverorgungsamts erfüllt ist. Auf eben dieses Vertrauen rechnet das Amt, wenn es sich entschlossen hat, keine Kartoffel den Privathaushaltungen zum Einlagern für den Winterbedarf zu überweisen. Wie wiederholt betont, neigen die diesjährigen Kartoffeln wegen ihres starken Wassergehalts leicht zum Verderben, und man befürchtet, daß im Einzelhaushalt die Kartoffeln nicht so pfleglich behandelt werden können, als es der Staat kann, dem ausreichende sachmännische Beratung zur Seite steht. Hinzu kommt, daß auch der Vorrat viel zu gering ist, um für in Privathaushaltungen verdorbene Kartoffeln Ersatz zu leisten. Also jeder, der Kartoffeln bereits eingelagert hat, muß mit diesen für die Zeit reichen, für die er entsprechende Kartoffelmarken sich hat anrechnen lassen. Reicht er nicht, weil ihm die Kartoffeln verderben, so ist das seine Sache; Ersatz wird ihm, wie gesagt, unter keinen Umständen gewährt. Im übrigen wird auch für den Kartoffelverkauf die Kundenschaft eingeleitet und damit einem Wunsche der Grünwarenhändler entsprochen werden. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß es mehr-

sach vorgekommen ist, daß hamburgische Verbraucher, die die Kartoffeln von auswärts beziehen wollen, ihren Kartoffeleinfuhrschein des Kriegsverorgungsamts einfach an den Landrat oder an die Kreisbehörden, die die Ausfuhr zu genehmigen haben, schickten, mit dem Ersuchen, ihn an einen Kartoffelerzeuger oder Händler weiterzugeben. Ein solches Verfahren kann nicht gebilligt werden. Die Landräte und Kreisbehörden sind keine Vermittlungsstellen für den Bezug von Kartoffeln, und sie werden in solchen Fällen die Einfuhrscheine einfach liegen lassen. Im Hinblick auf die leichte Verderblichkeit der Kartoffeln aber, kann nur dringend geraten werden, von Einlagerungen in eigenen Haushalt möglichst abzusehen.

Eine wichtige Neuerung wird auch für den Bezug von Freibankfleisch getroffen, und zwar insofern, als es in Zukunft auch nur auf Fleischarten wird bezogen werden dürfen. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß viele Käufer von Freibankfleisch ihre Reichsfleischkarte nicht benutzen, sondern sie an Gasthäuser verkaufen, die auf diese Weise die ihnen zugewiesenen Mengen an Fleisch willkürlich erhöhen können. Da auch in Berlin Freibankfleisch (bekanntlich Fleisch, das nicht erfitassig ist und, weil es schneller verdirbt, bald verzehrt werden muß) nur gegen Fleischkarte abgegeben wird, so wird für Hamburg durchaus kein Ausnahmezustand geschaffen. Man wird sich im Interesse der gerechten Verteilung aller Lebensmittel mit dieser Anordnung nur einverstanden erklären. Im übrigen sei bemerkt, daß gerade die Fleischversorgung jetzt in geregelte Bahnen eingelenkt hat, hauptsächlich dank der Mithilfe der Bevölkerung, die aus den Zuständen in der Admiralitätsstraße gelernt und sich rechtzeitig in den Besitz von Fleischkarten gesetzt hat. Es ist also zu hoffen, daß die Erneuerung der Fleischkarten in den Tagen vom 20. bis 26. November ebenfalls glatt vonstatten geht. Es sei schon heute darauf hingewiesen, daß die neuen Fleischkarten bis April 1917 gelten werden und auch die Verteilung zum letzten Male durch die Schlächter stattfindet. Später werden die Fleischkarten, ebenso wie die Wollkarten, in den Schulen ausgegeben werden.

## Konsumentenschutz.

Der Konsumentenschutz ist eine neue Sache, an die sich das offizielle Denken erst gewöhnen muß. Vor dem Kriege fand der Konsument, obwohl er schon damals über Teuerung und verschlechterte Lebensbedingungen zu klagen hatte, von Staats wegen nur geringe Beachtung. Dem Geiste des Schutzzollsystems gemäß, das ja überall nur auf Produzentenschutz zugeschnitten war, zeigten sich die Regierungen ausschließlich bestrebt, der Produktion guten Absatz und gute Preise zu sichern. Der Konsument spielte in dieser staatlichen Wirtschaftspolitik kaum eine Rolle; er war gewohnt, hintangeseht zu werden und viel zu zahlen, aber wenig dreinreden zu dürfen. Beschwerte er sich, so gab man ihm den guten Rat, die erhöhten Lebenskosten „abzuwälzen“, ein Rat, den freilich nur diejenigen Konsumentenschichten befolgen konnten, die irgendeine Ware von steigerungsfähigem Preis, sei es auch nur ihre Arbeitskraft, zu verkaufen hatten. Die große Klasse der von festen Bezügen Lebenden konnte aber gar nichts abwälzen und war den Unbilden eines nur von Produktionsinteressen beherrschten Wirtschaftslebens schutzlos preisgegeben.

Als der Krieg ausbrach, war es anfangs nicht gleich zu erkennen, wer wirtschaftlich härter getroffen wurde, der Produzent oder der Konsument. Aber bald lichtete sich der Nebel. Die Produktion paßte sich ziemlich rasch den neuen Verhältnissen an, die Landwirtschaft arbeitete mit reduzierten Kräften, aber erhöhtem Gewinn,

die Industrie stellte sich völlig in den Dienst des Heeresbedarfes und fand dabei ihre Rechnung, der Handel sah ungeahnte Spekulationschancen aufsteigen. Nur der arme Konsument stand hilf- und trostlos da; er blieb mit seinem Zivilbedarf im Hintergrunde, da doch selbstverständlich die militärischen Interessen allem vorangingen; dazu kam die englische Seesperre, die alle Zuflüsse des Weltverkehrs abschneidet; und als innerer Feind brach jetzt der Preiswucher los und teilte seine unbarmherzigen Schläge aus. Der Konsument schrie um Hilfe, und die Staatsverwaltung begann endlich zu merken, daß ihre auf einseitigen Produzentenschutz eingestellte Verwaltungspolitik jetzt einer gründlichen Veränderung bedürfte. Eine neue, ungewohnte Staatsaufgabe war plötzlich zu äußerster Dringlichkeit erwachsen: der Konsumentenschutz. Denn nicht nur gegen das Blüten der Preisstreiber mußte man dem Konsumenten beistehen, es galt vor allem, Nahrung für ihn herbeizuschaffen, da die alltüblichen Verkehrs- und Marktfunktionen verjagten. Die ganze große Masse der österreichischen Städtebevölkerung war jetzt in diese hilfbedürftige Konsumentenrolle gedrängt, und der Staat mußte helfen. Das städtische Ernährungsproblem war zu einem der wichtigsten und schwierigsten Kriegsprobleme geworden.

Die Kompetenzschiebungen, die in den letzten Tagen die Errichtung des neuen Volksernährungsamtes begleiteten, zeigen uns das bürokratische Spiegelbild dieser wirtschaftspolitischen Wandlungen. Die Ministerien des Handels und Ackerbaues, die Ressorts der reinen Produktionsförderung, müssen einen namhaften Teil ihrer Kompetenzen an das Volksernährungsamt abgeben, dessen Lebenszweck es ist, den Konsumenteninteressen zu dienen. Es versteht sich von selbst, daß die Produktion damit nicht zum Stiefkind der Staatsverwaltung werden soll, deren Schoßkind sie zuvor gewesen. Aber sie hat fortan nur auf eine Förderung zu rechnen, die nicht auf Kosten und zum Nachteil, sondern zum Nutzen und im Dienste der Konsumenteninteressen erfolgt. In diesem Geiste müssen die Geschäfte des Volksernährungsamtes geführt werden, das den vom Kriege am

härtesten getroffenen Bevölkerungsschichten, den städtischen Konsumenten, zwar die schweren Kriegslasten nicht abnehmen, sie ihnen aber wesentlich erleichtern kann. Große Hoffnungen knüpfen sich an das neue Amt, und sie werden nicht enttäuscht werden, wenn der leitende Mann die außerordentlichen Vollmachten, die ihm eingeräumt sind, klug und kräftig zu gebrauchen versteht.

## Das Volksernährungsamt.

## Mitteilungen eines hohen Funktionärs.

Ueber die Zukunft des neuen Volksernährungsamtes, dessen Organisation durch die gestern verlaufene Verordnung des Gesamtministeriums endgültig geregelt erscheint, machte ein hoher Funktionär, der insbesondere auf dem Gebiet der Approvisionnement maßgebend ist, einem unserer Mitarbeiter folgende Mitteilungen:

Die Vorzüge der Organisation des neuen gegenüber dem früheren Ernährungsamt sind vor allem durch die Tatsache gekennzeichnet, daß das Volksernährungsamt jetzt über eine fast unbeschränkte Selbständigkeit verfügt. Heute untersteht das Ernährungsamt nur dem Ministerpräsidenten, während früher der Kompetenzbereich des Ernährungsamtes durch das Votum des Ackerbauministeriums, des Handelsministeriums und des Ministeriums des Innern in empfindlicher Weise beengt war. Es ist demnach erklärlich, daß das frühere Ernährungsamt, das übrigens in der Mehlerahmung auf einen bedeutenden Erfolg zurückblicken kann, weit mehr hätte leisten können, wenn es sich nicht bei jeder einzelnen Maßnahme, die zu ergreifen war, erst um die Zustimmung des einen und des anderen Ministeriums hätte bewerben müssen. Gerade das rasche Handeln bedeutet bei der Lösung der dringenden Approvisionnementfragen in der Regel schon einen guten Teil des Erfolges, und die bisherige Umständlichkeit, die bei der allzu weitläufigen Organisation des Ernährungsamtes üblich war, hat es in den meisten Fällen verhindert, daß die einzelnen Fragen des Ernährungswesens mit der nötigen Dringlichkeit erledigt werden konnten. Wenn das frühere Ernährungsamt von einer Zentrale oder einer Behörde die Intervention in irgend einer Frage bedurfte, so mußte erst der allzu langwierige Umweg über das zuständige Ministerium gemacht werden. Das Organisationsstatut des neuen Ernährungsamtes ermöglicht jedoch eine Einheitlichkeit des in den einzelnen Fällen einzuschlagenden Weges, da ja jetzt dem Ernährungsamt nicht nur die Kriegs-Getreideverkehrsanstalt, die Kaffee-, die Fett-, die Spiritus- und die Futtermittelzentrale, sondern auch die Exekutivbehörden unterstellt sind. So kann das Ernährungsamt beispielsweise gegenüber der Post bezüglich der Approvisionnement Verfügungen treffen. Die Zentralen insbesondere werden jetzt der direkten Verfügung des Ernährungsamtes unterstehen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß zum Zwecke der Behebung allfälliger Mängel eine Reorganisation der Zentralen durchgeführt werden wird.

Das neue Organisationsstatut läßt gewiß mannigfache Wirkungen auf dem Gebiete des Volksernährungswesens gewärtigen. Doch darf man sich begreiflicherweise nicht eine allzu eklatante Bessergestaltung der Approvisionnementverhältnisse schon in nächster Zeit versprechen. Das neue Amt findet übrigens eine Reihe von Regelungen des früheren Ernährungsamtes vor, die bereits ihrem Ende entgegenreisten. Ob die neue Leitung die begonnene Regelung fortsetzen wird oder neue Wege einzuschlagen beabsichtigt, muß der Zukunft vorbehalten bleiben.

## Die Aktivierung des Amtes.

Die Organisation des Volksernährungsamtes ist im vollen Zuge. Wie wir erfahren, soll das Amt in den Räumen des Chemischen Instituts in der Währingerstraße untergebracht werden.

Die Ernennung eines zweiten Vizepräsidenten soll, dem Vernehmen nach, noch heute erfolgen. Wie uns von informierter Seite mitgeteilt wird, ist für diesen Posten ein Mann der Praxis auszuwählen. Es kommen, wie verlautet, der Präsident der Futtermittelzentrale Kammerat Friß Meidl oder der Präsident der Kaffeezentrale Kommerzialrat Julius Meidl hierfür in Betracht. Für den Fall, daß der Plan, einen Mann aus der Praxis zum zweiten Vizepräsidenten zu ernennen, fallen gelassen werden sollte, wird als Anwärter auf den Posten der Ministerialrat im Handelsministerium Dr. Löwenfeld-Ruß genannt. Auch steht die Berufung eines hohen Militärs auf diesen Posten noch immer in Kombination.

**Verschwendung von Nahrungsmitteln.**

Dieser Tage sprach Reichratsabgeordneter Hofrat Baron Sock im Festsaal des Niederösterreichischen Gewerbevereins in einem von der ersten Organisation neutraler Guttenpfer veranstalteten sehr gut besuchten Vortragsabend, bei dem der Präsident des Obersten Sanitätsrates Hofrat Prof. Dr. Weichselbaum den Vorsitz führte, über Verschwendung von Nahrungsmitteln. Unter den Gästen bemerkte man Hofrat Dr. v. Haberler und Hofrat Dr. Siegmund Egner. Der Vortragende führte aus, daß insbesondere der Vergewandung von Getreide bei der Bier- und Branntweinerzeugung gegenüber strenge Verbotsmassregeln durchgeführt werden müssen, um das Durchhalten zu ermöglichen. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

\* (Der wandernde Naschmarkt.) In des Friedens gewöhnlichen Zeiten wäre es das große Ereignis für Wien gewesen, das allen Gesprächsstoff, aber auch allen Witz der so lokalbewußten Stadt für sich in Anspruch genommen hätte. Es ist auch heute noch eine größere Wiener Angelegenheit, aber nur eine größere, die hinter anderen großen Ereignissen zurücksteht. Trotzdem wird man viel in der Umzugszeit des Naschmarktes, die morgen beginnt und mehr als eine Woche währt, von ihm sprechen, über ihn und seine Historie schreiben, am liebsten aber an seine unwüchsigen Gestalten denken, die jetzt ihre neuen Kultstätten beziehen. Was ihr angestammtes und mit bewährter Zunge verteidigtes Privileg war, für ihre schmachhafte Ware einen möglichst guten Preis zu fordern, das ist leider eine mißbrauchte Gewohnheit für die Händler aller Lebensmittel geworden und „regte einem gar nicht mehr auf“, wo man im Anblicke der appetitlichen Frucht und ihrer vielleicht mit dem gleichen Attribut ausgezeichneten Verkäuferinnen dem Namen des Marktes ein Zugeständnis machte: Naschmarkt. Oh, in diesem altvertrauten Namen liegt ein Klang heiterer, ruhiger Wiener Gemütslichkeit, und es ist nur gut, daß er mit hinüberzieht auf den neuen, blühblanken Stand: Naschmarkt, wenn wir auch heute, ganz im Gegensatz zu früherer Zeit, das robuste Essen mehr zu schätzen gelernt haben als das leichte Naschen. Es ist auch tröstlich, daß der liebe, alte Markt nicht weit zu ziehen hat, beinahe nur „ein Häusl weiter“, und nur wunderbar ist es, daß er dennoch auf dem neuen Plage eine fast ganz verwandelte Welt, eine ganz neue Zeit, vorfindet. Denn da ist überall „moderner Komfort“, da hat man „alle Bequemlichkeiten“, und es ist wahrhaftig ein Aufstieg nach oben, den die Frauen und Männer „vom Stand“ tun. Nur in den Preisen mögen sie nicht höher gehen. Wirklich enthält ja der heutige oder eigentlich der kommende Naschmarkt nicht mehr allein die Ware, die in seinem Namen feilliegt, sondern er schließt, in eine ganze Reihe kleiner Märkte geteilt, das im Kriege wertvollste und wichtigste Gut der Volksernährung ein: die Lebensmittel jeder Art. Der Krieg, der alles in seinen Schatten hüllt, dämpft auch dieses Lokalereignis, und es wird den Gast, der vielleicht nach dem Kriege zum Besuche nach Wien kommt, gar nicht so sehr verwundern, wenn er auf die Frage: „Wo ist denn der Naschmarkt?“ einen Fingerzeig auf einen, von elektrischem Lichte übergoßenen, in seinen Babillons angelegten Markt erhält. Eine neue Zeit kommt für den alten Naschmarkt, und selbst Frau Sopherl wird einen Augenblick verstummen und über die neue Zeit staunen, die für den Naschmarkt kommt.

\* (Der „Muh“ auf dem Raschmarkt.) Der „Leopoldi-Tag“ brachte gestern den ersten „Muh“ auf dem Raschmarkt. Zunächst die „Gärtner“, die allerlei selbstgezeugenes Gemüse zu Markte bringen, nahmen Abschied von ihren alten Ständen, die sie schon heute mit den neu zugewiesenen, ganz oben an der Magdalenenstraße, zu vertauschen haben. Wie dies bei einer so großen Transaktion nicht anders möglich ist, kommt es zu allerhand kleinen Streitigkeiten um die Plätze, die vom Markt-Oberinspektor geschlichtet werden mußten. Viele Marktleute schleppen schon gestern Holzstrecken, Bütten und Einrichtungsgegenstände auf die neuen Plätze. Überall arbeiten Anstreicher, Monteur. Die kleinen Brunnenbassins in jeder Quergasse sind bereits vollendet. Sie werden dem Markt das nötige Wasser reichlich spenden. Um den alten Raschmarkt dagegen herrscht, wie zu konstatieren ist, nicht das geringste Bedauern. Selbst die Marktleute hört man nur von „altem Grasselwert“ reden, dessen Begrämnung höchste Zeit war. Große Objekte stehen zum Verkauf angeschrieben. Vor dem Pavillon des alten Marktinspektorats hatten die Marktleute im Laufe der Zeit mit reicher Blumenverwendung eine improvisierte Andachtsstätte, eine förmliche „Waldbandacht“ errichtet. Sie wird auf den neuen Markt übertragen, zugleich mit vielen kleinen Statuen des heiligen Antonius, des Marktpatrons, die von den alten Ständen pietätvoll mitgenommen werden. Eine ganze Pavillonanlage, die erst im Vorjahre für die belagerten Geschäftslente aus dem Dreihause erbaut worden war, dürfte einsteilen noch nicht fallen, da der Platz, wo sich die Holzbauten erheben, nicht unmittelbar in den Räumungsrayon fällt. Um jene der alten Hütten, die noch ziemlich erhalten sind, hat eine lebhafteste Nachfrage von Bewerbern eingesetzt. Zahlreiche Hütten werden abgetragen und in die Schrebergärten der Umgebung verkauft. Größere Stände werden von je zwei Schrebergärtnern zusammen gekauft und dienen, in der Mitte geteilt, als Wetterschutz. Man hört von Pavillons, die um 150 Kronen in Eisen und Bogen verkauft sind. Ganz alte, schon wursttische und vermorschte Hütten werden zahlreich als Brennholz verkauft.

## Um Sein oder Nichtsein.

Von

Dr. Friedrich Raumann, Mitglied des Reichstags.

In dem Briefe Hindenburgs an den Reichskanzler finden sich folgende politisch sehr beachtenswerten Sätze:

„In dankenswerter Weise hat das Kriegsernährungsamt der Ernährung der Arbeiter in der Kriegsindustrie seine besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Da jedoch das Kriegsernährungsamt auf die Ausführung der Maßnahmen einen geringen Einfluß auszuüben vermag, bedarf es der einmütigen, hingebenden Mitwirkung der Landeszentralbehörden und der diesen unterstellten Verwaltungs- und Kommunalbehörden. In den Kreisen dieser Behörden scheint mir nicht überall ausreichend erkannt zu sein, daß es um Sein oder Nichtsein unseres Volkes und Reiches geht.“

Schon die Tatsache, daß diese Sätze veröffentlicht werden, gibt zu denken. Es wird in ihnen ausgesprochen: der geringe Einfluß des Kriegsernährungsamtes, die mangelnde Mitwirkung der Landeszentralbehörden.

Bermutlich werden sich die betreffenden Amtsstellen in irgend-einer Form dazu äußern. In sich liegt unseres Erachtens ein Vorwurf gegen das Kriegsernährungsamt nicht in den Worten Hindenburgs, sondern nur die Feststellung einer Tatsache. Das neue Amt ist Reichsamt und hat als solches keine eigenen Organe und leidet, ebenso wie das Reichsamt des Innern, an der deutschen Bundesverfassung, die sich im Krieg als nicht ausreichend zeigt. Mag diese deutsche Verfassung noch so viel Vorzüge haben, so erschwert sie ein schnelles und direktes Verfahren. Ein preussischer Landrat, der die eigentliche ausübende Kraft in den Ernährungsfragen ist, ist dienstlich dem Regierungspräsidenten unterstellt, dieser dem Oberpräsidenten, dieser dem Ministerium des Innern; das Ministerium aber ist dem Kriegsernährungsamt nicht unterstellt. Es empfängt seine Verordnungen wie Zuschriften einer besondern Macht und gibt sie mit mehr oder weniger Eifer und Nachdruck weiter. Dazu tritt der weitere Umstand, daß zwar der Landrat als solcher im Abhängigkeitsverhältnis zum Minister des Innern steht, daß aber die Angelegenheiten, um die es sich handelt, oft gar nicht ins Ministerium des Innern gehören, sondern ins Landwirtschafts- oder Handelsministerium. Da nun aber in Preußen die verschiedenen Minister unter sich gleichgestellte Größen sind, so eröffnen sich hier für Hemmungsgemeinräte die verschiedensten Möglichkeiten, ohne daß gerade von direktem Uebelwollen gesprochen zu werden braucht. Es genügt etwas beamtenhafte Rechthaberei, um die Maschine langsamer gehen zu lassen. Und weiterhin hat der Landrat als solcher eine selbstverständliche und berechtigte Neigung, gerade den Wünschen seines Kreises und seines Kreistages gerecht zu werden. Die Kreisinteressen umgeben ihn täglich, während das Kriegsernährungsamt hoch über ihm schwebt. Gesamtergebnis aller dieser Voraussetzungen sind die Sätze Hindenburgs. Wir vertiefen uns etwas in seine einzelnen Worte:

Das Kriegsernährungsamt hat nur geringen Einfluß auf die Ausführung der Maßnahmen. Es sendet Verordnungen, Rat schläge, Anweisungen, Umfragen in die Welt und freut sich, wenn die Ausführung erfolgt. Eine drohende und strafende Gewalt ist nicht in seinen Händen. Wie sollte man auch eine derartige Gewalt verfassungsmäßig zurecht schenken?

Die Mitwirkung der Landesbehörden soll einmütig und hingebend sein. Es hat also leider an Zusammenarbeiten und an Eifer gefehlt. Das ist eine Anfrage an Bundesregierungen.

Sowohl die Landeszentralbehörden, wie auch die Verwaltungs- und Kommunalbehörden sollen künftig besser mithelfen. Dabei lesen wir gewiß nicht zufällig die Erinnerung, daß die letzteren den ersteren „unterstellt“ sind. Der Wink soll verstanden werden:

Kurz gesagt: Der große Feldherr betrachtet den Zivilregierungsapparat mit kritischem Blick und spricht mit der ihm eigenen Freiheit das offen aus, was auch sonst kein Geheimnis war, wovon man aber wenig redete, teils weil ohne Hindenburgs Öffnung des Mundes die Zensur leicht kleineren Leuten dieselbe Erregung verboten hätte, teils weil man besorgte, daß derartige Mitteilungen einen unerwünschten Eindruck in Inland und Ausland machen können. Diese Sorge setzt Hindenburg mit Bewußtsein an die Spitze: mag alle Welt davon hören, wenn nur der Schaden gebessert wird! So ist es richtig! Es ist ganz gleichgültig, was jetzt in den feindlichen Zeitungen steht, falls nur später die deutschen Siege desto sicherer erfolgen. Darauf kommt alles an. Das müssen auch die Behörden begreifen.

Der Hindenburgische Satz, daß es von den Behörden nicht überall ausreichend erkannt zu sein scheint, daß es um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes und Reiches geht, ist von unheimlicher Wucht.

Wie oft haben wir in diesen zwei Jahren etwa dieselben Ausdrücke gehört und gelesen, aber hier werden sie gewaltig durch den, der sie spricht, und durch die, an welche sie gerichtet sind. In Hindenburg lebt das Gefühl der weltgeschichtlichen Entscheidung. Die Macht, die von ihm befehligt wird, und zu der alle mitteleuropäischen Nationen gehören, ist das letzte Mittel, den Zusammenbruch von Volk und Reich abzuhalten, ein treues, gewaltiges Mittel, wenn jeder in Feld und Heimat seine Schuldigkeit tut. Sollten sich aber Mängel der Vorbereitung und Mitwirkung zeigen, dann ist alles verloren: Sein oder Nichtsein! Ein solches schweres Gewicht wird dem Beamtenkörper vorgehalten. Sie, gerade sie, scheinen die unvergleichliche Wucht des geschichtlichen Zeitpunktes noch nicht überall ausreichend erkannt zu haben. Wie muß das auf die betreffenden Beamtenstellen wirken!

Es ist das gute Recht unserer Landes-, Provinz- und Kreisbehörden, sich gegen den Wurf Hindenburgs zu wehren. Je besser sie es können, desto günstiger ist es für die Gesamtheit. Wir wünschen, daß sie einmütig zu protestieren in der Lage sind, denn dieser Protest würde der Anfang neuer Taten sein. Tatort und sein Kriegsernährungsamt stehen dann nicht mehr neben dem großen allgemeinen deutschen Beamtenapparat, sondern mitten drin. Sie stehen unter Hindenburgs Schutze. Die Wirklichkeit wird dann besser als die Verfassung ist.

Alle Volksteile müssen es sich gefallen lassen, an ihre vaterländischen Pflichten gemahnt zu werden. Wir alle sind bereit, uns täglich von neuem in den vaterländischen Dienst zu stellen. Auch alle Behörden werden es sein. Indem der Reichskanzler als Kopf der Zivilverwaltung diesen Brief Hindenburgs zur Veröffentlichung gibt, drückt er sein Siegel darunter.

Halbamtlich wird mitgeteilt: Der Brief des Generalfeldmarschalls von Hindenburg, in dem er den Reichskanzler bittet, allen Bundesregierungen, Verwaltungs- und Kommunalvertretungen in eindringlicher Weise den Ernst der Ernährungsfrage in der Kriegsindustrie vor Augen zu führen, ist vom 27. September

datiert. Der Reichskanzler hat dem Wunsche des Generalfeldmarschalls alsbald durch ein dringliches Rundschreiben an sämtliche Behörden entsprochen.

## Die deutsche Volksernährung vor und während des Krieges.

Hamburg, 16. November.

In einer Mitgliederversammlung des Reichstagswahlvereins von 1884, an der auch zahlreiche Damen teilnahmen, sprach der Reichstagsabgeordnete Herr Dr. Bohme, Mitglied des parlamentarischen Beirates des Kriegsernährungsamtes, über die Grundlagen der deutschen Volksernährung vor und während des Krieges.

„Als 1914 unvermutet der Weltkrieg ausbrach,“ so legte der Redner dar, „war man der Überzeugung, daß wir den Krieg auch wirtschaftlich leichter durchhalten würden, als es jetzt in Wirklichkeit der Fall ist. Die glänzende Entwicklung des Wirtschaftslebens berechtigte zu dieser Annahme. Wir waren namentlich auf dem Gebiete der Brotgetreideversorgung von dem Auslande fast ganz unabhängig geworden. Bis zum Jahre 1913 war die Mehreinfuhr von Roggen- und Weizenmehl auf 0,8 Mill. Tonnen gesunken, und in den letzten Jahren vor dem Kriege war die Einfuhr unseres Vieh- und Fleischbedarfes auf nur 5 Prozent herabgedrückt. Das Jahr 1914 wies den stärksten Viehbestand aller Zeiten auf. Man hat aber doch manche Faktoren übersehen, zum Beispiel, daß die Grundlage unserer Fleischversorgung die Einfuhr von Futtermitteln in Höhe von 10 Mill. Tonnen ist. Das bedeutet so viel, wie die allerbeste Haferernte ausmacht. Auch war die Einschätzung unserer eigenen Ernte in den Friedensjahren viel zu hoch gewesen. Das Fehlende machte sich namentlich auf dem Gebiete der Viehproduktion unangenehm geltend. Man konnte zum Beispiel den Viehbestand von 26 Mill. Schweinen nicht aufrecht erhalten. Dazu kam die Absperrung unserer gesamten Kolonialwaren, was einen stärkeren Konsum dessen, was unser eigener Boden hervorbringt, zur Folge hatte, und dann noch die ungünstigen Ernährungsverhältnisse des Jahres 1915; die Hafer- und Gerste-Ernte brachte kaum die Ausfaat wieder herein.“

In diesem Jahre ist zwar die Getreideernte wesentlich besser, aber die Kartoffelernte ist mehr als mäßig. Tröstlich dabei ist, daß für die menschliche Ernährung nur der kleinere Teil unserer Kartoffelernte notwendig ist. Besonders betont soll werden, daß die den Brennereien gelieferten Kartoffeln nicht zur Schnapsbereitung für die Zivilbevölkerung zur Verwendung kommt, sondern nur den Zwecken der Militärverwaltung dient. Zur Streckung der Kartoffeln für den menschlichen Genuß werden die Steckrüben gute Dienste leisten; für die Landwirtschaft werden für sie die Kunkelrüben beschlagnahmt werden. Wenn jetzt der Versand von Steckrüben verboten ist, so liegt der Grund darin, daß man die frostfreie Zeit für den Kartoffelversand ausnutzen will.

Zu bedenken ist auch, daß die Düngung, die infolge des Fehlens künstlicher Düngemittel wesentlich schlechter geworden ist, auf die Erde einwirkt. Eine weitere Schwierigkeit ist der Mangel an ausreichenden Arbeitskräften. Die große Masse der mittleren und kleinen bäuerlichen Betriebe ist häufig ohne jede männliche Arbeitskraft. Greise und Kinder müssen eine Fülle von Ueberarbeit leisten.

Vielleicht wären wir besser über die Schwierigkeiten der Volksernährung hinweggekommen, wenn man nicht an die Kriegsvorsorgung von allzu bürokratischen Gesichtspunkten aus herangegangen wäre. Man hat die Dinge sich ruhig entwickeln lassen, ohne einzugreifen. Besser war es ein Fehler, daß man sich nicht so die Mitarbeit des Handels sicherte, wie es wünschenswert gewesen wäre. Ein großer Fehler war es ferner, daß man die Zwangsmaßnahmen hinsichtlich der landwirtschaftlichen Betriebe rein schematisch vornahm und nicht dabei ihre Größenverhältnisse in Rechnung zog. Die Anzahl von kleinen Betrieben bis zu zwei Hektar liefert nur  $\frac{1}{20}$  des Brotgetreides. Was hatte es für einen Zweck, ihnen die Futtermittel wegzunehmen? Eine unendliche und dabei zwecklose Arbeit hat man sich mit der Kontrolle dieser Betriebe aufgebürdet, nur, damit alle Betriebe, große wie kleine, gleich behandelt würden. Die Landwirtschaftskammern standen den bäuerlichen Betrieben fremd gegenüber. Die Fülle von Verordnungen und von Strafen schuf Verärgerung. Es gibt Gemeinden, in denen alle Besitzer bestraft worden sind.

Dann sind die Maßnahmen vielfach zögernd und zu spät erfolgt. Ratschläge des parlamentarischen Beirates sind oft unberücksichtigt geblieben. Aus Furcht vor gewissen Mächteinflüssen hat man mit Eingriffen zurückgehalten. Es ist dringend notwendig, daß die Preise für die Massenprodukte für die große Masse der Konsumenten erträglich bleiben. Daß dies nicht der Fall ist, hat eine Entfremdung zwischen Stadt und Land zur Folge, die nach dem Kriege zu schweren Kämpfen führen kann.

Es ist sicher anzunehmen, daß wir mit den Hauptmassenartikeln reichen werden. Das gilt in erster Linie für das Brotgetreide. Der Ausfall Rumäniens ist durch die Ernte völlig gedeckt. Vor allem werden durch die gute Gerste- und die glänzende Haferernte die Lücken ausgefüllt, die sonst vorhanden gewesen wären. Der empfindliche Fettmangel kann nur durch die Produktion fetter Schweine bekämpft werden. Leider hat das preussische Landwirtschaftsministerium den Aufbau von Delirüchten nicht so gefördert, wie das hätte geschehen müssen. Wir hatten am 1. September 17 Millionen Schweine. Sie liefern nur ein Mindestmaß von Fett für die Bevölkerung. Aber es wird möglich sein, diese Zahl von Schweinen durchzuführen. In dem ersten großen Rindviehbestand haben wir eine gute Reserve, die man nicht angreifen sollte. Im Frühjahr nächsten Jahres wird der Augenblick gekommen sein, wo man zur Abschachtung einer größeren Menge schreiten kann und muß.

Wie wir militärisch durchhalten, so werden wir auch wirtschaftlich die Waffen nicht zu strecken brauchen. In anderen Staaten, besonders auch in den feindlichen, ist es wirtschaftlich nicht besser bestellt als bei uns. Es wird die Aufgabe einer weitsichtigen deutschen Politik sein, durch energische Anwendung der Kampfmittel auch den feindlichen Staaten die Zukunft zu erschweren. Wir werden wirtschaftlich durchhalten, weil eine reiche Opferwilligkeit alle Schichten unseres Volkes durchzieht.“

In der Besprechung des sehr beifällig aufgenommenen Vortrages wurde der Wunsch geäußert, das hamburgische Kriegsernährungsamt möge durch Aufklärung die Bevölkerung darüber beruhigen, daß wir mit unseren Lebensmitteln reichen. Herr E. Saune (M. d. B.) vom Kriegsernährungsamt bemerkte dazu, daß schon jetzt und auch in Zukunft für eine solche Aufklärung gesorgt werde. Die Bevölkerung möchte Vertrauen zum Kriegsernährungsamt haben und seine Befordnungen recht genau lesen; dann wären die Käuferansammlungen vor den Lebensmittelgeschäften überflüssig und zwecklos. d.

**Unterredung mit Präsidenten Kolkstein.**

Äußerungen des Präsidenten des Volksernährungsamtes.

Der zur Leitung des Amtes für Volksernährung berufene Präsident Oskar Kolkstein hatte gestern die Liebenswürdigkeit, sich einem Vertreter der „Zeit“ gegenüber über das in Aktivierung begriffene Amt folgendermaßen zu äußern:

„Der Wirkungsbereich des neuen Amtes für Volksernährung ist in dem seine Errichtung begleitenden Regierungskommunique genauestens umschrieben. Auf Grund des darin aufgestellten Programms habe ich die Berufung angenommen, so daß es für mich entfällt, heute gewissermaßen programmatische Erklärungen abzugeben.

So viel ist sicher, daß mit aller Beschleunigung an der Aktivierung des Amtes gearbeitet wird, so daß es in der allernächsten Zeit seine Tätigkeit aufzunehmen imstande sein wird. Bis dahin ist natürlich eine Reihe von Vorarbeiten durchzuführen, die mich vollauf in Anspruch nehmen. Es müssen die nötigen Kräfte herangezogen, die Amtsräume und deren Meublement beschafft werden. Daß zur Bewältigung der wichtigen Aufgaben des neuen Amtes auch Männer des praktischen Lebens herangezogen werden sollen, das wird ohnedies in dem zitierten Communique betont und ist auch sehr begrüßenswert.

Ob in der Frage der Besetzung der Stelle des zweiten Vizepräsidenten des Amtes für Volksernährung schon die Entscheidung getroffen wurde, ist mir gegenwärtig noch nicht bekannt. Jedenfalls aber war hinsichtlich desselben davon die Rede, einen Mann des praktischen Lebens auf diesen Posten zu setzen.“

Auf die Frage, ob für dieses Amt ein Industrieller oder ein Beamter in Aussicht genommen sei, meinte Präsident Kolkstein, es gebe auch andere Berufe als Industrielle, die auf dem Gebiet der Volksernährung Praktiker genannt zu werden verdienen.

**Die Vorarbeiten zur Aktivierung.**

Wie wir von anderer Seite erfahren, dürften die Vorarbeiten zur Aktivierung des Amtes für Volksernährung nicht vor vierzehn Tagen bis drei Wochen beendet sein. Auch die Frage der Unterbringung des neuen Amtes ist noch nicht endgültig gelöst. Es dürfte immerhin noch möglich sein, daß das neue Amt auch in einem anderen Gebäude als in dem hierfür ursprünglich in Aussicht genommenen Chemischen Institut in der Währingerstraße untergebracht wird. Um die Kontinuität der Arbeiten nicht zu unterbrechen, ist der bisherige Präsident, der zum ersten Vizepräsidenten des neuen Amtes ernannte Sektionschef im Ministerium des Innern Oskar v. Keller, am Werke, um

die laufenden weitverzweigten Geschäfte bis zur Aktivierung des neuen Amtes zu erledigen.

Was die Besetzung der zweiten Vizepräsidentenstelle des Amtes für Volksernährung anlangt, so wird die Berufung des hiesfür bereits genannten Ministerialrates im Handelsministerium Dr. Fuß-Löwenfeld in eingeweihten Kreisen für sehr wahrscheinlich gehalten, wenn es auch nicht ausgeschlossen erscheint — falls diese Stelle nicht durch einen ausgesprochenen Praktiker besetzt werden wird —, daß der Vizepräsident des bisherigen Ernährungsamtes, Hofrat Baron Fries, der über große Sach- und Fachkenntnisse auf dem Gebiet der Ernährungsfragen verfügt, doch noch letzten Endes auf diesen Posten berufen werden könnte. Von der Kandidatur einer Militärperson wird als weniger aussichtsreich gesprochen, doch ist auch diese Möglichkeit der Lösung der Besetzungsfrage dieser Stelle vorläufig noch nicht gänzlich ausgeschlossen.

## Feldmarschall Hindenburg über die Ernährungsfrage.

### Die Notwendigkeit freiwilliger Mitarbeit der Bevölkerung.

Wien, 16. November.

Wir leben in einer Zeit des Zwanges. Das Wort von dem Staat, der seine Arme polypenartig überallhin ausstreckt und alles an sich zu ziehen sucht, stammt aus Belgien. Man hat es auch auf die großen Städte angewendet, in deren Wirbel der Einzelne verschwindet und deren Masse die Besonderheiten vernichtet. Nicht nur bei uns, auch in den feindlichen Ländern ist der Zwang zum Hören geworden, dem alles huldigt, und heute erst hören wir, daß in England der Plan bestehe, einen Aufseher für Lebensmittel einzusetzen, der ganz nach deutschem Muster Vollmachten besitzen soll, Personen, die Lebensmittel verschwenden oder vernichten, zu verfolgen, die Zwecke vorzuschreiben, für die Nahrungsmittel verwendet werden dürfen, die Herstellung gewisser Lebensmittel zu regeln, den Handel mit Waren und ihre Verteilung zu beaufsichtigen. Schon jetzt nimmt das englische Handelsamt für sich diese Gewalten in Anspruch, bis der Diktator ernannt und der preußische Militarismus nun wieder einmal im Feindesland den größten Erfolg errungen hat. Das freie England für die staatliche Regelung der

Nahrungsfrage; Großbritannien mit einem Lebensmittel-diktator! Wirklich, man wird Großbritannien von jetzt an so nennen müssen wie Oesterreich: das Reich der Unwahrscheinlichkeiten.

Deswegen ist es so erfrischend, die Stimme eines Mannes zu hören, der die Macht des Staates richtig einschätzt und weiß, daß, so notwendig die Peitsche ist, sich doch nicht alles mit ihr erreichen läßt. Feldmarschall v. Hindenburg ist Befehlshaber mehrerer Millionen. Aber sein Militarismus ist nicht Samaschender, der die sklavische Unterwerfung fordert, und die Sprache seines Briefes an den Reichskanzler ist bei allem Selbstbewußtsein doch voll von menschlicher Milde. Hindenburg meint, die Lösung der Arbeiterfrage sei für das Gedeihen der Kriegsindustrie entscheidend. Aber diese Lösung kann nur gelingen durch die ausreichende Ernährung der Beschäftigten; es handle sich um Sein oder Nichtsein des Volkes. Dabei könne jedoch nicht allein von oben herab gearbeitet werden. Der Feldmarschall faßt seine Ansicht in die klassischen Worte zusammen: Mit staatlichem Zwang wird erfahrungsgemäß nur wenig erreicht; alle staatliche Regelung des Verbrauches muß versagen, wenn nicht die verständnisvolle, freiwillige Mitwirkung aller Schichten in Stadt und Land zu Hilfe kommt. Die freiwillige Mitwirkung! Der Feldmarschall sagt damit, daß die ausreichende Ernährung eine Frage des vaterländischen Gefühles werden muß. Die führenden Männer der Landwirtschaft, die anscheinend, wie der Feldmarschall behauptet, über die Bedeutung dieser Fragen nicht genügend unterrichtet sind, werden hoch aufhorchen, daß ein Mann in solcher Stellung sich so unbeeinträchtigt an ihr patriotisches Gewissen wendet.

Nicht eine Spur junkerlicher Schroffheit ist in diesen Worten. Hindenburg ist ein Ostpreuße aus einem jahrhundertalten Geschlecht von Gutsbesitzern. Aber er scheut sich nicht, den Agrariern Wahrheiten zu sagen und die Forderung zu stellen, sie mögen die ganze Wichtigkeit der Lebensmittellieferung begreifen und werktätig bekunden. Nichts Bürokratisches ist in seiner Auffassung, denn er spricht mit Freimut auch die Empfindung aus, daß starke entschlußkräftige Beamte notwendig sind, Männer, die nicht in langwierigen Beratungen den Bedenken aller Art gerecht zu werden suchen, bis Unentschlossenheit die Folge ist. Für alle Länder sind diese Äußerungen bezeichnend und die Verwechslung der Bürokratie im Widerstand gegen schrankenlose Ausnützung ist eine bemerkenswerte Zeiterscheinung.

Aber am wohlthuendsten berührt doch die freudige Bejahung des Grundsatzes der Freiwilligkeit. Wenn Milliarden ohne Anwendung des staatlichen Zwanges zustande gebracht werden, nur auf Grund der Erkenntnis der Notwendigkeit und der Klarheit über die Gefahren, warum sollten nicht auch Nahrungsmittel, die eben so wichtig sind wie Geld, herbeigeschafft werden können, weil der Krieg es fordert und weil die Maschine im Gang gehalten werden muß. Die Nahrungsfrage ist eine Kriegsfrage wie alle anderen; es ist kein Grund einzusehen, warum die Forderungen der Staatlichkeit, welche hohen Geldbeträgen den Schimmer eines Schlachterfolges verleihen, sich nicht auch auf dieses Gebiet erstrecken sollten. Man stelle sich vor, daß die Kriegsanleihe durch Zwang herbeigeführt würde. Wieviel Unlust, wieviel Verärgerung würde dies bringen, und wie schädlich wäre es für den Eindruck auf das Ausland! Wenn es gelänge, wirklich die Anleihestimmung in die Frage der Lebensmittel zu bringen, den Zauber des Opfers für das Vaterland auch auf dieses Gebiet zu übertragen, so wäre

vielleicht mehr getan, als durch viele Verordnungen. Feldmarschall Hindenburg weist unzweifelhaft auf einen richtigen Weg. So wie eine Million Deutscher freiwillig zu den Fahnen ging, als der Krieg ausbrach, so wie freiwillig mehr als eine Milliarde Gold in die Bank gegeben wurde, so wie an jedem Tag und in jeder Stunde Sieg oder Niederlage von der unbefohlenen Leistung abhängt, so wird auch niemals die Lebensmittelversorgung und ihre Lösung finden, wenn nicht aus eigener Einsicht und in vollem Bewußtsein der Bedeutung für das Vaterland die Erzeuger für die Bevölkerung sorgen und die Lebensmittel der Allgemeinheit übergeben. Alle Mittel des Schreckens, die blutigsten Strafen — das beständige alle Erfahrungen — sind nicht imstande, Kleinlichkeit und Aengsterei zu überwinden. Vielleicht gelingt dies dem, was so oft die Menschheit aus der Bedrängnis gerettet hat: dem freien Willen und der eigenen freigestellten Erkenntnis. In England beginnt der Zwang, Feldmarschall Hindenburg fordert Freiwilligkeit.

## Der neue Naschmarkt.

Wien, 16. November.

Mit dem heutigen Tage begann die Uebersiedlung eines Theiles der Verkaufsstände von dem Platz vor dem Freihaus in die Anlagen auf dem neuen Naschmarkt, der sich zwischen der Rechten und Linken Wienzeile vom Getreidemarkt bis zur Steggasse ausdehnt. Die Naschmarktleute hängen durchaus nicht so zäh an den alten, windbewegten, offenen Zelten, wie der Wiener gemeinhin annimmt. Im Gegenteil, sie gehen mit der Zeit, und man konnte in den letzten Tagen so manches Wort der Zustimmung und der Zufriedenheit über die neue Ordnung vernehmen.

Nur die Eingewöhnung verursacht einige Sorgen. Auch die Kunden scheinen sich nach den Erfahrungen, die der erste Morgen brachte, recht gut in die Neuordnung einzufügen, und wenn auch so mancher, der heute Blumen kaufen wollte, den recht langen Weg von der Favoritenstraße bis fast zur Steggasse machen mußte, also eine Viertelstunde mehr zu gehen hatte, ehe er das Gewünschte fand, widelte sich der Verkehr doch recht lebhaft ab und Kunden und Verkäufer kamen zu ihrem Rechte. Die Blumenhändler waren diejenigen, welche die Uebersiedlung eröffneten. Sie hatten bereits in den letzten Tagen ihre Siebensachen in die neuen Stände, denen eine Wasserleitung und Ablaufkanäle angefügt sind, übertragen, und als der Markt um 8 Uhr morgens begann, standen die Topfpflanzen und die Kränze in strammer Ordnung, und die Käufer, die schon in den letzten Tagen auf die neuen Verkaufsstände aufmerksam gemacht worden waren, fanden sich prompt an Ort und Stelle ein, so daß sich der Verkehr höchst animiert gestaltete.

Die Zeiten haben sich geändert. Und auch die Naschmarktfrauen sind mit ihnen gegangen und haben, trotzdem sie seinerzeit bei Errichtung der ersten Zelte und Stände, der langgestreckten Hallen- und Budenreihen so manchen drastischen Witz hören ließen, doch einsehen gelernt, daß die neuen Anlagen, die ganz den Anforderungen der Hygiene und auch der Schönheit entsprechen, viel angenehmer und praktischer sind, als es die alten, windigen, losen Zelte und Stände waren, in welchen man bei gutem Wetter der sengenden Sonne, bei schlechtem Wetter dem Wind, dem Regen und der Kälte und immer mißsam allen Waren dem Staube ausgesetzt war, und so waren alle Marktleute bereits heute damit beschäftigt, Waren und Einrichtungsgegenstände in die neuen Zelte einzuräumen. In die freistehenden Hallen wurde bereits Kraut eingelagert und Fässer und Kisten befördert. Dazwischen waren die Anstreicher noch tätig und die Budenbesitzer nahmen eifrig Maße und gustirten die Anordnung der Stände. Denn es heißt, rasch alles fertig stellen. Die Arbeitskräfte sind rar und in diesen Tagen stark in Anspruch genommen. Die Fleischhauer, Selbwarenverschleißer, Wildbret- und Geflügelhändler und die Fischhändler haben Zeit, zwischen dem 20. und 26. November in die neuen Abitationen zu übersiedeln und nachher bleiben die alten Verkaufsstände noch drei Tage zu ihrer Verfügung, um die alten Stände auszuräumen, so daß erst am 1. Dezember der Platz vor dem Freihause leer und still werden wird. Die anderen Verkäufer aber müssen zwischen dem 16. und 23. November ihre Bestände in die neuen Wohnungen übertragen und an den drei nachfolgenden Tagen ihre alten Zelte vollständig räumen. Zwischen dem 16. und 26. November findet also der Verkauf auf dem alten und auf dem neuen Naschmarkt statt und die Käufer werden beide

Markttheile besuchen müssen, um alles für die Wirtschaft und die Küche Notwendige einzuholen, so daß sie ebenso wie die Händler sicher den Tag mit Freude begrüßen werden, an welchem der Umzug vollendet sein wird. Mit dem 26. November wird der bisher auf dem Plage vor dem Freihause abgehaltene Markt aufgelassen. Vom 27. November an ist der Verkauf der Marktwaren auf allen Stand- und Lagerplätzen des aufgelassenen Marktes verboten.

1877/1916

**Der Schwindel mit Ersatzmitteln.**

Herr Sohenstinner hat in der gestrigen Sitzung des Gemeinderates folgende Anfragen an den Bürgermeister gerichtet: 1. Welche Maßnahmen wurden gegen den schwindelhaften Verkauf von Ersatzmitteln getroffen? 2. Welche Stellung nimmt der Bürgermeister zu den in Deutschland bestehenden städtischen Prüfungsstellen für Ersatzmittel ein? 3. Ist der Bürgermeister geneigt, im Ernährungsamte die Errichtung eines staatlichen Überwachungsamtes in Vorschlag zu bringen?

Dr. Weiskirchner antwortete, er anerkenne vollständig die Berechtigung, daß auf die vorhandenen Mängel im gegenwärtigen Verkehre mit Ersatzmitteln für unentbehrliche Bedarfsartikel hingewiesen wird. Er möchte jedoch erwidern, daß der Komplex der Anfragen weit über den Wirkungskreis des Gemeinderates hinausgeht, und werde die Anfrage als Antrag behandeln und der Regierung, beziehungsweise dem Ernährungsamte vorlegen.

Wir freuen uns, daß dadurch eine Anregung Leben zu gewinnen scheint, die der „Abend“ schon am 6. Oktober mit dem Aufsatz „Ein Prüfungsamt für Ersatzmittel“ gegeben und seither unausgesetzt verteidigt hat. Wir waren wiederholt in der Lage, Beispiele aus dem Leben als Beweis für die Notwendigkeit eines solchen Prüfungsamtes anzuführen, zuletzt in dem geradezu aufregenden Vorkommnis des Verkaufes von ganz gewöhnlichem Rohzucker unter falscher Bezeichnung und zu dem unerhörten Preise von 4 Kronen für das Kilo. Nebenbei gesagt: Obwohl wir damals den berechtigten Ruf nach einem Einschreiten der Strafbehörde erhoben haben, wurde seither nicht das geringste bekannt, ob dies auch geschehen sei. Da unsere Strafbehörden sonst gerade nicht gewohnt sind, das Licht ihrer Volksfreundlichkeit unter den Scheffel zu stellen — ein Vorgang, den wir, nebenbei gesagt, durchaus billigen — müssen wir zu unserem Bedauern annehmen, daß sie nicht gefunden haben, es liege hier ein Fall von betrügerischer Ausbeutung vor. Die Meinung des Herrn Bürgermeisters, daß die Angelegenheit weit über den Wirkungskreis des Gemeinderates hinausgehe, teilen wir nicht. Wir würden zwar ein Prüfungsamt für den ganzen Staat vorziehen und weitaus zweckmäßiger finden. Trotzdem wären wir aber ganz zufrieden, wenn wir schon eines für Wien hätten, da sich ja die Profitgier der Erbschlossausbeuter in erster Reihe auf die Bevölkerung der größten Stadt stürzt. Ob aber ja oder ja: hoffen wir, daß in dieser sehr wichtigen Angelegenheit nun endlich etwas geschehen wird. Ob wir es der Tatkraft des Bürgermeisters oder der Regierung zu verdanken haben, kann uns ja gleichgültig sein.

\* Die Kontribuirung der Lebensmittelvorräthe.  
Die Approvisionirungssektion des hauptstädtischen Magistrats veröffentlicht folgende Mittheilung: In Verbindung mit der am 19. d. zu erfolgenden Kontribuirung der Lebensmittelvorräthe hat sich in den Kreisen des Publikums das Gerücht verbreitet, daß die in den Haushaltungen vorhandenen Vorräthe von der Behörde auf Grund der Kontribuirung requirirt werden sollen. Zur Beruhigung des Publikums erklärt nun die Approvisionirungssektion, daß dies nicht der Zweck der Kontribuirung der Vorräthe der Haushaltungen ist. Die Requirirung von Vorräthen, die die Bedürfnisse eines Jahres nicht übersteigen, ist seitens der Behörde überhaupt nicht geplant. In Folge dessen erwartet

die Behörde mit vollem Rechte, daß das Publikum die Vorräthe in den Haushaltungen der Wahrheit gemäß und genau angibt, umso eher, als die Ausgaben auch in den Privathaushaltungen seitens der Behörde kontrollirt werden. Die genaue und gewissenhafte Angabe der Vorräthe ist umso mehr eine patriotische und bürgerliche Pflicht, als durch die richtige Angabe der Vorräthe Jene, die über entsprechende Vorräthe verfügen, der Behörde die Approvisionirung Jener, die keine oder nur geringe Vorräthe besitzen, erleichtern.

18./XI 1916

## Die neue Lebensmittelstadt.

Man tritt ebenso unvermittelt als früher, aus der Stille einer alten Seitenasse, auf den breiten Platz, der sich eine Viertelstunde lang über die zugewölbte Wien hinzieht. Dort dehnt sich jetzt der neue Raschmarkt aus, heute noch unbewohnt, neu aufgebaute, frisch gezeichnete Vorstadt, morgen vielleicht wirklich die Lebensmitteleentrale der Großstadt, der Band von Wei. Pavillons, die an Ausstellungen und Jahrmärkte erinnern, ganze Zeilen aneinander erhohter Buden und Verkaufsstände alle in die gleiche, einfache Linie gestellt, zu Quadraten und Rechtecken geformt, freundlich, aber poesielos und nüchtern ausgedehnt, formen sich zu einem Stadteil von ganz eigenartigem charakteristischem Gepräge, aus Holz, Beton und Eisenröhren, Doppelmannshoch emporgemauert, zu einem Stück Neu-Wien.

Selten spiegelte sich der Fortschritt der Zeit, der Unterschied zwischen dem Wien von vorgestern und dem von übermorgen so augenfällig ab, wie auf dem gedöhlten Rücken des Weinflusses, und wenige Schritte seitwärts, in der Bucht des alten Freihauses, eines Wahrzeichen des lieben Wien von Anno domini. Und da nun hinter der einstöckigen, armselig-schlichten Nunfront die Schattenspiele der Vergangenheit wegereit, die selbstsamstagsvögel, unrateten Höfe versperrt und abgerissen wurden, muß auch das lärmende, bunte Leben, das so vielerlei auf und über den Geruch an die Freihausmauern herantrug, von der Stadterde verschwinden. Frau Sopherls Tron tritt eine kurze und doch wieder so unendlich weite, wehmütige Wanderung an: aus dem Altewohnten, Gemütlichen, in das Streng-Moderne, Sanitär-Einwandfreie, Praktische. Da muß eben das Rattenstodl der alten Raschmarktburden zum letzten-

mal ausgekehrt, Plachen, Butten, Körbe und Fässer aufgeladen und in stummer Resignation ausgezogen werden. Sie haben sich lange und mit Geschick gegen die Fortwärtungen der Zeit gestemmt, die alten Damen vom Standl, nun hat das vielgefangene Vieh ein Ende gefunden. Man hat aus den Mauern des Freihauses die Schatten Mozarts und Schikaneders geblasen, was konnte da erst für die ehrfame, populäre, aber mit Unrecht zur „Spezialität von Wien“ gestempelte Kunst der Obst- und Gemüseweiber übrigbleiben? Ein alter Gaul, ein Streiwagen, ein Berg von Butten und Körben, nichts weiter. Und die Fahrt ein Stückel nach links hinaus, wo es freier, reiner, bequemer sein wird, so poesielos, als es eben ein Budendörsel sein kann, das bloß der Wagenfrage zu dienen hat.

Ob Frau Sopherl mit überfiedelt, wird die Zukunft lehren. Wenn sie kommt, wird man sie lange, lange suchen müssen. Die Ladenfront ist wohl nicht viel verzweigt, aber unabsehbar lang. Aber Frau Sopherl wird den Umzug kaum mitmachen. Sie lebt nicht mehr in der reichen, fischen Gemüthlichkeit von einst, ihre Nachfolgerinnen sind simple Obstweiber, denen der Marktcommisär verflucht scharf auf die Fingern sieht, und die über Projektionen finsterner Gesichter hinschauen, wenn ein paar Strizel Butter gekommen oder ein Sad Erdäpfel.

Heute ist die neue Lebensmittelstadt Wiens fast noch unbewohnt. Die Verkaufsstände tragen nur zum Teil den Namen ihrer künftigen Besitzer. Man liest, daß in dem offenen Pavillon, durch den der Winterwind recht scharf zu pfeifen vermag, Kaver Samslechner einen Butter- und Eierhandel eröffnen wird, und Marie Biboral, Bürgererswäwe, einen solchen mit Zwiebel und Erdäpfel. Auch eine Kapelle ist da, denn die Marktleute sind ein gar frommes, gottesfürchtiges Volk, bei all ihren bedenklichen Schwächen. In den Wenzelfronten der Bezirke Mariahilf, Wieden und Margareten zieht sich die geometrisch genau und sauber ausgezirkelte Budenstadt bis zur abweichenden Magdalenenstraße, wo sich wieder das Bett des Weinflusses anstaut und die Dsenrohre der vielbesungenen Stadtbahn ans Tageslicht treten.

Es dürfte lange dauern, bis die großzügige Marktanlage, die jedenfalls trotz vieler Mängel und Fehler eine Sehenswürdigkeit des heutigen Wien bildet, in vollem Betrieb sein wird. Streut man das alte Standellager in die neuen Objekte, wird wohl nur ein Bruchteil davon bedeckt. Aber die Zeit ist raschlebig, ist es doppelt in der Großstadt, wird es dreifach sein, wenn es wieder Friede im Land geworden. Da wird die kleine, wie aus einer Spielzeugschachtel geschüttete Stadt das alte Projekt wenigstens teilweise verwirklichen, Wiens Lebensmittelversorgung im Scrupthandel nach Möglichkeit zu zentralisieren. Und in den Gäßchen, die noch spiegelblank, betoniert und sandbestreut zwischen den leeren Verkaufshütten laufen, wird es wohl ebenso hoch hergehen wie am alten Raschmarkt, der wie der „Schanzl“ und manch' altherberühmte Speisekammer Wiens bald der Lokalhistorie und dem Stadtmärchen angehören wird.

H. H.

(Aufnahme der Lebensmittelbestände und Zählung der Bevölkerung.) In Angelegenheit der Aufnahme aller Lebensmittelbestände und der Zählung der Bevölkerung hat sich der Präsident des Volksernährungsamtes Baron Kürthy zu einem Mitarbeiter von „Nj Ujság“ wie folgt geäußert: Das Volksernährungsamt hat keinerlei statistischen Angaben darüber, wie viel Menschen derzeit im Lande und wie groß die Lebensmittelvorräte sind. Die Aufnahme der Bestände und die Zählung der Bevölkerung hat bloß informativen Zweck. Ich will wissen, wo und woran es mangelt und wo und woran Ueberschuß herrscht. Das Ernährungsamt muß wissen, wie vieler Menschen Bedürfnisse zu befriedigen und wie die Vorräte einzuteilen sind. Das Material wird nächste Woche beisammen sein und unter Ausbietung aller zur Verfügung stehenden Kräfte so rasch als möglich aufgearbeitet werden. Ich hoffe, bis Jahreschluß sind wir mit der Arbeit fertig. Was die Menge der Vorräte anlangt, so habe ich den Eindruck gewonnen, daß in einzelnen Haushaltungen zu große Vorräte angehäuft sind, viel mehr, als zum Auslangen notwendig wäre. Uebrigens vermag ich aber nicht einmal voranzusetzen, daß es Leute geben könnte, die unwahre oder ungenaue Angaben über ihre Lebensmittelbestände machen, denn dergleichen wäre eine Verletzung der patriotischen und moralischen Pflicht. Immerhin aber habe ich genaueste Kontrolle der gemachten Angaben angeordnet und verfügt, daß auch der geringste Mißbrauch mit größter Schärfe geahndet werde. Ich werde selbst davor nicht zurückweichen, alle, die in diesen schweren Zeiten ihre Vorräte selbstständig verheimlichen, erbarmungslos an den Pranger zu stellen. Auch für System und Technik der Kontrolle habe ich gesorgt: das wird Sache der Polizeibehörde sein.

## Einkauf.

Erlebnisse eines Berliners.  
Von Alfred Schmidt-Badelow.

Einen sehr trüben Tag habe ich hinter mir, ausgefüllt mit Betrachtungen über die Wesensart jenes Schöpfungsergebnisses, das mit mehr oder weniger Recht „Mensch“ genannt wird. Der Mensch — sollte man annehmen — neigt seiner Natur nach zur Geselligkeit; Geselligkeit bedingt wieder ein beträchtliches Maß von Anpassungsfähigkeit. Hier von unzertrennlich ist doch wohl die Veranlagung zur Liebenswürdigkeit, die „Menschlichkeit“ ausmachen sollte. Es scheint mir aber, daß der Gedankengang fehlerhaft ist, sonst wäre ich nämlich gar nicht zu solchen Überlegungen gekommen.

Neulich hatte ich beschlossen, meine Freunde bei mir zu sehen. Zeitig zog ich los, um ihnen etwas Eßbares vorsetzen zu können. Zunächst galt es meine Pläne der Erwerbung einiger Bäcklinge. Gleich der erste Laden, der mir in den Wurf kam, machte einen vertrauenerweckenden Eindruck. Eine Anzahl zierlich gebauter „Niesenschleibäcklinge“ lockte in der Auslage, durch die Scheibe sah ich eine ältere Dame von sympathischem Aussehen ihres Amtes als Verkäuferin walten, Kunden waren nicht ganz so viel vorhanden wie Bäcklinge — und die Preise? Du lieber Himmel, man hat so viel Auswahl in Dingen, über die man sich aufregen kann, warum soll man sich auch noch über Preise aufregen? — Also: Rein!

„Guten Tag!“, sagte ich höflich und lästete den Hut. Hiermit mußte ich wohl nicht die richtige Art und Weise gefunden haben, mich bei der älteren Dame einzuführen, denn nichts ließ darauf schließen, daß sie von meiner Anwesenheit Kenntnis genommen hatte. Einen weiteren Versuch, annehmbare gesellschaftliche Beziehungen zu ihr anzuknüpfen, wagte ich nicht, da ich etwas deutlich Abweisendes in ihren ernststen und schnellsten Bewegungen, in ihrer ganzen Persönlichkeit zu bemerken glaubte.

Der erste Eindruck, ich sei ihr als Einzelpersönlichkeit nicht genehm, stimmte übrigens wohl kaum, denn im Verkehr mit den anderen Kunden blieb sie ebenfalls vollkommen stumm.

Ich hatte hinlänglich Zeit, meine Wahl zu treffen. Es gab da vier Kisten Bäcklinge, die für 60 Pf. das Stück zu haben waren. Als die Reihe an mich kam, zeigte ich auf eine Kiste und sprach:

„Bitte geben Sie mir diese acht Bäcklinge!“

Die Verkäuferin ergriff ein winzig kleines Stück Papier und schritt energisch auf eine andere Kiste zu, aus der sie mit zielbewußter Hand die Stelle wählte, wo die allerkleinsten Bäcklinge lagen.

„Aber,“ stotterte ich, denn die Großzügigkeit der Frau verwirrte mich. „ich wollte gerne diese hier . . .“

„Aussuchen kann ich nicht!“

Mit dieser in unendlich schneidigem, überlegenem und wegwerfendem Tone vorgebrachten Feststellung war die Sachlage mit einem Schläge geklärt.

Und ehe ich den Einwurf anbringen konnte, daß ich ihr das Aussuchen ja eben ersparen wollte, da ich es schon vorher besorgt

hätte, während sie doch nun gerade selbst ausge sucht hätte . . . ja, ehe ich überhaupt wieder richtig zu mir gekommen war, hielt ich meine Bäcklinge, eingewickelt in altes Zeitungspapier, in der Hand, hatte meine 4 W. 80 Pf. abgestoßen und schlich zur Ausgangstür. In meiner Betäubung zog ich wieder den Hut und wünschte guten Tag. Antwort bekam ich abermals nicht.

Als ich die Straße gewonnen hatte und mich an den Häusern entlangdrückte, fühlte ich mich etwas belkommen. Warum — böhrte die Frage in mir — warum nur hatte mich die Frau so verächtlich behandelt? Sie kannte mich doch nicht einmal näher, während mir sogar Leute, die mich genau kennen, immerhin mit Achtung begegnen. Geschäftsjorgen konnte sie auch nicht haben; ich möchte wohl heutzutage, wo der Berliner sich langsam aber sicher zur Fischotter ausbildet, eine sympathische ältere Räucherddame sein, da würde ich lachen.

Weiteres Grübeln gab ich auf, denn ich mußte noch mehr einkaufen. Und ich hatte, wie es sich herausstellte, noch nicht die schlimmsten Leiden ausgestanden.

Ein Kaufmann, bei dem ich für schweres Geld ein wenig Del erstehen wollte und schüchtern fragte, welche Menge Del das gewünschte Gläschen wohl enthalten möge, schrie mich an, als hätte ich die Absicht geäußert, ihm seine Erstgeburt zu rauben. Eine Obsthändlerin verließ ich ohne Erfolg, da ich mich den höhnischen Auseinandersetzungen, die — nach freundlicher Erkundigung, ob die Birnen zu 80 Pf. das Pfund auch reif seien — über mich hereinbrachten, nicht gewachsen fühlte. In Geschäften, wo die geforderte Ware nicht vorhanden war, ließ man mich abfallen wie einen schmutzigen Bettler. Am schrecklichsten aber wurde mir im Butterladen zumute. Da bekam ich zwar die mir zustehende Butter, dafür jedoch wurde ich angeblich „bedient“ von einer jungen Dame, welche die Geste und Mienen einer russischen Großfürstin angenommen hatte und von einer so abgefeimten und unnahbaren Vornehmheit war, daß ich tief zerknirscht und in dem Gefühl, die bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von zehn Jahren verloren zu haben, nach Hause wandte.

Die Freunde bemerkten meine Bedrücktheit. Da offenbarte ich mich ihnen und warf die Frage auf, warum alle die früher so höflichen und schmeichlerischen Kaufleute und Verkäuferinnen plötzlich einen solchen Haß und Abscheu ihren Kunden gegenüber entwickelten, daß man sich vorläms wie ein Minderwertiger; warum sie sich in Ungezogenheit und Unhöflichkeit geradezu badeten?

Viele Ansichten wurden laut. Einer meinte: Weil sie es nicht mehr nötig hätten, höflich zu sein. Ein anderer urteilte kurz:

„So ist der Mensch!“

Beispiele für und wider wurden angeführt. Zur Klarheit darüber, ob der Grundzug des menschlichen Wesens Liebenswürdigkeit oder Unliebenswürdigkeit sei, gelangten wir nicht.

Einigkeit herrschte nur darüber, daß es ein höchst verbrecherisches und entehrendes Unterfangen und des Berliners nicht würdig sein müsse, in Kriegszelten Lebensmittel einzukaufen. So würden die Verkäufer den Kunden nicht so deutlich ihre Verachtung zeigen können.

In der Nacht schlief ich sehr schlecht. Mir träumte, ich hätte eine ebenso entfernte wie reiche alte Tante bestohlen. Mit der erbeuteten Gede wollte ich zehn Pfund Butter kaufen. Da wandte sich die Unnahbarkeit des Butterfräuleins in edlen Jörn, sie trat vor mir aus und rief den Schutzmann herein, der aus aller Gegend vor dem Laden stand.

Auf der Polizei fragte man mich, warum ich die entfernte alte Tante bestohlen hätte. Ich wußte es selber nicht genau, und sagte ich, weil mir bei dem Verhör schweiß wurde und weil ich mich an früher gelesene Kriminalfälle erinnerte:

„Ich wollte gerne in die Zeitung kommen . . .“

Es war ein wüster Traum, aber er brachte mich beim Erwachen auf einen Gedanken.

Ich legte mich an den Schreibtisch und schrieb diese Zeilen.

Wenn ich mich in Berliner Geschäften schon wie ein Verbrecher behandeln lassen muß, so will ich wenigstens dafür in die Zeitung kommen. Soviel Ehrgeiz habe ich noch.

19. XI. 1916

## Das österreichische Volksernährungsamt.

Wien, 14. Novbr.

Nach langem vergeblichen Suchen ist es endlich gelungen, für das neue Volksernährungsamt einen Mann zu finden, der bereit ist, seine Person in die Schanze zu schlagen. Das Wagnis ist nicht Klein und bisher hat von den Befragten nicht ein Einziger den Mut aufgebracht, die schwere Aufgabe zu übernehmen. Ein gewesener Ministerpräsident, ein schneidiger General und andere wurden ersucht, ja geradezu gebeten, dem Staat und der Bevölkerung das Opfer zu bringen; sie schauten davor zurück. Die Sache hatte zu viele Haken. Ein Ernährungsamt hat es auch vorher gegeben und dazu eine Menge Körperschaften, die keine andere Aufgabe hatten, als die Beschaffung und die zweckmäßige Verteilung der Lebensmittel. Aber was im Frieden die gewordenen und gewachsenen Organisationen spielend bewältigten, wollte vom grünen Tisch her nicht gelingen, obwohl jedes einzelne der Ämter mehr Machtbefugnisse hatte, als sonst der ganze Handel zusammengenommen. Die nahe-liegende Erklärung dafür ist natürlich in dem Sprichwort enthalten: Wo nichts ist, hat der Kaiser das Recht verloren. In normalen Zeiten sucht die Ware den Käufer, jetzt muß der Käufer die Ware suchen. Aber ganz brüt diese Erklärung die Erscheinung doch nicht; denn die wichtigsten Bedarfsgegenstände, vor allem die meisten Lebensmittel, waren ja in Oesterreich-Ungarn immer zur Genüge vorhanden und haben sich ja nur verkümmert. Die Ämter aber hatten die Vollmacht, sie aus ihren Schlupfwinkeln mit Gewalt hervor-zuholen, sie hatten das Recht, die Waren zu requirieren, die Preise festzusetzen und die Verteilung ganz nach Bedarf zu regeln; dennoch versagten sie. Wichtiges fehlte entweder gänzlich oder an einzelnen Orten, nichts war in ausreichendem Maße vorhanden, und alles kletterte auf eine schwin-belnde Preishöhe hinauf, die es dem Minderbemittelten fast unmöglich machte, sich überhaupt noch ausreichend zu ernähren. Von den Karamitäten beim Einkauf gar nicht zu reden. Woran lag das?

Die Eingeweihten sagten, es gab drei Wurzeln des Übels: Die Zerkleinerung der Militärbehörden und die ungarischen Behörden. Im ersten Schreck dachte jeder Bezirkshauptmann nur an seinen eigenen Bezirk, und so gab es eine vollständige Unterbindung des Verkehrs durch lokale Ausfuhrverbote. Die Militärbehörde kümmerte sich überhaupt um Niemanden, nahm, was sie brauchte und wo sie es eben fand, und Ungarn, das im Frieden der Hauptlieferant von Oesterreich war, sorgte in erster Reihe für sich ohne viel Rücksicht auf den Bruderstaat. Noch besser Eingeweihte glaubten sagen zu können, das sei zwar alles richtig, aber die Hauptsünden seien damit doch noch nicht genannt, das seien vor allem die Banken, die sich längst alle verfügbaren Vorräte gesichert hätten und Millionen daran verdienten; ferner die allmächtigen Agrarier, die noch immer nicht genug verdient hätten. Gegen diese aufzukommen, sei natürlich ein einfacher Ernährungsamtspräsident viel zu schwach. Wenn er auch mit dem besten Willen und den klarsten Einsichten käme, gegen diese Uebermacht würde er nichts ausrichten und würde auch bald an dem Widerstande in den eigenen Ämtern erlahmen. Jeder Schritt, den er tue, führe ihn in das Gehege irgend eines Ministeriums, das zwar selber nichts tue, aber sorgfältig darüber wache, daß auch ein anderer nichts tue. Das Ministerium des Innern, das Handelsministerium, das Ackerbauministerium haben ihre Kompetenzen und lassen sich von außen nicht in ihrer Amtsführung drehen. Es wurde schon als ein eminenter Fortschritt gepriesen, als man die verschiedenen Sektionschefs der einzelnen Ministerien zu einem gemeinsamen Amte vereinigt hatte, eben dem bisherigen Ernährungsamt; aber der Fortschritt hat auch nichts genützt. Was Wunder, daß kein Mann von Gewicht und Ansehen sich in diesen Sorgenstuhl setzen wollte. Eine andere Organisation, ein anderes Statut war notwendig, das dem Amte Vollmachten gab und es gegen jeden Einspruch aus den anderen Ministerien sicherte. Die Ausarbeitung dieses Statuts stieß lange genug auf Hindernisse, über die

wir nicht weiter reden wollen. Aber Herr v. Koerber, von dem ja der Ausdruck „lebenschaftslose Beharrlichkeit“ stammt, ist nicht der Mann, der gleich die Plinte in's Korn wirft. Er hat seinem Kabinett dennoch ein Statut abgezwungen, das man vor kurzem noch nicht für möglich gehalten hätte, die Verordnungsgewalt des Volksernährungsamtes erstreckt sich 1. auf die Erzeugung und Verarbeitung von Lebens- und Futtermitteln sowie von Rohstoffen, die zur Erzeugung dienen (bisher dem Handel- und Ackerbauministerium unterstellt); 2. auf die Aufbringung, Verteilung und den Verbrauch (bisher Ministerium des Innern), sowie die Preise (bisher Handel, Ackerbau und Inneres); 3. die Erhebung von Vorräten (bisher Ministerium des Innern). Dem Amte sind direkt unterstellt, alle nachgeordneten Behörden und Ämter; die Gemeinden sind ausdrücklich zur Mitwirkung verpflichtet.

Zu diesen Vollmachten fand sich nun endlich auch ein Mann, der bisherige Leiter der Finanzlandesdirektion in Wien, Dr. Oskar Kofstein. Man rühmt ihm Organisations-talents, Unererschöpflichkeit und Tatkraft nach. Er wird ihrer bedürfen. Ob er auch mit ihnen auskommen wird, ist noch eine Frage. Die Öffentlichkeit hatte eigentlich etwas anderes erwartet. Nicht einen bisher weiteren Kreisen unbekanntem, wenn auch im engeren noch so anerkanntem tüch-

tigen Mann, sondern irgend eine bekannte namhafte Persön-lichkeit die schon durch ihren Namen die Gewähr geboten hätte, daß sie den unausbleiblichen Widerständen gewachsen wäre. Aber ein solcher Mann wäre vielleicht doch nicht damit zufrieden gewesen, für jede einzelne seiner Vorschriften noch erst die Ermächtigung des Ministerpräsidenten einholen zu müssen, wie es im § 3 des Statuts heißt. Der hätte vielleicht tatsächlich diktatorische Gewalt verlangt und die Deckung durch den Ministerpräsidenten abgelehnt. Aber soweit halten wir offenbar noch nicht. Die Verantwortung trägt noch der Ministerpräsident, und der muß sich für alle einschneidenden Maßnahmen doch erst mit seinem Ministerrat auseinandersetzen. In diesem aber sitzt Graf Clam-Martinik, das feudale Haupt der Agrarier. Wie dem immer sei, einem neuen Mann in einem neuen Amt muß man zunächst Vertrauen entgegenbringen. Die Probezeit kann ja ohnehin nicht lange dauern; das verbieten schon die Zustände, um derentwillen das Amt errichtet worden ist. Eine mächtige Waffe hat sich das Kabinett jedenfalls vorbehalten: Die freie Presse. Es darf über Ernährungsfragen ohne Rücksicht auf das „feindliche“ Ausland ungehindert geschrieben werden. Wenn also die Volksernährung dennoch am Widerstande der mächtigen Faktoren scheitern sollte, bleibt dem Ministerpräsidenten und dem Ernährungsamte noch immer die Flucht in die Öffentlichkeit. Wir fürchten, sie wird unvermeidlich sein. Der Kampf eines nur österreichischen Amtes gegen die Militär-behörden und gegen Ungarn ist ein zu ungleicher. Auch scheint uns die Teilung der Ernährungsämter in ein österreichisches und ein ungarisches von vornherein verfehlt. Die Volksernährung ist ein Teil der Verteidigung und muß wie diese gemeinsam sein. Staatsrechtliche oder andere politische Rücksichten müßten hinter diesen allerwichtigsten weit zurück-treten. Der Krieg hat doch wahrhaftig lange genug gedauert, um es jedem Einzelnen unter den Machhabern und Wölfen in's Gewissen zu hämmern, daß wir alle nur Soldaten einer und derselben Sache sind.

19./II. 1916

## Zufuhr für die Städte.

Die letzten Berichte des Bürgermeisters und des Magistrats über die Kartoffelversorgung Wiens ergeben ein gewisses Mifverhältnis zwischen den angeforderten und den tatsächlichen Lieferungs mengen. Es ist weiter kein Wort darüber zu verlieren, welche Bedeutung die Kartoffelzufuhr für den winterlichen Nahrungsbedarf der Stadtbevölkerung hat. Natürlich handelt es sich hier nicht um eine bloß lokale Frage. Wien umfaßt zwar ein Viertel der Gesamtbevölkerung Oesterreichs, so daß auch die lokale Frage nicht nebensächlichen Ranges wäre; aber was von der Versorgung Wiens gilt, gilt ja bekanntlich, wenn auch in geändertem Maßstab, für die meisten österreichischen Groß- und Mittelstädte. Ueberall, wo die Stadt nicht von der nächsten ländlichen Umgebung gespeist wird, sondern auf organisierte Zufuhr angewiesen ist, bestehen die nämlichen Schwierigkeiten. Der Vorratsausgleich zwischen Stadt und Land ist ein ganz besonderes Problem der Kriegswirtschaft. Im Frieden haben diese Dinge durch das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte von selbst geregelt. Der Krieg aber hat für die landwirtschaftliche Produktion eine ganz neue Marktlage geschaffen. Sie hat einerseits für den Armeebedarf, andererseits für den Bedarf der städtischen Zivilbevölkerung zu liefern, und sie erzielt schon nach der einen Seite hin Preise, die es ihr häufig überflüssig erscheinen lassen, sich auch nach der anderen Seite hin noch zu bemühen. Aber dieser Krieg mit seinen internationalen

Verkehrsschließungen ist nicht den Kriegen älteren Stils zu vergleichen, wo die Heere an den Fronten kämpften, während im Innern des Landes das Wirtschaftsleben im ganzen und großen seinen gewohnten Gang ging. Unsere Feinde von heute richten ihre Waffen nicht nur gegen unsere Armeen, sondern auch gegen unsere Zivilbevölkerung. Sie wollen uns aushungern, und dieser Plan, dessen Schärfe naturgemäß die städtischen Volksschichten vor allem trifft, kann nur durch eine organisierte staatliche Abwehr zunichte gemacht werden. Die Zivilverwaltung muß bei der Abwehr ebenso mittun wie die Militärverwaltung. Unsere Soldaten kämpfen mit Glanz und Ruhm an allen Fronten; unseren Beamten winkt ein bescheidener Vorbezug, der aber auch nicht zu verachten ist: sie haben die Volksernährung sicherzustellen.

Das Erste und Wichtigste ist dabei die Aufbringung der Vorräte, nicht ihre Verteilung und nicht ihre Preisbestimmung. Erst müssen sie da sein, dann können sie erst verteilt und nach festgesetztem Preis auf den Markt gebracht werden. Es war ein Fehler der österreichischen Verwaltung — ein Fehler, der ja nunmehr durch das neugeschaffene Ernährungsamt korrigiert werden soll —, daß man sich zu viel und zu einseitig mit Verbrauchsregelungen und Preisfestsetzungen beschäftigte und darüber die ursprüngliche und wesentlichste Aufgabe vernachlässigte: die Vorräte aufzufinden, aus allen Winkeln hervorzuholen, in Bewegung zu bringen, auf die Märkte zu werfen. So kam es, daß unentbehrliche Bedarfsgegenstände, deren Verbrauch gründlich geregelt und deren Preis sorgsam taxiert war, vom Markt auf einmal wie weggeblasen waren. Und das ist es nun, worin vor allem Wandel geschaffen werden muß: das Ernährungsamt muß seine Hand auf die Vorräte legen. Das Land versorgt sich selbst, die Städte können nur durch eine organisierte Zufuhr versorgt werden. Wenn die landwirtschaftliche Produktion — sei es um höhere Preise zu erzwingen, sei es um menschlichen Nährstoff als Viehfutter zu verwenden, sei es aus welchem Grunde immer — Lebensmittelvorräte zurückhält, nach denen der städtische Markt dringend verlangt, dann muß die Staatsgewalt eingreifen. Unter den Wirtschaftsverhältnissen

dieses Krieges rechtfertigt sich die Requisition gleichermaßen, ob sie von der Zivil- oder von der Militärgewalt geübt wird. Auch die gewerbliche Arbeitsarmee der Städte muß ernährt werden, so weit eben die gegebenen Vorräte es gestatten. Aber diese durch Natur und Bodenertrag gezogene Schranke soll auch die einzige sein, die gilt, Schranken, die von Willkür und Eigennutz aufgestellt werden, sind durch staatliche Zwangsmittel zu beseitigen. Das Volksernährungsamt wird hoffentlich Licht bringen in das Dunkel, das über unseren Kartoffelbeständen liegt, wird die Vorräte sichtbar machen, sammeln und nach den städtischen Märkten leiten, und wird die Widerstände brechen, die von selbsthüchtigen Einzelinteressen oder von kurzfristigen Lokalverwaltungen den Erfordernissen des Gemeinwohls entgegengestellt werden. Das erwarten wir von dem neuen Amt, dessen Errichtung ja in erster Linie eine durch die städtischen Ernährungsverhältnisse bedingte Notwendigkeit war.

### Die Approvisionnement der Hauptstadt.

Einführung der Fettarten. — Die Milchvertheilung. — Die Aufnahme der Lebensmittelbestände. — Kontrolle der kommunalen Verkaufsstellen.

In unserer gestrigen Nummer meldeten wir, daß die Einführung der Fettarten unmittelbar bevorstehe. Wie wir erfahren, dürfte das Fettartensystem schon im Laufe dieser Woche, jedenfalls aber noch im Monat November ins Leben treten. Um die Fettarten auch dann honoriren zu können, wenn die Fettvorräthe momentan erschöpft sind, hat sich die Hauptstadt mit dem Ansuchen an den Präsidenten des Volksernährungsamtes Baron Ludwig Kürthy gewendet, ihr ein gewisses Quantum von Butter zu bewilligen. Diesem Ansuchen wurde Folge gegeben, wodurch die regelmäßige, wenn auch bescheidene Fettversorgung der Bevölkerung gesichert ist und das stundenlange Anstellen und Warten vor den Verkaufsstellen aus der Welt geschafft wird. Die Fettarten werden auf zwei Wochen lauten und zum Kaufe von Schweinefett, Speck, Schmier oder Butter berechtigen. Das Quantum wird mindestens 20 Dekagramm pro Karte, also 10 Dekagramm pro Woche betragen.

Auch bezüglich der gerechten Vertheilung des zur Verfügung stehenden Milchvorraths wer-

den die entsprechenden Vorbereitungen getroffen. Das Central-Milchamt beabsichtigt die Frage in der Weise zu regeln, daß die Milchanteile der Kinder, der Kranken und der Greise unter jeder Bedingung honorirt werden. Derzeit werden bekanntlich nur für Kinder bis zu zwei Jahren Milchanteile ausgefolgt; wie wir erfahren, will die Behörde das System der Milchanteile, wenn möglich, auch auf ältere Kinder, und zwar auf Kinder im Alter bis zu sechs Jahren ausdehnen. Die gegenwärtig stattfindende Konstriktion der Bevölkerung wird dem Central-Milchamt die Daten über die Zahl und das Alter der Kinder liefern, worauf die Neuverteilung unverzüglich zur Durchführung gelangen wird. Um die Milchvorräthe möglichst zu schonen, wird das Verabreichen von Milchkafee zwischen 3 und 8 Uhr Nachmittag auch in den Kaffeehäusern, Gasthäusern und Hotels verboten werden. Die hierauf bezügliche Kundmachung wird schon demnächst erscheinen.

Ueber den Zweck der Aufnahme der Lebensmittelbestände und Zählung der Bevölkerung äußerte sich der Präsident des Volksernährungsamtes Baron Ludwig Kürthy zu einem Mitarbeiter des „N. N.“ folgendermaßen: Die Aufnahme der Bestände und die Zählung der Bevölkerung hat bloß informativen Zweck. Ich will wissen, wo und woran es mangelt und wo und woran Ueberschuß herrscht. Das Ernährungsamt muß wissen, wie vieler Menschen Bedürfnisse zu befriedigen und wie die Vorräthe einzutheilen sind. Das Material wird nächste Woche beisammen sein und unter Aufsicht aller zur Verfügung stehenden Kräfte so rasch als möglich aufgearbeitet werden. Ich hoffe, bis Jahreschluß sind wir mit der Arbeit fertig. Was die Menge der Vorräthe anlangt, so habe ich den Eindruck gewonnen, daß in einzelnen Haushaltungen zu große Vorräthe angehäuft sind, viel mehr, als zum Auslangen notwendig wäre. Uebrigens vermag ich aber nicht einmal voranzusehen, daß es Leute geben könnte, die unwahre oder ungenaue Angaben über ihre Lebensmittelbestände machen, denn dergleichen wäre eine Verletzung der patriotischen und moralischen Pflicht. Immerhin aber habe ich genaueste Kontrolle der gemachten Angaben angeordnet und verfügt, daß auch der geringste Mißbrauch mit größter Schärfe gehandelt werde. Ich werde selbst davor nicht zurückschrecken, Alle, die in diesen schweren Zeiten ihre Vorräthe selbstsüchtig verheimlichen, erbarmungslos an den Pranger zu stellen. Auch für System und Technik der Kontrolle habe ich gesorgt: das wird Sache der Polizeibehörde sein.

Im Kreise des Publikums sind zahlreiche Klagen darüber aufgetaucht, daß das Personal der kommunalen Verkaufsstellen die Waaren nicht genau wäge. Die hauptstädtische Wirtschaftssektion ließ das Personal anfangs durch ihre eigenen Organe kontrolliren, als aber die Klagen noch immer nicht aufhören wollten, richtete sie an die Oberstadthauptmannschaft das Ansuchen, mit dem Anflug aufzuräumen. Den Civilpolizisten gelang es, in mehreren Fällen ein Fehlgewicht festzustellen. Die betreffenden Verkäufer wurden von der Polizei bestraft und unverzüglich aus dem Dienste der Hauptstadt entlassen.

19. XI. 1916

**Das Amt für Volksernährung.**

Von einem Fachmann.

Das neu geschaffene Amt für Volksernährung ist von der Regierung in der Absicht gegründet worden, alle Energien, welche gegenwärtig auf dem Gebiete der Approvisionnement tätig sind, zusammenzufassen und zu vereinfachen. Die Maßnahmen, welche die Regierung bisher getroffen hatte, waren schon aus der Ursache ungenügend, weil sowohl die interministerielle Approvisionierungskommission als auch das Ernährungsamt nur als beratende Organe in Betracht kamen. Es erwies sich als unerlässlich, eine Zentralbehörde zu schaffen, welche, zum Unterschied von der rein administrativen Tätigkeit der bisher wirkenden staatlichen Organe, das Recht und die Pflicht zur selbständigen Durchführung der für notwendig erachteten Verfügungen übertragen erhielt. Das Bedürfnis nach einer solchen Institution war ein um so dringenderes geworden, als durch die Zusammenfassung der interministeriellen Approvisionierungskommission die Entscheidungen dieser Stelle stets mehr oder minder beeinflusst waren von den Ansichten der verschiedenen Ressortministerien, die sich und Stimme in dieser Kommission hatten. Es konnte nicht vermieden werden, daß diese oder jene die Volksernährung betreffende Frage einmal vom Standpunkt des einen Fachministeriums, ein anderes Mal nach den Erwägungen eines andern beurteilt wurde, und es ereignete sich wiederholt, daß eminent wichtige Angelegenheiten der Volksernährung durch an sich begründete Bedenken des einen oder des andern Ressorts nicht in der erwünschten raschen Weise zur Durchführung gebracht wurden. Die Erkenntnis, daß die möglichst beste Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln der leitende Gedanke aller Maßnahmen der österreichischen Regierung sein müsse und daß alles andre in zweite Linie zu rücken habe, hatte sich bisher nicht durchgerungen. Das dem Ministerpräsidenten direkt unterstellte Amt der Volksernährung, welchem auch alle die Approvisionnement betreffenden Kompetenzen zufallen, wird diese Hemmungen vermeiden können.

Das Tätigkeitsgebiet, das nun für das neue Amt geschaffen wurde, ist ein außerordentlich großes, und es bedarf der ganzen Kraft und der vollen Sachkenntnis aller mitwirkenden Organe, um der Aufgabe, welche dem Amt gestellt wurde, gerecht werden zu können. Die Bevölkerung weiß, daß der Zwang der Verhältnisse einschneidende Änderungen in den Lebensbedingungen jedes einzelnen mit sich bringen müßte. Das neue Amt wird demnach in allen Schichten der Bevölkerung Verständnis für die Maßnahmen finden, welche eine als notwendig erwiesene Einschränkung der Lebensführung verfügen. Die Bereitwilligkeit der Bevölkerung, auch diese Lasten des

Krieges zu tragen, hat aber zur Voraussetzung, daß der Einzelne von der gleichmäßigen Verteilung der verfügbaren Lebensmittel überzeugt sei, und damit wird eine der wesentlichsten Aufgaben des neuen Amtes gekennzeichnet.

Es ist allgemein bekannt, daß die Lebensverhältnisse in den verschiedenen Teilen der Monarchie durchaus ungleich sind. Abgesehen von der in vielen Beziehungen wesentlich günstigeren Approvisionnement in Ungarn, sind manche Kronländer Oesterreichs, was Menge und Preis der vorhandenen Lebensmittel anlangt, in besserer Lage als benachbarte Gebiete. Diese Verhältnisse haben sich bis auf die kleinsten Verwaltungsgebiete, die Bezirkshauptmannschaften, übertragen, und es ist das begreifliche Bestreben der besser versorgten Landesteile, ihre Produktion und ihre Vorräte der eigenen Bevölkerung zur Verfügung zu halten. Hier muß das Amt für Volksernährung mit voller Energie dahin wirken, daß diese Unterschiede ausgeglichen und daß jedem Einzelnen die Durchschnittsmenge des Verfügbaren zum Durchschnittspreis zugänglich gemacht werde. Genaue Erhebungen über die Produktionsverhältnisse, über die Vorräte und die zu versorgende Bevölkerungszahl in den einzelnen Teilen Oesterreichs, werden eine Grundlage für die in dieser Hinsicht zu treffenden Verfügungen bilden können.

Verordnungen, welche in dieser Beziehung von dem Amt erlassen werden würden, insbesondere im Hinblick auf die Erfassung von Vorräten und auf die Ablieferung von Lebensmitteln aus einem Teil des Landes in einen andern, müßten im Falle von Unterlassungen unter schwere Straffunktion gestellt und mit drakonischer Strenge gehandhabt werden.

Die neue Zentralbehörde müßte ferner ihr besonderes Augenmerk der möglichsten Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion zuwenden. In dieser Hinsicht wird es bereits jetzt von allergrößter Wichtigkeit sein, nicht nur Saatgut für den Frühjahrsaubau in ausreichendem Maße zur Verfügung zu halten, sondern es wird auch darauf Bedacht genommen werden müssen, daß den Landwirten Viehfutter in entsprechenden Mengen und zu möglichst niedrigen Preisen überlassen werden kann. Speziell die letzterwähnte Sicherstellung billigen Viehfutters wird die Ausbringung größerer Mengen von Edelmetalle möglich machen, andererseits aber die dringend nötige Erhöhung der Produktion von Eiweiß und Fettstoffen mit sich bringen.

Der Produktionszwang, welcher auf industriellen Gebiete bereits bei einem oder dem andern Fabrikationsartikel durchgeführt wurde, könnte unter Umständen auf gewisse Teile von landwirtschaftlichen Erzeugnissen — beispielsweise Fett- und Buttererzeugung — ebenfalls angewendet werden.

19./XII. 1916

*erstes Amt für Volksernährung*

Das System der Höchstpreisverordnung bedarf einer völligen Neuorientierung. Grundsätzlich müßte die Festsetzung eines Höchstpreises mit der Requisition der betreffenden Lebensmittel Hand in Hand gehen, und in allen Fällen müßten Erzeuger- und Detaillistenpreise bestimmt werden, um dem Kleinverkäufer durch eine entsprechende Preisspannung den Vertrieb der in Frage kommenden Ware zu ermöglichen. Wenn überdies die Preismaximierung eines Lebensmittels mit der Androhung der Enteignung zu einem niederen Preise, als dem im Verordnungswege festgestellten Höchstpreise verbunden wäre, würde das Erscheinen der Ware auf dem Markte wesentlich gefördert werden.

Unter allen Umständen aber müßten alle Teile der Bevölkerung sich darüber klar sein, daß eine Ueberschreitung der den tatsächlichen Verhältnissen sich jeweils anschließenden Höchstpreise schwer und unnachlässig bestraft werden würde.

Störungen der regelmäßigen Versorgung der Bevölkerung wurden bisher in vielen Fällen durch Transport-schwierigkeiten verursacht. Es ist klar, daß solche Schwierigkeiten auch durch das neue Amt nicht völlig beseitigt werden können, aber eine ständige Verbindung zwischen dem Ernährungsamt und der Zentraltransportleitung im Kriegsministerium wird zweifelsohne auch

hier eine wesentliche Besserung der Verhältnisse mit sich bringen können.

Die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande müßte — soweit dieselbe gegenwärtig überhaupt noch möglich ist — von der behördlichen Stelle mit allem Nachdruck gefördert werden, und im besonderen müßte das Ernährungsamt dahin wirken, daß für den Ankauf von Lebensmitteln ausländische Zahlungsmittel im notwendigen Umfange zur Verfügung stehen.

Im Wirkungskreise des Amtes für Volksernährung wird es auch liegen, den großen Massen der Stadtbevölkerung die Beschaffung der unumgänglich notwendigen Lebensmittel in einer Form zu ermöglichen, welche die gegenwärtig in dieser Beziehung obwaltenden Mißstände beseitigt. Die Einführung von Familienkarten zum Bezuge aller wesentlichen Nahrungsmittel, speziell aber die praktische Durchführung des in allen Einzelheiten bereits durchgearbeiteten Gedankens der Gemeinschaftsküchen wird geeignet sein, dem hohen Ziel, welches die Regierung sich gesteckt hat, nahezu kommen.

### Etwas für die Hausfrau.

Billige Abendessen, kräftige Soßen,  
ausgiebige Fülle.

**Kalbshirnerjak.** Kohl in Salzwasser kochen, fein hacken, gejalzen und gepfeffert mit Zwiebel anrösten lassen, drei Eier hineinschlagen und in Frittanten füllen. Gute Abendbesse.

**Leberpudding.** ¼ Kilo Leber klein schneiden und schärieren, ebenso weich gekochten Kohl (2 Häuptel) und zirka 2 bis 3 runde Erdäpfel. All dies mit Ei vermengen, pfeffern und falzen, ein wenig Zwiebel hineingeben und in eine aus-

gebutterte bestäubte Puddingform geben. 1 Stunde im Wasser kochen lassen. Dazu Pilzlingsoße aus getrockneten Schwämmen.

#### Zwei Soßenrezepte.

**Polnische Soße zu Fisch oder Fleisch.** Ein Eßlöffel Mehl in einem Eßlöffel Butter anziehen, doch nicht gelb werden lassen. Nach 5 Minuten langsamen Schmörens rückwärts auf dem Herde füllt man mit der Brühe, worin Gemüse, Fisch oder was immer man zu der Soße geben will, gekocht hat, auf, würzt mit Salz und Pfeffer und rührt über Feuer, bis die Soße dicklich ist. Nun gibt man den Saft einer Zitrone, etwas abgeriebene Schale und etwas Muskatnuß hinzu. So wird die Soße nun zu gedeckt und langsam 15 Minuten kochen lassen. Dann kommt ein Eßlöffel frisch geriebener Meerrettig, eine Prise Zucker und ein Würfel dazu. Fünf Minuten kochen lassen. Nun noch einen Eßlöffel frische Butter, in Stücken zerschnitten, ein Eßlöffel Petersilie, sofort vom Feuer nehmen und servieren.

**Plante Soße.** Eine kleine weiße Zwiebel läßt man 5 Minuten im Wasser kochen, dann hackt man sie so fein wie möglich, gibt sie mit einem Eßlöffel fein gehackten Kapern, ½ Teelöffel scharfem Senf, ½ Teelöffel weißem Pfeffer zu falcher fertiger Mayonnaise.

#### Rezepte zu beliebter Fülle.

**Kartoffelfülle.** Rote oder auch gekochene Kartoffelwürfel werden in Butter mit Zwiebeln gekocht, man würzt mit Salz, Pfeffer, Majoran und Muskatnuß, gieße Fleischbrühe hinzu und die Fülle ist fertig.

**Apfelfülle.** Man nehme 10 bis 12 große Äpfel, schneide sie in Scheiben, dämpfe sie mit einem Stückchen Butter in etwas Wein und Zitronenschalen halbweich, vermische sie mit ¼ Kg. in Wein aufgekochten Rosinen und fülle die Masse ein. Man kann auch kleine ausgebohrte Äpfelchen, deren Höhlung man mit Rosinen gefüllt hat, ganz andämpfen und einfüllen. Bei dem Anrichten und Transchieren nimmt man sie dann heraus, aber möglichst vorsichtig, und garniert ringsum die Platte damit.

**Kastanienfülle.** 50 Kastanien (Maronen) werden geschält, eine Weile in Butter gedünstet; dann hackt man sie mit Leber, ¼ Kg. Schweinefleisch, einigen Zwiebeln und etwas Petersilie fein, dämpft die Füllung 15 Minuten in Bouillon, würzt sie mit Salz, Pfeffer und etwas Muskatnuß und füllt hiermit Vesügel. Die Soße wird gut entfettet und mit wenig Bouillon aufgekocht. — Oder man dämpft die Kastanien einfach in Butter mit Zucker, Salz und Fleischbrühe halb weich und füllt sie ohne weitere Zutaten.

N. P.

19./XI.1916

**Konsumverein von Bankangestellten.**

Kommende Woche findet der Verkauf von Montag bis Freitag von halb 8 Uhr früh bis halb 1 Uhr nachmittags und von halb 8 Uhr nachmittags bis halb 7 Uhr abends, Samstag von halb 8 Uhr früh bis 12 Uhr mittags und von halb 2 Uhr nachmittags bis 6 Uhr abends statt. Verkaufseinteilung: Montag Mitgliedsnummer 1 bis 700, Dienstag 701 bis 1400, Mittwoch 1401 bis 2100, Donnerstag 2101 bis 2800, Freitag 2801 bis 3500, Samstag 3501 bis 4000 Nr. 4001 bis 4500 im Zweiglokal. Zur Ausfolgung gelangen: Mehl (der ganze Rest für die zweite Woche), Butter, Fett, Brot, Sardinen, Kriesskaffee, Kakao, Prima Pardubitzer Sauerkraut u. a. — Neu eingelangt: Ledersohlenerseh „Copies“.

### Die Lebensmittelversorgung der Kriegsleistungsbetriebe und der Arbeiterkonsumvereine.

Kriegsleister und Konsumvereinsmitglieder beschwerten sich mit Recht, daß sich ihre Versorgung mit staatlich bewirtschafteten Lebensmitteln äußerst schwierig gestaltet. Diese Schwierigkeiten werden jedoch nicht verschuldet von den mit der Lebensmittelverteilung betrauten Organisationen (Lebensmittelverband, Großeinkaufsgesellschaft und Konsumvereine), sondern von den Lebensmittelzentralen, die mit den Anlieferungen trotz aller Vorsprachen beständig im Verzug bleiben. So kann es nicht weiter gehen. Dabei können sich die Zentralen nicht auf einen absoluten Mangel an Lebensmitteln berufen, da sie ja die Gemeinde Wien rechtzeitig und ausreichend beliefern. In einem Beispiel ist die differente Behandlung sinnfällig erweisbar.

Das **V e r s c h l e i h m e h l** wurde der Gemeinde Wien mehr als eine Woche vor Beginn der Geltung der Mehlbezugskarten für die ersten vierzehn Tage des rationierten Mehlbezuges in der voraussichtlich benötigten Menge geliefert. Die Lieferung erfolgte zumeist in der besten Mehlqualität, in Badmehl. Der Lebensmittelverband der Kriegsleistungsbetriebe, der auch die Konsumvereine versorgt, hat die Mehlzuteilung für die erste Woche so spät erhalten, daß die Verteilung erst am Donnerstag und nicht wie bei den städtischen Mehlabgabestellen schon am Montag der vorigen Woche beginnen konnte. Für die nächste Woche ist die Zuteilung erst Samstag erfolgt, das Mehl kann erst Montag oder Dienstag aus der Mühle geholt werden und wird wieder frühestens Donnerstag zur Verteilung gelangen können. Es wurde nahezu ausschließlich Weizengleichmehl zugelesen, während die städtischen Mehlabgabestellen wieder zumeist feines Badmehl verteilen werden. Diese Zustände sind unhaltbar.

Die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt muß alle Parteien, die sie zu versorgen hat, in Bezug auf Menge und Qualität gleich versorgen. Der Hinweis auf mangelnde Vorräte und den Zufall des Einlangens verschiedener Mehlqualitäten ist nicht stichhaltig. Ist wenig Mehl da, dann darf nicht die eine Partei für vierzehn Tage und die andere Partei nur für acht Tage dotiert werden. Die Gemeinde hat bei der Mehlverteilung geringere Schwierigkeiten zu überwinden als der Lebensmittelverband, da sich ihre Verschleißstellen das Mehl selbst holen, während der Lebensmittelverband das Mehl zustellen muß. Auf der rechtzeitigen Anlieferung muß gleichfalls bestanden werden, weil sonst die Verteilung zu den kundgemachten Terminen nicht erfolgen kann.

Die Qualitäten müssen für alle Parteien in gleichem Verhältnis vorhanden sein, sonst müßte man auf den Gedanken kommen, daß die bessere Qualität nur bevorzugten Parteien erreichbar ist. Keinesfalls werden sich aber Lebensmittelverband und Arbeiterorganisationen dazu hergeben, den Arbeitern qualitativ schlechteres Mehl zu vermitteln als die städtischen Mehlabgabestellen. Die städtischen Mehlabgabestellen haben diesen Konkurrenzvorteil sofort ausgenützt. In ihren Schaufenstern prangen Plakate, in denen mitgeteilt wird, daß diese Stelle nur feines Badmehl abgibt. Staats- und Militärverwaltung dringen darauf, daß die Kriegsleister entsprechend mit Lebensmitteln versorgt werden, Unternehmer und Arbeiter schaffen eine Organisation, der auch die proletarischen Konsumentenorganisationen dienlich gemacht werden, und die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt erschwert das ordnungsmäßige Funktionieren dieser Verteilungsorganisation und bringt sie noch in den Verdacht, daß sie durch Vermittlung schlechterer Qualitäten für die Arbeiter nachteilig wirkt.

Ähnliche Lieferungs-mängel zeigen sich auch bei anderen Lebensmitteln, namentlich aber bei der Broterzeugung, auf die wir noch zurückkommen werden.

## Die Schätze.

Wie Hamsters heimgeführt wurden.

1. Und siehe, es geschah wieder, daß etliche ihr Gold und Silber und ähnliches Gut mehr liebten als alles, daß sie den Schätzen, so dem Roste ausgesetzt sind, mit ganzem Herzen anhängen und daß sie dadurch ins Ungemach kamen.

2. Siehe, es war des Nachts im Schlafzimmer bei Hamsters voll Stille und Finsternis und nur der Hausvater röchelte leise, selig verdauend, noch im Traume preisend, was die gefüllte Vorratskammer auf den Tisch gebracht.

3. Und es geschah, daß die Wanduhr die zwölfte Stunde schlug.

4. Und es drehten sich Herr und Frau Hamster auf die andere Seite, nur die Betten ächzten schwer, denn die beiden waren sehr runderlichen Leibes.

5. Also ächzten die Betten und es war so, daß Frau Hamster halb erwachend mit der geballten Faust voll Bornes in die Tuchent schlug.

6. Denn siehe, die Hausmutter hatte einige reichlich fließende Lebensmittelquellen zu eigen, so bei guten Beziehungen und Höchstpreisüberschreitungen zu schaffen sind, und es hatte ihr im Traume geschienen, als wäre sie eben wieder dabei gewesen, zehn Kilogramm des seltenen Schweineschmalzes einzuheimsen, aber der Traum hatte es so gefügt, daß im letzten Augenblicke eine Frau, so dieselbe Beziehung und Dintertür benützte, ihr das Schmalz vor der Nase weglaupte.

7. Frau Hamster aber sah bald, daß ein wilder Traum sie zum besten gehabt, und lächelte fröhlich in der Finsternis.

8. Es geschah nun aber, daß sie plötzlich von großem Schrecken erfaßt ward.

9. Und sie weckte den Gemahl, rüttelte ihn und lodete: „Alter! . . . Um Gottes will'n, Alter!“

10. Aber siehe, der Hausvater war unwillig, murrte voll Unzufriedenheit, röchelte aber alsbald wieder, wie er es gewohnt.

11. Doch die Hausmutter lodete und rüttelte ihn wieder und sprach zu ihm: „Du! . . . So mach' do auf! . . . Horch! . . . Hörst d' ? . . . Im Garten! . . . Schriatt! . . . Einbrecher!“

12. Herr Hamster aber drehte sich hinweg und sagte nur: „Dumme Urtschel!“

13. Siehe, aber die Hausmutter sprach zu ihm: „Du Esel!“ und es geschah, daß sie ihn bogete.

14. Und es war gut so, indem er davon völlig erwachte und sich aufsetzte.

15. Er setzte sich auf, hörchte, antwortete seiner Frau und sprach: „Jessamarandjosef, du hast recht! . . . Einbrecher! . . . O Gott, o Gott, unser Geld!“

16. Siehe, sie waren des Jammers voll darüber, daß sie verlustig werden sollten ihres Geldes in der „Eisernen“, ihres Silbergeschirres in der Kredenz, ihres Schmuckes in der Schatulle.

17. Und der Hausvater stand auf, ging hin zum Fenster, so in den Garten führte, war hange und küsterte: „Drei san's! . . . Oder vielleicht no mehr!“

18. Frau Hamster aber ermunterte ihn und sprach: „Geh 'nunter, jank' p' davon!“

19. „Nei um die Burg!“ feuerte der Hausvater. „Soll i mi umbringen lass'n? . . . O mei schön's Geld!“

20. „Wachmann!“ gluckete Frau Hamster und siehe, sie stieß mit den Füßen gegen das Bettende, allwo der dicke Waldl auf gewohntem Blähchen des Schlummers pflegte.

21. Sie stieß ihn und sprach: „Puß weg!“

22. Aber es geschah, daß der dicke Waldl keinen Ehrgeiz hatte und daß er darauf piff, sich so zu benehmen, wie er sollte.

23. Und der Hausvater empörte sich gegen die Hausmutter, als sie begehrte, er möge das Licht anzünden, und er murrte wider sie und sprach: „Gans! . . . Wann i Nacht mach', find'n' p' den Weg zu uns und zu unserm Geld nur no leichter! . . . Da san' p' schon!“

24. Siehe, es krabbelte an der Tür.

25. Aber es waren nicht die Einbrecher, sondern die Söhne und Töchter und sie wehlagten leise und waren bewaffnet mit Besen, Bartwisch, Feuerzange, Kohlenschaufel, Regenschirmen und Spazierstöcken.

26. Und sie verteilten redlich alles Gerät untereinander.

27. Also zürnte Herr Hamster: „Es geht um mei 'Eiserne'!“

28. Und es jammerte die Hausmutter: „Und um me' Silber'schirr, um unsern Schmucl!“

29. Und es wehlagten alle und fanden in ihrem Herzen keinen Trost.

30. Aber es geschah, daß der Hausvater einen Schlachtplan entwarf, daß er alle aufstellte bei den Schätzen und sie anwies, wie sie den Einbrechern tun sollten, so sie kämen.

31. Also sprach er: „Schad', daß m'r lane Handgranat'n hab'n!“

32. Sie stunden beisammen, rüsteten sich, klagten und warteten.

33. Siehe, ihre Semden leuchteten in der Finsternis.

34. Sie harrten und warteten und es ward grau, sie warteten und harrten und es krächten die Hähne, aber die Nacht war still und die Einbrecher blieben fort.

35. Da waren sie fröhlichen Gemütes, denn sie wußten, die Schätze waren gerettet.

36. Aber es geschah, daß ihrem Herzen eine bittere Ueberraschung beschieden ward.

37. Denn siehe, die Diebe waren eben mit ihrem Werke zu Ende, da Frau Hamster den Hausvater bogete.

38. Und es fehlten aus der Hamsterkammer das köstliche Schmalz, so gesammelt gewesen in einem dicken Fasse, die Stollen Butters, mächtigen Umfangs und an köstlichem Orte geborgen; es mangelten die breitseitigen Scheiben lodenden Fettes, das prangende Viertel eines Schweines, das auf blühendem Nagel gehangen, der Schinken war von hinnen, der mit seinem weichen, rostigen Fleisch die Zähne wässern gemacht, von dannen waren die wohlgebaute Gans, so bestimmt war, die Zunge mit „Diagl“ und Fett zu erfreuen, des blühweißen Wehles ein Sad, der prall und das Auge entzündend in der Eße gelehnt, der blinrende Zucker, in Düten und Würfel geformet, die in Rast gehüteten Eier, wohl tausend an Zahl, die Kartoffeln, so in dicken Säcken des Verspeisens gewartet — ja, siehe, und noch vieles, das die Hamsterkammer geschmückt, war dahin.

39. Und nichts war geblieben als ein herzlicher Gruß der Diebe.

40. Siehe, er stand an der Kammertür, mit Kreide geschriebeu, und lautete also:

Wir brauchen nicht Silber, wir brauchen nicht Gold,

Wir haben uns viel Bess'res geholt.

Wir danken für die guten Gaben

Und wünschen: Wohl gespeist zu haben!

41. Siehe, so geschah es, daß zu Hamsters die Heim- suchung kam.

20. XI. 1916

## Vorschläge

## zur Sicherung der Volksernährung.

Der Schutzverband für deutschen Grundbesitz, e. V., Berlin, hat zur Frage der Kriegsernährung auf Grund der Beschlüsse des Zentral-Ausschusses vom 27. September und 31. Oktober 1916 und des Arbeits-Ausschusses der Abteilung für ländlichen Grundbesitz vom 26. September, 18. Oktober und 7. November 1916 eine Denkschrift „Ein ernstes Wort in ernster Stunde“ veröffentlicht,

in der er nach Aufzählung und Begründung der von ihm beanstandeten Maßnahmen zur Volksernährung folgende Einzelvorschläge macht:

Für die Zukunft muß die Hauptsache sein, die Erzeugung mit allen Mitteln zu fördern, den Handel mehr heranzuziehen und die Organisation zu vervollkommen. Hierzu muß unter anderem folgendes geschehen:

1. Der Mangel an Kunstdünger muß nach Möglichkeit beseitigt werden. Die Landwirtschaft treibt heute im dritten Jahre mehr oder weniger Raubbau. Geht das so weiter, fehlt es vor allem auch ferner am nötigen Stickstoff, so müssen in den folgenden Jahren ausgeprochene Mähernten entstehen. Es ist daher für die Anlage von weiteren Stickstoffwerken im Interesse des landwirtschaftlichen Bedarfs Sorge zu tragen. Für Neukulturen, besonders solche in größerem Umfang, dürfen erst dann Düngemittel ausgeteilt werden, wenn der Bedarf des alten Kulturlandes gedeckt ist. Der Preis der Düngemittel muß in richtigem Verhältnis zu den Höchstpreisen der Erzeugnisse stehen.

2. Bei der Fortnahme von Zugvieh ist stets Rücksicht auf die Bedürfnisse des landwirtschaftlichen Betriebs zu nehmen, keineswegs aber dürfen die Pferde, die der Landwirt zum zwei- und dreifachen Friedenspreise hat kaufen müssen, ihm zum halben Werte abgenommen werden.

3. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Landwirtschaft in der Lage ist, ganz besonders in der Bestell- und Erntezeit sich die nötigen Arbeitskräfte zu beschaffen. Als Arbeitskräfte kommen u. a. in Betracht: die Kriegsgefangenen, die genesenden Soldaten, die Garisunkruppen, die städtische Bevölkerung und unter gewissen Vorkehrungen auch Inassen der Zivil- und Militärgefängnisse.

4. Die Beschaffung der motorischen Betriebsmittel (Benzin, Benzol, Treiböle, elektrischer Strom) und der notwendigen Beleuchtungsmittel ist mit allen Kräften zu fördern.

5. Die Herstellung von Ersatzfuttermitteln ist nach Möglichkeit zu steigern. Die Ersatzfuttermittel müssen aber der Landwirtschaft zu einem Preise angeboten werden, der dem wirklichen Werte entspricht.

6. Solange die Erzeugungs- und Vertriebsverhältnisse, die zur Festsetzung von Höchstpreisen geführt haben, bestehen bleiben, ist deren Herabsetzung zu vermeiden, da Erzeugung und Vertrieb sich auf die bestehenden Preise eingewirtschaftet haben, die nachträgliche Herabsetzung, ja selbst die Gefahr einer solchen Herabsetzung sofort eine Einschränkung der Erzeugung und der Zufuhr zur Folge hat.

7. Die totalen Ausfuhrverbote sind grundsätzlich zu beseitigen.

8. Der Groß- und Kleinhandel muß bei der Kriegsorganisation in viel höherem Maße als heute herangezogen werden. Die Zentraleinstellungen würden selbst unter den jetzigen Verhältnissen viel erfolgreicher arbeiten und die unvermeidlichen Reibungen auf viel geringerem Maße halten können, wenn sie sich des sachverständigsten Mitarbeiters bei ihrer Aufgabe in geeigneter Weise bedienen würden. Insbesondere würde auch Zufuhr, Verteilung und Lagerung der Rationseisen sich durch zweckmäßige Beteiligung des Handels leichter regeln lassen.

9. Die zuständigen Stellen müssen nötigenfalls erreichbare ausländische Nahrungsmittel zu Preisen, die über die inländischen Höchstpreise hinausgehen, ankaufen und im Inland an die wirtschaftlich schwächeren Kreise zu diesen Höchstpreisen abgeben. Die dadurch entstehenden Mehrausgaben müssen als Kriegsaufwand von der Allgemeinheit getragen werden.

10. Die Organisation der Nahrungsmittelverteilung muß dahin ausgebaut werden, daß mehr Läden und Karten-Ausgabestellen geschaffen werden und ihre Arbeit vereinfacht und beschleunigt wird, damit die Bevölkerung die wirklich vorhandenen Lebensmittel ohne große Umständlichkeiten erhält und nicht durch das Warten an Zeit und Gesundheit Schaden erleidet.

11. Der Versorgung der Kinder, der Kranken und der alten Leute ist noch größere Aufmerksamkeit zu widmen; namentlich sind ihnen Milch, Fett, Getreide- und Haseerprodukte in erhöhtem Maße zuzuführen.

12. Das Uebermaß von Verordnungen ist auf eine geringe Zahl klarer und kurzer Vorschriften zurückzuführen. Eine Belästigung der schaffenden Kreise zur Unzeit und jeder unnötige Eingriff in die Erzeugung ist zu vermeiden. Am besten ist das durch rechtzeitige und ausreichende Heranziehung der beruflichen Interessentvertretungen in Landwirtschaft, Handel und Industrie zu erreichen. An Stelle der Strafandrohungen sollten für besondere Leistungen Prämien und Anerkennungen treten, wodurch die Produktionsfreudigkeit wesentlich gefördert würde.

Auf diese Weise wird es gelingen, unsere Erzeugung wesentlich zu steigern, um dann das System der Höchstpreise, Beschagnahmen und

Verteilung schrittweise abbauen und den freien Handel und die freie Preisbildung wieder walten lassen zu können.

20. XI. 1916

**Ein neuer Appell Hindenburgs.**

Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros.

Der Generalfeldmarschall von Hindenburg hat an den Reichskanzler das nachstehende Schreiben gerichtet:

Großes Hauptquartier, 19. November.

An den Herrn Reichskanzler.

Eure Exzellenz haben mein Schreiben vom 27. September d. J., in dem ich die schwere und dankenswerte Arbeit des Kriegsernährungsamtes zu unterstützen beabsichtigte, den deutschen Bundesregierungen mitgeteilt und dabei die von mir geäußerten Wünsche unterstützt.

Zu meinem Erstaunen sehe ich jetzt, nachdem das Schreiben in die Presse gelangt ist, daß es in Zeitungserörterungen so ausgelegt wird, als ob ich die Verordnungen auf dem Gebiet der Volksernährung als überflüssig und schädlich schlechthin verurteilte.

Das entspricht nicht meiner Anschauung. Ohne einen Zwang geht es nicht ab. Das gilt wie für die Lösung der Ernährungsfrage, so auch für die Beschaffung von Kriegsgerät und die Ausnutzung unserer Arbeitskräfte.

Für den Erfolg auf all diesen Gebieten ist aber entscheidend, daß zu dem Zwang die tatkräftige, nur vom vaterländischen Pflichtgefühl geleitete Mitarbeit jedes einzelnen tritt. Im besonderen kann auf dem Gebiet der Volksernährung erst eine selbstlose Pflichterfüllung der gesamten Landbevölkerung den staatlichen Anordnungen eine lebendige Wirkung verleihen; jeder an seiner Stelle muß über die gesetzlichen Vorschriften hinaus zur Ernährung der Truppen und Kriegsarbeiter hergeben, was irgend entbehrt werden kann. Das hatte ich bei meiner Bemerkung über die großzügig zu organisierende Werbearbeit durch die Führer der Landwirtschaft im Auge. Ich vertraue zu fest auf den bewährten patriotischen Sinn der deutschen Landwirte, als daß ich an dem Erfolg ihrer Aufklärungsarbeit zweifeln könnte.

Eure Exzellenz würden mich zu Dank verpflichten, wenn Sie meine Ansicht der Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen würden.

von Hindenburg.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat, wie aus seinem in der Beilage dieser Nummer wiedergegebenem Aufruf hervorgeht, im Unterschied zu gewissen Äußerungen in agrarischen Blättern, richtig erkannt, worauf es unserem Generalfeldmarschall Hindenburg mit seiner im ersten Brief an den Reichskanzler so dringend ausgesprochenen Mahnung ankam. Seine jetzige neuerliche Kundgebung ist so unzweideutig, daß man annehmen darf, daß für ein „Wenn und Aber“ kein Raum mehr ist.

21. / XI. 1916

**Kriegsteuerung in Amerika.**

Von unserem Korrespondenten.

New York, im Oktober.

In den amerikanischen Zeitungen und besonders in der Wilson-Presse wird seit einiger Zeit sehr viel Besens von dem Wohlstand gemacht, dessen sich, infolge der ungeheuren Kriegslieferungen an die Alliierten, angeblich das ganze Land zu erfreuen hat. Es ist aber eine bedauerliche Tatsache, daß es auch Millionen hier im Lande gibt, die nicht nur von der vielgerühmten „Kriegsprosperität“ nichts merken, sondern infolge des Kriegsgeschäfts sogar noch schwere Lasten zu tragen haben. Es ist schon so, wie ein bekannter Sozialpolitiker vor einiger Zeit gesagt hat, daß nämlich das ganze Kriegsgeschäft nur dazu dient, die Reichen noch reicher zu machen und den Armen neue Lasten aufzuerlegen.

Die bedenklichste Folge der ungeheuren Kriegslieferungen ist die zunehmende Teuerung aller Lebensmittel, die mit jedem Tage bedrohlicher wird. Fleisch kostet bis 70 Cent das amerikanische Pfund, also rund drei Mark für 425 Gramm. Diese Notstandspreise sind die natürliche Folge der gewaltigen Fleischausfuhr nach den Ländern der Alliierten. Nach dem Ausweis der National City Bank wurden im vergangenen Jahr 1330 Millionen Pfund Fleisch ausgeführt gegen 455 Millionen Pfund im Jahre 1914. Die Ausfuhr von frischem Fleisch steigerte sich von 6½ Millionen auf 231 Millionen Pfund. Von diesen 231 Millionen Pfund wurden 214 Millionen nach England, Frankreich und Italien ausgeführt, die vor Beginn des Krieges überhaupt kein frisches Fleisch von Amerika bezogen. Es handelt sich hier also um Kriegslieferungen, die natürlich den Fleischbaronen erheblich mehr einbringen als die Versorgung des eigenen Landes. In Wirklichkeit kann die amerikanische Landwirtschaft zu normalen Zeiten kaum dem heimischen Bedarf an frischem Fleisch Genüge leisten. Kein Wunder also, wenn der Abgang von 235 Millionen Pfund wahre Notstandspreise zur Folge hat.

Ähnlich verhält es sich mit dem Getreide. Im vergangenen Jahr wurden 630 Millionen Bushels Weizen ausgeführt und nur knappe 600 Millionen Bushels geerntet. Der Preis für Weizen ist von 1 Dollar auf 1,80 Dollar gestiegen. In erster Linie haben unter dieser Teuerung die Bäcker zu leiden. Vor einigen Monaten wollten die New Yorker Bäcker den Preis für einen Laib Brot von 5 auf 10 Cent heraussetzen. Der Beschluß entfesselte aber im Publikum einen derartigen Sturm der Entrüstung, daß die Bäcker ihn schleunigst rückgängig machten. Inzwischen sind aber die Preise für Schmalz, Butter, Milch und Zucker noch weiter gestiegen. Die Bäcker von Groß-New York und Umgebung haben daher dieser Tage eine Eingabe an den Bundeskongreß gerichtet, in der die sofortige Einberufung einer Spezialkommission zur Regelung der Preise für Nahrungsmittel verlangt wird. Insbesondere wird auf die Notwendigkeit eines Ausfuhrverbots für Weizen hingewiesen.

Anderer neutraler Länder haben derartige Ausfuhrverbote schon zu Beginn des Krieges erlassen, um sich nach Möglichkeit vor jeglichem Notstand zu schützen. Die New Yorker „World“, Präsident Wilsons Leiborgan, tut sehr entrüstet über die Gewissenlosigkeit der Fleischbarone und der Getreidehändler, die die dringend benötigten Vorräte verschachert haben. Die Hauptschuld liegt aber bei der Bundesregierung, die es versäumt hat, geeignete Maßnahmen zu treffen, um dem jetzt herrschenden Notstand vorzubeugen. Die Wilsonsche Administration wird voraussichtlich auch fernerhin keine derartigen Maßnahmen treffen. Warum? Weil sie England nicht genehm sind. Die Herren in London haben in derartigen Fällen eine so unangenehme Art, mit gewissen Vergeltungsmaßnahmen zu drohen, die die ganze schöne Munitions-Prosperität gefährden würden, und darauf will es Wilson, oder wollen es die Leiter der demokratischen Wahlkampagne offenbar vor dem 7. November nicht antommen lassen. amn.

21./XII. 1916

**Zur Schaffung des Grazer Approvisionierungs-  
beirates**

wird der „Reichspost“ geschrieben: Die Grazer Christlichsozialen sind im Grazer Approvisionierungsbeirat durch zwei Parteigenossen vertreten, und zwar wurden die Herren Schriftleiter Christian Fischer, Obmann des Bezirksverbandes christlicher Arbeitervereine in Graz, und Hoforgelbaumeister Konrad Hopferwieser, Obmann des katholischen Meistervereines in Graz, als Mitglieder des Beirates ernannt. Die Grazer Christlichsozialen ziehen damit nach langen Jahren wieder offiziell in das Rathaus der steirischen Landeshauptstadt ein. Die Grazer Christlichsozialen haben wiederholt in energischen Kundgebungen die Schaffung eines Beirates für den Regierungskommissär verlangt, da die Mitwirkung der Bevölkerung an den Verwaltungsgeschäften der Stadt Graz, der zweitgrößten deutschen Stadt der Monarchie, doch nicht auf die Dauer zu umgehen ist.

21./XII. 1916

**Ohne Zwang geht's nicht.**

Das Schreiben Hindenburgs über Volksernährungsfragen, das in den jüngsten Tagen in die Öffentlichkeit gelangte, hat in der deutschen Presse teilweise eine mißverständliche Auslegung gefunden. Der große Heerführer hatte an das patriotische Pflichtgefühl der Landwirte appelliert, die freiwillig ihre Vorratskammern öffnen mögen, um der Arbeiter-schaft der Kriegsindustrie Nahrungsmittel, besonders eine ausreichende Fettmenge, zuzuführen. In diesem Zusammenhang war die Wendung gebraucht worden, daß mit staatlichen Zwangsmitteln „erfahrungsgemäß nur wenig erreicht werde“. Diesen nun, an die Hindenburgs Appell gerichtet war, suchten ihn so zu deuten, als hätte er nicht auf das Zutun der landwirtschaftlichen Feltlieferung, sondern auf das Zuviel der staatlichen Verordnungstätigkeit den eigentlichen Nachdruck gelegt. Die agrarischen Kreise Deutschlands, die im allgemeinen jetzt wenig Autoritätenachtung zeigen, aber die militärische Autorität Hindenburgs wenigstens unbedingt respektieren, wollten in dem volkstümlichen Marschall einen Helfer im Kampf gegen die ihnen unangenehmen staatlichen Markt- und Preisregelungen gewinnen. Aber Hindenburg, dem diese Rolle durchaus nicht paßt, bezieht sich nun in einem zweiten Schrei-

ben, die falschen Auslegungen des ersten richtigzustellen. Es sei durchaus nicht seine Meinung, erklärt er, daß Verordnungen auf dem Gebiet der Volksernährung etwas Ueberflüssiges oder Schädliches seien. „Ohne Zwang geht es nicht ab.“ Was er von den deutschen Landwirten erwarte, sei selbstlose Mitwirkung im Sinne der staatlichen Anordnungen. Jeder müsse „über die gesetzlichen Vorschriften hinaus“ hergeben, was irgend entbehrt werden könne, um die Ernährung der Truppen und der Kriegsarbeiter sicherzustellen. Mit Worten also, die jedes weitere Drehen und Danteln ausschließen, bekennt Hindenburg sich als Anhänger des Staatszwanges in Volksernährungsangelegenheiten. Er hält nur das Maß der agrarischen Leistungen, das auf diese Weise erzielt werde, für nicht ausreichend, und er fordert von der Landwirtschaft eine weitergehende Betätigung ihres Gemeingeistes, eine freiwillige Herausgabe ihrer Vorräte „über die gesetzlichen Vorschriften hinaus“.

Die beiden Schreiben Hindenburgs eignen sich auch ein wenig zur Nusanwendung auf österreichische Verhältnisse. Auch bei uns wäre es zu wünschen, daß ein großer Mahner von volkstümlichem Ansehen aufstände, um die Landwirtschaft anzuspornen, „ihre Produkte in weitestem Maße freiwillig dem Verbrauch zuzuführen“. Was aber noch dringender nottäte, das wäre, daß mit den staatlichen Zwangsmitteln in dieser Richtung einmal Ernst gemacht würde. Das Gemeingeistliche in Nationalitätenstaaten überhaupt weniger entwickelt zu sein als in Nationalstaaten, und in Oesterreich hat eine gewisse Parheit in der Erfüllung öffentlicher Pflichten seit jeher zu den Volksgewohnheiten gehört. Wenn nun selbst die stramme preussische Ordnung bekanntermachen in Ernährungsfragen auf zähe Widerstände des wirtschaftlichen Egoismus stößt, so ist wohl zu verstehen, daß bei uns, wo die Staatsgewalt eine leichtere Hand und der Volksgeist leichtere Sitten hat, die Ergebnisse für die Kriegswirtschaft sich noch ungünstiger gestalten. Aber die Notwendigkeiten, um die es sich hier handelt, sind viel zu ernste und folgenreiche, als daß

die traditionelle Lässigkeit noch das mindeste Anrecht auf Schonung ihres Alters und ihrer Gewohnheiten hätte. Der Zwang, ohne den es nach Hindenburgs Zeugnis nicht geht, ist in Oesterreich vollends unentbehrlich, wenn in unser Ernährungsweisen jene Ordnung gebracht werden soll, die dieses schwierigste und verwickelteste aller Kriegswirtschaftlichen Probleme verlangt. Es mag sein, daß der Zwang allein nicht genügt und daß darüber hinaus noch die freiwillige Nachhilfe des patriotischen Gemeingeistlichen erforderlich ist. Aber auf diese Nachhilfe warten und bis dahin die verfügbaren staatlichen Zwangsmittel unberührt lassen, hieße auf den Haupttreffer warten, statt pflichtgemäß auf alle Fälle und ohne Rechnung auf mögliche Glücksgunst Ordnung in den Haushalt zu bringen.

21./XII. 1916

\* Höchstpreise für Salz. Das Oberkommando in den Marken erläßt folgende Bekanntmachung:

Unter Abänderung meiner Bekanntmachung vom 19. August 1914 bestimme ich hiermit für das Gebiet des Zweckverbandes Groß-Berlin auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 und des Reichsgesetzes betreffend Höchstpreise: Der Höchstpreis für den Verkauf im Kleinhandel wird für ein Pfund Salz auf 14 Pf. festgesetzt. Diese Anordnung tritt am 1. Dezember 1916 in Kraft.

Der Oberbefehlshaber in den Marken.  
gez. v. Kessel, Generaloberst.

22./XI. 1916

**Die Lebensmittelversorgung.****Städtische Beratungsstelle für Kranken-  
ernährung.**

Da die bestehenden Schwierigkeiten in der Beschaffung einzelner Lebensmittel es notwendig machen, der Ernährung der Kranken eine besondere Fürsorge zu widmen, hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner sich veranlaßt gesehen, eine städtische Beratungsstelle für Ernährung der Kranken während des Kriegerlebens zu rufen

mit der Aufgabe, die hiebei in Betracht kommenden Fragen vom ärztlichen Standpunkt zu erörtern, die vorgelegten Anträge und eingebrachten Ansuchen zu begutachten sowie selbständige Vorschläge zu erstatten.

Die gründende Sitzung der Beratungsstelle findet morgen, 24. d., um 4 Uhr nachmittags im Stadtratsitzungsaal statt.

### Approvisionnement der Eisenbahner.

#### Ein Erlaß des Eisenbahnministers.

Eisenbahnminister *GM. Ernst Schäuble* hat am 14. d. einen Erlaß an alle Organe der Staatsbahnverwaltung gerichtet, in dem es heißt:

„Die Lebenshaltung der Eisenbahnbediensteten ist durch die eingetretene Knappheit der Lebensmittelvorräte und die damit zusammenhängende Teuerung ebenso wie für alle übrigen Einwohner des Staates eine schwierige geworden und müssen sich bei den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen auch die Eisenbahnbediensteten bescheiden und vertraut machen, daß die Einschränkung aller Bedürfnisse des täglichen Lebens auf das äußerste Maß zur unabwieslichen Notwendigkeit geworden ist.

Das Eisenbahnministerium ist jedoch im Verein mit den anderen berufenen staatlichen Stellen unablässig darauf bedacht, die Versorgung der Eisenbahnbediensteten mit Lebensmitteln im Rahmen der Möglichkeit sicherzustellen.

Ebenso sollen die Ausgestaltung und Vermehrung der Personalküchen, die Zuweisung von Grundflächen zum Zwecke der Bebauung, die Förderung der Kleintierzucht, die Begünstigungen im Transport der für die Bediensteten bestimmten Lebensmittel und ähnliche Vorrichtungen dazu beitragen, die Lebenshaltung der Bediensteten zu erleichtern. Auch ist in Aussicht genommen, durch weitere außerordentliche Geldzuwendungen die Wirkungen der Teuerung für die Bediensteten zu lindern.

Sollte trotz aller Mühen vorübergehend bei einer Dienststelle Lebensmittelmangel eintreten, so darf dies niemals ein Anlaß zur Arbeitslosigkeit sein.

Unter keinen Umständen kann ein Verhalten der Eisenbahnbediensteten geduldet werden, das geeignet ist, den geordneten Betrieb der Eisenbahnen zu stören und dadurch die mit diesem Betrieb verbundenen militärischen Interessen zu gefährden und die ebenso für die Gesamtheit aller Staatsbürger wie für die Bediensteten selbst unentbehrliche regelmäßige Zufuhr der Lebensmittel zu unterbinden.

Ich sehe mich daher veranlaßt, allen Bediensteten die Bestimmung der kaiserlichen Verordnung vom 25. Juli 1914 über die Bestrafung der Störung des öffentlichen Dienstes oder eines öffentlichen Betriebes vor Augen zu führen, denen zufolge bei einer Störung des Eisenbahnbetriebes nicht nur die Organe der Generalinspektion die sofortige Entlassung der schuldtragenden Bediensteten verfügen können, sondern auch die gegen diese Verordnung sich vergebenden Bediensteten Freiheitsstrafen zu gewärtigen haben, die eine besondere Verschärfung dann erfahren, wenn durch die strafbare Handlung die militärischen Interessen gefährdet erscheinen.

Uebrigens wird in solchen Fällen bei jenen Betrieben, die unter militärischer Aufsicht stehen, stets rechtzeitig die Mitwirkung des militärischen Aufsichtsorgans in Anspruch zu nehmen, respektive die Bestellung der militärischen Aufsicht hieramts anzufordern sein.

Wir müssen durchhalten um jeden Preis, und der Plan des Feindes, uns auszuhungern, weil er uns mit Waffen nicht bezwingen kann, muß vereitelt werden. Von diesem Gedanken soll jeder Eisenbahner durchdrungen sein.

**Verhandlungen der Preisprüfungsstelle.****Regelung****der Fische, Gemüse- und Obstpreise.**

Zu Laufe der vergangenen Woche traten die Unterausschüsse der Preisprüfungsstelle für Obst und Gemüse und für Fische zusammen und berieten eingehend über die, infolge der bedauerlichen Preissteigerungen gebotenen Maßnahmen.

Angesichts der bevorstehenden Regelung der gesamten Einfuhr frischer Seefische durch das Reich, bei der eine sehr erhebliche Senkung der Preise vorgenommen werden wird, erübrigten sich örtliche Maßnahmen. Dagegen bestand Einverständnis darüber, daß es unbedingt notwendig ist, auch für einheimische Seefische Höchstpreise in Übereinstimmung mit den vom Reich für ausländische Seefische zu bestimmenden festzusetzen. Im Hinblick auf das bereits erzielte Einverständnis mit der Stadt Altona wurde beschlossen, mit möglichster Beschleunigung dem Hamburgischen Kriegsverorgungsamt die Veröffentlichung entsprechender Höchstpreise für einheimische Seefische vorzuschlagen, und zwar sowohl Höchstpreise für den ersten Verkauf wie von Kleinhandelspreisen. Im Hinblick auf die Festsetzung von Höchstpreisen für frische Seefische soll, in Erweiterung des in der letzten Sitzung gefassten Beschlusses, die Festsetzung von Höchstpreisen für Räucherfische aller Art erfolgen. Hierbei werden die von der volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsverwaltungsamtes in Berlin ausgearbeiteten Richtpreise als Anhalt dienen. Es ist ferner in Aussicht genommen, den Verkauf nach Gewicht bei Räucherfischen auch im Großhandel vorzuschreiben. Die entsprechenden Verhandlungen mit Altona sind im Gange. In die Liste der durch Preisanstieg zu kennzeichnenden Räucherfische wird auch die Makrelle eingereiht werden. Nachdem in Berlin für einzelne Sorten Süßwasserfische, insbesondere für Hechte, Aale, Brachsen sowie Wlöhgen und Rotaugen höhere Preise als in Hamburg bestimmt worden sind, wurde beschlossen, dem Hamburgischen Kriegsverwaltungsamt eine gleiche Erhöhung der Preise auch für Hamburg zu empfehlen.

Den demnächst bekanntzugebenden Kleinhandelspreisen für Seefische liegen

**folgende Preisausschläge für den Kleinhandel**

zugrunde:

Bei Fischen mit einem Höchstpreis für den ersten Verkauf bis zu 50 M. 10 Pf.

Bei Fischen mit einem Höchstpreis für den ersten Verkauf bis zu 1 M. einschließlich 25 Prozent.

Bei höheren ersten Verkaufspreisen soll der Zuschlag auf 20 Prozent ermäßigt werden.

Für den Verkauf von Kabeljau im Ausschmitt ist ein Zuschlag von 33 Prozent zu dem gewöhnlichen Kleinhandelsaufschlag zu gewähren.

**Der Unterausschuß für Obst und Gemüse**

beschloß angesichts der bedauerlichen Preissteigerungen bei Äpfeln von jetzt ab wöchentlich die Preise bekannt zu machen, die von der Preisprüfungsstelle für angemessen erachtet werden. Zur Durchführung dieses Beschlusses wurde eine Unterausschüsse eingesetzt, die wöchentlich zusammentritt und ihre Beschlüsse bis zum Beginn der neuen Woche bekanntgibt. In ähnlicher Weise sollen auch für die wichtigsten Gemüsearten, insbesondere für **Welsch- und Nichtpreise** wöchentlich veröffentlicht werden. Die Preisprüfungsstelle sprach sich ferner für die alsbaldige Bekanntmachung der Großhandelspreise und Kleinhandelspreise für **Stedrüben** aus. Eine Aussprache über die Gestaltung der **Zwiebelpreise** führte zu dem Beschluß, die zurzeit in Hamburg vorhandenen Bestände durch Anfrage bei der Marktpolizei und den Frucht- und Gemüse-Marktgroßhändlern zu ermitteln. Es ist in Aussicht genommen, für den Verkauf der vorzutretenden der neuen Produzentenpreise eingekauften Vorräte eine Ueberkaufspris zu erwirken, innerhalb der die alten Bestände mit einem angemessenen Aufschlag verkauft werden dürfen.

Es wurde beschlossen, den vorjährigen Beschluß über den Verkauf von Gemüse nach Gewicht jetzt wieder in Kraft treten zu lassen. Zuständig hierfür ist neuerdings das Hamburgische Kriegsverwaltungsamt, an das ein entsprechender Antrag gerichtet werden soll. (Die Durchführung dieses Beschlusses erfolgte bereits durch eine Bekanntmachung im Anzeigen-Teil des gefälligen Blattes. Schriftl.)

Es steht zu hoffen, daß durch die vorerwähnten einschneidenden Maßnahmen in kurzer Frist eine sehr erhebliche Ermäßigung der Fischpreise sowohl wie der Gemüse- und Obstpreise herbeigeführt werden wird.

aus der Natur eine ernste Stimmung. Der Himmel war von einem dichten Wolkenschleier verhüllt, und während des ganzen Tages trieb der Wind den Regen durch Stadt und Land. Ueberall das Bild der Trauer. Auch in den Gotteshäusern, die viele Klauige in ihren Mauern sahen, wurde des toten Kaisers in stiller Entschlossenheit gedacht. Ueber die Trauerfeierlichkeiten in Hamburg wurden bis zur Stunde noch keine Anordnungen getroffen.

Im k. u. k. österr.-ung. Generalkonsulat in der Benediktstrasse und in der Wohnung des Herrn k. u. k. Generalkonsuls Ritter v. Prinzg-Herwaldt gingen bereits am Vorklage zahlreiche Beileidsbekundungen ein. Vom Senat drückten persönlich ihre Teilnahme aus die Bürgermeister Dr. Schröder und Dr. Preßbühl sowie Herr Direktor Dr. Schmitz von der Senatskommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten. Ferner erschienen: der stellvertretende kommandierende General des 9. Armeekorps, General der Infanterie v. Fall, Kommandant Generalleutnant v. Kries, der stellvertretende Kommandeur der 33. Infanterie-Brigade Generalleutnant v. Heintzel, Fürst v. Bülow, kaiserl. deutscher Gesandter Graf v. Quadt, kgl. holländischer Generalkonsul A. A. Flaes, kgl. sächsischer Konsul R. Belver, Generalkonsul Brahm, Vizekonsul Beristain, Verweser des meritanischen Generalkonsulates, Pastor primarius Dr. Dufgreffe, Konsul Arnold von Kahler, Vizekonsul Menke in Harburg, Friedrich Lagus, Präsident des Vereins der Oesterreicher und Ungarn in Hamburg, Rabbiner S. Löwy, Karl Sever von der österr.-ungar. Kriegsvorsorge, Henry Chassel von der österr.-ungar. Kriegsvorsorge, Direktor Broder der Kriesenbrauerei, H. Dsc. Cahu vom Mittelmeer-Reise-Büro, Siegfried Hirsch vom österr.-ungar. Hilfsverein, Siegfried Wedells, Ingenieur Frinhi.

### Hamburgs Ernährungsfragen.

† Wir hatten schon Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß durch die Einrichtung des Beirates beim Hamburgischen Kriegsverorgungsamt dem Amt mehr als bisher die Möglichkeit geboten ist, die Wünsche und die Stimmung der hamburgischen Bevölkerung kennen zu lernen. Aber nicht nur raten will der Beirat, sondern auch raten, und so werden einzelne Mitglieder des Beirates aus den Reihen der Verbraucher im Einvernehmen mit dem Kriegsverorgungsamt die Leitung der einzurichtenden Bezirksstellen übernehmen. Gerade weil die Beiräte also aus den Reihen der Verbraucher stammen, darf die Bevölkerung damit rechnen, bei ihnen zuerst Verständnis für ihre Beschwerden oder Anregungen zu finden.

Von einzelnen Leuten ist nach Einführung der Reichsfleischkarte die Aushebung der Kundenliste für die Schlächter gefordert worden. Dieser Forderung kann das Kriegsverorgungsamt aber aus sehr gewichtigen Gründen nicht entsprechen. Der Hinweis, daß ja auch die Brotkarte nicht auf eine Kundenliste angewiesen sei, kann nicht als stichhaltig gelten, weil für den Bezug von Brot nicht nur die Bäckereien, sondern auch die Brothändler in Frage kommen. Durch die Kundenliste beim Brotverkauf würde aber die Ausschaltung des Zwischenhandels durch den Brothändler notwendig werden, und das ist im Interesse des Gewerbes der Brothändler durchaus nicht zu wünschen. Für das Schlachtgewerbe kommt eine solche Zwischenhandelsstelle aber nicht in Frage, so daß hier die Kundenliste leichter zu handhaben ist. Von der Abschaffung der Kundenliste bei den Schlachtern muß abgesehen werden, weil das Abströmen von Käufern nach andern Läden verhindert werden soll. Die Verhältnisse für den Verkauf von Fleisch werden jetzt auch noch dadurch wesentlich besser werden, als von der Umschreibung in die Kundenliste eines anderen Schlächters sehr ausgiebig Gebrauch gemacht worden ist. So hatten beispielsweise die Schlachtgeschäfte der „Produktion“ viel zu viele Kunden, jetzt aber dürften auch dort die Ansammlungen von Käufern nicht mehr so häufig sein.

Wie bekannt, hat Berlin seit einiger Zeit eine Einheitswurst in zwei Sorten, und zwar Leberwurst und Blutwurst. Auch Hamburg hat seit kurzem eine Einheitswurst, die in zwei Sorten hergestellt wird. Sorte 1 wird nur gegen Fleischkarte abgegeben, weil für sie markenpflichtiges Fleisch verarbeitet wird, Sorte 2 ist markenfrei, da zu ihrer Herstellung nur markenfreie Bestandteile verwendet werden. Die Wurst ist schmackhaft und wird, wie wir erfahren, sehr gern gekauft. Hergestellt wird die Wurst unter behördlicher Aufsicht, so

daß die Gewähr für eine sorgfältige und einwandfreie Verarbeitung gegeben ist. Die Schlächter haben mit der Herstellung nichts zu tun, sondern haben nur den Verkauf übernommen.

Vor einigen Tagen ging durch viele Zeitungen die Mitteilung, daß der Kriegsauschuß für Öle und Fette Speiseöl an Kommunalverbände für 4,50 Mark das Kilo abgebe. Das stimmt, aber nur bedingt; denn für die Verteilung kommen nur solche Kommunalverbände in Betracht, die auch sonst viel Speiseöl verbrauchen, so z. B. Süddeutschland, Norddeutschland, wo der Verbrauch von Speiseöl nur sehr gering ist, gehört also nicht zu den Verteilungsbezirken, und somit Hamburg auch nicht. Wenn es nun auch sehr schön gewesen wäre, wenn wir bei der überall herrschenden Fettknappheit an diesem billigen Speiseöl teil hätten, so muß uns das eine trösten, daß den Kommunalverbänden, die Speiseöl zugewiesen erhalten, die übrige Fettaktion gekürzt wird und sie also keine Butter erhalten. Eine Bevorzugung bedeutet diese Zuteilung also keineswegs.

Zu leugnen ist aber nicht, daß mit dem noch im freien Handel befindlichen Speiseöl, das nach der Erklärung des Kriegsauschußes für Öle und Fette aus früheren Beständen stammt, stark gewuchert wird. Wenn für dieses Öl nicht die Schwierigkeiten des Bezuges und der Herstellung in Betracht kommen, wie für das jetzt erzeugte, so ist nicht zu begreifen, wodurch es sich im Preise so ungeheuer erhöht hat, daß man 18 bis 20 Mark für ein Pfund Speiseöl bezahlen muß. Hoffen wir, daß auch hier bald tatkräftig durchgefaßt wird.

Zum Schluß sei bemerkt, daß ab Dezember d. J. voraussichtlich für längere Zeit wöchentlich 75 Gramm Haferstuden auf die Brotkarte wird gegeben werden können.

## Die Wiener Zufuhren im Oktober.

In seinem eben erschienenen Berichte „Wien während des Krieges“ sagt Bürgermeister Dr. Weiskirchner bezüglich der Lebensmittelzufuhren im Oktober: Die Kartoffelversorgung litt auch im Oktober unter den Verfrachtungsvhältnissen, die sich erst gegen Ende des Monats besserten. Auch die Beschickung der Märkte mit Gemüse und Obst war öfter unzureichend. Die Fleischzufuhren genügten dem stark verminderten Bedarf, Kalb- und Schaffleisch ging sogar nicht unwesentlich im Preise zurück. Eier kamen ziemlich reichlich in Verkehr, ohne jedoch der starken Nachfrage zu entsprechen. Die Milchlieferungen blieben unzureichend, und die Tätigkeit der neu errichteten Milchverorgungsstelle mußte sich auf eine möglichst gleichmäßige Verteilung der verfügbaren Milchmenge beschränken. Ueberaus knapp war die Fettversorgung, da der Schweinemarkt von den ungarischen Mästern vollständig gemieden wurde und auch die Außermarktbezüge stark zurückgingen. Die Gemeinde konnte mit ihren geringen Fettvorräten nur notdürftig aushelfen.

Die Statistik des Marktamtes stellt fest, daß an Schafen ein Vielfaches vom Auftrieb gegen das Vorjahr zu verzeichnen ist (32.304 Stück gegen 4657 im Jahre 1915), während Rinder, Schweine und Kälber in weit geringerem Maße zu Markte kamen. Die Milchzufuhren betragen kaum halb so viel als in Friedenszeiten, Eier kamen 2.073.760 Stück, gegen 1.499.830 im Vorjahre auf den Markt, Kartoffeln 134.764 Meterzentner gegen 73.605 im Vorjahre, Gemüse 71.394 Meterzentner (134.487 im Vorjahre) Butter 272 Meterzentner (2591 im Vorjahre).

## Die Frage des Durchhaltens.

Gestern abends fand eine Delegiertenkonferenz der Konsumentenverbände statt, in der die Aufgaben der Ernährungspolitik eingehend durchbesprochen wurden. Der Vorsitzende Regierungsrat F r i s, der Obmann der Kriegskommission für Konsumenteninteressen, wies in einer Begrüßungsansprache darauf hin, daß die neue Regierung zu großen Hoffnungen für die österreichische Konsumentenschaft berechtige. Abgeordneter Max F r i e d m a n n begrüßte mit Genugtuung die Errichtung des Ernährungsamtes, erklärte jedoch die Vollmachten des Amtes für unzureichend. Eine besondere Tätigkeit werde, so führte der Redner aus, das Ernährungsamt durch die Ausgestaltung der Bezirkshauptmannschaften, durch Zuziehung landwirtschaftlicher Referenten, Finanzbeamter und wirtschaftlicher Fachleute zu entfalten haben. Es müsse auch im Verkehr mit den Gemeinden entsprechenden Einfluß auf die Approvisionierung der Städte nehmen. Das Ernährungsproblem könne in Oesterreich nicht laglos gelöst werden, solange Ungarn von seiner Preis- und Abperrungspolitik nicht ablasse. Wenn dies anhalte, werde es wohl zur Errichtung eines gemeinsamen Ernährungsamtes kommen müssen. Der Ernährungsdirektor müsse die Unterstützung aller Zentralstellen und auch der Bevölkerung haben. Das Amt müßte jedoch ohne Zensurfesseln mit der Öffentlichkeit in Kontakt bleiben können. Der Preiswucher müsse energig bekämpft werden. Prof. Dr. S o t t m e i s t e r sprach über die Beschaffung und Erfassung der Vorräte. Er meinte, daß Oesterreich-Ungarn mit seiner Ernte durchhalten könne, wenn die gegenwärtige Organisation wesentlich ausgebaut und verbessert würde. Einer der wichtigsten Mängel sei die Ungleichartigkeit der Maßnahmen für die Versorgung in Oesterreich und in Ungarn. Die Zuweisung von Lebensmitteln aus den besetzten Gebieten müsse durch eine Zentralstelle geschehen, die den nötigen Ueberblick habe. Die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland kann gleichfalls nur durch eine staatlich kontrollierte Zentralstelle geschehen. Reichsratsabgeordneter K e m e t t e r erörterte die Grundsätze für die Sicherung der Volksernährung. Vor allem müsse der Staat maßgebenden Einfluß auf die Herstellung von Lebensmitteln nehmen. Prof. Dr. K o b a t s c h beleuchtete die Fehler der bisherigen Preispolitik, die aus der Nichtbeachtung der Preisbildungsgesetze stammen. Gegen Preistreiberei müsse jedenfalls mit der größten richterlichen Strenge vorgegangen werden. An Maßnahmen müssen ferner getroffen werden: weitestgehende Aufklärung über die Schäden des Theaurierens und Bekämpfung desselben, die Beseitigung des Mangels an Kleingeld und die Förderung des bargeldlosen Verkehrs. Auf diesem Gebiet wäre eine ähnliche Propaganda zu entfalten, wie sie seit langem schon in Deutschland besteht.

### Der Lebensmittelverband der Kriegsleistungsbetriebe.

Diese Notorganisation, die zur Versorgung der heute am schwersten schanzenden Arbeiterschaft ins Leben gerufen worden ist, schreitet, nachdem der Warendienst geregelt ist, zur Durchführung aller Kontrollmaßnahmen, die von den Behörden mit Recht gefordert werden und nicht minder im Interesse der Versorgten selbst liegen. Es handelt sich vor allem um die Verhinderung jeder Doppelversorgung. Wer sich durch List und ungenaue Angaben in den Besitz größerer Vorräte setzt, als ihm gebühren, der schädigt seine Mitarbeiter und die Allgemeinheit. Darum verfährt der Verband auf das strengste mit solchen Bezugsberechtigten, die sich nicht streng an die behördlichen Bezugsvorschriften halten.

Zur Verhinderung der Doppelversorgung hat der Verband eine Kartothek sämtlicher Bezugsberechtigten angelegt. Der größte Teil der Betriebe hat rechtzeitig die Ausnahme beendet und die Katasterblätter abgeliefert. Einige Firmen sind jedoch im Rückstand — sie mühten aus dem Verband ausgeschlossen werden, wenn sie nicht in kürzester Zeit ihre Nachweisungen liefern. Vereinzelt Firmen, die bei der Aufnahme des Verpflegungsstandes oder bei der Verteilung der zugewiesenen Mengen auf die Bezugsberechtigten nicht gewissenhaft vorgegangen sind, ist sofort der Bezug eingestellt worden. Die Verwaltung hat Inspektoren bestellt, die die Aufgabe haben, mit den Betriebsleitungen über die Einrichtungen der Verteilung Rücksprache zu pflegen und im Einvernehmen mit ihnen Uebelstände abzustellen. Sie erwarten, daß ihnen die Betriebsleitungen im Interesse der gemeinsamen Sache bereitwillig an die Hand gehen.

Stichproben, die veranstaltet wurden, haben ergeben, daß im allgemeinen die Betriebsleiter wie die Arbeiter den Aufgaben, welche die direkte Versorgung stellt, volles Verständnis entgegenbringen. Mißbräuche wurden sofort abgestellt. So in

einem Falle, wo zugleich der Vater in dem einen wie der Sohn in dem anderen Betrieb die ganze Familie in das Anmeldeformular eintragen ließen und Waren bezogen haben. Die Verwaltung macht aufmerksam, daß sie solche Doppelanmeldungen als das, was sie sind, als **B e t r u g** behandeln wird. Da die Nachweisungen aller Betriebe in einer Kartothek vereinigt sind, werden sie binnen kurzem aufgedeckt. Sie können jedoch vorweg verhindert werden, wenn die Betriebsleitungen die Aufnahmen von den Vertrauensmännern, die ja meist die Familienverhältnisse der Mitarbeiter kennen, mitverantwortlich oder nachprüfen lassen, was bei vielen Firmen von Anfang an mit gutem Erfolg so gehandhabt worden ist. Im übrigen sind strenge Vorschriften durch die militärischen Leiter erlassen worden, die verhindern sollen, daß das, was allen in gleichem Maße zugute kommen soll, von einzelnen mißbraucht wird. Die Vertrauensmänner werden gut tun, die Arbeiterschaft auf die Notwendigkeit einer gewissenhaften Verteilung der Vorräte hinzuweisen.

Im Auftrag der niederösterreichischen Statthalterei finden zurzeit Verhandlungen über die Begründung eines ähnlichen Kriegsverbandes für die Industrie des Landes Niederösterreich (außer Wien) statt. Sie sind ziemlich weit vorgeschritten und das Zustandekommen einer solchen Organisation ist wahrscheinlich. Auch sie beruht auf loyaler Zusammenarbeit von Unternehmer- und Arbeiterorganisationen, von Betriebsleitungen und Arbeitern in einer Sache, an der alle Teile gleich interessiert sind.

### Lebensmittelanmeldung.

Hiermit bringe ich den Präsidialerlass 2536—2 1916 des Landes - Approvisionierungsamtes betreffs

#### **pflichtweise Anmeldung der hauptsächlichsten Lebensmittel**

zur allgemeinen Kenntnis:

„Zwecks Sicherung der gleichmäßigen Verteilung der hauptsächlichsten Lebensmittelartikel halte ich es für unbedingt notwendig, sowohl die im Handelsverkehr, als auch die in Händen Privater befindlichen Lebensmittelartikel kennen zu lernen, da erst nach Kenntnis dieser Quantitäten über die entsprechende und gerechte Verwendung, beziehungsweise Verteilung der vorhandenen Vorräte disponiert werden kann.“

„Nachdem in dieser Beziehung selbst bei den Sache der behördlichen Verteilung bildenden Mehlvorräten in letzter Zeit vielerlei Verchiebungen entstanden sein konnten, bei den sonstigen Lebensmittelartikeln aber im Allgemeinen weder eine Aufnahme, noch sonst irgend eine andere Feststellung zur Verfügung steht, fordere ich auf Grund des § 1 der Ministerialverordnung 4207—1915 M. G. den Herrn Bürgermeister auf, die zur Konfiszierung der bei den Produzenten, Kaufleuten und in den Privathaushaltungen befindlichen Vorräte an Mehl, Hülsenfrüchten, Fett, Zucker, Kaffee und Kartoffeln notwendigen Anordnungen und zwar derart zu treffen, daß diese Aufnahme bis Mitte Dezember unbedingt durchgeführt sei.“

„Zu diesem Zwecke ermächtige ich Sie, die im § 4 der Ministerialverordnung 4207—1915 M. G. enthaltenen Anordnungen zu treffen.“

„Ich fordere Sie auf, im Laufe des Verfahrens die Interessenten nachdrücklichst auf die Folgen der Anmeldungs-Unterlassung und besonders darauf aufmerksam zu machen, daß betreffs der nichtangemeldeten Vorräte im Sinne der §§ 15 und 18 der Ministerialverordnung 4207—1915 M. G. die Konfiszierung erfolgen kann.“

„Die Meldung über das Resultat Ihres Vorgehens erwarte ich bis 15. Dezember.“

Demgemäß ordne ich folgendes an:

Jeder Einwohner der Stadt Pozsony (Produzent, Kaufmann und Privathaushaltung) ist verpflichtet, seinen wo immer befindlichen Vorrat an Mehl, Bohnen, Erbsen, Linsen, Reis, Fett

Zucker, Kaffee und Kartoffeln mit dem Stande vom 1. Dezember 1916 anzumelden.

Zu diesem Zwecke wird anlässlich der Verteilung der für den Monat Dezember gültigen Mehl-, Brot-, Zucker- und Fettanweisungen dem in der städtischen Mehlkanzlei erscheinenden Hauseigentümer, beziehungsweise dessen Stellvertreter für jede seiner Mietparteien je ein Anmeldezettel übergeben, welchen die betreffende Partei pünktlich mit dem Stande vom 1. Dezember auszufüllen und dem Hauseigentümer oder dessen Stellvertreter ebenfalls noch am 1. Dezember zurückzugeben hat. Letzterer ist verpflichtet, den derart ausgefüllten Anmeldezettel in der Zeit

vom 1.—3. Dezember l. J.

in der städt. Mehlkanzlei abzugeben.

Wer vom Hauseigentümer oder dessen Stellvertreter keinen Anmeldezettel erhielt, hat sich einen solchen in der städt. Mehlkanzlei ungesäumt selbst zu besorgen, denselben auszufüllen und längstens bis zum 3. Dezember 1916 in der städt. Mehlkanzlei abzugeben.

Ich mache die Interessenten aufmerksam, daß die Anmeldezettel der Wahrheit entsprechend pünktlich auszufüllen sind und daß die Angabe der Wahrheit nicht entweichender Daten, sowie die Verheimlichung von Vorräten nicht nur streng bestraft wird, sondern daß damit auch die Konfiszierung der verheimlichten Vorräte einhergeht.

Der Hauseigentümer bezw. dessen Stellvertreter haftet auch persönlich für die Richtigkeit der angegebenen Daten, besonders was die Anzahl der Personen betrifft.

Pozsony, am 22. November 1916.

Theodor Brosky m. p., Bürgermeister.

24./XII. 1916

### Ernährungsangelegenheiten der Stadt Bergedorf.

Die Lebensmittelversorgung der Stadt Bergedorf steht seit einiger Zeit sowohl hinter der Versorgung der Stadt Hamburg als auch der der benachbarten stormarischen und lauenburgischen Gemeinden zurück, und zwar besonders in der Butter- und Kartoffelabgabe. Selbst die Gemeinden des lauenburgischen Landgebietes, die sich mit Bergedorf in demselben Kommunalverbände befinden, sind noch eine Kleinigkeit besser gestellt als Bergedorf. Es soll nicht verkannt werden, daß seit dem Sommer dieses Jahres die Zustände sich wesentlich gebessert haben, und zwar seit der Magistrats-eingabe vom Ende Juni d. J. an den Hamburger Senat, als der Bergedorfer Magistrat sich gezwungen sah, den Senat darauf aufmerksam zu machen, daß in Bergedorf in der vorletzten Juniwoche nur 34 Gramm, in der letzten Juniwoche gar nur 6 Gramm Butter auf den Kopf, auf die ganze Stadt 205 Pfund, in Hamburg damals 80 Gramm auf den Kopf entfielen. Der Grund der geringen Versorgung Bergedorfs liegt darin, wie Bürgermeister Dr. Walli wiederholt nachgewiesen hat, daß Bergedorf zum Kommunalverband Hamburg II, also zum Hamburger Landgebiet, gehört, obwohl es in wirtschaftlicher Beziehung durchaus als Wohnvorort von Hamburg, als ein städtisches Gebiet aufzufassen ist. Die ganzen Versorgungsmassnahmen für das Hamburger Landgebiet beruhen auf der an und für sich richtigen Voraussetzung, daß ein beträchtlicher Prozentsatz der Bevölkerung zu den Selbstversorgern in bezug auf Brot, Mehl, Milch, Butter, Kartoffeln usw. gehört, was aber für Bergedorf, das durchaus städtischen Charakter hat, nicht zutrifft. Bergedorf ist also zu einem Gebiet geworfen, zu dem es in bezug auf die staatlich geregelte Lebensmittelabgabe durchaus nicht gehört.

Eine eingehende Denkschrift, die Bürgermeister Dr. Walli an den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, Herrn v. Batocki, gerichtet hat, hat auf diese schwierige Lage der Wohnvororte in der Nähe von Großstädten, die wohl in landwirtschaftlicher Umgebung liegen, aber doch keinen näheren Zusammenhang mit der Landwirtschaft haben als eben die Großstadt selbst, hingewiesen und den dringenden Wunsch ausgesprochen, daß die Behörden auch ihre Aufmerksamkeit den industriellen Kleinstädten mit städtischer Bauweise und insbesondere den Wohnvororten von Großstädten zuwenden und dafür sorgen möchten, daß wenigstens die Bevölkerung derartiger Vorstädte in der gleichen Weise bei der Nahrungsmittellieferung von den Zentralstellen bedacht würde wie die Großstädte selbst. Leider hat diese Denkschrift Dr. Wallis beim Kriegsernährungsamte nicht die Beachtung gefunden, die sie verdient, und so bleibt den Vororten und auch Bergedorf nichts anderes übrig, als den Weg zur Selbsthilfe kräftig weiter zu beschreiten, wenigstens, so gut es bei den jetzigen Verhältnissen möglich ist.

Von diesem Gesichtspunkt aus hatte auch der Bergedorfer Magistrat bedeutende Mengen Lebensmittel, soweit sie im freien Handel zu haben waren, aufgekauft. So hat der Magistrat die Einrichtung einer Volksschule ins Werk gesetzt, die die Lebensmittelversorgung der Bevölkerungsschichten, die nicht aus der bereits bestehenden Kriegsschule umentgeltlich Essen beziehen, in umfangreichem Maße sicherstellen

soll. Die Volksschule ist in der Turnhalle der alten Hansaschule eingerichtet worden. Von Montag, 27. November, ab soll in ihr Essen gegen Bezahlung abgegeben werden. Die Preise betragen für Erwachsene 40 Pfennig für die Portion (1 Liter), falls das Essen abgeholt wird, 50 Pfennig für die Portion, falls die Speisen in der Volksschule selbst eingenommen werden, für Kinder ( $\frac{1}{2}$  Liter) die Hälfte.

24. XI. 1916

Der Verein der Fortschrittlichen Volkspartei hatte für Donnerstag abend in den großen Börsensaal eine öffentliche Versammlung einberufen, in der Redakteur Dr. C. Goldschmidt die Frage der kommunalen Lebensmittelversorgung unter besonderer Hervorhebung der Regelung in Straßburg besprach. Der Redner wies zunächst darauf hin, daß ein Krieg ohne Lebensmittelknappheit und Teuerung nicht denkbar wäre und daß heute manche Klage nicht laut und mancher Vorwurf nicht erhoben würde, wenn die wirtschaftlichen Zusammenhänge dem Einzelnen klarer wären. Neben der Verwüstung von Aedern und Dörfern, der Verminderung der Zufuhr aus dem Ausland und dem Rückgang der Produktion infolge Mangels an Arbeitskräften,

trägt die Schuld an der Lebensmittelknappheit und Teuerung vor allem die notwendige Sicherstellung für den Bedarf des Heeres. Ohne das von privater Seite ins Feld Geschickte würden die bis jetzt an die Armee gesandten Nahrungsmittel eine Kette von Eisenbahnwagen zu 200 Zentner bilden, die zweieinhalbmal um die ganze Erde geht. Gegeßler der von verschiedenen Seiten erhobenen Forderung zur Bekämpfung der Lebensmittelknappheit zum System des freien Marktes zurückzukehren, weist der Redner darauf hin, daß unter dem Druck Englands unsere ganze Lebensmittelinfuhr aus dem neutralen Ausland genau kontingentiert ist und daß durch den freien Wettbewerb beim Ankauf dieser geringen Einfuhrmengen lediglich die Preise ins Ungeheure gesteigert würden, ohne daß dadurch mehr Lebensmittel ins Land kämen als durch die Vermittlung der Zentraleinkaufsgenossenschaft, da, wie Prof. Dr. Philipp Stein kürzlich meinte, der Einkauf im Ausland heute mehr ein diplomatisches als kaufmännisches Geschäft ist. Was unter Umgehung der Z. S. G. aus dem Ausland zu höheren Preisen eingeschmuggelt wird, geht von dem Gesamtkontingent ab und damit der Allgemeinheit verloren. Diese eingeschmuggelten Waren kommen lediglich den Begüterten zu Gute. Es muß aber unsere Aufgabe sein, nicht den finanziell leistungsfähigen Schultern eine gute Ernährungsmöglichkeit zu geben, sondern dem ganzen Volk bis zum letzten Mann das Durchkommen zu ermöglichen. Allerdings ist die Lage der Städte keine gleichartige, da viel von ihrer Lage zu ihren Versorgungsgebieten abhängt, und da ist Frankfurt bekanntlich in einer besonders ungünstigen Lage.

kommen zu ermöglichen. Die Einschränkung im Krieg muß für alle gelten ohne Rücksichtnahme auf den größeren Geldbeutel. Dazu ist die Rationierung der vorhandenen Lebensmittel und die Festsetzung von Höchstpreisen nötig. Allerdings ist auch dann die Lage der Städte keine gleichartige, da viel von ihren Versorgungsgebieten abhängt, und da ist Frankfurt bekanntlich in einer besonders ungünstigen Lage.

Friedenszeit noch für längere Zeit notwendig sein. Wir werden ohne Rationierung und Preisbestimmung bis auf weiteres nicht auskommen können. Der Redner will damit nicht gesagt haben, daß in Frankfurt im Gegensatz zu Straßburg plutokratisch gewirtschaftet worden sei. Auch im Kriege hat Frankfurt den sozialen Geist betätigt; aber es geschah zu wenig um den Gedanken der plutokratischen Wirtschaft nicht aufkommen zu lassen. Auch ist es nicht zu vermeiden, daß die Kaufleute die Besitzenden bevorzugen, wenn ihnen die Verteilung in die Hand gegeben ist. Von dem jetzt zur Einführung kommenden Bestellverfahren verspricht sich der Redner allerdings nicht die Vorteile, die man davon erwartet. Da nicht jeder die gleichen Ansprüche an Lebensmittel stellt, glaubt er, daß eine Kartenaustausch-Karte von Nutzen sein werde, nicht zur Bevorzugung der Besitzenden, sondern in erster Linie um den Kinderbewerblingen den Bezug jener Nahrungsmittel in größerem Maße zu ermöglichen, die von den besitzenden Klassen oft nicht völlig beansprucht werden. Nach dem Krieg müsse die Milchversorgung, vielleicht auch teilweise die Fleischversorgung, durch die Städte reguliert werden. Auch müssen die Städte dadurch preisregulierend auftreten, daß sie selbst als Produzenten auftreten, zum Wohle der Gesamtheit der Bürger (Lebhafter Beifall).

In der darauf folgenden Aussprache erklärte sich Bürgermeister Dr. Luppe in allen grundsätzlichen Fragen vollständig mit dem Redner einverstanden, aber doch in das starke Lob auf die Lebensmittelversorgung in Straßburg nicht einstimmen möchte. Dort und hier seien die Verhältnisse grundverschieden. Abgesehen von dem Zwang der Stadt Straßburg, sich als Festungsstadt für eine eventuelle Belagerung sofort bei Kriegsausbruch auf lange Zeit hinaus zu versproantieren, wobei der Stadt von der Militärverwaltung alle mögliche Unterstützung zuteil wurde, hat die Militärverwaltung nachher auch noch von ihren großen Beständen an die Stadtverwaltung abgegeben. Deshalb gibt es in Straßburg, wie in anderen Festungsstädten auch noch Reis, der sonst nur noch in Hamburg und in Bremen zu haben ist. Was Straßburg zu Beginn des Krieges einspartete, bekam es zum Schaden der andern Städte. Die Fleischversorgung aber ist jetzt für das ganze Reich einheitlich geregelt und ein städtisches Vieh- und Fleischmonopol wie es in Straßburg eingeführt wurde, ist rechtlich nicht zulässig. Verschiedene Maßnahmen, die der Gouverneur von Straßburg angeordnet hat, haben die Generalkommandos anderwärts abgelehnt. Auch die Einführung von Kundenlisten war bis zum Frühjahr dieses Jahres in andern Städten nicht zulässig. Da aber die Kundenlisten Durchsuchereien ermöglichen, führen wir hier das Bestellverfahren ein. Wir sind aber gerne bereit, auf jede Anregung zu wirklichen Verbesserungen gerne einzugehen. Straßburg hat auch nicht so unter der Konkurrenz benachbarter größerer Städte zu leiden wie Frankfurt und dabei noch den Vorteil, daß es jetzt Waren erhält, wie z. B. die erwähnten Fische, die früher nach Frankreich ausgeführt wurden, während Frankfurts Bezugsquellen abgeschnitten wurden. Notwendig ist es vor allem, daß jeder die Verordnungen zur Lebensmittelorganisation befolgt, statt daß sich, wie es jetzt der Fall ist, jeder bemüht, sie zu umgehen. Solange das der Fall ist, können die Organisationen nicht richtig funktionieren.

Stadtoberordneter Zielowski meint, daß ohne den Geist, der von dem Straßburger Bürgermeister Dr. Schwander ausgegangen sei, es nicht möglich gewesen wäre, in Straßburg das zu erzielen, was dort erreicht worden sei. Bürgermeister Luppe habe sich seine Entgegnung zu leicht gemacht mit der Abwälzung der Schuld auf das konsumierende Publikum. Gerade wegen der mangelnden Organisation wurden die Leute auf Schleichwege gedrängt. Diejenigen, die nicht gehemmt haben, sind die Dummen gewesen. In Frankfurt fehlt die Energie, mit der in Straßburg in der Frage der Fleisch- und Milchversorgung Gutes erzielt worden ist. Ebenso wie die Gas- und Wasserversorgung der Städte und die Straßenbahnen, müßte auch die Lebensmittelversorgung in Zukunft in der Hauptsache in die Hände der Städte übergehen.

Bürgermeister Dr. Luppe erwiderte darauf, daß die bessere Versorgung in Straßburg darauf zurückzuführen sei, daß schon im Frieden genaue Anordnungen für die Nahrungsmittelversorgung der Festung im Kriege getroffen sind, und daß deshalb dort größere Vorräte vorhanden seien. Im übrigen schimpfe die Bevölkerung in Straßburg genau so wie die in Frankfurt. Er könne übrigens mitteilen, daß die städtische Wurstherstellung voraussichtlich morgen im Lebensmittelausschuß beschloffen werde.

Kaufmann Bach wies darauf hin, daß man der Stadt Straßburg nicht, wie anderen Städten, einen großen Teil der vorhandenen Vorräte abgenommen habe. In den Stadtoberordneten Zielowski möchte er aber doch die Frage richten, warum die in der Lebensmittelversorgung zu Rate gezogenen Mitglieder der sozialdemokratischen Partei der Stadt nicht ihrerseits bessere Vorschläge gemacht hätten.

In seinem Schlusswort führte Dr. Goldschmidt aus, daß der Festungscharakter nicht ausschlaggebend für die Versorgung der Stadt Straßburg sein könne, da sonst auch die Lebensmittelversorgung ähnlich gut geregelt sein müßte, was aber nicht der Fall sei. Dem Einwand des Vorredners, daß man durch eine zu weitgehende Verstadtlung der Lebensmittelversorgung eine Reihe kleiner Existenzen vernichte, setzte er den Hinweis entgegen, daß trotz aller Rücksichtnahme auf die persönlichen Verhältnisse doch in erster Linie die Lebensinteressen der gesamten Bevölkerung stehen müßten.

— (Die Agrarische Zentralstelle über die kriegswirtschaftliche Verkehrsregelung.) In der kürzlich stattgefundenen Herbsttagung der Agrarischen Zentralstelle wurde nach einer längeren Debatte über die kriegswirtschaftliche Verkehrsregelung eine Resolution beschlossen, in der dem Bedauern Ausdruck gegeben wird, daß es der früheren Regierung nicht gelungen ist, in den Verhandlungen mit Ungarn zu einer auch unseren Interessen entsprechenden Verständigung in der Ernährungfrage zu gelangen, was wohl durch die große Differenz in den Getreidepreisen zugunsten Ungarns, der mangelhaften Versorgung unserer Mühlen mit ungarischem Getreide und der Nichtbeschickung des Wiener Schlachtviehmarktes mit ungarischem Vieh zutage tritt. Sodann wird erklärt, daß sämtliche Kriegsverkehrsorganisationen sowohl der Zusammensetzung nach als auch bezüglich ihrer programmatischen Tätigkeit dringend einer Reorganisation bedürftig sind. Vor allem sollten die landwirtschaftlichen Genossenschaften zur erhöhten Teilnahme an den Kriegsorganisationen herangezogen und die Durchführung der Geschäfte nicht wie bisher in die Hände berufsmäßiger Händler gelegt werden. Was jene Organisationen betrifft, denen der Viehverkehr monopolistisch übertragen wurde, so erscheint es ungerechtfertigt, wenn die zu festen Preisen requirierten Tiere auf dem Wiener Markt zumeist zu Preisen verkauft werden, die die Requisitionspreise namhaft übersteigen, wodurch das angestrebte Ziel, die Verbilligung der Fleischpreise, nicht erreicht wird. Die Absicht, auf Grund dieser Preisdifferenz einen Fonds zur Förderung der Viehzucht zu gründen, erscheint mit Rücksicht auf die Interessen der Konsumenten dormalen nicht empfehlenswert. Die Verbilligung der Viehpreise sollte aber unter jeder Bedingung auch durch eine entsprechende Herabsetzung der Fleischpreise zum Ausdruck kommen.

**Ein Erlaß des Eisenbahnministers.**

Eisenbahnminister **G. M. Ernst Schaubl** hat am 14. d. einen Erlaß an alle Organe der Staatseisenbahnverwaltung gerichtet, in dem es heißt:

„Die Lebenshaltung der Eisenbahnbediensteten ist durch die eingetretene Knappheit der Lebensmittelvorräte und die damit zusammenhängende Teuerung ebenso wie für alle übrigen Einwohner des Staates eine *schwierige* geworden und müssen sich bei den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen auch die Eisenbahnbediensteten bescheiden und vertraut machen, daß die Einschränkung aller Bedürfnisse des täglichen Lebens auf das äußerste Maß zur unabweislichen Notwendigkeit geworden ist.

Das Eisenbahnministerium ist jedoch im Verein mit den anderen berufenen staatlichen Stellen unablässig darauf bedacht, die *Versorgung* der Eisenbahnbediensteten mit Lebensmitteln im Rahmen der Möglichkeit sicherzustellen. Ebenso sollen die Ausgestaltung und Vermehrung der Personalküchen, die Zuweisung von Grundflächen zum Zwecke der Bebauung, die Förderung der Kleintierzucht, die Begünstigung im Transport der für die Bediensteten bestimmten Lebensmittel und ähnliche Vorsorgen dazu beitragen, die Lebenshaltung der Bediensteten zu erleichtern. Auch ist in Aussicht genommen, durch weitere außerordentliche Geldzuwendungen die Wirkungen der Teuerung für die Bediensteten zu lindern.

Sollte trotz aller Mühen vorübergehend bei einer Dienststelle Lebensmittelmangel eintreten, so darf dies niemals Anlaß zur *Arbeits-einstellung* sein. Unter keinen Umständen kann ein Verhalten der Eisenbahnbediensteten geduldet werden, das geeignet ist, den *geordneten Betrieb* der Eisenbahnen zu stören und dadurch die mit diesem Betrieb verbundenen *militärischen Interessen* zu gefährden und die ebenso für die Gesamtheit aller Staatsbürger wie für die Bediensteten selbst unentbehrliche *regelmäßige Zufuhr* der Lebensmittel zu unterbinden.

Ich sehe mich daher veranlaßt, allen Bediensteten die Bestimmungen der kaiserlichen Verordnung vom 25. Juli 1914 über die *Befrafung* der Störung des öffentlichen Dienstes oder eines öffentlichen Betriebes vor Augen zu führen, denen zufolge bei einer Störung des Eisenbahnbetriebes nicht nur die Organe der Generalinspektion die *sofortige Entlassung* der schuldtragenden Bediensteten verfügen können, sondern auch die gegen diese Verordnung sich vergehenden Bediensteten *Freiheitsstrafen* zu gewärtigen haben, die eine besondere *Verhärzung* dann erfahren, wenn durch die strafbare Handlung die *militärischen Interessen* gefährdet erscheinen.

Ueberdies wird in solchen Fällen bei jenen Betrieben, die unter *militärischer Aufsicht* stehen, stets rechtzeitig die *Mitwirkung* des *militärischen Aufsichtsorgans* in Anspruch zu nehmen, respektive die Bestellung der *militärischen Aufsicht* hieramts anzufordern sein.

Wir müssen durchhalten um jeden Preis, und der Plan des Feindes, uns auszuhungern, weil er uns mit Waffen nicht bezwingen kann, muß vereitelt werden. Von diesem Gedanken soll jeder Eisenbahner durchdrungen sein.“

### Approvisionnementfragen.

Wir haben heute bereits berichtet, daß die Zehnerkommission gestern Abend unter Vorsitz des Bürgermeisters Stephan Bárczy eine vertrauliche Konferenz hielt, an welcher auch der Präsident des Central-Lebensmittelamtes Baron Ludwig Kürthy theilnahm. Unsere heutige Mittheilung ergänzend, theilen wir nun auf Grund einer offiziellen Mittheilung über den Verlauf der Sitzung mit, daß der Bürgermeister zu Beginn der Verhandlungen den Präsidenten des Lebensmittelamtes mit warmen Worten begrüßte und ihn im Namen der Kommission bat, sie in ihrer Thätigkeit zu unterstützen und an der Verhandlung der wichtigeren Approvisionnementfragen durch die Kommission auch in der Zukunft theilzunehmen. Baron Ludwig Kürthy dankte für die Begrüßung und erklärte, er lege großes Gewicht darauf, mit der hauptstädtischen Behörde und der Zehnerkommission zusammenzuwirken. Er versprach, die Interessen der Approvisionnement der Budapestener Bevölkerung stets am Herzen zu tragen und bestrebt zu sein, die Existenzverhältnisse der Bevölkerung nach Möglichkeit zu leichtern. Zum Schlusse erklärte er sich gern bereit, an den Sitzungen der Kommission, so oft wichtigere Fragen verhandelt werden, theilzunehmen. Die Kommission nahm die Worte des Barons Kürthy mit Befriedigung zur Kenntniß. Ueber die Verhandlungen der Kommission wird folgendes offizielles Communiqué veröffentlicht:

#### Kohle und Petroleum.

In der gestrigen Sitzung der Zehnerkommission kamen auch die Schwierigkeiten bei der Kohleneinfuhr zur Sprache und nachdem festgestellt wurde, daß mehrere Züge mit preussischer Kohle signalisirt sind, wurde die Direktion der ungarischen Staatsbahnen ersucht, bei Ankunft der Züge die Hindernisse zu beheben.

Bezüglich der Sicherstellung des Petroleumbedarfes vermochte die Regierung bisher nur einen Theil des Bedarfes sicherzustellen. Die Kommission bat, den sicherzustellenden Bedarf höher zu bemessen, als dies kontingentir ist und den Verkauf auf Grund von Karten durch die Kleinhändler besorgen zu lassen.

#### Die Milch.

In der Sitzung kam unter Anderem auch die Unzulänglichkeit der Milchzufuhr zur Sprache. Mit Rücksicht auf diesen Umstand sprach die Kommission den Wunsch aus, der Magistrat möge die Erledigung der Eingaben betreffen, die die Hauptstadt im Interesse einer Vermehrung der Milchzufuhr an die Regierung gerichtet hat. Ferner möge die Hauptstadt in einer neuerlichen Eingabe die Regierung ersuchen, die Milchpreise für das ganze Land zu regeln. Denn derzeit entfallen die einzelnen Städte einen wahren Wettbewerb, um sich die nöthige Milch zu verschaffen, sie überbieten die Preise und tragen so zur Steigerung der Milchpreise bei. In Folge dessen ist selbstverständlich auch die Hauptstadt gezwungen, die Preise der Milch fortwährend zu erhöhen. Die Hauptstadt möge ferner die Erledigung ihrer Eingabe betreffend die auf das ganze Land sich erstreckende Regelung, beziehungsweise Einschränkung der Erzeugung von Butter und Käse betreiben und die Regierung ersuchen, bei dieser Gelegenheit auch die Butter- und Käsepreise für das ganze Land festzusetzen. Das größte Gewicht legt die Kommission auf eine entsprechende Einschränkung der Erzeugung von Butter und Käse, denn bei den heutigen hohen Butter- und Käsepreisen werden diese Lebensmittel in überaus großen Mengen erzeugt, wodurch bedeutende Milchmengen dem Konsum entzogen werden.

### Milchlegitimationen für Kranke.

Die Approvisionnementsektion veröffentlicht folgendes Communiqué:

Bei der jetzigen Handhabung der Milchlegitimationen für Kranke ist die Zahl der Legitimationen von 5000 auf 20,000 gestiegen. Der Magistrat sieht sich nun veranlaßt, die Verabsolung von Milchlegitimationen für Kranke zu verschärfen. Die neue Ordnung tritt am 1. Dezember in Kraft und besteht aus folgenden Bestimmungen: Die Anweisungen für den Monat November werden der alten Ordnung gemäß verabsolgt. Die alten ärztlichen Atteste sind nicht mehr verwendbar und es werden neue ausgegeben, die in allen Apotheken und bei jeder Mehlkommission unentgeltlich erhältlich sind. Diese Atteste sind vom behandelnden, vom Krankenkassen- oder von den Bezirksärzten auszufüllen. Atteste, die nicht genau ausgefüllt werden, sind ungültig. Auf Grund dieser Atteste genehmigt der Bezirksphysikus die Ausgabe einer Milchlegitimation. Nichtbettlägerige Kranke müssen persönlich beim Physikus erscheinen und erhalten nur in dem Falle, wenn es absolut begründet erscheint, Milchlegitimationen. Die Anweisung ist auf Grund des vom Physikus genehmigten ärztlichen Attestes bei der Mehlkommission abzuholen, die das Attest zurückbehält. Wer auf Grund von Krankheit eine Milchlegitimation beansprucht, untersteht der ärztlichen Untersuchung und der behördlichen Kontrolle.

#### Zucker.

Bei Besprechung der Zuckerfrage verlangte die Kommission dringend die Einführung von Zuckerkarten.

Baron Kürthy theilte mit, die hierauf bezüglichen Verhandlungen seien bereits abgeschlossen und er werde die Hauptstadt schon in nächster Zeit von der günstigen Lösung der Zuckerartenfrage verständigen.

Die Kommission nahm diese Mittheilung des Barons Kürthy zur Kenntniß.

#### Erdäpfel.

Obwohl die Hauptstadt die Kartoffelzufuhr ständig dringend fordert, treffen in Budapest noch immer nur achtzehn Waggons Kartoffeln täglich ein, und da diese Menge nicht einmal den Tagesbedarf entsprechend zu decken vermag, bleibt für die Wintervorräthe nichts übrig. In Folge dringenden Ansehens der Hauptstadt hat das Volksernährungsamt angeordnet, daß von den theils angemeldeten, theils requirirten Vorräthen ungefähr 1000 Waggons Kartoffeln unverzüglich nach Budapest befördert werden. Dieser Transport hat bereits begonnen, so daß eine Besserung der Lage zu gewärtigen ist. In den Kreisen des Publikums wird mit Recht darüber Klage geführt, daß die derzeit in Verkehr gebrachten Kartoffeln kostig sind; die Ursache liegt darin, daß die Kartoffelstelle mit Rücksicht auf den dringenden Bedarf eine gewisse Menge aus den für die Stärkefabriken bestimmten Kartoffelüberschüssen angewiesen hat und daß diese Kartoffeln von den Stärkefabriken, beziehungsweise von ihren Verbrauchern nicht ausgewählt transportirt werden. Damit aber das Publikum nicht geschädigt werde, wurden Verfügungen getroffen, daß diese mit Roth vermengten Kartoffeln um 20 Heller statt der bisherigen 24 Heller per Kilogramm verkauft werden. Die Hauptstadt ist überdies bestrebt, solche Kartoffeln angewiesen zu erhalten, die in jeder Hinsicht geeignet sind, den Bedürfnissen des Budapestener Publikums zu entsprechen.

— Vom Lebensmittelamt. In der letzten Sitzung des Lebensmittelamts wurde ein Antrag auf Aufhebung des Schlachthauszwangs für Sedbach und Hausen abgelehnt, weil er nur durch Aufhebung bereits vor dem Krieg bestandener ortstatutarischer Bestimmungen durchführbar gewesen wäre und auch ein sachliches Bedürfnis nicht anerkannt wurde. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, daß die Schlachtungen sämtlicher Schweine und die Wurstbereitung einheitlich, in Regie, erfolgen sollen. Es erscheint nicht mehr angezeigt, daß die wenigen vorhandenen Schweine in der gleichen Zahl der Betriebe verarbeitet werden wie dies im Frieden geschah; denn der zurzeit zur Verfügung stehende Bestand an Schlachtieren beträgt nur noch weniger als ein Zehntel der früheren Menge. Durch die einheitliche Wurstbereitung hofft man, den Klagen wegen schlechter Beschaffenheit insofern begegnen zu können, als künftig in einem Betrieb oder in wenigen Betrieben unter strengster Kontrolle aller Materialien eine hygienisch einwandfreie Wurst von vollkommen gleichmäßiger Beschaffenheit zur Herstellung gelangt. Gerade in letzterer Beziehung liegen ungünstige Erfahrungen in der hiesigen Militärschlachtereivor. Schließlich wird auch eine größere Gleichheit in der Verteilung der Wurst, ebenso des Fleisches zu erzielen sein; andere Städte haben bereits in dieser Hinsicht wesentliche Erfolge gehabt. Dann wurde der derzeitige Stand der Kartoffelversorgung besprochen. Die Zufuhren der letzten Tage waren, unter Berücksichtigung der gesamten allerdings recht ungünstigen Lage erträglich. Im ganzen ist bis jetzt etwa die Hälfte des Winterbedarfs erfüllt. Für die Folgezeit ist die Lieferung von etwa 150 000 Zentnern Kartoffeln aus unserer Provinz in Aussicht gestellt; außerdem sind mehr als 100 000 Zentner aus Pommern zu erwarten. Zur Gemüseversorgung wurde das Winterprogramm beraten. Dem Etat von Ausfuhrungsbestimmungen zur Höchstpreisverordnung für Rüben wurde zugestimmt.

## Ergänzungstoffe in unserer Nahrung.

Eine große Anzahl von ärztlichen Beobachtungen und von Tierversuchen haben uns in den letzten Jahren die Ueberzeugung aufgedrängt, daß außer Eiweißstoffen, Fetten und Kohlehydraten (Stärke, Zucker) in unserer Nahrung auch noch andere organische Nährstoffe enthalten sein müssen, wenn die Nahrung allen Anforderungen entsprechen soll. Es hat sich z. B. herausgestellt, daß die in den reisessenden Ländern sehr verbreitete Beri-Beri-Krankheit allein darauf zurückzuführen ist, daß der Reis in poliertem Zustand in den Handel kommt. Die Reiskörner werden beim Polieren ihres Silberhäutchens beraubt. Auch Tiere erkranken an beri-beri-ähnlichen Krankheitsercheinungen, wenn man sie längere Zeit mit poliertem Reis füttert. Dem Abfall, der beim Polieren der Reiskörner entsteht, der sogenannten Reiskleie kommen heilende Eigenschaften zu. Spricht man einem Tier, das man durch Fütterung mit poliertem Reis krank gemacht hat, einen Extrakt aus Reiskleie ein, so ist es binnen kurzem geheilt. Auch allerlei frisches Gemüse, überhaupt frische pflanzliche Nahrungsmittel, besitzen heilende Wirkungen gegenüber der Beri-Beri. Aus all den Beobachtungen hat man mit gutem Recht den Schluß gezogen, daß in den verschiedenen Nahrungsmitteln ein lebenswichtiger Stoff enthalten sein muß, den man bisher nicht gekannt habe und dessen Mangel Krankheit und Tod bedingen kann. Es war auch klar, daß dieser lebenswichtige Stoff, z. B. bei den Körnerfrüchten, in der Schale der Körner enthalten sein muß, in der Kleie. Weitere Forschungen haben es wahrscheinlich gemacht, daß diese bisher ungetannten Stoffe Stickstoff enthalten und daß sie in mancherlei Beziehung mit den Stickstoffsubstanzen des Zellkernes chemisch verwandt sind. Man hat diese Stoffe „Vitamine“ genannt, was so viel heißt als lebenswichtige stickstoffhaltige Stoffe. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch die Rachitis, der Skorbut und die Pellagra Krankheiten sind, die auf einen Mangel von Vitaminen in der Nahrung beruhen, sei es daß die Vitamine durch das Sterilisieren der Milch und durch langdauerndes Lagern der Nahrungsmittel zerstört oder beim Vermahlen des Kornes mit der Kleie entfernt worden sind.

Neue Gesichtspunkte hat nun der Breslauer Biochemiker Professor F. Röhm ann in diese wichtige Ernährungsfrage hineingebracht. Röhm ann weist auf die Möglichkeit hin, daß man die erwähnten Beobachtungen auch noch in einer anderen Weise deuten könnte. Wir wissen aus zahlreichen Versuchen, die in den letzten Jahren ausgeführt worden sind, daß nicht alle Eiweißstoffe, die in den verschiedenen Nahrungsmitteln enthalten sind, für unsere Ernährung gleichwertig sind. Das liegt daran, daß die verschiede-

nannten Aminosäuren, in verschiedenen Mengenverhältnissen enthalten. Manche Aminosäuren fehlen bestimmten Eiweißstoffen ganz. Das gilt z. B. auch für diejenigen Eiweißstoffe, die im Weizen, Roggen, Gerste oder Maiskorn als Vorratsstoffe für die junge Pflanze gespeichert sind. Diese Reservestoffe können als „unvollständige“ Eiweißstoffe betrachtet werden, denn es fehlen ihnen manche Aminosäuren, die z. B. im Mäheweiß oder im Fleisch enthalten sind. Aber diese Aminosäuren sind in den Zellen der Oberhaut des Kornes enthalten, in demjenigen Teil des Kornes, den wir beim Vermahlen möglichst vollständig zu entfernen bestrebt sind, in der Kleie. Die Kleie enthält jene „Ergänzungstoffe“, wie Röhm ann sich ausdrückt, welche die unvollständigen Eiweißstoffe des Kornes zu vollständigen machen. Und weil das Weizenmehl, aus dem der größte Teil dieser Ergänzungstoffe entfernt ist, der Ernährung allein nicht mehr genügen kann, so sind wir bestrebt, uns die fehlenden Ergänzungstoffe in Form von Fleisch, Milch, Eiern oder Gemüse zu verschaffen. Röhm ann hält es für wahrscheinlich, daß das vermehrte Verlangen nach Fleisch, das sich in allen Kulturstaaten im Laufe der letzten Jahrzehnte bemerkbar gemacht hat, damit im Zusammenhang steht, daß man gelernt hatte, das Korn sehr gut auszumahlen, d. h. ein an Kleie äußerst armes Mehl zu gewinnen. Vollkornbrot genügt allein, um einen Menschen zu ernähren, wie Versuche gezeigt haben. Nicht jedoch feines Weißbrot. Je größer die Rolle, die dem letzteren in der Ernährung der Menschen zukommt, desto mehr mußte ihr Verlangen auf das Fleisch gerichtet werden.

Die neuen Gesichtspunkte von Röhm ann sind nicht nur von großem theoretischem, sondern auch von praktischem Interesse. Die nächste Zukunft ist für die Ernährungswissenschaft sehr vielversprechend und wir dürfen von ihr so manche große Leistung erwarten.

Dr. A. L.

e [Das billige Leben in — Oesterreich?] Ein bekannter österreichischer Politiker, der zur Stunde in Budapest weilte, schreibt uns von dort: Man sollte es nicht für möglich halten, aber es ist doch eine Tatsache — und man kann sie schwarz auf weiß getrost nach Hause tragen —, daß in Budapest behauptet wird, in Oesterreich gäbe es Lebensmittel im Ueberfluß, die Preise wären ungemein billig, und die Ungarn hätten alle Ursache, die Oesterreicher zu beneiden. Das hervorragende hiesige Blatt *Wester Abend* hat nämlich einen Mitarbeiter nach Oesterreich entsendet, der einige Städte besuchte und von dort Schilderungen übermittelte, die den Beweis erbringen sollten, daß die Approvisionierungsverhältnisse in Salzburg, Graz, St. Pöl-

ten, Villen usw. sehr erfreuliche seien, und Fleisch, Milch, Mehl, Zucker usw. viel reichlicher und zu weit billigeren Preisen vorhanden wären als in Budapest. Als besonders kennzeichnend wird dabei angeführt, daß in einzelnen österreichischen Orten eine Portion Kalbfleisch im Gasthaus drei Kronen kostete, ein halbes Guhn zum selben Preis auf der Speisekarte verzeichnet ist und bei den Seltsamkeiten Würste und Schinken in reicher Auswahl dem Hungrigen und Satten zur Verfügung stehen. Es wird sich jedenfalls empfehlen, die Informationen des ungarischen Blattes einer Nachprüfung zu unterziehen, denn wenn wirklich ein solcher Ueberfluß an Lebensmitteln in einzelnen Teilen der österreichischen Provinz herrscht, könnte es kaum gebilligt werden, daß in anderen Teilen des Landes bei aller Preistreiberei noch Mangel an Lebensmitteln zu konstatieren ist. Was aber die billigen Preise in den Gasthäusern betrifft, kann aus Einzelfällen kein Rückschluß auf das allgemeine Preisniveau gezogen werden. In Budapest ist gewiß das Leben nicht billig, und doch habe ich bei meinen Spaziergängen in der ungarischen Hauptstadt manchen sehr wohlfeilen — Speiszetteln gesehen. Seit kurzem müssen nämlich die Gasthäuser ihre Preise affizieren, und wer nichts Wichtigeres zu tun hat, kann jetzt Preisstudien machen. Ein kleines Gasthaus in der *Motmanygasse* bietet einen Kalbsbraten mit Kartoffeln zu 2 Kronen 20 Sella, einen Schweinebraten mit Kraut zum selben Preis und ein „*Bauerngulasch*“ gar um 1 Krone 40 Sella an! So billige Preise wird man in ganz Oesterreich lange suchen müssen. Auf dem *Ofener Krisztinaforst* sah ich ein Menu (drei Speisen) zum Preis von 3 Kronen offeriert, und gegenüber — Wunder der Konkurrenz — bot ein anderes kleines Wirtshaus vier Speisen um 3 Kronen 40 an. Diese Ausnahmen sollen durchaus nicht als Regel angeführt werden, jedoch überaus interessant erscheint mir das Faktum, daß eines der vornehmsten und besten Restaurants am *Donaukanal* ein gutes und reichhaltiges Mittagessen zum Preis von 5 Kronen abgibt! Die journalistische Enquete des genannten *Budapester Blattes* könnte wohl ein Pendant finden, wenn eine Wiener Zeitung die ungarischen Provinzstädte und selbst die ungarische Hauptstadt auf Quantität, Qualität und Preislage der dortigen Lebensmittel ausforschen ließe. Freilich wären solche Untersuchungen — die naturgemäß nur flüchtig sein können und keine erschöpfende Darstellung zu bieten vermögen — ohne großen praktischen Wert. Wichtig allein würde sein, daß die Regierungen hüben und drüben endlich mit aller Energie vereint vorgehen und eine gerechte Aufteilung der vorhandenen Lebensmittel in der ganzen Monarchie durchführen wollten. Niemand soll Not leiden und niemand im Ueberfluß schwimmen. Gleiches Recht für alle!

### Die Kriegsernährung und ihre staatliche Organisation.

Am 21. d. hielt der stellvertretende Vorsitzende des deutschen Kriegsernährungsamtes, bayerischer Ministerialdirektor v. Braun, in der österreichischen politischen Gesellschaft einen Vortrag über „Die Kriegsernährung und ihre staatliche Organisation“. Ministerialdirektor von Braun besprach einleitend die Entwicklung der Nahrungsmittelversorgung in Deutschland vor der Errichtung des Kriegsernährungsamtes. Dieses Amt untersteht unmittelbar dem Reichskanzler. Der Präsident des Amtes handelt nach eigener Verantwortung. Die Verantwortung gegenüber der Volksvertretung ist nach wie vor beim Reichskanzler. Ueber die Organisation des Amtes führte der Vortragende aus daß dem Präsidenten ein Vorstand von elf Mitgliedern und ein Beirat, bestehend aus mehr als 100 Mitgliedern, beigegeben wurde, die vor Erlassung wichtiger Maßregeln gehört werden. Besondere Wichtigkeit wird vom deutschen Kriegsernährungsamt der Mitarbeit der Presse beigelegt. Um diese herbeizuführen ist eine eigene Presseabteilung errichtet worden. Der Präsident des Amtes hat seine Stellung von Anfang an dahin aufgefaßt, daß er im Nebenamt auch ein *Publicist* für die öffentliche Unzufriedenheit zu sein hat, da sie ein Ventil braucht, um den durch die Kriegswirtschaft hervorgerufenen Mißmut zum Ausdruck bringen zu können. Ueber die Art der Regelung des Verkehrs mit den übrigen Behörden machte der Vortragende Mitteilungen, die auch für österreichische Verhältnisse von gewisser Bedeutung sind. Er wies darauf hin, daß auch ein Diktator auf die Unterstützung der ausführenden Behörden angewiesen sei, und daß er sich infolgedessen mit den vorgelegten Instanzen in Fühlung halten muß, wenn er erreichen will, daß die Anordnungen rasch und energisch durchgeführt werden. Zu diesem Zweck fand beim deutschen Kriegsernährungsamt eine ständige Fühlungnahme mit den Bundes- und Militärbehörden statt. Ueber die Verordnung selbst und über den Stand der Nahrungsmittel in Deutschland gab der Vortragende am Schluß noch einen kurzen Ueberblick, aus dem zu entnehmen war, daß auch in Deutschland die Versorgung knapp und nur den äußersten Bedürfnissen entsprechend ist. Immerhin ist durch die Sicherstellung der Vorräte und die Rationierung die volle Sicherheit geboten dafür, daß die Vorräte bis zur neuen Ernte reichen. An den Vortrag schloß sich noch eine Diskussion an. Gelegentlich einer Anfrage über die Maßregeln, die in Deutschland zur Bekämpfung des Preiswuchers getroffen sind, wies Vizepräsident v. Braun darauf hin, daß mit der Festsetzung von Höchstpreisen allein dem Preiswucher nicht gesteuert werden kann, sondern daß andere Maßregeln, wie sie in Deutschland insbesondere durch das Verbot des Kettenhandels erlassen sind, in Anwendung gebracht werden müssen. Eine weitere Frage behandelte die Erfassung der Bestände und Erzeugnisse der offizierten Gebiete. Der Vortragende legte dar, daß die Durchführung der Rationierung in den Städten selbstverständlich leichter sei, weil die Ueberschüsse der Väter, des Brot Handels usw. kontrolliert werden könne. Diese Möglichkeiten fallen auf dem Lande weg; deshalb ist das System der Selbstversorgung eingeführt, wonach die Erzeuger von Brotgetreide von ihrem Unternehmen so viel für sich behalten dürfen, als nach den Rationierungsvorschriften für die Versorgung der Angehörigen ihrer Wirtschaft notwendig ist.

### Lebensmittelsteuerung und Kohlennot.

Des öfteren ist von uns gesagt worden, daß der Mangel keineswegs die sündhaft hohen Preise begründet, die im Detailhandel gefordert werden. An einigen Zahlen kann sofort gezeigt werden, daß die Bevölkerung ohne jeden Grund maßlos geschripft wird, bloß zu dem Zwecke, daß eine Kette von überflüssigen Händlern Buchergewinne einstreicht. Seinerzeit hat die Bukowinaer Landesregierung eine sehr rührige Approvisionierungsstelle unterhalten. Nach der Evakuierung hat diese Stelle die Aufgabe übernommen, die Familien der Bukowinaer Beamten in Prag — es sind dies dreitausend Personen — zu approvisionieren, indem sie an den ersten Quellen einkauft und mit Ausschaltung aller Zwischenhändler, wie es auch in der Bukowina geschah, direkt die Waren verschleift. Obwohl sie im fremden Lande, unter unbekanntem Verhältnissen arbeitet, verkauft sie unglaublich viel billiger als der Detailhändler in Prag oder in Wien. So verkauft sie das Kilogramm Bohnen um 80 Heller, in Wien ist der Preis 2 bis 2'60 Kronen, ungefähr so auch in Prag; Roggerste 80 Heller, im Lebensmittelmagazin der Eisenbahner Wiens 1'60 Kronen, im Detailhandel 3 bis 4 Kronen; Reis erzielt 4 Kronen, in Wien soll er angeblich um 20 Kronen das Kilogramm zu bekommen sein, es ist aber ein offenes Geheimnis, daß Gastwirte auch das Dreifache zahlen; Melangemarmelade wird das Kilogramm um 2'50 Kronen verkauft, in Wien fordert man 3'60 bis 4'50 Kronen und verlangt vielfach die Abnahme eines Kübels von fünf Kilogramm. Dieselbe Schachtel Delfardinen, die in Wien 3'20 bis 4 Kronen kostet, verkauft die Approvisionierungsstelle um 1'60 Kronen. Dabei arbeitet diese Stelle keineswegs mit einem Defizit, wir haben sogar seinerzeit getadelt, daß sie bereits mehr als eine halbe Million Kronen Uberschuß habe. Des Rätsels Lösung ist die, daß die Stelle, von einem erfahrenen Kaufmann geleitet, mit Ausschluß jedes Zwischenhandels die Versorgung der Konsumenten übernommen hat. So entgeht man der Gefahr, daß die Ware verschwindet, und der peinlichen und undankbaren Aufgabe, den Händlern auf Schritt und Tritt nachzugehen und ihnen mit Strafen drohen zu müssen.

Es genügt aber noch nicht die direkte Versorgung, oft liegt die Schwierigkeit schon beim Erzeuger. So konnte dieselbe Behörde von böhmischen und mährischen Fabriken keine Marmelade um den Höchstpreis bekommen. Einzelne Fabriken haben auf allerlei Umwegen eine Ueberschreitung des Höchstpreises verlangt — wohl gemerkt von einer Behörde. Wie viel müssen da erste private Händler zahlen! Da könnten die Zentralen schon abhelfen, wenn sie Fachabteilungen des Ernährungsamtes wären und nicht das, was sie in Wahrheit sind, privilegierte Erwerbsgesellschaften, die ihresgleichen

nicht wehe tun. Die Zuderzentrale könnte zum Beispiel den Fabriken eine bestimmte Menge Zuder zuweisen, daß diese die doppelte Menge Marmelade dem Ernährungsamt oder der von diesem bezeichneten Stelle um den festgesetzten Preis übergeben. Aber so, wie es ist, kann gar nicht überwacht werden, wie die Fabriken den Zuder verwerten. Es ist dies nur ein Beispiel für viele, aber es zeigt, wo die Dinge anzupacken sind. Verordnungen mögen die Gefängnisse füllen, den Kettenhandel und das wucherische Gebaren der Händler kann nur die direkte Versorgung der Verbraucher ausschalten.

Indes man sich bemüht, die Verteilung wichtiger Nahrungsmittel durch die Rationierung zu organisieren und dem Anstellen ein Ende zu machen, kommt neue Sorge zu den alten. Es fehlt an Kohlen. Man muß sich entweder tagelang an den „Kaufschen“ anstellen oder aber beim Kohlenhändler lange warten, ehe man bestenfalls mit einer Handvoll Kohlen um zwanzig Heller — mehr wird nicht verkauft, kann nicht verkauft werden, wenn jeder wenigstens etwas erhalten soll — nach Hause geht. Das sind sehr ernste Dinge; schon gibt es Frauen, die das lärgliche Mahl nicht zubereiten können, weil sie keine Feuerung haben. Es drängt sich die Vermutung auf, diese Kohlennot könnte wenigstens zum Teil eine beabsichtigte sein. Wollen die Kohlenbarone eine Erhöhung der Preise und darum die Bevölkerung aushungern? Soll sie müde werden und sich die Erhöhung gefallen lassen, um nur ja wieder Kohlen zu bekommen? Oder ist es wirklich die Waggonnot? Jedenfalls löst die Kohlennot mit einem Schlage das ganze Problem der Approvisionierung. Gibt es keine Kohlen, dann braucht man weder Kartoffeln noch Milch, weder Mehl noch Kaffee. Aber die Sache ist in Wahrheit fürchtbar ernst. Man muß und man kann diesen Dividendenschludern entgegentreten, muß den Widerstand der Kohlenbarone brechen und die Stadt schleunigst mit Kohlen versorgen. Soweit aber ein wirklicher Mangel, ein Fehlbetrag im Bedarf vorhanden ist, muß und kann Abhilfe geschaffen werden. Die bürgerlichen Blätter bringen spaltenlange Artikel über die Kohlennot in — Frankreich und Italien und berichten höhrend über die Maßnahmen, die der Mangel hervorgerufen hat. Uns sind diese Maßnahmen ein Fingerzeig, was zu tun ist. Haben sie von uns die Rationierung des Brotes übernommen, sollen wir nach ihrem Beispiel die Melkamebeleuchtung einstellen und für die Geschäfte eine frühe Sperrstunde ansetzen, damit an Licht und an Beheizung gespart wird. Für Lebensmittelgeschäfte könnten besondere Bestimmungen getroffen werden, die aber nicht etwa von der Bequemlichkeit, sondern vom tatsächlichen Bedürfnis diktiert seien. Es kann sich da nur um die Zeit handeln, in der diese Geschäfte frühmorgens offen sein müssen. Für Vergnügungslokale wird aus demselben Grunde eine frühere Sperrstunde festzusetzen sein. Es mag dies manche hart treffen, aber das Gemeinwohl geht dem Einzelinteresse voran. Ueberdies ist es nicht notwendig, daß alle Lokale der Behörden und Ämter so überheizt werden. So läßt sich überall viel erreichen, wenn man nur energisch und rasch zugreift.

**Die Approvisionierung der Eisenbahner.**

Der neue Eisenbahnminister General v. Schablc hat an alle Organe des Eisenbahndienstes einen Erlaß gerichtet, worin er auf die bestehenden Approvisionierungsschwierigkeiten hinweist und eine Versorgung der Eisenbahner mit Lebensmitteln im Rahmen der Möglichkeit in Aussicht stellt. „Sollte aber“ — so heißt es in dem Erlaß — „trotz aller Mühen vorübergehend bei einer Dienststelle Lebensmittelmangel eintreten, so darf das niemals ein Anlaß zur Arbeitseinstellung sein.“ Nachdrücklich weist dann der Erlaß noch auf die bekannten Strafbestimmungen der kaiserlichen Verordnung vom 25. Juli 1914 hin, durch welche jede Störung oder Behinderung des Eisenbahnbetriebes unter strengste Strafandrohung gestellt wird und gegen die Schulbtragenden sowohl die disziplinare als auch die gerichtliche Amtshandlung einzuleiten wären. Diesem Erlaß gegenüber muß wohl darauf hingewiesen werden, daß die Eisenbahner ihrem ganzen bisherigen mustergiltigen Verhalten nach die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Situation sehr wohl einzuschätzen verstehen. Aber die Teuerung und der Mangel an Lebensmitteln sind gerade in der letzten Zeit auch bei den Eisenbahnern immer mehr zu einer schweren Katastrophe geworden, auf deren Gefahren die Organisation schon vor ein und zwei Jahren aufmerksam machte, ohne daß allerdings deren Vorstellungen in genügender Art Beachtung gefunden haben. Nicht daran liegt es also, daß — wie der Erlaß weiterhin durchblicken läßt — die Lebensmittel oft erst „in letzter Stunde angesprochen werden“.

sondern die fehlenden Lebensmittel blieben oft aus, obwohl sie mehr als rechtzeitig verlangt wurden, bis dann schließlich die Not die Leute hie und da veranlaßte, durch eine Einstellung ihrer Arbeit die maßgebenden Faktoren auf die Unterlassungen aufmerksam zu machen. Wenn sich eben an einzelnen Stellen schon öfter gezeigt hat, daß die Not stärker ist als alle § 14-Verordnungen, so sollte das für die Eisenbahnverwaltung ein Grund mehr sein, mit der Durchführung ihrer Zusagen nicht zu zögern und die Teuerungsaushilfen endlich einmal in einem Umfang und Ausmaß zu gewähren, wie es der heutige Notstand erfordert und wie es die Eisenbahner schon auf Grund ihrer bisherigen Haltung auch verdient haben.

**Die Hausfrauen beim Ministerpräsidenten.**

Vorgestern vormittag wurde das Präsidium der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs (NoHo), vertreten durch die Präsidentinnen Frau Helene Granitsch und Frau Hanni Freund-Marcus und die Vizepräsidentin Frau Stephanie Endlicher, vom Ministerpräsidenten Doktor von Koerber empfangen, um der Regierung die Forderungen der Hausfrauen zu überreichen. Der Audienz beim Ministerpräsidenten ging eine eingehende Besprechung beim Präsidenten des Ernährungsamtes Dr. Hofstein voraus, an der auch die Präsidentin Hoffmann aus der Ortsgruppe Salzburg teilnahm. An beiden Stellen fanden die Hausfrauen vollstes Verständnis für die Forderungen, die sie im Interesse des allgemeinen Konsumentenschutzes aufstellten.

Die Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs verlangte die Regelung der Milchfrage durch schärferen Produktionszwang, Herausgabe von Milchkarten und strenge

Kontrolle einer gleichmäßigen Verteilung. In diesem Sinne sollte die Milchverförmungstelle endlich mit ihrer Tätigkeit beginnen.

Eine dringende Forderung ist die Herausgabe von Fleischkarten zur Begrenzung des in begüterten Kreisen herrschenden Luxus in bezug auf den Fleischgenuss. Die Erschwerung der Kartoffelverförmung soll durch Erleichterung im Stüdgüterverkehr gemindert werden, und bezüglich der Zuckerfrage ist die Freigabe des Saccharins und die Einreihung desselben in den Zuckerberbrauch der begüterten Kreise zu verlangen. Alle Bestrebungen zur Schaffung von gemeinschaftlichen als hoch zu wertende Vorarbeit sind von Regierung wegen zu unterstützen sowie die Bestrebungen aller jener auf die Selbsthilfe aufgebauten Konsumentenorganisationen, die durch Schaffung von Einkaufsorganisationen in den okkupierten Ländern zur Marktberöcherung und zur Preisregulierung im Interesse der Konsumenten in hohem Maße bisher beigetragen haben.

Sowohl der Ministerpräsident als auch der Präsident des Ernährungsamtes erklärten den Hausfrauen gegenüber, daß sie der „NoHo“, die sie für eine mustergültige Organisation gerade jetzt in der Kriegszeit erkannt haben, vollste Unterstützung im Interesse der allgemeinen Apvovisionierung angebeihen lassen werden. Ministerpräsident Dr. v. Koerber fand Worte wärmster Anerkennung und des Dankes für die wirtschaftliche Arbeit der Frauen, die in der Kriegszeit als eine zwingende Notwendigkeit für die Gesamtheit anzusehen ist, und bat die Frauen, ihre gemeinnützige Tätigkeit trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse auch weiterhin in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Er sieht die Mitarbeit der Frauen für die praktische Lösung der außerordentlich schwierigen Apvovisionierungsfragen als unerlässlich an.

Die Präsidentinnen der „NoHo“ verwiesen auf das Beispiel Deutschlands und baten den Ministerpräsidenten und den Präsidenten des Ernährungsamtes, auch in Oesterreich mit der Berufung der Frauen zur aktiven Mitarbeit im Ernährungsamt nicht länger zu zögern, da nur durch eine direkte Interessenvertretung in den Zentralstellen (sowohl in Wien als auch in den Konsumzentren der Kronländer Konsumentenschutz und Konsumentenforderungen voll zur Geltung gebracht werden können. Die Hausfrauen verwiesen auf die Notwendigkeit des Abbaues der Preise für die wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel und überreichten an beiden Stellen das von der Delegiertenkonferenz der „NoHo“ (Zentral Wien und sämtliche Ortsgruppen) beschlossene Memorandum, welches die Forderungen der Hausfrauen an das Ernährungsamt ausführlich enthält.

**Geht das nur in Ungarn?**

Die Nachrichten, welche wir aus Ungarn über die Tätigkeit des neugeschaffenen Volksernährungsamtes erhalten, können uns in Oesterreich nur mit Neid erfüllen und zu der Frage drängen, ob wir diesseits der Leitha nicht eine ähnliche Tatkraft aufzubringen imstande sind? Von Budapest aus sagt der Präsident Baron Kürthy nicht bloß alle ungetreuen, sondern auch die nachlässigen faumseligen Beamten weg, ob sie jetzt ernannt oder gewählt sind, und von Budapest aus wird der ganze Lebensmittelverkehr im Lande und mit den Nachbarstaaten einheitlich geregelt. All dies ohne viele Schreibereien und überflüssige „Enqueten“ und Vorerhebungen.

Vor einigen Tagen wurden in Budapest, wie man uns von dort berichtet, Klagen über die Zufuhr von Milch und Zucker laut: Da erklärte der Baron dem Bürgermeister, daß in einigen Tagen alles geregelt sein werde. Man darf seinen Versprechungen Glauben schenken. Die Milchpreise werden für das gesamte Land die gleichen sein, die Erzeugung von Butter und Käse wird gleichmäßig eingeschränkt werden, den Zwischenhändlern wird der Boden zur Preissteigerung vollständig entzogen werden und der Bauer wird nicht mehr zusehen müssen, wie seine billig gelieferte Milch um den drei- und vierfachen Preis in der Hauptstadt verkauft wird. Für den Zuckerverbrauch werden im ganzen Lande Zuckerkarten geschaffen. Ähnlich kräftig griff der Baron auch die Kartoffelfrage an. Bisher kamen täglich 18 Waggons in Budapest an. Damit fand man nicht einmal jetzt das Auslangen geschweige denn, daß man imstande gewesen wäre, etwas für den Winter zu sparen. Das Volksernährungsamt dirigierte nun sofort 1000 Waggons aus den im Lande teils angemeldeten, teils requirierten

Mengen in die Hauptstadt, und am nächsten Tage waren sie da. Auch die Kohlennot versprach Baron Kürthy gründlich zu beheben. Und daß er kein Phrasenheld ist, ersieht man aus den täglichen Suspendierungen von Beamten. So entthob er gestern wieder den Verteiler Notár Desider Sajo wegen Versäumnisses bei der Requirierung von Lebensmitteln.

## Sitzung des Approvisionierungsbeirates.

Wien, 27. November.

Im Sitzungsjaale des niederösterreichischen Landtages trat der Approvisionierungsbeirat am 18. d. unter dem Vorsitz seines Präsidenten Dr. Johann Grafen Parisch-Mocnuich zu seiner sechsten Sitzung zusammen, nachdem bereits am 17. und am Vormittag des 18. d. eingehende Beratungen des Sachkomitees und des Arbeitsausschusses stattgefunden hatten.

**Der Approvisionierungsbeirat über das Ernährungsamt.**

In seinen einleitenden Ausführungen wies der Vorsitzende zunächst auf die Errichtung des Amtes für Volksernährung hin, womit einem langgehegten Wunsche des Beirates Rechnung getragen erscheint. Der Beirat bringe dem neuen Amte um so größeres Vertrauen entgegen, als Präsident Kofstein, welchem der Ruf eines tatkräftigen Mannes und bewährten Organisators vorangehe, die begründete Hoffnung auf den Erfolg seiner Mission habe. Mit warmen Worten des Dankes und Anerkennung gedachte der Vorsitzende Johann der erfolgreichen Wirksamkeit der Leiter des bisherigen Ernährungsamtes, Sektionschefs Ritter v. Keller und Hofrates Freiherrn v. Fries.

Der Präsident des Ernährungsamtes Kofstein danke zunächst für die ihm zuteil gewordene Begrüßung. Er habe die Tätigkeit des Approvisionierungsbeirates schon seit Beginn mit großem Interesse verfolgt. Was die Ziele und die weitere Tätigkeit des Ernährungsamtes anlange, könne er erklärungsweise heute noch keine bindenden programmatischen Erklärungen abgeben.

Der Beirat nahm die Erklärungen des Präsidenten Kofstein mit Beifall entgegen und beschloß sodann über Antrag des Mitgliedes Dr. Potowek debattelos und einstimmig die Annahme folgender vom Arbeitsausschuß vorgeschlagener Kundgebung: Der Beirat begrüßt mit Genugtuung die von ihm seit Beginn seiner Tätigkeit geforderte Errichtung eines selbständigen, mit den erforderlichen Vollmachten ausgestatteten Ernährungsamtes. Der Beirat spricht die Hoffnung aus, daß das Ernährungsamt — befreit von der Bürde der zersplitterten Ressortkompetenzen — nunmehr rasch an die Erstellung eines einheitlichen, die ganze Volksernährung im großen Zuge umfassenden Versorgungsplanes, also in diesem Zusammenhange auch eines Produktions- und Beschaffungsplanes schreiten wird. Der Beirat begrüßt mit besonderer Befriedigung, daß die Obforge um die Erzeugung von Lebensmitteln an die erste Stelle der Aufgaben des neuen Ernährungsamtes gerückt und auf die Zusammenarbeit erprobter Verwaltungsbeamter mit tüchtigen Fachleuten des praktischen Lebens besonderer Nachdruck gelegt worden ist. Es ist daher zu erwarten, daß dem Ernährungsamte nicht nur auch weiterhin ein Beirat zur Seite gestellt, sondern auch daß der Präsident dieses Beirates und einige aus seiner Mitte erwählte Mitglieder in dem Vorstande des Ernährungsamtes Sitz und Stimme erhalten. Der Beirat erblickt darin die Gewähr, daß die Regierung, den tatsächlichen Verhältnissen unseres wirtschaftlichen Lebens — auf welchen allein eine erfolgreiche Ernährungspolitik aufgebaut werden kann — volles Verständnis entgegenbringt, und spricht nochmals die feste Ueberzeugung aus, daß es auf diesem Wege auch gewiß gelingen wird, die Frage einer ausreichenden Volksernährung zufriedenstellend zu lösen.

Der Beirat ersucht zum Schluß dringend, daß die Ernährungsämter Oesterreichs und Ungarns unverzüglich miteinander in engste Fühlung treten, um eine Zusammenfassung sämtlicher Ernährungsquellen und eine einheitliche Regelung der Volksernährung in beiden Staaten dieser Monarchie anzubahnen und durchzuführen.

**Beschluß auf Herabsetzung der Zuckerpresse.**

Ueber die zu ergreifenden Maßnahmen hinsichtlich der Bewirtschaftung von Zucker, Kaffee und dessen Ersatzmitteln, Bier und anderen Artikeln fanden im Sachkomitee III eingehende Beratungen statt.

Ueber deren Ergebnis, die Zuckerfrage betreffend, berichtete Mitglied Sonntag, daß ein aus der Mitte des Sachkomitees gewähltes Subkomitee Gelegenheit hatte, die Erklärungen des Regierungsvertreters über die bisher in dieser Frage getroffenen Maßnahmen entgegenzunehmen.

Der Bericht des Referenten wurde einstimmig genehmigt, ein Antrag des Mitgliedes Dr. Steinwender auf Herabsetzung der Zuckerpresse mit 12 gegen 11 Stimmen angenommen.

Hierauf berichtete Mitglied Dr. Ziegler über die im Sachkomitee gestellten Anträge, die auf eine Verminderung des Verbrauches von Kaffee und dessen Surrogatmittel, Tee, Kakao und Schokolade hinielen und vom Beirate nach kurzer Debatte zum Beschlusse erhoben wurden.

**500 Waggons Gerste für die Brauindustrie.**

Zur Frage der Biererzeugung berichtete namens des Sachkomitees Mitglied Dr. Potowek. Nach einer kurzen Debatte, an der sich der Präsident der Futtermittelzentrale Kammerat Mendl sowie Vizepräsident Geheimrat Dr. Schreiner und Mitglied Sonha beteiligten, wurde der Antrag des Referenten, die Bierindustrie im Rahmen der gegebenen Verhältnisse zu berücksichtigen und ihr vom 15. Dezember

1916 vorläufig bis 500 Waggons Gerste zur Verfügung zu stellen, angenommen.

28. XI. 1916

## Ernährungsfragen.

Der geschäftsführende Vorstand des Verbandes der größeren preussischen Landgemeinden hat eine Eingabe an das Kriegsernährungsamt gerichtet, in der auf Grund angestellter Erhebungen Klage darüber geführt wird, daß die angeschlossenen Gemeinden bei der Zuteilung von Lebensmitteln gegenüber den Städten benachteiligt würden. Mit einer der Ursachen für diese Benachteiligung sieht der Vorstand darin, daß die Verteilungssellen bei den Industrie-Landgemeinden des Schwerk Gewicht immer noch auf den Begriff „Landgemeinb.“ legen, während dies lediglich die verfassungsrechtliche Form sei, deren Inhalt sich in nichts von einer Industrie-stadt unterscheidet. Die Versorgung der Verbandsgemeinden in den großen Industriezentren von Rheinland, dem Saarrevier, Westfalen und Oberschlesien sei nicht mehr als ausreichend zu bezeichnen; dem werde auch nicht durch Zulagen an Schwer- und Schwerstarbeiter abgeholfen. Die Eingabe spricht die Erwartung aus, daß das Kriegsernährungsamt in Verbindung mit dem Kriegsamt Abhilfe schaffen werde.

Berlin, 27. Novbr. (R. B.) Gemäß Bekanntmachung vom 30. September 1916 sind alle nach dem 7. Oktober 1916 aus dem Auslande eingeführten zubereiteten Fische und Zubereitungen von Fischen an die Zentral-Einkaufsgesellschaft abzuliefern. Die bis zum Ablauf des 7. Oktober gekauften und bis zum Ablauf des 11. Oktober angemeldeten Waren sind von der Zentraleinkaufsgesellschaft zur Einfuhr bis zum 18. Oktober freigegeben worden. Diese Frist ist, um dem Handel entgegenzukommen, bis zum Ablauf des 30. November ausgedehnt worden. Da täglich bei der Zentral-Einkaufsgesellschaft Anträge auf eine weitere Ausdehnung der beschlagnahmten freien Einfuhr einlaufen, wird hierdurch bekanntgegeben, daß eine Verlängerung dieser Frist über den 30. November hinaus in keinem Falle bewilligt werden kann. Es unterliegen mithin alle nach dem 30. November aus dem Auslande eingeführten zubereiteten Fische und Zubereitungen von Fischen ohne jegliche Ausnahme der Beschlagnahme durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft. Es können keinerlei Ausnahmen zugestanden werden, auch nicht für Nebenartikel.

\* Aus Hessen-Darmstadt. Die seitherigen Bezugsscheine für Obst, die teilweise von der Landesobststelle, teilweise auch von den Bürgermeistern ausgestellt waren, haben nunmehr ihre Gültigkeit verloren. Äpfel und Birnen dürfen zum Bahnversand jetzt nur noch angenommen und befördert werden, wenn der Frachtbrief mit dem Stempel der Landesobststelle versehen ist, oder ein gestempelter Versandschein dieser Stelle vorgezeigt werden kann. Es soll die neue Einrichtung namentlich verhindern, daß das Obst zu übermäßig hohen Preisen aufgekauft und wieder verkauft wird und so die Höchstpreise umgangen werden.

# Gotha, 25. Novbr. Das Staatsministerium verfiel im Einvernehmen mit dem Kriegsernährungsamt, daß die Kommunalverbände die Genehmigung von Sauschlachtungen davon abhängig zu machen haben, daß von jedem geschlachteten Schweine ein Teil des gewonnenen Fettes zur Weitergabe an Schwerarbeiter an den Kommunalverband abzuliefern ist. Abzugeben ist ein Stück frischen Speckes oder ausgelassenes reines Schmalz, und zwar bei einem Schachtgewicht von weniger als 100 Pfund 2 Pfund, von mehr als 100 Pfund bis 150 Pfund 3 Pfund, von 150 bis 200 Pfund 4 Pfund und bei mehr als 200 Pfund 5 Pfund. Speck und Schmalz sind mit dem Höchstpreise zu bezahlen.

29. / XI. 1916

**Das Volksernährungsamt.**

Wie uns mitgeteilt wird, sind nunmehr die Organisationsarbeiten für das neue Ernährungsamt abgeschlossen und es wird in den allernächsten Tagen seine Tätigkeit beginnen können. Die Ernennung des Präsidenten des Ernährungsamtes erfolgte erst vor knapp 14 Tagen und es war angesichts des großen und umfangreichen Wirkungsbereiches, welchen das neue Ernährungsamt versehen soll, die rascheste und unermüdlichste Tätigkeit notwendig, um in dieser kurzen Spanne Zeit eine so neuartige Organisation wie sie eben ein aussichtsvolles Wirken des Ernährungsamtes erfordert, zu schaffen. Aus der Begrüßung, die dem Präsidenten des Ernährungsamtes Herrn v. Rostein in der letzten Sitzung des Approvisionierungsrates zu teil wurde, geht hervor, daß die Mitglieder dieser Körperschaft die größten Hoffnungen auf eine glückliche und gedeihliche Tätigkeit des neuen Ernährungsamtes setzen.

## Das Menschenmögliche.

In einer am 18. d. abgehaltenen Sitzung des Approbitionierungsbeirates — über die selbsterweise erst gestern ein Bericht an die Öffentlichkeit gelangte — wurde der Präsident des Ernährungsamtes in wärmster Weise begrüßt und die Begründung und Einrichtung des neuen Amtes als vielversprechende Reform willkommen geheißen. Präsident Koffstein sprach nur ein paar Worte des Dankes; über die Ziele des Ernährungsamtes, fügte er hinzu, könne er vorläufig noch keine bindenden programmatischen Erklärungen abgeben. Nun, Erklärungen so weitgehender Art waren wohl auch, so kurz nach dem Amtsantritt, von keiner Seite erwartet worden. Man wird allgemein die Zurückhaltung begreifen, die ein Mann übt, in dessen Hände eben erst die größte und schwierigste aller Verwaltungsaufgaben der Kriegszeit gelegt wurde. Immerhin wäre aber zu bedenken gewesen, daß die Errichtung des österreichischen Ernährungsamtes ohnehin schon in einen sehr vorgerückten Zeitpunkt fiel, und daß aller Augen an dem Munde des Mannes hängen, von dem man zu erfahren hofft, wie in unser Ernährungswesen endlich befriedigende Ordnung gebracht werden soll. Ein vollständiges Programm brauchte da nicht vorgetragen zu werden. Aber einige kräftige, aufmunternde Worte, die den Präsidenten des Ernährungsamtes in rasche Fühlung mit dem Publikum gebracht hätten, würden wohl nicht geschadet haben. Man darf überhaupt den Wert der öffentlichen Aussprache über die jetzt alle Welt beschäftigenden Magenfragen nicht unterschätzen. An Gelegenheit zu parlamentari-

schen Debatten mangelt es uns noch bis auf weiteres, um so mehr sollte jede andere Gelegenheit, zur Öffentlichkeit zu sprechen, ausgenützt werden. Selbst die karglichen Sitzungsberichte des Approbitionierungsbeirates werden jetzt vom Publikum mit größter Aufmerksamkeit gelesen. Man will über dieses wichtigste Thema von berufener Seite etwas hören, und wenn man nur die Gewißheit erhält, daß die tägliche Sorge jeder Hausfrau auch den Gegenstand ebenso intensiver Denkarbeit der höchstehenden Verwaltungsmänner bildet, so wirkt das allein schon günstig auf die allgemeine Stimmung.

In diesem Punkt versteht sich der Präsident des deutschen Ernährungsamtes Herr v. Batocki vortrefflich darauf, die Stimmung weiter Volkskreise zu beeinflussen. Herr v. Batocki hat es von Anfang an abgelehnt, der Wundermann zu sein, der etwa doppelte Ernten aus dem Boden kauspen oder sonstige vermehrte Vorräte herbeizaubern könnte, und die überhöhten Erwartungen, die ihm Leute von mehr Phantasie als Urteil entgegenbrachten, haben sich auch rasch abgekühlt. Sinegen hat sich bald das allgemeine Vertrauen in seine Tüchtigkeit und Aufrichtigkeit eingestellt. Niemand glaubt in Deutschland, daß das Ernährungsamt das Unmögliche möglich machen werde, aber jedermann glaubt, daß es das Menschenmögliche leiste. Und das genügt. Eine Hauptquelle dieses Vertrauens ist aber der rege, ununterbrochene Verkehr des deutschen Ernährungsamtes mit der Öffentlichkeit. Herr v. Batocki spricht überall, wo es über seine Amtsaufgaben etwas zu sprechen gibt, er schreibt unermüdet, gibt Zirkularartikel in die Zeitungen und weiß gleichsam mit jedermann aus dem Volke in persönliches Gespräch zu kommen. Eine so populäre Methode der Amtsführung entspricht gewiß nicht der steifen preussischen Tradition, ist aber gerade in Ernährungsfragen ungemein nützlich. Die gegebenen Verhältnisse der Kriegswirtschaft sind ja leider nicht so, daß man der Bevölkerung Ueberfluß und Wohlleben verheißen könnte. Man muß sie zu Einschränkungen, zu geduldigem Ausharren mahnen, muß ihr aber, wenn diese Mahnung auf guten Boden fallen soll, auch die Sicherheit geben, daß

alles für sie geschieht, was geschehen kann, und daß das Maß der ihr auferlegten Opfer kein willkürliches und zufälliges ist, sondern in den sorgfältig beobachteten Grenzen der Notwendigkeit bleibt. Ein Ernährungsamt, das freiwillig die Kontrolle der Öffentlichkeit anruft und unter deren Augen die Ausbringung und Verteilung der Vorräte so vollzieht, daß für kein Mißtrauen und kein Gefühl sozialer Zurücksetzung Raum bleibt, ein solches Amt leistet eben das Menschenmögliche, und mehr wird niemand von ihm verlangen. Und das zu versprechen, wäre auch ein ausreichendes Programm.

29./II. 1916

## Eine Reichsverteilungsstelle für Nahrungsmittel und Eier.

Es hat sich das Bedürfnis ergeben, die Verteilung von Hafer- und Gerstensfabrikaten, von Weizengraupen, Grieß, Teigwaren, Grünkern, von Sago u. dgl., von Hülsenfrüchten (Buchweizen, Hirse), von Maisgrieß, Suppenfabrikaten, Speisepulvern, sowie von Kindernahrungsmitteln nach einheitlichen Grundsätzen zu regeln. Bisher erfolgte bereits die Verteilung von Teigwaren, Grieß, Graupen, Haferflocken, Hafergrütze, Hafermehl (mit Ausnahme der Patentware), von Grünkern, Hülsenfrüchten (Buchweizen und Hirse), von Maisgrieß u. a. nach festen Verteilungsgrundsätzen (Verteilungsschlüsseln). Diese Grundsätze wurden aber von jeder der einzelnen in

Frage kommenden kriegswirtschaftlichen Organisationen für sich aufgestellt. Es war so nicht immer möglich, einen genügenden Teil dieser Nahrungsmittel in Reserve zu halten für diejenige Zeit des Jahres, in der andere Lebensmittel, wie Kartoffeln und Gemüse, nur in besonders geringer Menge vorhanden sind. Um diesen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen, hat der Präsident des Kriegsernährungsamts nunmehr angeordnet, daß die verschiedenen Verteilungsgrundsätze vereinheitlicht werden und daß eine ihm unmittelbar unterstellte Behörde nach einem von ihm einheitlich und für das ganze Wirtschaftsjahr aufgestellten Haushaltsplan eine Oberverteilung der fraglichen Nahrungsmittel auf die Bundesstaaten vornimmt. Zu diesem Zwecke ist die Reichsverteilungsstelle für Nahrungsmittel und Eier eingesetzt worden, sie besteht aus einem Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und drei Mitgliedern des Kriegsernährungsamtes, einem Vertreter des Kriegsamts, sowie aus je einem Vertreter des Groß- und Kleinhandels, der Erzeuger und der Verbraucher.

Gleichzeitig hat der Präsident des Kriegsernährungsamtes veranlaßt, daß die Herstellung von Suppenfabrikaten (Suppenwürfeln und losen Suppen), ferner von geeigneten, für die minderbemittelte Bevölkerung vorzugsweise in Betracht kommenden Nahrungsmitteln, soweit es die verfügbaren Rohstoffe gestatten, gesteigert wird und daß auch diese Fabrikate in jenen Haushalts- und Verteilungsplan einbezogen werden. Qualität und Preiswürdigkeit soll ständig überwacht werden.

Die bisherige Verteilung dieser Waren erfolgte durch die bundesstaatlichen und provinziellen Verteilungsstellen, die ihrerseits zur Unterverteilung die gemeinnützigen Gesellschaften, den Handel und die Kommunalverbände heranzogen. An diesem System soll von Reichs wegen nichts geändert werden. Insbesondere soll der Handel, wo er bisher an der Unterverteilung beteiligt war, nicht ausgeschaltet werden, da sich die geregelte Versorgung der Verbraucher ohne Heranziehung des Kleinhandels mit befriedigendem Erfolg kaum durchführen läßt. Um aber eine Gewähr dafür zu geben, daß beim Vertrieb jener auch künftig nur knapp vorhandenen Nahrungsmittel die verschiedenen Teile des Reiches in gerechter Weise bedacht werden, müssen zwischen der Produktion und dem Absatz diejenigen behördlichen Stellen eingeschaltet werden, die für die geregelte Versorgung ihres Gebietes in erster Linie verantwortlich sind und die eine gleichmäßige Verteilung jener Nahrungsmittel auf die Verbraucher verbürgen sollen.

29./XI. 1916

Die Requirirung der für die Ernährung verwendbaren Produkte. Eine in der heutigen Nummer des Amtsblattes publicirte Verordnung des k. u. Ministeriums räumt dem Landes-Ernährungsamt und auf dessen Weisung den Verwaltungsbehörden das Recht zur unbeschränkten Requirirung der Produkte und Wahlprodukte bei Unternehmungen, Haushaltungen und Einzelnen ein. Die Verordnung verfügt, daß das Landes-Volksernährungsamt und auf seine Weisung die Verwaltungsbehörde ohne Rücksicht auf die in den bisherigen Verordnungen der einzelnen Minister festgestellten Beschränkungen die Requirition aller Produkte und ihrer Wahl-erzeugnisse, die zur menschlichen Nahrung verwendbar sind, anordnen kann, und zwar sowohl die bei Produzenten als auch bei Nichtproduzenten (Industrieunternehmungen, insbesondere Mühlen oder Kaufleuten, ferner in Privathaushaltungen) vorfindbaren Vorräthe. Das Volksernährungsamt kann aus dem Gesichtspunkte dieser Requirirung auch die Menge, die für den häuslichen und Wirthschaftsbedarf zurückbehalten und durch Einzelne konsumirt werden darf, abweichend von den bisherigen Bestimmungen feststellen. Als Vergütung ist der behördlich festgestellte Maximalpreis zu bezahlen, in Ermanglung eines solchen wird ihre Höhe vom Volksernährungsamt festgestellt. Dieses Amt kann den ersten Beamten des Municipiums oder dessen behördlichen Bevollmächtigten berechti-

gen, die mit dieser Requirirung verbundenen Agenden zu versehen. Wer eine Verfügung des ersten Beamten des Municipiums oder des behördlichen Bevollmächtigten verletzt, begeht, sofern seine Handlung nicht unter eine schwerere Strafbestimmung fällt, eine Uebertretung, die im Sinne der Verordnung des Ministerpräsidenten J. 3172/1916 geahndet wird. Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Verlautbarung in Kraft. Ihre Geltung erstreckt sich nicht auf Kroatien-Slavonien.

Woran liegt es? Immer wieder macht man die Wahrnehmung, daß in Deutschland eine Reihe von Lebensmitteln weit billiger ist als bei uns. Soweit es sich um Gegenstände handelt, die in Deutschland erzeugt werden, mag ja manche Erklärung dafür gegeben sein, aber dieser Preisunterschied findet sich auch bei Lebensmitteln, die Deutschland und Oesterreich in gleicher Weise vom neutralen Ausland beziehen. Wenn in Deutschland Emmentaler Käse, der aus der Schweiz bezogen wird, 2.40 Mark kostet, sollte man erwarten, daß der Preis in Oesterreich 3.60 Kronen betragen würde, während er sich tatsächlich auf 10 und 12 Kronen stellt. Woran mag dies wohl liegen? Solche Dinge geben zu denken.

30./X. 1916

## Das Kriegsernährungsamt. Eine Erklärung des Prof. Abel.

**N** Berlin, 29. Novbr. (Priv.-Tel.) Zu dem Austritt von Prof. Dr. Abel aus dem Beirat des Kriegsernährungsamtes wird in den Mitteilungen des Kriegsernährungsamtes der Inhalt des Schreibens des Herrn Prof. Abel bekanntgegeben, in dem es nach einem Hinweis auf die geringe Inanspruchnahme seiner Mitarbeit und der Nichtbeachtung der von ihm gegebenen Anregung heißt:

Unmittelbar gezwungen, meinen Austritt zu erklären, werde ich dadurch, daß auch nach gewissenhafter Ueberzeugung über Art und Weise, wie das Kriegsernährungsamt seine Aufgaben ausführt, die Maßnahmen, die es getroffen hat, in vieler Hinsicht nicht nur als verfehlt, sondern geradezu als gemeinschädlich und volksfeindlich erachtet werden müssen. Ich unterlasse es, auf Einzelheiten einzugehen, weil ich mir bei der Verschiedenheit der grundsätzlichen Anschauung keinen Erfolg von ihrer Erörterung verspreche. Verkennen will ich nicht, daß die immer unbefriedigender werdenden Zustände ihre Ursachen zum Teil in dem passiven Widerstande, der Verständnislosigkeit und Schwächlichkeit der ausführenden Behörden haben.

Aber daß große Teile der Bevölkerung heute in Wahrheit unterernährt werden, während andere Teile, auch unter der feindlichen Bevölkerung, in den besetzten Auslandsgebieten sowie ein großer Teil der Kriegsgefangenen mehr haben, als sie brauchen, daß der Mittelstand systematisch zu Grunde gerichtet, daß jüdische Gaunerei und agrarische Habgier das Volk in unerträglicher Weise ausplündern, daß infolgedessen immer schärfere Erbitterung weite Kreise erfährt und auf gewalttätige Entladung zum Schaden des Staatsganzen hindeutet, — alles das ist im wesentlichen Schuld des Kriegsernährungsamtes, das sich meiner Meinung nach allein seinen Aufgaben in keiner Weise gewachsen gezeigt hat. Die jede freie Äußerung inebelnende Zensur und die von mir übernommene Schweigepflicht hindern mich, jetzt öffentlich die Kritik zu üben, die durch die Wichtigkeit der Sache geboten wäre. Nachdem aber mein Eintritt in den Beirat seinerzeit ohne mein Zutun öffentlich bekannt geworden ist, kann ich nicht verabsäumen, meinen Austritt aus dem Beirat wenigstens mit kurzer Begründung bekanntzugeben, soweit es die Zensur zuläßt, denn ich muß mich vor der meinen guten Namen schädigenden Mißdeutung sichern, als hieße ich etwa die Tätigkeit des Kriegsernährungsamtes gut und als habe ich irgend welchen Teil an ihr.

(Mit der Feststellung, daß bei den Maßnahmen des Kriegsernährungsamtes auch Fehler unterlaufen — steht ja nicht einmal das System der staatlichen Regulierung selber unangefochten da — sagt Herr Prof. Dr. Abel nichts Neues. Wenn das Kriegsernährungsamt sich entschlossen hat, den Brief des Herrn Abel bekannt zu geben, so ist das wohl am besten geeignet zu zeigen, wie man an den verantwortlichen Stellen über die erhobenen Beschuldigungen denkt — sie sind maßlos wie der Ton selber, in dem das Schreiben gehalten ist und werden darum keinen Vernünftigen überzeugen. D. R.)

30./XI. 1916

**Die Volkszählung.**

Nachdem die Haushaltungslisten den Haushaltungsvorständen nunmehr zugegangen sein dürften, sei auf die besondere Wichtigkeit der diesmaligen Volkszählung, die höchst bedeutsamen wissenschaftlichen und Verwaltungszwecken, insbesondere der weiteren Regelung unserer Volkswirtschaft und Volksernährung dient, noch besonders hingewiesen. Für jede einzelne zur Haushaltung gehörige Person ist eine besondere Zeile auszufüllen. Dabei ist darauf zu achten, daß Kinder, und wären sie eben erst geboren, nicht übergangen werden, wie auch Zimmerabmieter, Schlafleute, Dienftboten und sonstige Mitbewohner aufzunehmen sind. Auch die in den Anstalten jeder Art, wie in Krankenhäusern, Lazaretten, Kasernen, Straf- und Besserungsanstalten, Hotels, Herbergen, Asylen usw. vorhandenen Personen sind einzeln aufzuführen. Es ist also jede Person aufzunehmen, die in der Nacht vom 30. November zum 1. Dezember in der Wohnung des Haushaltungsvorstandes und in den dazugehörigen Räumen anwesend war. Ueber Nacht außerhalb ihrer Wohnung beschäftigte Arbeiter, Wächter usw., werden in ihrer Wohnung gezählt. Die auch nur vorübergehend Abwesenden dürfen nicht mitgezählt werden, wohl aber müssen die vorübergehend Anwesenden, wie Hotelgäste, Besuch oder zurzeit anwesende Urlauber usw. mitaufgeführt werden.

Die Ausfüllung muß in allen Teilen sorgfältig geschehen, namentlich sind die Berufsangaben möglichst genau vorzunehmen; Frauen, die den Betrieb von zum Militär eingezogenen Männern weiterführen, sind als berufstätig anzusehen und haben diesen Beruf ebenfalls genau anzugeben. Im Gegensatz zu früheren Volkszählungen sind diesmal die Verweigerung der Eintragung oder wissentlich wahrheitswidrige Angaben mit Strafe bedroht, so daß es im Interesse eines jeden Haushaltungsvorstandes liegt, die auf der ersten Seite der Haushaltungsliste befindliche Anleitung sowie die Erläuterungen auf Seite 4 durchzulesen und zu befolgen.

Die Volkszählung hat auch die Aufgabe, die Unstimmigkeit aufzuklären, die zwischen den Zahlen der Bevölkerung und der Brotkartenempfänger besteht. Es hat sich herausgestellt, daß gegenwärtig nahezu 4 Millionen Brotkartenempfänger mehr vorhanden sind, als nach dem Stande unserer Bevölkerung da sein dürften.

### Die Neuregelung der Lebensmittelversorgung.

Der bekannte Physiker v. Laue hat von Selbstverständlichkeiten gesprochen, deren Entdeckung ein großes Verdienst sei. Auch der Krieg darf für sich in Anspruch nehmen, ein Vorkämpfer in der Entdeckung solcher Selbstverständlichkeiten gewesen zu sein. Wir hatten im Verlauf der Friedenszeiten tatsächlich schon beinahe vergessen, daß, wenn man etwas essen will, man auch dafür sorgen muß, daß das Nötige vorhanden sei. Wir haben uns kaum bemüht, im großen und im kleinen nicht, den Fäden nachzuspüren, die Lebensmittelherzeugung und Lebensmittelverbrauch verbinden. In den „Mitteilungen der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft“ faßt Dr. G. J. H. u. aus München Olabbach das, was wir in diesem Kriege auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung gelernt haben, zusammen, um darauf die Neuregelung der Lebensmittelversorgung aufzubauen. Sicher wäre es besser gewesen, wir hätten uns schon früher mit diesen Fragen beschäftigt. Na Veranlassung hätte es dazu auch nicht gefehlt, denn die verschiedensten Teuerungerscheinungen hätten zu solchen Forschungen wohl den Anstoß geben können. Künftig wird das Schwergewicht bei der Lebensmittelversorgung zunächst auf eine zuverlässige Grundlage und Aufklärung über Erzeugung und Bedarf, über Zufuhrmöglichkeiten und Verteilung zu legen sein. Dazu bedarf es zunächst einer zuverlässigen Statistik. Im Kriege sind uns ja Bezeichnungen wie „Uberschußgebiete“, „Bedarfs- und Zuschußgebiete“ so vertraut geworden, daß man ruhig voraussetzen kann, heute verbinde jeder mit diesen Worten auch den richtigen Begriff. Es ist eine Binsenwahrheit geworden, daß sich eine geordnete Lebensmittelpolitik nur auf solchen Grundlagen betreiben läßt. Dennoch mußte uns erst der Krieg dies lehren. Jagen führt dafür ein Beispiel an. Als die Städte aufgefordert wurden, ihren Bedarf an Kartoffeln bei der Reichszentrale anzumelden, kam es vielfach zu ganz falschen Schätzungen. So hat bei der Anmeldung eine Stadt ihren Kartoffelbedarf siebenunddreißigmal überschätzt. Solche planmäßige Feststellungen können nun auf die Dauer nicht von ungeschulten Personen im Nebenamt gemacht werden. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, städtische und ländliche Wirtschaftsaemter zu schaffen.

Das städtische Amt hätte festzustellen: was und wieviel wird gebraucht, wann sind die Hauptverbrauchszeiten, im Jahre, wie sieht es mit der Lebensmittelzufuhr nach den verkehrstechnischen und nach der handelsrechtlichen Seite, welche Preisbedingungen, Preisgewohnheiten und Preiseinflüsse machen sich geltend? Es gibt bereits viele Städte, die schon im Frieden sogenannte Milkarten besaßen, die aber nur den Namen

gemein haben mit dem, was wir im Kriege darunter verstehen. Eine solche Friedensmilkarte ist eine Landkarte der Milch, aus der man schließen kann, auf welchem Wege, in welcher Menge und in welcher Beschaffenheit die Milch in die Stadt kommt. Solche Lebensmittelkarten wären vom städtischen Amt auch für andere wichtige Lebensmittel zu schaffen. Eine weitere Aufgabe des städtischen Amtes wäre es, einerseits die Erzeuger zu einer besseren Beschickung des Marktes und die Verbraucher zu einer Verbesserung ihrer Kauf- und Verbrauchsgewohnheiten zu veranlassen.

Die gleiche Arbeit in Bezug auf die Erzeugung hätte das ländliche Wirtschaftsamte durchzuführen. Durch das Zusammenarbeiten beider wäre eine Brücke zwischen Stadt und Land zu schlagen, denn bisher arbeiteten Bauer und Städter aneinander vorbei. Der Landwirt kümmerte sich wenig um die Lebensmittelverhältnisse und um die Bedürfnisse der Stadtbewölkerung und der Städter wußte nichts von den Erzeugungsbedingungen der Landwirtschaft. Für die Notwendigkeit einer solchen Brücke einige Beispiele. Es gab eine Zeit, da man sozusagen im Volke mit Predigen die Magermilch einzubürgern bestrbt war. Es war auch gelungen, die Ueberzeugung zu verbreiten, daß Magermilch und Quark gute Nahrungsmittel seien, aber zu erhalten waren sie nicht. Denn der Bauer wußte nicht, wo und wie er diese Dinge loswerden sollte, und es blieb eben dann nichts anderes übrig, als diese leicht verderblichen Nahrungsmittel als Viehfutter zu verwerten. Ähnlich liegen die Dinge bei Fleischdauerwaren. Der Bauer weiß wohl, wie er ein Schwein verkaufen kann, er weiß aber nicht, was er mit Fleischdauerwaren anfangen soll, die über seinen eigenen Bedarf hinausgehen. Er wird deshalb die Herstellung unterlassen. Wenn durch die Landgemeinde festgestellt würde, wie viel Rauch- und Pökelwaren sämtliche Bauern einer Gemeinde an die Stadt liefern können, dann wäre es für die Stadt leicht, ihren Bedarf zu decken. Das gleiche gilt auch vom Gemüse. Zur Regelung der Fleischversorgung (selbstverständlich in Friedenszeiten) würden sich auch genossenschaftliche Konservenfabriken empfehlen. Denn es gibt Zeiten, namentlich der Futternot, wo Vieh in Ueberfluß vorhanden ist, wo es also verschwendet wird, und nachher kommen Fleischknappheit und Fleischteuerung als natürliche Folgen. Den Ausgleich könnten diese Konservenfabriken schaffen. Und was vom Fleisch gilt, gilt auch vom Gemüse und von den Futtermitteln.

Neht interessant ist es auch, daß in der letzten Zeit gerade die Frage der Lebensmittelversorgung in Amerika eifrig erörtert worden ist. Schon 1913 wurde in Amerika unter dem Namen „Büro für Marktwesen“ eine Behörde geschaffen. Der Krieg mit seinen Teuerungerscheinungen hat nun in Amerika die gesetzgebenden Körperschaften zu einer Entschlebung veranlaßt, wonach der Präsident ermächtigt werden soll, einen Landesauschuß für Marktwesen einzusetzen. Es kann wohl kein zuverlässigeres Zeichen dafür geben, daß die Lebensmittelfrage auch im Frieden und in Friedensländern nicht mehr von der Tagesordnung schwinden wird.

1. XII. 1916

**Lebensmittelversorgung, Notstandsaktion**

(Eingefandt.)

Vor wenigen Tagen hat sich das schweizerische Militärdepartement an die Kantonsregierungen gewandt, um die Versorgung Bedürftiger mit Lebensmitteln zu herabgesetzten Preisen zu organisieren. In den Vorschlägen des Departements ist vorgesehen, daß in den Gemeinden Verkaufsstellen eingerichtet werden, bei denen die Abgabe der Waren gegen Ausweis erfolgen soll.

Der Verband schweizerischer Konsumvereine in Basel hat von diesen Vorschlägen offenbar sofort Kenntnis erhalten und daraufhin den Beschluß gefaßt, sich bereit zu erklären, die Verteilung in den Gemeinden unentgeltlich zu besorgen. Er will dazu nicht nur die vorhandenen Einrichtungen zur Verfügung stellen, sondern auch da, wo er keine Filialen hat, besondere Abgabestellen errichten.

Dieses Anerbieten ist nun gewiß an sich sehr lobenswert. Es kann aber gleichwohl nicht kritiklos hingenommen werden. Es gibt neben den Konsumvereinen noch andere Kaufleute, die sich hier gerne und ebenfalls ohne Anspruch auf Entgelt zur Verfügung halten werden. Es scheint uns, daß der Verband schweizerischer Konsumvereine mit seinem weitgehenden Anerbieten, auch da, wo er keine Filialen hat, Verkaufsstellen zu eröffnen, noch etwas anderes bezweckt, als bloß Gemeinnützigkeit zu üben. Er muß sich den Vorhalt gefallen lassen, daß seine ausschließliche Fürsorge als umsichtige Propaganda für die Ausdehnung seiner Geschäfte überhaupt ausgelegt wird. Es ist zu hoffen, daß die Behörden neben den Konsumvereinen auch den altangesehnen Handelsmann um seine

Mitwirkung angehen. Sie werden sicherlich auch bei Grossisten und Detaillisten Verständnis und Entgegenkommen finden. Eine ausschließliche Berücksichtigung der Konsumvereine würde vielerorts Enttäuschung und Unwillen hervorrufen.

## Die Scheu vor der Verantwortung.

Die Berufung des Abg. Dr. Renner in das Direktorium des neuen staatlichen Volksernährungsamtes — ein Fall, der uns gefällt —, hat einen ergötlichen Eieranzug des Wiener sozialdemokratischen Hauptorgans zur Folge. Während das Blatt auf der Leitartikelseite das Verdienst der Errichtung des neuen Amtes für die sozialdemokratische Partei in Anspruch nimmt, die schon am 18. November 1914 in einer Eingabe die Errichtung eines „ständigen Beirats der Regierung“, einer „Kommission für Volksernährung beim Ministerratspräsidium“ verlangt habe — die Eingabe sei aber einem untergeordneten Organ im Handelsministerium zum Studium übergeben worden, also unbeachtet geblieben, woraus doch folgt, daß jene Eingabe auf die Errichtung des Volksernährungsamtes ohne Einfluß war! —, so wird auf einer späteren Seite in einem längeren Artikel dargetan, wie schwer es der Sozialdemokratie ward, ihren Führer Doktor Renner an den Staat abzugeben und in das Direktorium des neuen Amtes einzuziehen zu lassen. Zwar hatten die sozialdemokratischen Konsumvereine und deren Großeinkaufsgesellschaft vom Parteivorstand — es ist nicht recht ersichtlich, ob um ihren „Beirat“ Dr. Renner loszumerden oder um von ihm mehr zu haben — „eine solche Berufung gefordert“; aber der Parteivorstand lehnte die Forderung „ab“ und „widerriet“ Dr. Renner die Annahme einer „verantwortlichen Stelle“, da die Errichtung des Amtes „viel zu spät“ erfolge und da Oesterreich und Ungarn noch immer nicht als einheitliches Kriegswirtschaftsgebiet behandelt werden. Weil aber nunmehr das neue Volksernährungsamt so organisiert wurde, daß die Last der Verantwortung ausschließlich vom Präsidenten (Kochstein) und von der Regierung getragen werde, während das Direktorium, in das Dr. Renner berufen wurde, nur „gutachtlich und mitarbeitend“ den verantwortlichen Stellen „zur Verfügung stehe“, und weil endlich Ministerpräsident Dr. v. Koerber in einer persönlichen Auseinandersetzung mit dem Präsidium des sozialdemokratischen Parteivorstandes auch mündlich diese Anschauung sich zu eigen machte und der Partei sogar — und dies ist die Hauptsache — die Fortsetzung ihrer Kritik in der Presse und eventuell im Parlament erlaubte, wurde endlich Dr. Renner der Eintritt ins Direktorium von der Partei gestattet. Mit einem Seufzer der Erleichterung schließt die „N.-Z.“ den anstrengenden Eieranzug ab:

„Selbstverständlich kann unter diesen Umständen weder von einer sachlichen Bindung noch von einer politischen Verantwortung der Partei irgend eine Rede sein. Es wurde also dem Abgeordneten Dr. Renner im Einverständnis mit den wirtschaftlichen Organisationen durch den Parteivorstand die Ermächtigung zur Uebernahme dieser Funktion gegeben.“

Gut ist's gegangen, nichts ist g'scheh'n! Diese Verantwortungs-scheu ist wirklich rührend. Man sollte meinen, wenn jemand, wie jeder einzelne der sozialdemokratischen Führer, die Mittel für den Staat nur so aus dem Ärmel beuteln kann, so brauchte ihm vor keinem Grad der Verantwortung bange zu sein, wenn er einmal in die Lage versetzt wird, seine Kuren, von denen jede einzelne den Patienten „tobsüchlich“ gesund machen muß, anzuwenden. Aber es scheint, daß dem Parteivorstand, der für die Partei mit so außerordentlicher Vorsicht alle und jede Verantwortung für Dr. Renners Volksernährungspraxis ablehnen zu sollen glaubt, während er bisher mit Dr. Renners Volksernährungstheorien Klatsch für die nämliche Partei gemacht hat, das rechte Vertrauen zur Sache fehlt. Das ist schlimm, denn selbst die Heilkraft des Wunderbalsams setzt den unbedingten Glauben des Patienten voraus. — Was aber den Abg. Dr. Renner selber betrifft, so ist an seiner Berufung zum 1. I. Volksernährungsdirektor auch deshalb nichts auszusetzen, weil Dr. Renner ja ohnehin aus dem Staatsdienst kommt und seit einem Jahrzehnt Staatspensionist ist. Es ist nur in der Ordnung, daß der Staat in einer Zeit, die alle Mann an Bord ruft und Tausende alter fränklicher Pensionisten in den Dienst zurückkehren heißt, auch die noch unverbrauchten Kräfte

des Staatspensionisten Dr. Renner sich wieder nutzbar zu machen trachtet. Zuerst das Gemeinwohl, dann erst das Kritik- und Propagandabedürfnis des „Partei-vorstandes“.

## Glossen vom Tage.

Die Morgenblätter veröffentlichen die Nachricht von der Errichtung des Ernährungsamtes. Es klingt alles sehr befriedigend, namentlich was über die Teilung der Gewalten gemeldet wird: Mehrere tüchtige Männer werden beraten und raten, einer, hoffentlich einer mit klugem Kopf, mit starkem Arme und ungebeugtem Rückgrat, wird handeln. So kann noch in dieser vorgerückten Stunde manches besser, vielleicht sogar manches gut werden, wenn gleich — leider — sehr richtig ist, was der Vorstand der sozialdemokratischen Partei meint: großen Erfolgen widerstreitet das Datum, das in Österreich so oft verhängnisvolle Zuspät. Aber was an uns liegt, soll geschehen, kein voreiliges Mörgeln, keine störende Ungeduld soll das Ernährungsamt hindern, seine volle Kraft zu entfalten.

Ist es wirklich zu spät? Gewiß, um das Versäumte nachzuholen; keineswegs, um neue Versäumnisse zu verhüten. Niemand wird den, der heute kommt, für das verantwortlich machen, was gestern geschehen ist; wenn aber die höchste Not nach allen Kräften verlangt, darf Keiner Mitwirkung und Verantwortung von sich weisen, aus Angst vor der Verantwortlichkeit für das, was gestern versäumt wurde. Sicherlich gilt das Recht auf Teilung der Arbeit auch hier, und jeder darf sagen, er fühle sich nur zur Kritik berufen, nicht zum Vollbringen; dann aber heißt es auch Farbe bekennen: Hic Rhodus, hic salta!

In magnis voluisse sat est! Wirklich? Oder gilt es nicht vielleicht nur für den, der satt ist? Werden sich die Hungrigen damit begnügen, daß man Großes will?

Es fällt auf, daß nicht eine einzige Frau in die Leitung berufen wurde. Die Frauen haben wahrlich den Befähigungsnachweis für das Mitberaten und das Mit-handeln abgelegt. Hoffentlich wird man die beklagenswerte Unterlassung bei den Ernennungen zum Ernährungsrat gutmachen. Da man den Frauen das gleiche Recht und mehr als dieses im Ertragen eingeräumt hat, sollte man es ihnen auch beim Mittun nicht weigern. Es liegt wahrhaftig nicht nur in ihrem, sondern auch in unserem Vorteil.

Und noch eines fehlt, der Techniker, der Fachmann in Verkehrsfragen als Vertreter der Verbraucherinteressen. Wenn Dr. v. Koerber der modern denkende Mann ist, für den man ihn nach seinem früheren Tun und seinen gegenwärtigen Reden halten muß, sollte er die Gelegenheit benützen, um den Frauen und den Technikern die Stellung anzuweisen, die ihnen gebührt. Es wäre ein kühner Schritt, aber einer, der ein gutes Beispiel gäbe: die Frau als Hofrat, meinetwegen auch als Sektionschef und der Techniker, der in technischen Fragen das entscheidende Wort hätte, das jetzt — viel zu sehr für unser Wohl und das Ansehen der Rechtsgelehrsamkeit — der Jurist führt. Es wäre gut, wenn nun auch die zu Wort kämen, die etwas von der Sache verstehen.

1. / VII. 1916

## Leitsätze zur Ernährungsfrage.

Aus dem Abgeordnetenhaus-Ausschuß.

Die verstärkte Staatshaushalts-Kommission hat ihre Beratungen über Ernährungsfragen gestern beendet und beschlossen, dem Hause folgende Leitsätze vorzuschlagen:

1. Die nächstjährige Kartoffelversorgung ist zwar unter Beibehaltung der öffentlichen Bewirtschaftung, aber unter möglichster Zuziehung des Handels und durch Abschluß von Lieferungsverträgen zu bewirken.
2. Es ist für ausreichende und rechtzeitige Sicherung von Saatkartoffeln für die Frühjahrsbestellung 1917 Sorge zu tragen.
3. Die aus den Kommunalbezirken anderweitig gelieferten Saatkartoffeln sind auf die Lieferungspläne für Speisekartoffeln anzurechnen.
4. Zur Ergänzung der nächstjährigen Kartoffelernte ist der Anbau von Kohlrüben und Gemüse zu fördern.
5. Denen, die Kartoffeln, Obst oder Gemüse zum eigenen Gebrauche gebaut haben, soll der Verbrauch an ihrem Wohnsitze nicht deshalb verwehrt werden dürfen, weil der Erzeugungsort und der Wohnort verschiedenen Kreisverbänden angehören.
6. Zur Sicherstellung des Zuckerbedarfs wird empfohlen: a) den Anbauern von Zuckerrüben sind die anfallenden Rübenschnitzel in größerem Umfange als bisher zu belassen; b) für eine hinreichende Gestellung von menschlichen Arbeitskräften, die mit dem Rübenbau vertraut sind, ist zu sorgen; c) den Rübenbauern sind geeignete Zugtiere und die für diese erforderlichen Futtermittel zu belassen; d) die aus den Beständen der Heeresverwaltung freiwerdenden Stickstoffmengen sind in erster Linie den Rübenbauern zuzuführen; e) die den Gesteuerungskosten nicht entsprechenden jetzigen Preise für Zuckerrüben sind zu erhöhen; f) Die Entscheidung über die Maßnahmen a bis e muß schnellstens getroffen und bekannt gegeben werden; g) den Rübenbauern ist die Herstellung von Rübensaft zur Versorgung des eigenen Haushaltes zu gestatten.
7. Es ist eine schnelle und ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit künstlichen Süßstoffen herbeizuführen.
8. Zur Versorgung der Bevölkerung, namentlich der Schwerarbeitenden mit Fett, zur Versorgung der Kinder und Kranken mit Milch und als Fleischreserve für Zeiten dringender Not ist unser Rindviehbestand zwar im Einklang mit unseren Futtermitteln aber mit aller Schonung zu erhalten. — Sämtliches Geflügel ist von der Verbrauchsregelung auszunehmen.
9. Es ist eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Fischen und eine angemessene Herabsetzung der Fischpreise herbeizuführen. Der Fischerei sind die im Heere und in der Marine irgendwie entbehrlichen Berufsfischer und Fischereihelfer zu belassen und die notwendigen Hilfsmittel ausreichend zur Verfügung zu stellen.
10. Da infolge Futtermangels ein wesentliches Herabgehen der Schweinehaltung jetzt nicht zu vermeiden ist, ist dafür Sorge zu tragen, daß unter allen Umständen eine hinreichende Zahl Zuchtschweine erhalten wird.
11. Die Unterschiede in der Verteilung von Fett und Fleisch an die versorgungsberechtigte Bevölkerung sind zu beseitigen unbeschadet einer besondere Berücksichtigung der Schwer- und Schwerstarbeiter. — Unterschiede zwischen Stadt und Land in der Versorgung mit Nahrungsmitteln sind nur berechtigt, soweit dieselben durch besondere Ernährungsverhältnisse und durch die Rücksicht auf die Produktion geboten sind. Das aus Nothschlachtungen gewonnene minderwertige und bedingt taugliche Fleisch ist gemeinwirtschaftlicher Verfügung zuzuführen.
12. Die Versorgung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung mit Magermilch ist durch geeignete Maßnahmen zu fördern.
13. Bei der Heeresverwaltung ist dahin zu wirken, daß das bei den Schlachtungen der Heeresverwaltung gewonnene für Heereszwecke entbehrliche Rohfett dem Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oel und Fette abgeliefert wird.

14. Der Zuschlag zu dem Friedenspreise bei den Zwangsaushebungen der Pferde ist mit rückwirkender Kraft bis zum 30. August 1916 so zu bemessen, daß der Uebnahmepreis dem jetzt bei Pferdeankäufen zu zahlenden Preise entspricht. Eine Zwangsaushebung von Pferden für die Heeresverwaltung soll während der Saat- und Erntezeit nicht stattfinden. Der Bedarf der Heeresverwaltung an Pferden ist tunlichst im freien Ankauf zu decken.
15. Den neu anzuwerbenden Saisonarbeitern, welche im Frühjahr 1917 die Grenze überschreiten, um sich in Preußen in Landwirtschaft oder Industrie zu betätigen, ist die Rückkehr nach der Heimat nach Erfüllung ihrer Kontrakte zu gestatten oder auf Wunsch ein Urlaub zu bewilligen.
16. Den Teilhabern von Schweinemastgenossenschaften dürfen, sofern alle Genossen ihre Hausabfälle zur Schweinemast abführen, dieselben Bevorzugungen bezüglich der Anrechnung des genossenschaftlich gewonnenen Fleisches auf die Fleischkarte gewährt werden wie bei den Hauschlachtungen einzelner Selbstversorger.
17. Soweit Erzeugerpreise festgesetzt werden, sind tunlichst in jedem Falle auch für die Händler und Kleinhändler entsprechende Höchstpreise festzusetzen.
18. Es ist für die örtliche Bereitstellung von Büchsen und Gläsern für Konservierungszwecke insbesondere auch durch Erleichterung beim Stückgüterverkehr Sorge zu tragen.
19. Es ist für eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Graupen, Grieß, Haferflocken, Nudeln und ähnlichen Erzeugnissen schleunigst Sorge zu tragen.
20. Bei der Reichsregierung ist dahin zu wirken, daß alsbald jedes geeignete Verfahren, insbesondere das Ostwaldsche Verfahren für die Gewinnung von gebundenem Stickstoff im weitesten Umfange zur nächsten Frühjahrsbestellung nutzbar gemacht wird. — Auch außerdem ist jede Beschaffung von künstlichen Düngemitteln zu fördern.
21. Der Haferpreis von 280 M. für die Tonne ist für das Jahr 1916-17 unverändert beizubehalten.
22. Der Anbau von Hülsenfrüchten und Delfrüchten ist nach Möglichkeit zu fördern, insbesondere durch Bereitstellung von guter Saat. — Für Beschaffung von Kleesaat in ausreichender Menge ist Sorge zu tragen.
23. Es ist Sorge zu tragen, daß das wirtschaftliche Leben weniger als bisher durch wechselnde Bestimmungen beunruhigt wird.
24. In den Vorstand des Kriegsernährungsamtes soll ein Vertreter des Kleinhandels und ein Vertreter des Verbandes der preussischen Landkreise, in die beim Reichskommissariat für Uebergangswirtschaft zu bildenden Sonderausschüsse sollen Vertreter des Handwerks und des Kleinhandels berufen werden.

1. / XII. 1916

Die Gründung eines „Verbandes Berliner Großhändler und Fabrikanten für Nahrungs- und Genußmittel“ erfolgte gestern nachmittag auf einer von den beteiligten Kreisen zahlreich besuchten Versammlung im Saal der Korporation der Kaufmannschaft. Der Zweck des neuen Verbandes, dem bereits mehr als hundert Mitglieder angehören, ist es, die Geschäfts- und Standesinteressen der Berliner Großhändler und Fabrikanten für Nahrungs- und Genußmittel zu fördern, jedoch unter Ausschluß jedes wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes.

Die Versammlung wurde durch eine längere Ansprache Geheimrats Oskar Simon eröffnet, aus der wir folgendes entnehmen: Pflicht jedes Deutschen sei es, alle persönlichen und geschäftlichen Interessen zurückzustellen, um neben dem militärischen Sieg auch den wirtschaftlichen zu erringen. Diese Pflicht habe auch der Handel, namentlich der Lebensmittelhandel, in vollem Maße erfüllt. Seit Beginn des Krieges hat er, was irgend in seinen Kräften stand, geleistet, um die Ernährung unseres Volkes sicherzustellen. Es sei selbstverständlich, daß die Regierung, als sich der Krieg in die Länge zog und die Lebensmittel immer knapper wurden, daran denken mußte, für den Ein- und Verkauf Zentralorganisationen zu schaffen, denen die möglichst vorteilhafte und umfassende Versorgung des Lebensmittelmarktes mit Waren nach gleichmäßigen und gerechten Grundsätzen übertragen werden konnte. Bei der Ausarbeitung und Durchführung dieses Planes hätte sie sich aber des legitimen Handels und seiner weitverzweigten und bewährten Organisationen bedienen sollen.

Der Redner übte dann an dem Wirken der Kriegsgesellschaften Kritik, ebenso an der Uebertragung der Lebensmittelversorgung auf die Kommunalbehörden, die auf einen Gedanken des früheren Staatssekretärs Delbrück zurückzuführen sei. Im Beirat des Kriegs-ernährungsamtes sei der Handel nur spärlich vertreten. Jetzt aber wende man sich an Herrn v. Batocki mit folgender Bitte: Möge er den in dem neuen Verband zusammengeschlossenen Berliner Nahrungsmittelgroßhändlern und Fabrikanten gestatten, die Nahrungsmittelversorgung von ganz Groß-Berlin selbst in die Hand zu nehmen. Der Großhandel wird dafür sorgen, daß ganz Groß-Berlin als ein einheitliches Versorgungsgebiet behandelt wird, daß die zu fortgesetzten Vergewissungen führende Mannigfaltigkeit in der Stadt Berlin und den verschiedenen Vororten ebenso wie die gegenseitigen Absperrungen fortfallen und daß die vorhandene und die zu beschaffende Ware der Groß-Berliner Bevölkerung nach einheitlichen und gerechten Grundsätzen, unter möglichst geringen Spesen und zu angemessenen Preisen, auf dem kürzesten und bequemsten Wege zugeführt werden würde.

Eine Aufgabe des neuen Verbandes wird es auch sein, ebenso wie die Verteilung auch die Herbeischaffung, die Einfuhr der Waren wieder in die Hand zu bekommen. Als weitere Aufgaben des Verbandes erwähnte der Redner die Vorbereitung der Uebergangswirtschaft, den Kampf gegen den Staats- und Kommunalsocialismus, gegen die Monopole und für gerechte Steuern. Hierauf

erfolgte die Festsetzung der Sitzungen und die Wahl der Ausschußmitglieder aus den verschiedenen Fachabteilungen. Zum Vorsitzenden wurde Herr Hugo Weigert, zum Syndikus Geh. Oberregierungsrat a. D. Oskar Simon gewählt. Der Vorstand setzt sich ferner zusammen aus den Herren Paul Herrmann, Paul Krehmann, Ludwig Bing, Georg Bierth, M. Giesemann, P. Gondolatsch, Hermann Groh, Emil Blaumann und Max Wiesinger.

1. XI. 1916

# Das Amt für Volksernährung in Wirksamkeit!

Am 18. Oktober 1914 hat der sozialdemokratische Parteivorstand der Regierung weiland des Grafen Stürggh eine umfangreiche Denkschrift überreicht, die dem Ministerrat neben der sofortigen staatlichen Organisierung der Einfuhr aus Rumänien die Einführung des Großhandelsmonopols für Getreide und eine Reihe anderer Maßregeln empfahl und schloß: Wir bitten, ehe baldigst aus Vertretern der Urproduktion, des Großhandels und der organisierten Konsumenten eine Kommission für Volksernährung ins Ministerratspräsidium zu berufen, die der Regierung als ständiger Beirat zu dienen hat. Das war die nächste Forderung, an sie knüpfte sich sofort der Kampf unserer Presse um ein Volksernährungsamt. Als nach vielen Wochen nach dem Schicksal der Denkschrift Erkundigung eingezogen wurde, erfuhr man, daß sie im Handelsministerium einem untergeordneten Organ zur Lesektüre zugewiesen worden war!

Am 1. Dezember 1916 tritt das Amt für Volksernährung im Rahmen des Ministerratspräsidiums unter der ständigen Mitarbeit eines Direktoriums aus Vertretern der Urproduktion, des Handels, der Industrie und des organisierten Konsums in Wirksamkeit!

Diese Tage und diese zwei Tatsachen werden als ständige Einlage gegen das Ministerium Stürggh in die Geschichte eingehen. Die Bevölkerung Österreichs hat um dieser Verspätung willen viele Uebel ohne Not ertragen müssen. Und nun ist dieses Organisationswerk vollzogen, es ist in zweckmäßiger Weise geordnet, aber jener frohen Zuversicht, mit der es heute vor zwei Jahren begrüßt worden wäre, widerspricht an diesem Dezembertag des dritten Kriegesjahres der Kalender. Nun ist das Amt dem Rechte nach in Wirksamkeit getreten, aber seiner praktischen Wirksamkeit widerspricht die Tatsache, daß wir fünf Monate nach der dritten Kriegsernte halten und daß über den Jahresertrag des Erntejahres 1916 schon verfügt ist. All den Männern und Frauen — und es sind ihrer immer mehr und allmählich sehr viele geworden —, die in öffentlichen Körperschaften, Beiräten und Tagungen so leidenschaftlich nach dem freien, machtvollkommenen Volksernährungsamt gerufen haben, wird eine volle Befriedigung, aber sie ist zugleich voll Bedauern.

Indes — lassen wir das Vergangene vergangen und das Versäumte veräußert sein und halten wir uns an das, was erreicht ist. Das heute veröffentlichte Statut bringt in wohlthuender Kürze des Wortes die Einrichtung, wie sie allmählich zur allgemeinen Forderung geworden ist: ein Ernährungsamt als Organ des Gesamtministeriums, das im Ministerpräsidenten verkörpert ist, und das also über den Messfortstreit erhaben ist. Und dieses Amt ist eingerichtet nach der alten und bewährten Verwaltungsregel: Raten ist die Sache vieler, Handeln die Sache des einzelnen. Der Präsident ist das, was man mit Anlehnung an einen nicht zutreffenden Ausdruck Ernährungsdictator genannt hat: er entscheidet aus eigener Machtvollkommenheit und ohne an die Zustimmung anderer Zentralstellen gebunden zu sein! Wie unendlich einfach ist das, wie klar gesagt — und doch hat man zwei Jahre und viele fremde Muster gebraucht, um diese Einfachheit nur für möglich und zulässig zu halten! Er untersteht dem Ministerpräsidenten, das ist dem Gesamtministerium, aber keinem einzelnen Minister; er hat entweder nach den vorhergehenden allgemeinen Weisungen des Ministerpräsidenten vorzugehen oder dessen fallweise Weisungen einzuholen. Der Ministerpräsident trägt für seine Maßregeln die

Die Zeit wird kommen, wo man sich über die größeren Folgen dieses Fehlers wird Rechenschaft geben können. Ob er noch zu beheben oder zu mildern sein wird, kann sich erst zeigen. Jedenfalls ist das österreichische Amt für Volksernährung in feinem Wertens- und Erfolgsmöglichkeiten durch ihn wesentlich beeinträchtigt. Diese kann, daß die Ernährungsverwaltung durch die qualitative Zerfallung in der beiden Staatsregierungen gescheitert und dadurch eine geschlossene Zusammenarbeit unmöglich gemacht ist. Welche Schritte das Amt haben, diese verfassungsmäßig rechtlichen Verbindungen durch Tunge zuzubauen zu überbrücken sind in der Begleit-

Die Aufgaben des Amtes sind in der Begleit-

schrist zu bezeichnen. Ein Schwerpunkt wird in der Bestimmung liegen. Die Produktionsförderungsmaßnahmen der Folge erst nach geräumter Zeit reifen; was steht vor allem not tut, ist die Einbringung von Nahrung und Bekleidung, alle drei Hauptaufgaben mit Zustellung von ausreichenden Einrichtungen und überaus sorgfältigen Einrichtungen durchzuführen. Beizustreben und Streben nach sollen energisch betätigt werden und was den Aufbau der Begleitbetriebe betrifft, so werden die Begleitbetriebe eine ungenügende Regelung der Begleitbetriebe, die nicht höher sein sollen als durch die Erzeugungsgüter und durch den unbedingten Gehalt der Erzeugungsgüter gerechtfertigt erscheint. Hierin besteht das Programm einer gewissen Zweckmäßigkeit, wenn man es mit dem Inhalt des zeitlichen Amtes vergleicht, was auf den Aufbau der Betriebe hinarbeiten sich vorstellt hat. Freilich sind die Produktionsbetriebe, auf denen sich das ganze übrige Speisewesen aufbaut, in dieser Erntepforte für die wichtigsten Bodenerzeugnisse schon gebildet. Troßdem ist in einigen Dingen noch ungenügend ausgeführt.

Das die persönliche Befähigung anlangt, so wird über die Mitarbeiter eines Parteigenossen an anderer Stelle gesprochen. Die letzten Mitglieder des Direktoriums sind bekannte Bolschewisten, die schon im Detail mitgearbeitet haben. Zu ihnen kommt der Führer als Träger der Erfahrungen aus der Organisationsstufe der großen Industrie und der Metallindustrie, der die Organisation, insbesondere die Wirtschaftsanforderung schon bisher in Ernährungssachen vertreten hat. Die persönliche Befähigung durch die drei Präsidenten, Keller und Fries und durch erfahrenen Einzelbetriebe, die sich um überaus gelegenden Zeit im Ernährungsamt schon betätigt haben, läßt ein geschicktes Zusammenarbeiten erwarten. Wenn bedarf es auch, die Zeit ist jetzt noch ungenügend in diesem Hinsicht.

### Ein Sozialdemokrat im Direktorium des Ernährungsamtes.

Zu den für das Ernährungsamt ernannten Mitgliedern des Direktoriums gehört auch unser Parteigenosse Abgeordneter Dr. Renner. Es war der Partei nicht leicht, ihre Zustimmung dazu zu geben, daß Dr. Renner diese Funktion annehme. Ursprünglich war erwogen worden, ihn an eine verantwortliche Stelle im staatlichen Ernährungsdienst zu berufen, worüber ja in der Presse verschiedene Nachrichten verbreitet wurden. In der Tat waren unsere wirtschaftlichen Organisationen, der Zentralverband österreichischer Konsumvereine und die Großeinkaufsgesellschaft, an den Parteivorstand herantreten, eine solche Berufung zu fordern. Der Parteivorstand hat jedoch dieses Verlangen in folgender Form abgelehnt:

Der Parteivorstand hat auf Grund eingehender Beratungen die Ueberzeugung gewonnen, daß die Errichtung des Amtes für Volksernährung mit der jetzigen Kompetenzteilung viel zu spät kommt, um noch nennenswerte Erfolge erwarten zu lassen. Die Einrichtung vor der Ernte hätte wenigstens eine wirksame Disposition über das diesjährige Erntergebnis ermöglicht, nun aber ist über dieses schon unabänderlich verfügt. Die bisherige Preispolitik hat sich so beseitigt, daß die wirtschaftliche Möglichkeit einschneidender Preisherabsetzungen sich sehr verringert hat. Sobald das Produkt zu hohem Preise den Produzenten einmal verlassen hat, hat die Preisherabsetzung in einem späteren Umlaufstadium nicht mehr freie Hand. Außerdem hat der Parteivorstand schon zu Kriegsbeginn an kompetenter Stelle seine Auffassung niedergelegt, daß ein wirksamer Ernährungsdienst nur von beiden Staaten der Monarchie gemeinsam und einheitlich geführt werden kann, und daß die bestgemeinten Maßregeln vergeblich sind, wenn sich im Rahmen eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes die Anordnungen zweier Regierungen und die autonome Verfügung der Armeeverwaltung durchkreuzen. Aus diesen Gründen hat der Parteivorstand beschlossen, keinerlei Verantwortung für die künftige Gestaltung unseres Ernährungswesens zu übernehmen und Dr. Renner die Uebernahme einer verantwortlichen Stelle im neuen Amte zu widerraten. Dabei macht der Vorstand kein Hehl daraus, daß er vor Jahresfrist, oder selbst noch vor der Ernte, keine verantwortungsvolle Mitarbeit, der Bevölkerung ihre tägliche Nahrung zu sichern, gescheut hätte, wie denn alle Organisationen der Arbeiterschaft tatsächlich seit Kriegsbeginn ihre ganze Kraft in den Dienst der Volksernährung gestellt haben.

Nun hat die tatsächlich geschaffene Organisation des Ernährungsamtes die Lage wesentlich geändert, wodurch auch die Auffassung des Parteivorstandes eine andere werden mußte. Es handelt sich nunmehr nicht um die Berufung an eine Stelle, der die Exekutivgewalt mit voller Verantwortung zukommt, sondern um ein Direktorium, das der verantwortlichen Stelle gutachtlich und mitarbeitend zur Verfügung steht. Schon der bestehende, allzu umfangreiche und darum in seinem Einfluß gehemmte Approvisionierungsbeirat, dem Dr. Renner angehört, hatte die Heranziehung einzelner seiner Mitglieder zu dauernder Mitarbeit in der Form eines Direktoriums befürwortet. Die Verantwortung selbst jedoch solle im Interesse der Raschheit und Einheitlichkeit der Verfügungen ausschließlich vom Präsidenten des Ernährungsamtes und der Regierung getragen werden. Nachdem nun dieser Organisationsvorschlag im wesentlichen durchgeführt wurde und nun die Mitarbeit Dr. Renners in diesem Rahmen verlangt wurde, glaubte der Parteivorstand, der Mitarbeit seines Parteigenossen in dieser Form nicht mehr widersprechen zu sollen.

In einer persönlichen Auseinandersetzung des Präsidiums des Parteivorstandes mit dem Ministerpräsidenten am Montag den 27. November wurde ausdrücklich dieser Tatbestand festgestellt. Herr Dr. v. Koerber erklärte, daß er einerseits auf die Mitarbeit eines so sachkundigen Mannes wie Dr. Renner Wert lege, andererseits aber trage die Regierung selbstverständlich allein die Verantwortung für alle Verfügungen und es werde die Kritik der Ernährungspolitik, die sowohl in der Presse als auch eventuell im Parlament von Seite der Partei geübt werde, durch diese Mitarbeit in keiner Weise eingeschränkt.

Der Parteivorstand behauert aus diesem Anlaß doppelt, daß seinerzeit seine schon in der Denkschrift vom Oktober 1914 erlassenen Vorschläge nicht die gebührende Beachtung und Berücksichtigung gefunden haben, die das ganze Ernährungswesen rechtzeitig auf eine andere Grundlage gestellt hätten. Er glaubt aber auch heute, wo es leider nur noch gilt, eine Verschlimmerung der bestehenden Zustände zu verhüten und höchstens im einzelnen nachzubessern, seine Mitarbeit nicht versagen zu dürfen.

Selbstverständlich kann unter diesen Umständen weder von einer sachlichen Bindung noch von einer politischen Verantwortung der Partei irgend eine Rede sein. Es wurde also dem Abgeordneten Dr. Renner im Einverständnis mit den wirtschaftlichen Organisationen durch den Parteivorstand die Ermächtigung zur Uebernahme dieser Funktion gegeben.

(„Wie werden wir durchhalten?“) Die Kriegskommission für Konsumenteninteressen veranstaltete kürzlich eine überaus zahlreich besuchte Delegiertenkonferenz aller ihrer Mitgliederverbände in Wien sowie in zahlreichen Städten Oesterreichs. Den Vorsitz führten Obmann Regierungsrat Georg Friß, Gräfin Walterskirchen und Frau Freund-Markus. Regierungsrat Friß verwies insbesondere auf den denkwürdigen Brief Sindenburgs an den deutschen Reichskanzler, in welchem die ernährungspolitischen Aufgaben der Behörden und der Landwirtschaft scharf hervorgehoben werden und gab hierauf einen Bericht über die bisherige Tätigkeit der Kriegskommission. Abg. Friedmann erörterte die Aufgaben des neuen Ernährungsamtes und die Ausgestaltung des Ernährungsdienstes; besonders wichtig sei, daß eine einheitliche, einverständliche Regelung der Ver-

versorgungsfragen in beiden Staaten der Monarchie stattfinde und daß ein einheitliches Vorgehen zwischen Zivil- und Militärbehörden gesichert werde. Abgeordneter Remetter sprach über die Sicherung der Volksernährung im Krieg und Frieden, forderte neben der allgemeinen Wehrpflicht die Nährpflicht des Staates, die strengere Regelung des Verkehrs mit unentbehrlichen Bedarfsgegenständen und die Notwendigkeit der Vorratswirtschaft. Professor Dr. Hoffmeister behandelte die Beschaffung und Erfassung der Vorräte durch Vorratserhebungen und Requisitionen; die politischen Behörden müßten zu diesem Zwecke mit landwirtschaftlichen Sachverständigen ausgerüstet werden; die Einfuhr aus den besetzten Gebieten und aus neutralen Staaten bedürfe einer zweckmäßigeren Regelung. Die staatlich kontrollierten Zentralstellen hätten die gesamten Vorräte in die Hand zu bekommen, um eine wirklich gerechte Verteilung durchzuführen zu können. Professor Dr. Kobatsch erörterte die geld- und preispolitischen Aufgaben in dem Versorgungsproblem, kritisierte die bisherige Preispolitik, die Nichtbeachtung der natürlichen Preisbildungsgesetze, die Fehler in der Preisjudikatur und sprach über den „Abbau der Preise“ und in diesem Zusammenhange auch über die Maßnahmen, welche gegen das Sinken der Kaufkraft des Geldes anzuwenden seien (Bekämpfung des Theaurierens, des Mangels an kleinen Zahlungsmitteln, insbesondere die Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs). Bürgermeister von Mödling Abg. Tamussino schilderte die Schwierigkeiten der Versorgung seiner Stadt und begründete die Notwendigkeit einer weitausgreifenden Ernährungspolitik auch vom Standpunkte der Provinzstädte. Dr. Puzler beantragte schließlich, daß auch ein Mieterschutzgesetz und eine entsprechende Wohnungsfürsorge nicht bloß während des Krieges, sondern auch für die Zeit nach dem Kriege gefordert werden müsse. Am Schlusse der Versammlung wurde eine, die einzelnen Berichte zusammenfassende Entschließung angenommen.

## Brot und Salz.

Aus dem Kreise unserer Leser wird geschrieben:

Man spricht und schreibt gegenwärtig so viel über Ernährungsfragen und übersieht vielleicht doch etwas ganz Naheliegenderes und, wie wir sehen werden, recht Wichtiges. Jedem Süddeutschen, der nach Sachsen oder Norddeutschland kommt, fällt die Salzarmut des Brotes auf. Das salzreichere Brot des Südens erscheint ihm schwächer, und der Mat, mit gesalzener Butter nachzubissen, wird ihm gegenwärtig nicht viel helfen. Tatsächlich fehlt dem salzarmen Brote etwas, was der Körper verlangt. Man mache einmal den Versuch und esse bei lebhaftem Appetit ein trockenes Stück Feinbrot, ohne Salz darauf zu streuen und ein anderes Mal in derselben Magensituation ein salzbestreutes Stück — man wird finden, daß das Sättigungsgefühl sich in letzterem Falle rascher und vollständiger einstellt, als wenn die Salzzutat fehlt und im das Sättigungsgefühl, d. h. die allseitige Befriedigung der verschiedenen Bedürfnisse der Körperorgane, ist es uns ja zu tun. Aber dieser Unterschied im Sättigungsgefühl hat bei der gegenwärtigen Brotbereitung noch einen besonderen Grund. Bekanntlich ist dem K-Brot Kartoffelmehl beigemischt. Nun enthält die Kartoffel Kali, aber fast keine Natronsalze. Da der Körper die letzteren verlangt, hat jeder das Bedürfnis zur Kartoffel Salz, d. h. Kochsalz, Chlor-Natrium zu nehmen. Kartoffelbrot ist ohne Salz daher ebenso wenig beförmlich und sättigend, wie die Kartoffel ohne Salz; der Körper antwortet auf den Ausfall dieser wichtigen Zutat mit der gleichen Stimme, mit der er das Vermissten jedes lebenswichtigen Nahrungsbestandteils beantwortet: mit der des Hungers, des Mißbehagens. Diese Stimme muß man aber recht verstehen: sie fordert nicht „mehr Brot“, sondern „gesalzenes Brot“. Man gibt sich so viel Mühe, diese Stimme durch alle Feinheiten der Kochkunst verstehen und befriedigen zu lernen, warum sollte man sie in diesem Falle, der alle angeht, überhören? Es ergibt sich also die dringende Mahnung, das Brot, insbesondere das Fein- und Weizenbrot — Schwarzbrot ist an sich würziger und salzreicher — mit mehr Salz zu baden. Das sei den überwachenden Behörden sowohl, als auch den Bäckermeistern ans Herz gelegt.

Dr. G. S.

## Wiener Lebensmittelfragen.

### Beratung in der Obmännerkonferenz.

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner fand gestern eine Obmännerkonferenz der Gemeinderatsparteien statt. In dieser berichtete Vizebürgermeister Rain über das Kartoffelgeschäft der Gemeinde Wien und über die Stellung der Gemeinde zu dem neuen Amt für Volksernährung. Die im Laufe der lebhaften Debatte, an der sich Gemeinderat Dr. Hein, Vizebürgermeister Hof, die Gemeinderäte Reumann, Steiner, Skaret, Schmid und Dr. von Dorn beteiligten, gestellten Anträge und Anregungen werden der nächsten Gemeinderats-sitzung vorgelegt werden.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg berichtete hierauf über den Stand der Kartoffelversorgung, daß in der letzten Zeit durchschnittlich täglich fünfzig Waggons Kartoffeln in Wien eingelangt seien, welche Menge kaum hinreichte, um den Marktbedarf, die Genossenschaften und das Militär zu befriedigen. Es hätten daher zur Ergänzung des Bedarfes die ohnehin geringen Lagerbestände der Gemeinde herangezogen werden müssen. Die Ursachen des geringen Kartoffeleinkaufes seien immer dieselben — Mangel an Arbeitskräften, Mangel an Transportmitteln.

### Ein neues Programm der Kartoffelversorgung.

Mit Rücksicht darauf, daß sich die Einhaltung des von der Regierung zur Versorgung der Stadt Wien mit Kartoffeln entworfenen Programms als unmöglich erwiesen habe, haben sich die maßgebenden Regierungsstellen und die Kriegsgetreideverkehrsanstalt bestimmt gefunden, ein neues Programm aufzustellen. Nach diesem Programm kämen Galizien und Russisch-Polen für die Kartoffelversorgung der Stadt Wien nicht in Betracht. Auf Intervention des Bürgermeisters habe das Eisenbahnministerium den Stationsvorständen strenge Instruktionen erteilt, nach denen gefrorene Kartoffeln zur Beförderung nicht zuzulassen seien und insbesondere darauf zu achten sei, daß die zum Kartoffeltransport bestimmten Waggons vollständig frostsicher gemacht werden.

### Die Mehlerversorgung.

Magistratssekretär Dr. Rokkopf berichtete über die Mehlerversorgung der Stadt Wien und führte aus, daß die Durchführung der Mehlerahonierung von vollem Erfolg begleitet war. An gelben Mehlerahonierungskarten seien 338.596, an blauen 203.844 ausgegeben worden. In der Woche vom 12. bis 18. November seien den städtischen Mehlerahonierstellen 1.062.123 Kilogramm Mehl zugehiesen und hiervon 627.536 Kilogramm an die Bevölkerung abgegeben worden. Die in der letzten Zeit wahrnehmbare mindere Qualität des Brotes sei darauf zurückzuführen, daß sich bei der Herstellung des Hafermehles, das bis zu 46 Prozent bei der Broterzeugung verwendet wird, vielfache Schwierigkeiten und Anstände ergaben, da sich die österreichische Mühlenindustrie für die Verarbeitung dieser Getreidegattung erst einrichten müsse. Die Vorarbeiten zur Durchführung der Mehlerahonierung seien im Gange.

### Die Fettversorgung.

Magistratssekretär Dr. Rokkopf berichtete weiter über die Fettversorgung und teilte mit, daß mit Rücksicht auf die völlige Unterbindung der Schweinezufuhren aus Ungarn die Fettversorgung Wiens fast ausschließlich aus den Vorräten der Gemeinde durch die Großschlächterei durchgeführt werde. Verhandlungen mit der ungarischen Regierung haben zu dem Ergebnis geführt, daß für Oesterreich eine eigene Organisation für die Aufbringung und den Einkauf von Fettschweinen in Ungarn

durch legitimierte Einkäufer geschaffen werden soll.

### Die Fleischversorgung.

Bezüglich der Fleischversorgung der Stadt teilte Magistratssekretär Dr. Rokkopf mit, daß die Zufuhren an Rindfleisch in der letzten Zeit außerordentlich zugenommen hätten; auch serbische Rinder und Schafe seien in ausreichender Menge eingelangt.

Weiter berichtete Magistratssekretär Dr. Rokkopf über die Zuckerversorgung, insbesondere über die Freigabe von 60 Waggons Zucker für den Konsum aus den Vorräten der Gemeinde Wien, über den weiteren Ankauf von 1500 Metzkühen und über die Petroleumversorgung. Die Vorarbeiten für die beabsichtigte Regelung der Petroleumabgabe seien von der Statthalterei durch die Verordnung über die Anmeldepflicht eingeleitet worden. Unabhängig davon setze die Gemeinde ihre Bemühungen, ihren eisernen Vorrat an Petroleum zu vergrößern, fort.

An diese Berichte knüpfte sich eine längere Debatte. Ein Antrag des Gemeinderates Dr. Spin, die Regierung aufzufordern, mit Rücksicht auf die erhebliche Besserung der Vieh- und Fleischzufuhren ohne jeden weiteren Verzug Maßnahmen zu ergreifen, durch die die Detailpreise für Fleisch mit der eingetretenen Besserung in Einklang gebracht werden, wird zum Beschluß erhoben und die Berichte des Magistratssekretärs Dr. Rokkopf werden zur Kenntnis genommen.

### Nichtentsprechender Kohleneinkauf.

Magistratssekretär Dr. Fastenbauer erstattete hierauf einen Bericht über die Kohlenversorgung der Stadt Wien des Inhaltes, daß infolge des fortdauernden Waggonmangels der Einkauf an Kohle dem Bedarf nicht entspreche.

2. / III. 1916

## Unterredung mit Präsident Kokstein.

Die Aufgaben des neuen Amtes.

Der Präsident des neuen Amtes für Volksernährung Oskar Kokstein hatte gestern die Liebenswürdigkeit, einen Vertreter der „Zeit“ zu empfangen und ihm folgende Mitteilungen zu machen:

„Ich bin mir der großen Verantwortlichkeit meiner neuen Stellung voll bewußt und habe die Berufung angenommen in der Hoffnung, daß auf diesem wichtigen Gebiet durch Zusammenfassung aller Kräfte noch Ersprießliches geleistet werden könne. Schon im Approvisionierungsbeirat habe ich erklärt: Ich bin ein Fanatiker der Ordnung und der Pflicht und habe in meinem ganzen Leben getrachtet, meine Pflicht restlos zu erfüllen. Ich verlange dasselbe aber auch von allen anderen, nicht nur von den Vorgesetzten, sondern auch von allen jenen, denen diese Ordnung zugute kommt. Des weiteren betonte ich schon in dem Approvisionierungsbeirat, daß ich vom Standpunkt der Konsumenten aus, also vom eigenen persönlichen Standpunkt aus, die Ueberzeugung gewonnen habe, daß, falls kein solcher Beirat bestünde, es die zwingende Notwendigkeit erheischen würde, einen solchen ins Leben zu rufen.

Ich glaube auch, daß die Auswahl des Direktoriums des neuen Volksernährungsamtes dafür bürgt, daß alle Schichten der Bevölkerung an der Mitarbeit zur Lösung der Ernährungsfragen beteiligt sind. Nur auf diesem Wege kann Praktisches und Zweckmäßiges geschaffen werden. Ich werde aber auch alles vorkehren, daß diese Mitarbeit der Bevölkerung an der Organisation der Volksernährung zu feiner Leeren Formalität wird, denn in meiner bisherigen Laufbahn bin ich zur Ueberzeugung gekommen, daß die Bevölkerung sich am besten selbst verwaltet. Ich bin mir aller Opfer bewußt, die die Bevölkerung in diesen schweren, ersten Zeiten bringt, deshalb vermag ich auch die Tragweite der Verantwortlichkeit meines neuen Amtes voll zu ermessen.

Eine große Arbeit war zu leisten, um dieses neue Amt zu organisieren, die Kompetenzabrenzungen durchzuführen, den Beamtenkörper zu bilden, die Berufung des Direktoriums vorzunehmen und die Auswahl der richtigen Männer hiefür zu treffen. Das alles ist in den vierzehn Tagen seit meiner Berufung geschehen, weshalb es wohl auch begreiflich erscheinen mag, daß der Präsident des Amtes nicht früher vor die Öffentlichkeit mit seinen Absichten und Plänen getreten ist. Nun ist das Amt fertig und hat mit seiner Tätigkeit eingesetzt.

Der Umstand, daß die beiden leitenden Persönlichkeiten des früheren Ernährungsamtes in leitender Stellung in das Präsidium des Volksernährungsamtes mit übernommen wurden, ist der beste Beweis dafür, daß die maßgebenden Faktoren deren, und auch der übrigen mit übernommenen Beamten des alten Ernährungsamtes bisherige geleistete Arbeit auf dem Gebiete der Volksernährung voll gewürdigt und eine Menderung der Verhältnisse nur deshalb vorgenommen haben, weil man die organisatorischen Unzulänglichkeiten des bisherigen Ernährungsdienstes, der durch die Kompetenzschwierigkeiten der einzelnen Ressorts am Werke behindert war, eingesehen hat. Der Umstand, daß in das Direktorium des Volksernährungsamtes auch als Vertreter der Militärbehörden ein hervorragend qualifizierter hoher Generalstabsoffizier berufen wurde, darf der Öffentlichkeit dafür bürgen, daß in Hinblick die Ernährungsfrage für die Front, für die Etappe und für das Hinterland von gleichen Gesichtspunkten aus geregelt werden wird.

Ich habe die volle Ueberzeugung, daß wir bei Einhaltung der durch die Verhältnisse bedingten Beschränkungen mit unseren,

wenn auch knappen Vorräten durchhalten werden, weil wir durchhalten können, wenn die Ernährungsfrage nach strengen, aber gerechten Gesichtspunkten geregelt wird. Und diese Arbeit hat das neue Volksernährungsamt, das vor allem für die breiten Schichten der Bevölkerung sorgen wird und sorgen muß, übernommen, und dafür bürgt ich im Bewußtsein der von mir mit dem Amtsantritt übernommenen Verantwortlichkeit und mit meiner Energie. Die Sorge des neuen Amtes muß vor allem den breiten Schichten der Bevölkerung zugute kommen, die wohlhabenden und begüterten Kreise werden sich eben behelfen und dort zu Ersatzmitteln greifen müssen, wo es gilt, die wichtigsten Nahrungsmittel für das Volk sicherzustellen.

Sehr beschäftigt ist das neue Amt mit der Lösung der große Schwierigkeiten bereitenden Kartoffelfrage, doch es dürfte durch die Heranziehung von Ersatznahrungsmitteln gelingen, dieser Frage Herr zu werden. Auch trage ich mich mit dem Plan der Errichtung eines dem Amt angegliederten Instituts zur Lebensmittel- und Ersatzmitteluntersuchung, das kostenlos wirken wird, während bisher für diese Untersuchungen verhältnismäßig hohe Taxen eingehoben wurden. Die Bekämpfung des Lebensmittelwuchers, die Inaugurierung einer depressiven Preispolitik ist ebenfalls eine der Hauptaufgaben des neuen Amtes.

Die die Öffentlichkeit seit ungefähr zwei Monaten beschäftigenden unangenehmen Gerüchte über unsere Ernährungsfrage, deren Verbreitung und Entstehung auf feindliche Einflüsse zurückzuführen sein dürfte, sind mir bekannt; aber ich habe die volle Ueberzeugung und das Bewußtsein, daß wir durchhalten können und werden, und den besten Anhaltspunkt dafür möge die Öffentlichkeit darin erblicken, daß zu diesem Behufe das neue Volksernährungsamt mit den bedeutenden Vollmachten ins Leben gerufen wurde.“

## Niemals zu spät.

Das neue Volksernährungsamt hat gestern seine Tätigkeit aufgenommen. Das Amt ist zweckmäßig organisiert und hat ein Statut, das ihm einen genügenden Wirkungsbereich und entsprechende Vollmachten sichert. Präsident Kofstein äußerte sich in einem Gespräch, das wir an anderer Stelle wiedergeben, in bemerkenswerter Weise über die Aufgaben des Volksernährungsamtes und über die Grundsätze, nach denen er die Geschäfte zu führen gedenkt. Er entwickelte dabei eine Art Programm, nicht einen ins einzelne gehenden Arbeitsplan, sondern ein persönliches Bekenntnis seiner Anschauungen und Ziele. Präsident Kofstein zeigt sich dabei als ein Mann, der weiß, was er will, und zugleich die Überzeugung hat, seinen Willen durchsetzen zu können. Nur wer an den Erfolg glaubt, erringt ihn. Es fehlt nicht an kritischen Stimmen, die jetzt schon, wo das Volksernährungsamt erst zu arbeiten beginnt, mit einem klagenden „Zu spät“ diese Arbeit als verlorene stempeln wollen. Spät sind wir nun in Oesterreich allerdings daran, denn am besten wäre es gewesen, das Volksernährungsamt gleich am Tage der ersten Kriegserklärung, also schon vor achtundzwanzig Monaten, zu errichten. Aber wer hatte damals den Prophetenblick, eine dreijährige Kriegsdauer voraussehen? Freilich hat es seither noch hinlängliche Gelegenheit gegeben, den Krieg als

Dauerkrieg zu erkennen und sich mit seinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten vertraut zu machen. Zum mindesten hätte die Einbringung der dritten Kriegsernte als der passende Zeitpunkt zur Errichtung des Volksernährungsamtes erkannt werden sollen. Aber damals war man noch in Kompetenzbedenken verstrickt, und so ist es Winter geworden, bis endlich die richtige Organisation des Amtes gefunden war. Immerhin ist aber späte Arbeit noch viel besser als gar keine. „Zu spät“ kann es für eine vernünftige Reform des Ernährungswesens niemals sein, solange noch Vorräte da sind, die der Verteilung harren, und solange noch Menschen da sind, denen geholfen werden kann. Gottlob, weder an Menschen noch an Vorräten fehlt es uns in Oesterreich.

Präsident Kofstein, der gewiß genaue Einsicht in die Riffen und Tatsachen hat, auf denen sich die Arbeit seines Amtes aufbauen soll, spricht die volle Überzeugung aus, „daß wir mit unseren, wenn auch knappen Vorräten durchhalten können und werden“. Das ist, von berufsmäßigen Klageweibern abgesehen, unjer aller Überzeugung. Und wir warten nur auf den Mann, der die geeigneten Mittel weiß und anwendet, um die Lebensmittelvorräte aus allen dunklen Winkeln, in denen sie sich bergen, ans Licht zu ziehen und auf den Markt zu bringen. Das ist jetzt das entscheidende Verwaltungsproblem. Mit gutlichem Ausbruch, mit dem Appell an Vaterlandsliebe und Menschenfreundlichkeit ist denjenigen nicht beizukommen, die jetzt, von der beispiellosen Konjunktur des Lebensmittelmarktes in ihren eigensüchtigen Instinkten aufgeweckt, ihre Vorräte zurückhalten und der öffentlichen Kontrolle zu entziehen suchen. Der Gewinntrieb ist in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eine zu starke und erbgeessene Macht, als daß sie plötzlichen Moralwandlungen weichen sollte. Lassen wir also die Sittensprüche beiseite und sagen wir es uns und anderen offen heraus, daß hier nur Manganmittel wirken können. Präsident Kofstein erklärt, die Sorge des Volksernährungsamtes müsse „vor allem den breiten Schichten der Bevölkerung zugute kommen“, und stellt eine „strenge, aber gerechte“ Regelung des Ernährungswesens in Aussicht. Strenge, aber gerecht ist bisher nur die Regelung gewesen, die die Verbraucher traf — nun

müssen endlich auch Erzeuger und Händler die strenge, aber gerechte Regelung des Ernährungswesens zu fühlen bekommen. Sind einmal die Vorräte durchleuchtet, hervorgeholt, greifbar und marktgängig gemacht, ist einmal dieser schwierigste Teil des Volksernährungsproblems gelöst, dann wird das weitere, die Verteilung, sich ohne nennenswerte Widerstände regeln lassen. Jede Kopfquote ist leicht zu bestimmen, wenn nur das Lebensmittelquantum, das man durch die Kopfhahl zu dividieren hat, auch wirklich sichergestellt ist. Präsident Kofstein hat die besten Absichten, seine Mitarbeiterschaft ist gut gewählt, seine Vollmachten reichen weit — und so erhoffen wir von dem Volksernährungsamt, wenn es auch spät ins Leben tritt, noch immer ein erfolgreiches Wirken.

**Die Approbitionierung im Kriege.****Obmännerkonferenz des Gemeinderates.**

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Doktor Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Hierhammer, Hof und Rain fand gestern die 61. Obmännerkonferenz der Gemeinderatsparteien statt. In derselben erstattete Vizebürgermeister Rain einen ausführlichen Bericht über das Kartoffelgeschäft der Gemeinde Wien und über die Stellung der Gemeinde zu dem neuen Amt für Volksernährung. Die im Laufe der lebhaften Debatte, an welcher sich Gemeinderat Dr. Hein, Vizebürgermeister Hof, die Gemeinderäte Reumann, Steiner, Staret, Schmid und Doktor v. Dorn beteiligten, gestellten Anträge und Aus-

regungen werden der nächsten Gemeinderatsitzung vorgelegt werden.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg berichtete hierauf über den Stand der Kartoffelversorgung, daß in der letzten Zeit durchschnittlich täglich fünfzig Waggons Kartoffeln in Wien eingelagert seien, welche Menge kaum hinreiche, um den Marktbedarf, die Genossenschaften und das Militär zu befriedigen. Es hätten daher zur Ergänzung des Bedarfes die ohnehin geringen Lagerbestände der Gemeinde herangezogen werden müssen. Die Ursachen des geringen Kartoffeleinkaufes seien immer dieselben — Mangel an Arbeitskräften, Mangel an Transportmitteln.

Mit Rücksicht darauf, daß sich die Einhaltung des von der Regierung zur Versorgung der Stadt Wien mit Kartoffeln entworfenen Programms als unmöglich erwiesen habe, haben sich die maßgebenden Regierungsstellen und die Kriegsgetreideverkehrsanstalt bestimmt gefunden, ein neues Programm aufzustellen. Nach diesem Programm kämen Galizien und Russisch-Polen für die Kartoffelversorgung der Stadt Wien nicht in Betracht.

Auf Intervention des Bürgermeisters habe das Eisenbahnministerium den Stationsvorständen strenge Instruktionen erteilt, nach welchen gefrorene Kartoffeln zur Beförderung nicht zuzulassen seien und insbesondere darauf zu achten sei, daß die zum Kartoffeltransport bestimmten Waggons vollständig frostsicher gemacht werden.

Magistratssekretär Dr. Roskopf berichtete über die Mehlversorgung der Stadt Wien und führte aus, daß die Durchführung der Mehlrationalisierung von vollem Erfolge begleitet war. An gelben Mehlbezugsarten seien 338,596, an blauen 203,844 ausgegeben worden. In der Woche vom 12. bis 18. November seien den städtischen Mehlabgabestellen 1,062,123 Kilogramm Mehl zugewiesen und hievon 627,536 Kilogramm an die Bevölkerung abgegeben worden. Die in der letzten Zeit wahrnehmbare mindere Qualität des Brotes sei darauf zurückzuführen, daß sich bei der Herstellung des Hafermehles, welches bis zu 46 Prozent bei der Broterzeugung verwendet wird, vielfache Schwierigkeiten und Anstände ergaben, da sich die österreichische Mühlenindustrie für die Verarbeitung dieser Getreidegattung erst einzurichten müsse. Die Vorarbeiten zur Durchführung der Brotrationalisierung seien im Gange.

Magistratssekretär Dr. Roskopf berichtete weiter über die Fettversorgung und teilte mit, daß mit Rücksicht auf die völlige Unterbindung der Schweinezufuhren aus Ungarn die Fettversorgung Wiens fast ausschließlich aus den Vorräten der Gemeinde durch die Großschlächtereit durchgeführt werde. Verhandlungen mit der ungarischen Regierung haben zu dem Ergebnis geführt, daß für Oesterreich eine eigene Organisation für die Aufbringung und den Einkauf von Fettschweinen in Ungarn durch legitimierte Einkäufer geschaffen werden soll.

Bezüglich der Fleischversorgung der Stadt teilt Magistratssekretär Dr. Roskopf mit, daß die Zufuhren an Rindfleisch in der letzten Zeit außerordentlich zugenommen hätten; auch serbisches Rind und Schafe seien in ausreichender Menge eingelangt. Weiter berichtet Magistratssekretär Dr. Roskopf über die Zuckerversorgung, insbesondere über die Freigabe von 60 Waggons Zucker für den Konsum aus den Vorräten der Gemeinde Wien, über den weiteren Ankauf von 1500 Melkkühen und über die Petroleumversorgung. Die Vorarbeiten für die beabsichtigte Regelung der Petroleumabgabe seien von der Statthalterei durch die Verordnung über die Anmeldepflicht eingeleitet worden. Unabhängig davon setze die Gemeinde ihre Bemühungen, ihren eisernen Vorrat an Petroleum zu vergrößern, fort.

An diese Berichte knüpfte sich eine längere Debatte, an welcher sich die Gemeinderäte Leitner, Reumann, Steiner, Vizebürgermeister Hierhammer, Dr. Hein und Dr. v. Dorn beteiligten. Ein Antrag des Gemeinderates Doktor Hein, die Regierung aufzufordern, mit Rücksicht auf die erhebliche Besserung der Vieh- und Fleischzufuhren ohne jeden weiteren Verzug Maßnahmen zu ergreifen, durch welche die Detailpreise für Fleisch mit der eingetretenen Besserung in Einklang gebracht werden, wird zum Beschlusse erhoben und die Berichte des Magistratssekretärs Dr. Roskopf werden zur Kenntnis genommen.

Magistratssekretär Dr. Fastenbauer erstattete hierauf einen Bericht über die Kohlenversorgung der Stadt Wien des Inhaltes, daß infolge des fortwährenden Waggonmangels der Einkauf an Kohle dem Bedarfe nicht entspreche.

3./XII. 1916

**Ernährungsfragen.****Städtische Fürsorge.**

**K** Söfingen, 30. Novbr. Die Stadtverwaltung hat in einer im städtischen Schlachthof errichteten Gefrieranlage mit dem Einlagern begonnen. Schon ganze Berge gefrorenen Fleisches sind in den geräumigen Lagerhallen angehäuft und sie werden noch weiter anwachsen, um für die schlachtwiehärmere Zeit des kommenden Winters gerüstet zu sein. Die Gewichtsmenge des eingefrorenen Rindfleisches übersteigt heute, zwei Wochen nach der Inbetriebnahme der Gefrierhalle bereits 40 000 Pfund, die Menge des Hammelfleisches beträgt annähernd 20 000 Pfund. Außerdem liegen über 8000 Pfund Mindergeschlinge und über 1800 Pfund Hammelgeschlinge für die Wurstherstellung in Eis. — Einen weiteren Vorrat an Fleisch und Speck für den Winter sammelt die Stadt dadurch an, daß sie von den in den letzten beiden Monaten geschlachteten, teils selbstgemästeten, teils überwiesenen Schweinen nur das zur Herstellung von Bra- und Leber- und Blutwurst geeignete Fleisch verwertet, die Rückenstücke, Speck und Schinken aber gesalzen und geräuchert und das Knochenfleisch eingepöckelt hat. Das Knochenfleisch wird in den Wintermonaten in unsern Volksküchen und unter Umständen auch in der großen Massenpeisung gute Dienste tun. Für die Massenpeisung, auf die sich die Stadt für alle Fälle einrichtet, werden im Schlachthofe jetzt die großen Kücheinrichtungen geschaffen.

3./XV. 1916

**Die österreichische Volksernährung.**

Wien, 1. Dezbr. (Priv.-Tel., of.) Der Beginn der Funktionen des Volksernährungsamts ist begleitet von einer nüchternen offiziellen Erläuterung, die überschwengliche Erwartungen bekämpft und Zusagen vorläufig nur auf dem Gebiet der Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel macht.

Die sozialdemokratische Parteileitung veröffentlicht einen bemerkenswerten Kommentar zur Berufung des Sozialisten Dr. Renner in das Direktorium des Ernährungsamtes, in dem es heißt:

Der Parteivorstand hat auf Grund eingehender Beratungen die Ueberzeugung gewonnen, daß die Errichtung des Amtes für die Volksernährung mit der jetzigen Kompetenzenteilung viel zu spät kommt, um noch nennenswerte Erfolge erwarten zu lassen. Die Einrichtung vor der Ernte hätte wenigstens eine wirksame Disposition über das diesjährige Ernteergebnis ermöglicht. Nun aber ist über dieses schon unabänderlich verfügt. Die bisherige Preispolitik hat sich so befestigt, daß die wirtschaftliche Möglichkeit einschneidender Preisherabsetzungen sich sehr verringert hat. Sobald das Produkt zu hohen Preisen den Produzenten einmal verlassen hat, hat die Preisherabsetzung in einem späteren Umlaufstadium nicht mehr freie Hand. Außerdem hat der Parteivorstand schon zu Kriegsbeginn an kompetenter Stelle seine Auffassung niedergelegt, daß ein wirksamer Ernährungsdienst nur von beiden Staaten der Monarchie gemeinsam und einheitlich geführt werden kann, und daß die bestgemeinten Maßregeln vergeblich sind, wenn sich im Rahmen eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes die Anordnungen zweier Regierungen und die autonome Verfügung der Armeeverwaltung durchkreuzen.

Mit dieser Auslassung hat der Parteivorstand Herrn Renner die Uebernahme einer verantwortlichen Stelle, von der die Rede war, widerraten, hingegen erlaubt, im Direktorium beratend mitzuwirken.

Wie ich erfahre hat Kaiser Karl bei den Empfängen der leitenden Staatsmänner mit großer Bestimmtheit erklärt, daß jetzt alle Aufgaben hinter der Volksernährung zurücktreten müssen. Daraus wird die Hoffnung geschöpft, daß die ungarischen Widerstände überwunden werden könnten.

## Die Lebensmittelversorgung.

Im dritten Kriegsjahre.

Ueber diesen Gegenstand sprach Regierungsrat Dr. Horovitz, Generalsekretär der Wiener Produktionsbörse, in der letzten Plenarversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereins. Im Wesen führte der Vortragende aus:

Schon im ersten Kriegsjahre mußte die Ernte gehemmt durch verheerende Plünder der Feinde, in die Sämeinen gebracht werden; wir hatten aber damals noch weit größere Reserven und auch noch Bezugsgelegenheiten aus neutralen Ländern. Die Abspernung vom Weltmarkt zwang uns jedoch bald zu einer staatlichen Regelung des Handels und der Preise für Brotfrucht und Mehl. Als wir zum zweitenmal zum Abernten der heimatischen Kluren schritten, tobte der Krieg mit erhöhter Heftigkeit fort. Jetzt mußten wir schon, welche Fehler nicht wiederholt werden dürfen. Die eingerissene Schreckensherrschaft der Preisstreiberei auf allen Marktgebieten mußte gebrochen, dem überstürzten

Wettrennen bei der Beschaffung von unentbehrlichen Nahrungsmitteln ein Riegel vorgeschoben werden. Dazu reichten aber die herkömmlichen Gesetze unseres Wirtschaftslebens nicht mehr aus. Es gelang, trotz zweier aufeinander folgender ungünstiger österreichischer und ungarischer Ernten, trotz Verminderung der in der Landwirtschaft tätigen Kräfte um tausende rüstiger Arme, um unzählige Zugtiere und Fuhrwerke nicht nur den Mehrbedarf der immer mehr anschwellenden Heeresmassen, sondern auch die Brotversorgung für das Hinterland sicherzustellen. Im zweiten Kriegsjahre allerdings nur mit Hilfe von Zuschüssen aus den Balkanländern.

Mannigfach waren die Härten und groß die Unbilden, die die Bevölkerung in diesem zweiten Kriegsjahre zu ertragen hatte, denn die meisten Maßnahmen erfolgten in allzu bedächtigen Schritten, kamen verspätet und setzten nicht scharf genug ein. Bis in den Monat Dezember ein nahezu schrankenloser Verbrauch von reinem Weizenmehl und dann im Frühjahr ein Maisbrot, das uns noch heute im Magen liegt. Wie sollte in der Bevölkerung das Gefühl der wirtschaftlichen Selbstverantwortlichkeit aufgerüttelt werden, wenn sie selbst in der Lebensfrage, in der Frage der Versorgung keinen einheitlichen Willen sah, wenn sie die eiserne Hand vermißte, die jede Ausnahme von den für das ganze Staatsgebiet erlassenen Verfügungen ausschloß und alle Sinterlinien absperrte?

Mit berechtigtem Bangen trat daher, und zwar besonders die städtische Bevölkerung in das dritte Kriegswirtschaftsjahr, wo das Durchhalten wohl seine härteste Feuerprobe zu bestehen haben wird. Der dritten Kriegsernte dursten wir in beiden Reichshälften mit großen Erwartungen entgegenzusehen. Wir und Ungarn wurden aber leider auch in diesem Jahre, also in zwei Kriegsjahren, durch drei schlechte Ernten heimgeführt, deren Wirkungen für die Versorgung wir durch Ausnützung aller Hilfsmittel soweit als möglich abzumildern uns bemühen müssen, denn sie gänzlich zu beheben, dazu reicht keine menschliche Kraft und keine Organisationskunst der Welt aus. Wir werden auch diesen sorgenvollsten aller Winter überdauern, der Hunger wird uns nicht zwingen, die siegreichen Waffen zu strecken, aber wir dürfen uns nicht blind und taub stellen. Vor allem nicht blind stellen gegen die alle Vorstellung übersteigende Teuerung; das ist keine Preissteigerung mehr, sondern eine Preisanarchie, die bereits alle Grundlagen der Erzeugung und des Austausches von Waren ins Wasser versinken hat, die als wahre Heimsuchung empfunden wird, der die breiten Volksschichten hilf- und wehrlos gegenüberstehen. Die Bevölkerung suchte nach Auswegen, sie setzte den Verbrauch herab und griff zu minderwertigen

Erzeugnissen; aber unter ein gewisses Maß kann der Verbrauch auf die Dauer nicht sinken, ohne Leben und Gesundheit zu gefährden. Auch dem Heranziehen von minderwertigen Nährstoffen — wenn diese Bezeichnung auf Waren, die den Magen betrügen, aber nicht befriedigen, überhaupt anwendbar ist — ist eine natürliche Schranke gezogen.

Wirksamkeit und Erfolg vieler Maßnahmen in Ernährungsfragen hängen von dem Verhalten Ungarns ab. Manche Maßnahmen der ungarischen Regierung scheinen ja förmlich darauf zugeschnitten zu sein, die österreichischen Verbraucher in eine fürchterliche Klemme einzuzwängen, denn alljährlich beobachteten wir in Ungarn dieselben Erscheinungen: ein nahezu schrankenloses Recht der Selbstversorgung, solange genügende Vorräte vorhanden sind; ein mit dem Ernteergebnis in auffälligem Mißverhältnis stehender hoher Ansat des zulässigen Eigenverbrauches. Es ist unsagbar traurig, daß noch immer die Einsicht sich nicht durchringen konnte, daß in zwei so eng verwachsenen Staaten es ausgeschlossen sein muß, daß die Bewohner des einen Staates ihre Mehl- und Brotversorgung nicht viel anders als in Friedenszeiten haben, während die Bewohner des anderen Staates in einem Kriegsjahr verschimmeltes Maisbrot essen müssen, und jetzt im dritten Kriegsjahr sehr oft überhaupt nicht wissen, ob und welches Brot sie von heute auf morgen zu essen bekommen werden.

Buchstäblich in zwölfter Stunde ist der Versuch unternommen worden, zur Behebung der vielfachen Uebelstände, sämtliche Angelegenheiten der Lebensmittelversorgung in einer selbstständigen, außerhalb der Ressortministerien stehenden Zentralbehörde für die Volksernährung zusammenzufassen. Diese Aufgaben sind wirklich keine geringen, sie sind leichter formuliert als erfüllt.

Ein großer Teil der Unruhe und Verwirrung rührt daher, daß die Ueberzeugung herrscht, es seien wohl im Lande genügend Lebensmittel vorhanden, nur seien sie an einzelnen Stellen in mehr als notwendigen Mengen, an anderen Stellen dagegen in durchaus unzulänglichem Maße vorhanden. Vollkommen befriedigend dürfte diese schwierigste Verwaltungsaufgabe in diesem vorgeordneten Zeitpunkt wohl nicht mehr zu lösen sein. Diese Unsicherheit nötigt aber zur allergrößten Vorsicht bei der Verteilungsorganisation, da sämtliche Maßnahmen auch den ungünstigsten Fall im Auge behalten müssen, und über den vollen Ernst einer solchen Möglichkeit darf sich niemand einer Selbsttäuschung hingeben. Wenn sich auch geringe örtliche Unterschiede niemals vermeiden lassen, so muß doch ein Ende gemacht werden mit der heillosen, an mittelalterliche Zustände erinnernden Wirtschaft, daß Kronländer, Bezirke, Gemeinden sich ohne Rücksicht auf die notleidenden Nachbargebiete hermetisch abschließen. Mit solchen aufreizenden Dasein in der Lebensmittelversorgung muß gründlich ausgeräumt werden.

Der Angelpunkt unserer Versorgung mit Brot und Mehl liegt, ebenso wie in den beiden vorangegangenen zwei Kriegsjahren, in Ungarn, und wir wären von vielen Bitternissen in der Brotversorgung während der Kriegszeit verschont geblieben, wenn die Ernährungsfrage von allem Anfang an in beiden Reichshälften eine gemeinsame Angelegenheit, Oesterreich-Ungarn ein einziges, einheitliches Wirtschaftsgebiet gebildet hätte.

Wir stehen heute vor der wohl schwersten Stunde unserer wirtschaftlichen Gegenwehr; nicht nur für die Soldaten draußen, sondern auch für uns im Hinterland heißt es: geduldig ausharren. Umsichtige Verwaltung der leitenden Stellen, strenge Selbstzucht und erhöhtes Verantwortungsgefühl der Allgemeinheit, rücksichts- und unterschiedsloser Kampf gegen alle Ausartungen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung werden das Schreckgespenst einer Lebensmittelnot bannen, und keine noch so lange Kriegsdauer wird uns mehr den Erfolg unserer siegreichen Waffen entwenden können.

## Die brennende Magenfrage.

Das kann man schon sagen, daß die Bevölkerung mit der denkbar größten Spannung dem Wirken des neuen Ernährungsamtes entgegenfieht. Das ist die Behörde, die den ungeheuer wichtigen und umfassenden Beruf hat, die Frage aller materiellen Fragen, die sogenannte Magenfrage zu glücklicher Lösung zu bringen, und diese Magenfrage hat in diesen harten und langandauernden Kriegszeiten noch eine ganz andere Bedeutung als in friedlichen Zeitaltern. Im sozialwirtschaftlichen Sinne war ehemals diese Magenfrage nichts anderes als die Sorge, durch Arbeit so viel erwerben zu können, daß man sich und die Seinen entsprechend ernähren konnte. Wirklich war die Magenfrage also eine Frage der Arbeit und des Erwerbes und sie war für die Wohlhabenden und die Reichen eigentlich gar nicht vorhanden, als allenfalls in dem Sinne, wie die Speisenkarte des Tages anzuordnen wäre. Der Krieg, gleich dem Tode ein großer Gleichmacher, hat das alles sehr geändert. Zunächst einmal ist die früher bestandene Sorge wesentlich gesteigert, weil es doch heute viel schwerer ist, so viel zu erarbeiten, als man zum Essen braucht. Die Preise der Erwaren sind eben ungleich mehr gestiegen als die Arbeitslöhne. Dann aber ist die neue und nicht selten noch viel schwerere Sorge hinzugekommen, wie man sich die erforderlichen Nahrungsmittel beschafft. Vieles ist seit der längsten Zeit überhaupt nicht erhältlich, oder doch kaum erschwinglich. Aber, es hat ja jedermann zur Genüge erfahren, wie es sich mit den Nahrungsgegenständen verhält, die angeblich zu haben sind, als Brot, Milch, Kartoffeln, Mehl, Kaffee, Zucker, Petroleum, Butter, Schmalz. Wo man die Sachen bekommt, wann man sie bekommt, in welchem Ausmaße, in welcher Beschaffenheit, das alles bildet jetzt die neue Magenfrage, und diese erstreckt sich auf Volkskreise, die früher von ihr unberührt geblieben waren. Die verschiedenen zahlreichen „Karten“, die amtlichen Bezugsscheine, haben zwar einiges gebessert, aber doch nur sozusagen negative Bedeutung gehabt. Insofern man allerdings ohne Karten nichts bekommen hat, mit den Karten häufig genug aber auch nicht mehr. Der Rest war das betrübliche,

ermüdende, zeitraubende, ungesunde, bittere Enttäuschungen bereitende „Anstellen“, eine Kriegseinrichtung, an der sich gezwungenermaßen gar viele Personen beteiligen mußten, denen früher nicht im Traume dergleichen eingefallen wäre.

Das staatliche Ernährungsamt, dem auch berufene Fachkreise aus dem Bürgerstand zugezogen sind, wird, so hofft man, diesen nachgerade unentraglich gewordenen Uebeln ein baldiges und gründliches Ende bereiten und Ordnung und Gleichmäßigkeit an die Stelle der jetzigen Verwirrung treten lassen. Vor allem muß ja die Verschiedenheit beseitigt werden, die jetzt aus den unregelmäßigen Befugnissen der einzelnen Ämter sich ergab, eine Verschiedenheit, die auf alles sich erstreckte, die Möglichkeit, die Waren zu bekommen, die Qualität, die Preise. In Wien war's anders als in Baden, da wieder anders als in Sanft Pölten, von der tiefgreifenden Verschiedenheit in den verschiedenen Ländern gar nicht zu reden, wovon man kürzlich auf dem Frauentongress so ergötzliche oder eigentlich nichts weniger als ergötzliche Proben vernommen. Wie eine Erlösung wird die Bevölkerung es begrüßen, wenn das Ernährungsamt, das am 1. Dezember in Wirksamkeit getreten, die Hoffnungen erfüllt, die man ihm entgegenbringt. Es ist das wichtigste, allgemeinste, demokratischste aller Fürsorgeämter, es tritt in einen ungeheuren Pflichtenkreis, der nur dann erfüllt werden kann, wenn sich unermüdete Arbeitslust, gründliches Sachkenntnis, ernste, unerbittliche Strenge und Gesetzmäßigkeit mit rechter Menschlichkeit und wirklich volkstümlichem Empfinden vereinigen.

Da trifft es sich ausgezeichnet, daß der in der „Oesterreichischen Volkszeitung“ schon vor einigen Tagen veröffentlichte Beamtenerlaß des Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber die sehr wertvollen Leitsätze aufstellt, die auch für das Ernährungsamt richtunggebend sein müssen. Die äußerst beherzigenswerte Instruktion stellt die allgemeinen Gesichtspunkte einer erprießlichen Amtsführung auf, aus der Beachtung des Allgemeinen aber wird sich die Behandlung des Einzelfalles von selbst ergeben. Also sprach der Ministerpräsident: Vor dem Gesetze ist jedermann gleich. Die Behörden haben sich bei ihren Entscheidungen ausschließlich von sachlichen Erwägungen leiten zu lassen. Ich verlange von den Beamten nicht bloß tadelloses Benehmen im Verkehr mit jedermann und unberzügliche Erledigung der Geschäfte, ich verlange auch warmes Interesse und Anteilnahme für die Wünsche und Geschicke der Bevölkerung. — Diese klaren und bedeutenden Worte und noch manche, die sich anschließen, stellt der Ministerpräsident in das Licht der Kriegsergebnisse und der Kriegspflichten, gleichsam um die Beamten immer wieder daran zu gemahnen, daß sie jetzt gegenüber den so opfermutigen Bürgern zweifache Pflichten haben, ebenso wie die Bevölkerung gerade jetzt durch besondere Gesetzesachtung sich würdig der großen Zeit erweisen muß. Betonen aber wollen wir es hier, daß dieser Erlaß des Ministerpräsidenten ein rechtes Brevier auch insbesondere für jeden einzelnen Amts- und Würdenträger des Ernährungsamtes ist. Gleiche, unterschiedlose, gerechte Behandlung aller Ernährungsbedürftigen, rasche, kraftvolle Erledigung der Geschäfte, verständige Anteilnahme an den Bedürfnissen und Wünschen der Bevölkerung, das ist es, neben der selbstverständlich vorausgesetzten Geschäftskennntnis, was die Seele des Ernährungsamtes wird sein müssen. Der Inbegriff des Sinnes dieses Erlasses ist uns aber der Satz: Vor dem Gesetze ist jedermann gleich. Also auch der Großgrundbesitzer ist da kein Ausnahmismensch, auch nicht der Warenspekulant, das mächtige Warentartellmitglied, der Trustbaron, der Verteuerungsmillionär. Nun aber wollen wir Taten sehen, und rasch müssen sie kommen und einschneidend müssen sie sein. Zumindest die handgreiflichsten, ärgerlichsten, unentraglichsten der Uebelstände müssen mit aller eifrigsten Beschleunigung beseitigt werden. Denn, so sagt es der Ministerpräsident, die Bevölkerung hat nach den dargebrachten Opfern an Gut und Blut Anspruch auf Beachtung ihrer Anforderungen.

3./XII. 1916

### Die Ziele unseres Ernährungsamtes.

Äußerungen Baron August Fries'.

Budapest, 2. Dezember. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Der Wiener Vertreter des „Budapester Ahtuhrblatt“ hatte eine Unterredung mit dem Vizepräsidenten des österreichischen Volksernährungsamtes Hofrat Baron August Fries, der über die österreichischen Ernährungsfragen folgendes mitteilte:

Von einer Vereinfachung der Verproviantierung Oesterreichs und Ungarns war nie die Rede, dies ist auch nicht möglich. Es ist aber nur natürlich, daß das neue österreichische Volksernährungsamt bestrebt sein wird, in vollem Einverständnis mit der ungarischen Behörde zu wirken. Präsident Dr. K o l t s e i n wird demnächst nach B u d a p e s t reisen, um mit den ungarischen Behörden persönlich bekannt zu werden. Hoffentlich wird dann Oesterreich alle nötigen Produkte erhalten, doch kann und wird diese Frage nur im Einbernehmen mit Ungarn gelöst werden. Es handelt sich ja darum, daß wir einander helfen, soweit wir nur können.

Wir werden gegen die Ernährungsschwierigkeiten mit der größten Energie ankämpfen. Vor allem wollen wir dem Anstellen um Lebensmittel steuern, was nur durch eine Rationierung erreicht werden kann. Die Mehlrationierung hat sich sehr bewährt, jetzt müssen Brot, Milch, Fett an die Reihe kommen. Bezüglich der Brot rationierung hat man es nun mit „Rundenlisten“ versucht, die die einzelnen Händler selbst zusammenstellen.

Eine andere wichtige Regelung muß die Versorgung mit Fett erfahren. Die Fettausgabe wird ganz zentralisiert werden. Dies wird in der Weise gelöst werden, daß die sich glänzend bewährenden „Milchversorgungsstationen“ mit den weitesten Vollmachten versehen werden und darauf sehen sollen, die Milchvorräte systematisch ausfindig zu machen und nach Wien zu dirigieren.

Fleischarten sind noch nicht bestimmt, werden aber sicherlich nur in Verbindung mit kombinierten Lebensmittelkarten ausgegeben werden, die auf eine gewisse Menge Fleisch, Mehl, Kartoffeln usw. lauten werden und bei denen die Möglichkeit gegeben sein muß, an Stelle eines nicht bezogenen Artikels ein entsprechendes Mehr bei den anderen Artikeln zu beziehen. Dadurch soll für die ärmere Bevölkerung vorgesorgt werden, die nicht in der Lage ist, das teure Fleisch zu bezahlen.

Eine sehr wichtige Frage ist auch die Erleichterung und Vergrößerung der Kartoffelzufuhr.

Die Zuckerfrage ist vorberhand gelöst. Doch ist dies eine jener Fragen, die mit der ungarischen Regierung gemeinsam erledigt werden müssen.

Durch Requirierungen werden wir bloß das in Anspruch nehmen, was wir unbedingt haben müssen und auf einem anderen Wege nicht erhalten können.

Die allerschärfsten Maßnahmen werden wir aber gegen jede Form der Preistreiberei, des Kettenhandels, der unreellen Vermittlung, der Verheimlichung von Vorräten, des Samsterns ergreifen, kurz gegen jede sträfliche Manipulation. Bei der Polizei wird eine eigene Organisation eingerichtet werden, die die allergrößten Vollmachten erhalten wird, die Ahndung für Verbrechen und Vergehen solcher Art wird ganz ungewöhnlich streng sein.

### Kleine Anfragen zur Volksernährung

Dem Reichstage sind kurz vor der Vertagung noch drei Anfragen zugegangen, die nun, wohl den Wünschen der Fragesteller entsprechend, schriftlich beantwortet werden dürfen. Der national-liberale Abg. Heib weist auf die Reichstagsresolution hin, „die Viehhandelsverbände sind zu verpflichten, Schweine und Rinder aller Altersklassen, welche der Tierhalter aus wirtschaftlichen Gründen zu verkaufen genötigt ist, baldmöglichst zu angemessenen Preisen abzunehmen“, und fährt fort: Da seitens der Reichsregierung die Ausführung derselben zugesagt ist, bis heute aber von den Landesbehörden noch keine entsprechenden Maßnahmen getroffen sind und die Gefahr besteht, daß infolge Futtermangels nicht schlahtreife Viehbestände vernichtet werden, frage ich: Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, damit die geforderten Maßnahmen schnellstens zur Durchführung gelangen?“

Die fortschrittlichen Abgg. **Vormann, Fegter, Hoff, Dr. Wendorf** fragen:

Die Höchstpreise für Nahrungsmittel und andere Waren, insbesondere Kohlrüben, bleiben in weitem Umfang dauernd unbeachtet, ohne daß die Behörden eingreifen. Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, den Befehlen Achtung zu verschaffen?“

Eine weitere Anfrage derselben Abgeordneten lautet: „Die Verteilung der Kartoffeln ist eine so mangelhafte, daß selbst in Landstädten, in deren Nähe ausgedehnte Flächen mit Kartoffeln bebaut wurden, eine drückende Kartoffelnot entstanden ist. Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die unteren Verwaltungsbehörden zu veranlassen, so energisch einzugreifen, daß die unerträglichen Zustände beseitigt werden?“

H. J. XII. 1916

## Die beschlagnahmte Schokolade.

### Freigegebene Vorräte für Weihnachten.

Die Verordnung des Oberkommandos betr. die Beschlagnahme von Schokolade und Kakao, die übrigens bisher noch nicht veröffentlicht worden ist, wird zunächst noch nicht sehr fühlbar in die Erscheinung treten. In den Konfitürengeschäften war schon in den letzten Wochen eine große Warenknappheit eingetreten, so daß viele von ihnen ganz geschlossen blieben, andere nur stundenweise geöffnet waren oder nur bestimmte, sehr geringe Mengen an den einzelnen Käufer abgaben. Wie wir erfahren, reichen die freigegebenen Vorräte der Fabriken, die 20 v. H. ihres Lagers in den Handel bringen dürfen, unter den bisherigen Einschränkungen noch für einen Monat, so daß der Weihnachtstisch wenigstens nicht völlig von Schokolade entblößt sein wird. Außerdem ist die Herstellung von Pralinen, Marzipan und anderen Süßigkeiten, für die jedoch nur ein festgesetzter Bruchteil des Zuckerverbrauchs im Frieden verwendet werden darf, auch weiterhin zulässig. Teuer und knapp sind die leckeren Dinge freilich geworden. Marzipan und Konfekt kosten schon heute durchschnittlich 8 Mark das Pfund.

Wenn die freigegebenen Vorräte verbraucht sind, werden sich für die Industrie freilich erhebliche Schwierigkeiten ergeben. Wie uns von den Leitungen der führenden Fabriken mitgeteilt wird, dürfte die Beschlagnahme von Kakao und Schokolade später voraussichtlich zu einer Einstellung des Fabrikationsbetriebes führen. Die Verarbeitung von Ersatzstoffen ist verboten. Mit den Fabriken werden aber auch die Ladengeschäfte geschlossen werden müssen, da der infolge Streckung der Rohstoffe stark eingeschränkte Verkauf von Marzipan und Pfeffertuchen die Unkosten an Gewerbesteuer, Beleuchtung und Gehältern nicht mehr decken kann. Daran wird auch der Absatz kleiner Spielwaren und von Puddingpulvern und Hustenpastillen, wie man sie jetzt in den Schaufenstern vieler Schokoladengeschäfte sieht, nichts ändern.

4. / III. 1916

## Eine neue Gründung mit unklaren Zielen.

Im Festsaale des Deutschen Schulvereines in der Florianigasse fand gestern die gründende Versammlung des Wirtschaftsvereines der in öffentlichen Diensten stehenden Akademiker statt. Da es ohnehin schon den „Reichswirtschaftsbund der Festangestellten“ gibt, der ja auch die akademisch gebildeten Beamten umfaßt, und da der Reichswirtschaftsbund eine sehr ersprießliche Tätigkeit entfaltet, die durch einen dieselben Ziele verfolgenden neuen Verein nicht wesentlich gefördert werden kann, so durfte man auf die Darlegungen der führenden Männer des neuen Vereines gespannt sein, um so mehr, als auch der Vorsitzende des „Reichswirtschaftsbundes“, Professor Dr. R. Wolfan, die Einladung zur Gründung mitunterzeichnet hatte.

Leider, um dies jedoch vorwegzunehmen, enttäuschte der Verlauf der Versammlung in dieser Hinsicht ebenso sehr wie der Aufruf. Dieser hatte nämlich als die Ziele des neuen Wirtschaftsvereines die Beschaffung von Kartoffeln, Eiern, Geflügel, kurz von Nahrungsmitteln, die der „Reichswirtschaftsbund“ derzeit noch nicht führt, ferner die billige Versorgung seiner Mitglieder mit Kleidungsstücken, Schuhwerk und Wäsche, dann die Errichtung von standesgemäßen Kriegsküchen, von Heilstätten u. dgl. bezeichnet, mit einem Worte ein reines Konsumentenprogramm aufgestellt, ohne sich jedoch zu einer Konsumentenpolitik bekennen zu wollen. Den Mitgliedern als Verbraucher dienen, aber nicht die entsprechende Politik machen zu wollen — das ist eine Halbheit schlimmster Sorte, die sich über kurz oder lang an den Mitgliedern selbst rächen muß und den Stand keinesfalls emporführen kann. Grundsätzlich ist über die Politik der Beamten als Verbraucher das folgende zu sagen: Als Verbraucher gehört der Beamte in den allgemeinen großen Konsumverein, als Beamter mag er in ihm seine besonderen Angelegenheiten vertreten.

Im einzelnen nahm die Versammlung folgenden Verlauf:

Nach einem Nachruf auf den verstorbenen Kaiser legte der Vorsitzende, Landesgerichtsrat Dr. R. Puzfer, kurz den Werdegang des neuen Vereines dar, dessen Zweck es sei, die Akademiker zu sammeln, um ihnen so in ihrer wirtschaftlichen Lage Erleichterungen zu verschaffen und ihnen den Platz an der Sonne zu sichern, den sie verdienen. Von der Gründung eines Reichs-

vereines sei einstweilen abgesehen worden; man wolle vorderhand den Verein auf Wien beschränken. Dankbar gedachte er auch der Verdienste Professor Wolfans um das Zustandekommen des Vereines, worauf er das Wort dem Professor an der Hochschule für Bodenkultur Dr. R. Hoffmeister zur Erörterung der Vereinsziele gab. Die Zeit, sagte dieser, dränge zur Organisation, doch wolle man zu den verschiedenen Konsumvereinen nicht einen neuen hinzufügen, wie man überhaupt nicht den Standpunkt eines reinen Konsumvereines einnehmen, sondern in erster Reihe die Standesbedürfnisse befriedigen wolle, so — neben den schon genannten — die Einleitung einer Entschuldigung, die Gründung von Krankenkassen, Invaliditäts- und Aussteuerversicherungen, eines Vereinsheimes mit einem Ledigenheime, dann Vertretung der Akademiker in den verschiedenen Verbraucher- und Erzeugervereinigungen, tätige Mitarbeit an der Verwaltungsreform, endlich Pflege von Sport und Geselligkeit.

Als erster in der nun eröffneten Wechselrede ergriff Hofrat G. Thierl das Wort; er führte im wesentlichen nur die Darlegungen seiner beiden Vorredner weiter aus, während Prof. Dr. R. Prodingler, der nach ihm sprach, seinem Erstaunen Ausdruck verlieh, daß der neue Verein sich nicht lieber als Unterabteilung des Reichswirtschaftsbundes gebildet habe, zu dem er doch gehöre und mit dem er sich organisch verbinden müsse. Als besonders befremdlich bezeichnete es der Redner, daß Professor Wolfan, als Vorsitzender des Reichswirtschaftsbundes, auch im Aufsichtsrate des neuen Vereines sitze; solle das vielleicht heißen, daß Professor Wolfan es dem Reichswirtschaftsbunde nicht vertraue, daß dieser die erwähnten Aufgaben, die doch fast zur Gänze in den Bereich des Wirtschaftsbundes fielen, nicht lösen könne? Gegenüber dem halben Bekenntnisse des Vereines zur Konsumentenpolitik forderte Dr. Prodingler deren rückhaltlose Anerkennung, da nur so für Bevölkerung und Beamtenschaft etwas erreicht werden könne.

Hierauf wurde Professor Dr. Hoffmeister zum Obmann, der Direktionsrat der städtischen Elektrizitätswerke Dr. F. Garbich und Ingenieur A. Mehrer, Oberstaatsbahnrat i. R., zu Obmannstellvertretern gewählt.

## Wiens mangelhafte Versorgung mit Lebensmitteln.

Eine Vierteljahrsübersicht.

Die Zufuhren nach Wien lassen trotz aller Forderungen und Proteste alles zu wünschen übrig. Mit Mehl klappt es halbwegs, obschon das Kochmehl im Geschmack wenig zusagt und Edel- und Ersatzmehl sehr ungleichmäßig aufgeteilt wird. Das Anstellen um wichtige Lebensersfordernisse hat trotzdem nicht aufgehört, es hat sich — infolge der Torheit vieler — noch durch das Anstellen um Kleingeld vermehrt. Selbst wenn auch

da Ordnung geschaffen würde, bleibt noch manche Planlosigkeit zu beseitigen, sowohl in der Zufuhr wie im Verkauf und Verbrauch von allerlei Waren. In manchem hat da auch die Gemeinde nicht so eingegriffen, als es ihre Pflicht gewesen wäre. So beim Gemüse. Wir sehen eine anhaltend schwache Beschickung der Wiener Märkte mit Grünwaren, die manchmal so arg ist, daß sie Preistreiberien herausfordert. Längst hätte da die Gemeinde sorgen müssen, daß eine eigene Versorgungsstelle für Gemüse geschaffen wird. Sie hätte sich darum zu kümmern, daß wirklich alle verfügbaren Gemeindegelände mit Grünwaren bebaut werden. Dazu hätten auch die Schulkinder herangezogen und ihnen freie Fahrt auf der Straßenbahn gewährt werden können, wenn ihr Weg zu den Anbauplätzen zu weit ist. Unter Anweisung von Lehrpersonen hätte da eine Menge Gemüse gebaut, den Kindern an freien Sommertagen das Interesse für das Gedeihen der Pflanzen vermittelt werden können. Unter Berechnung der Kosten hätte die ärmere Wiener Bevölkerung mit viel mehr und mit billigem Gemüse versorgt werden können. Da es heute den Agrariern und den Gärtnern überlassen ist, ob sie uns Gemüse zuführen und wie teuer sie es berechnen wollen, da der Konsum naturgemäß bei dem sonstigen Mangel gestiegen ist, hätten die Zufuhren von Grünwaren auch im normalen Ausmaß nicht gelangt. Nun aber fielen sie schon im Herbst auf eine so geringe Menge wie sonst nur in strengen Wintern.

Das geht aus folgender Uebersicht hervor:

Es wurden Meterzentner Gemüse auf die Wiener Märkte gebracht:

|                | September | Oktober | November |
|----------------|-----------|---------|----------|
| 1915 . . . . . | 157.800   | 140.000 | 66.200   |
| 1916 . . . . . | 81.000    | 69.000  | 66.600   |

Nur im November waren wir bloß gleich schlecht mit Grünwaren versehen wie vor einem Jahre, im Herbst ist heuer annähernd halb so viel Gemüse angeboten worden als sonst. Da ist es dann kein Wunder, wenn Erzeuger und Händler dies beklagen, um die Preise hinaufzujagen.

Schlimm steht es noch mit den Kartoffeln. Während wir noch im Herbst 1915 sahen, daß sich viele Leute ganze Säcke voll Erdäpfel nach Hause tragen konnten, ist jetzt zumeist so wenig Vorrat da, daß er für den Kleinverkauf kaum ausreicht. Seitdem Fleisch und Fett so selten und teuer sind wie nie vorher, ist ein großer Teil der Bevölkerung mehr als je auf den Genuß von Kartoffeln angewiesen. Der Bedarf ist gewaltig gestiegen, leider kann er nicht voll befriedigt werden, weil die für den Transport Verantwortlichen nicht den Wünschen der Wiener nachgekommen sind. Es blieb vieles am Wege liegen, die Zufuhren sind unzureichend und die Vorräte für den Winter zu gering. Sollte unerwartet eine lange Frostzeit kommen, dann wird sich erst zeigen, wie unverantwortlich es ist, wenn man die Zufuhren nicht rechtzeitig bewerkstelligt. In diesen milderen Tagen sollte wenigstens einigermaßen versucht werden, Kartoffeln beschleunigt nach Wien zu bringen, ehe es zu spät ist. Scheinbar sind in den letzten zwei Monaten mehr Erdäpfel auf die Wiener Märkte eingeführt worden als vor einem Jahre, wie die nachstehende Zusammenstellung in Meterzentnern ersehen läßt:

|                | September | Oktober | November |
|----------------|-----------|---------|----------|
| 1915 . . . . . | 80.000    | 80.000  | 46.000   |
| 1916 . . . . . | 32.000    | 110.000 | 57.000   |

Da jetzt viele Private im Wege von Stückgutsendungen Erdäpfel nicht erhalten können, werden auch sie auf die Märkte

gedrängt. Dazu kommen noch alle jene, die über keine Vorräte mehr verfügen. Berücksichtigt man den gesteigerten Bedarf, dann bleiben die Mengen, die uns jetzt zugehen, sehr gering. Es ist nötig, da alles zu tun, um eine bessere Versorgung herbeizuführen.

Ganz unzureichend ist das Angebot an Obst im heurigen Herbst geworden. Viel wird auf dem Lande von den Landwirten selbst zurückgehalten, aber auch von Spekulanten, die alles Obst aufgekauft haben, um die Preise zu steigern. Da man in Deutschland für unser Obst Höchstpreise machte, wäre es bei uns um so eher möglich. Wer hätte es geglaubt, daß man jetzt für mittelmäßige Äpfel 2 bis 4 Kronen, für sehr gute bis 6 Kronen zu bezahlen hat, obwohl erst der Winter beginnt! Die schrankenlose Preisbildung artet auch hier zur bevorzugten Versorgung der Vermögenden aus!

Wie sehr die Zufuhren von Obst in Meterzentnern zurückgingen, geht aus folgendem hervor:

|                | September | Oktober | November |
|----------------|-----------|---------|----------|
| 1915 . . . . . | 132.000   | 131.000 | 54.000   |
| 1916 . . . . . | 48.000    | 55.000  | 30.000   |

In jedem einzelnen der drei Monate erreichte die angebotene Obstmenge heuer kaum die Hälfte der vor einem Jahre. Bisher geschah gar nichts, um dem Obstwucher und der Verarbeitung dieses Nahrungsmittels auf Wein entgegenzuwirken. In vielen Teilen Oesterreichs war die heurige Obsternte nicht schlechter als die von 1915, aber seither haben sich die Kriegsgewinner auch auf diese Ware geworfen. Am empfindlichsten unter den wichtigen Lebensmitteln ist der Rückgang der auf den Märkten ausgetretenen Butter. Es wurden in Meterzentnern eingeführt:

|                | September | Oktober | November |
|----------------|-----------|---------|----------|
| 1915 . . . . . | 2416      | 2930    | 712      |
| 1916 . . . . . | 380       | 275     | 270      |

Statt fast 6000 Meterzentner Butter, die in diesen drei Monaten 1915 auf den Wiener Märkten erhältlich waren, gab es heuer nicht einmal 1000 Meterzentner im Handel. Die Ausfuhrverbote aus einzelnen Provinzen, die gesteigerte Lebenshaltung der Landwirte und die hohen Preise für Fett in der Provinz, daneben zum Teil auch der Rückgang der Milchgewinnung zufolge der geringeren Zahl von Milchkuhen und ihrer schlechteren Fütterung zwangen den großen Massen zum größten Teil den Verzicht auf Fett auf.

Gegenüber diesen zahlenmäßigen Nachweisen der schlechteren Versorgung von Wien mit Lebensmitteln würde es nach den amtlichen Ausschreibungen scheinen, als ob jetzt auf den Märkten mehr Eier wären als vor einem Jahre. In Wirklichkeit sieht man nirgends ein Ei, obgleich sie im Herbst 1915 in Mengen auf den Märkten lagerten.

Man erzählt uns, daß eingeführt wurden Stück Eier:

|                | September | Oktober   | November  |
|----------------|-----------|-----------|-----------|
| 1915 . . . . . | 1.700.000 | 1.500.000 | 950.000   |
| 1916 . . . . . | 3.600.000 | 1.760.000 | 1.400.000 |

Dieses Rätsel löst sich so, daß heuer der Eierhandel doch durch eine Vermittlungsstelle geht, während früher jeder Händler außerhalb der Märkte große Eiermengen bezog. Man würde aus diesen Zahlen gerade das Gegenteil schließen müssen, wenn man nicht wüßte, daß wir vor einem Jahre um diese Zeit vielleicht viermal so viele Eier zugeführt erhielten als heuer. Damals erfaßte die Statistik sie außerhalb der Märkte nicht.

### Die Lebensmittelversorgung im dritten Kriegsjahr.

Der Generalsekretär der Wiener Produktenbörse, Dr. Horowitz, ist sicherlich ein zuständiger Volkswirt in Fragen der Lebensmittelaufbringung und seine Kritik des Ernährungsdienstes im ersten und zweiten Kriegsjahr hat leider in vielen Punkten recht behalten. Nun hat er im

Gewerbeverein auch über das dritte Kriegsjahr gesprochen. Aus seiner Rede heben wir hervor:

Wie sollte in der Bevölkerung das Gefühl der wirtschaftlichen Selbstverantwortlichkeit aufgerüttelt werden, wie konnte die Bevölkerung zu der Einsicht in die wirtschaftlichen Kriegsnotwendigkeiten, zu einer entsagungsbereiten Selbstzucht erzogen werden, wenn sie selbst in der Lebensfrage, in der Frage der Versorgung, keinen einheitlichen Willen sah, wenn sie die eiserne Hand vernahm, die jede Ausnahme ausschloß und alle Hintertüren abspernte?

Wirksamkeit und Erfolg vieler Maßnahmen in Ernährungsfragen hängen von dem Verhalten Ungarns ab. Vom Getreideüberschuß Ungarns werden im Frieden mehr als 93 Prozent, demnach nahezu die gesamte verfügbare Ausfuhrmenge, in Oesterreich, und zwar überwiegend in Wien und in den Alpenländern abgesetzt; es ist daher einleuchtend, daß das plötzliche Versagen dieser Einfuhr auf die Lebensmittelversorgung bei uns die unheilvollsten Wirkungen ausüben muß. Manche Maßnahmen der ungarischen Regierung scheinen ja förmlich darauf zugeschnitten zu sein, die österreichischen Verbraucher in eine fürchterliche Klemme einzuzwängen, denn alljährlich beobachten wir in Ungarn dieselben Erscheinungen: ein nahezu schrankenloses Recht der Selbstversorgung, solange genügende Vorräte vorhanden sind, ein mit dem Erntergebnis in auffälligem Mißverhältnis stehender hoher Anfaß des zulässigen Eigenverbrauchs. Es ist unsagbar traurig, daß sich noch immer die Einsicht nicht durchringen konnte, daß es in zwei so eng verwachsenen Staaten ausgeschlossen sein muß, daß die Bewohner des einen Staates ihre Mehl- und Brotversorgung nicht viel anders als in Friedenszeiten haben, während die Bewohner des anderen Staates im zweiten Kriegsjahr verschimmeltes Maisbrot essen müssen und im dritten Kriegsjahr sehr oft überhaupt nicht wissen, ob und welches Brot sie von heute auf morgen zu essen bekommen werden. Dieser Zustand muß um so peinlicher empfunden werden, als die ungarische Landwirtschaft hiedurch die Folgen ihrer technischen Mängelhaftigkeiten und überlebten Wirtschaftsmethoden auf uns überwältigt, obschon die hohen Getreideschugzölle hauptsächlich der ungarischen Landwirtschaft zugunsten gekommen sind.

Schwäche der Verwaltung, vereint mit einem nur wenig ausgeprägten geschlichen Sinn weiter Bevölkerungskreise, haben die Wirkung selbst der besten Maßnahmen abgestumpft; die heilsamsten staatlischen und städtischen Verfügungen können nur dann vollen Erfolg bringen, wenn sie bis zum letzten Buchstaben erfüllt werden und ihre Ausführung durch keinerlei Schliche und Schiebungen durchkreuzt wird. Buchstäblich in zwölfter Stunde ist der Versuch unternommen worden, sämtliche Angelegenheiten der Lebensmittelversorgung in einer selbständigen, außerhalb der Ressortministerien stehenden Zentralbehörde für die Volksernährung zusammenzufassen, der das Recht zusteht, mit verpflichtender Wirkung für alle Behörden, Ämter und Gemeinden für die menschliche und für die tierische Ernährung die Erzeugung, Verarbeitung, Vorratserhebung, Ausbringung, Verteilung, den Verbrauch und die Preisbestimmung zu regeln. Diese Aufgaben sind wirklich keine geringen. Wenn einmal in Ruhe die Geschichte dieses Wirtschaftskrieges wird geschrieben werden, dann wird auch der breiten Oeffentlichkeit klar werden, welche ungeheure Summe von Beamtentüchtigkeit und kaufmännischer Begabung in rastloser, hingebungs voller, Geist und Leib erschöpfender Arbeit tätig war, um dieses in der Weltgeschichte einzig dastehende Wirtschaftsproblem befriedigend zu lösen. Nicht an den einzelnen Personen, nicht an einzelnen Organisationen, auch nicht an den an und für sich zumeist zweckdienlichen Verordnungen ist es gelegen, daß der angestrebte Erfolg ausblieb. Sondern hauptsächlich daran, daß in der verwirrenden Fülle von Organisationen keinerlei Einheitlichkeit der Grundsätze herrscht, daß nicht eine einzige eiserne Hand die gleichmäßige und strenge Durchführung aller Maßnahmen sichert. Dieser Wollenbruch von sich überstürzenden Schutz- und Abwehrmaßnahmen brachte in das gesamte Wirtschaftsleben Verwirrung und das Ergebnis aller Verordnungen war zumeist eine heillose Unordnung. Auch blieb sehr oft die bestdurchdachte Verordnung, bis sie das Licht der Welt erblickte, wirkungslos, weil sie zu spät kam. Die von wirtschaftlichen Kriegsnotwendigkeiten gebotenen Maßnahmen müssen rasch getroffen und sofort durch-

geführt werden; was sich nicht bewährt, muß mit kurzem Entschluß über Bord geworfen, und wovon Ersprießliches erhofft wird, muß mit raschem Zugriff eingeführt werden. Vollkommen befriedigend dürfte die schwierigste Verwaltungsaufgabe in diesem vorgerückten Zeitpunkt wohl nicht mehr zu lösen sein, da wir ja selbst heute noch nicht den Bedarf und die Vorräte verlässlich kennen. Es muß aber ein Ende gemacht werden mit der heillosen, an mittelalterliche Zustände erinnernden Wirtschaft, daß Kronländer, Bezirke, Gemeinden sich ohne Rücksicht auf die notleidenden Nachbargebiete hermetisch abschließen. Der Angelpunkt unserer Versorgung mit Brot und Mehl liegt aber im dritten ebenso wie in den beiden vorangegangenen zwei Kriegsjahren in Ungarn, und wir wären von vielen Bitternissen in der Brotversorgung während der ganzen Kriegszeit verschont geblieben, wenn die Ernährungsfrage von allem Anfang an in beiden Reichshälften eine gemeinsame Angelegenheit, Oesterreich-Ungarn ein einziges einheitliches Wirtschaftsgebiet gebildet hätte. Auch mit der

zünftigsten Organisation, mit den schärfsten staatlischen Zwangsmitteln kann nur dann ein voller Erfolg erzielt werden, wenn sich der Einordnungssinn der Oeffentlichkeit hinzugesellt. Es fehlt bei uns noch, was dem deutschen Volke im Kriege steht, der scharf ausgeprägte Sinn für Gesehlichkeit, und deshalb verlagern zumeist die besten Maßnahmen in der Praxis. Wie aber die Bevölkerung mit Recht immer wieder ermahnt wird, ihr soziales Gewissen zu schärfen, so hat sie auch das Recht, zu fordern, daß mit Tatkraft darauf geachtet wird, daß die Opfer von allen gleichmäßig, ohne Unterschied des Standes und Vermögens, getragen werden. Wenn die Bevölkerung diese unerschütterliche Bewußtheit haben wird, dann wird sie sich auch aus innerer Heberzeugung ins Unvermeidliche fügen; aber sie darf nicht sehen auf der einen Seite bittere Entbehrung, auf der anderen ungeschmälerete Lebenshaltung; auf der einen Seite lediglich Naturprodukte, auf der anderen Seite gesundheitschädliches Gefusel, Surrogat genannt; auf der einen Seite peinliche Warenentblöhung, auf der anderen Seite Warenzurückhaltung.

Der Redner hält die gegenwärtige Lage für die schwerste Stunde unserer wirtschaftlichen Gegenwehr" und darin hat er sicherlich recht. Daß in dieser schwersten Stunde auch Ungarn Anteil an den gemeinsamen Pflichten hervorgehoben wird, ist nicht minder billig und zeitgemäß!

**Die Gemeinde und die Lebensmittel-Zentralen.**

Eine Rede des Bürgermeisters.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner sprach heute abend in der Bürgervereinigung Landstraße. Der Festsaal des Gemeindehauses war dichtgedrängt. Nach einer Begrüßung durch den Bezirksvorsteher Spitaler besprach Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Approvisionierungsverhältnisse und fuhr dann fort:

Es ist mir nicht unbekannt geblieben, daß gelegentlich die Wiener Bevölkerung für manches Aergernis und für manche Enttäuschung auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung den Bürgermeister und die Gemeindevertretung verantwortlich macht. Obwohl ich das feste und tiefbegründete Bewußtsein habe, daß ich meine Pflicht erfüllt habe und solche Vorwürfe mich billigerweise nicht treffen können, kann ich meinen Mitbürgern dennoch darum nicht gram sein. Der Bürgermeister ist ihnen eben näher, greifbarer, unmittelbarer als die staatliche Verwaltung. Ihn haben sie gewählt, er ist Fleisch von ihrem Fleische, Blut von ihrem Blute; die staatliche Verwaltung thront über den Wolken, ist nicht von der Bürgerschaft eingesetzt, ist von ihr unabhängig. Die Bevölkerung hat auch soviel von den Approvisionierungsmaßnahmen der Gemeinde Wien gelesen, daß sie geneigt ist, von diesen mehr

zu erwarten, als sie geben können. Der Approvisionierungstätigkeit der Stadt Wien sind heute recht enge Grenzen gesetzt.

**Vergebliche Vorschläge und Anregungen.**

Es gab eine Zeit, in der die Gemeinde Wien noch hätte als Käuferin auf freiem Markte erscheinen, Vorräte heranziehen und sachgemäß bewirtschaften können. In dieser Zeit ist der Bürgermeister — das kann ich Ihnen versichern — oft und oft zu den maßgebenden Stellen gegangen, hat dieses und jenes vorgeschlagen, aber selten mit seinen drängenden Vorschlägen Erbhörung gefunden. Wenn einmal die Wirtschaftsgeschichte dieses großen Krieges geschrieben werden wird, wird die Darstellung dieser vielen vergeblichen Gänge und dieser zahlreichen zu Boden gefallenen Vorschläge und Anregungen eines der unerfreulichsten, aber auch eines der interessantesten Kapitel sein!

Die Leistungen deutscher Großgemeinden sind nirgends eifriger, nirgends gespannter verfolgt, nirgends genauer verzeichnet worden, als im Wiener Rathause. Was uns nach Sachlage und Verhältnissen durchführbar, übernehmbar schien, haben wir sofort begierig ergriffen und anzuwenden versucht. Für die Durchführung einstehen konnten wir aber nur, soweit wir im eigenen Wirkungskreise zu handeln vermochten.

**Die Gemeinde ein Verteilungsapparat geworden!**

Viel kostbare Zeit ist mit Zuwarten vergangen, Importe aus dem Auslande wurden langsam unmöglich, und schließlich kam jenes Netz von Kriegszentralen, welches jeder nichtstaatlichen Initiative auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung — also auch jener der Gemeinde Wien — ein Ende machte. Wir können heute nicht mehr selbst als Beschaffer von Massenartikeln ersten Bedarfes auftreten, wir sind ein Verteilungsapparat geworden!

**Wer hat also die Verantwortung zu tragen?**

Ich bin gewiß bereit, alles zu verantworten, was ich getan oder unterlassen habe, aber das will ich einmal klar und bestimmt aussprechen: Die eigentlichen Herren, Gebieter und Verantwortungsträger des Lebensmittelmarktes sind die Zentralen! Die Gemeinde hat wenig mehr zu sagen. Es ist hoch an der Zeit und sehr erwünscht in jedem Betracht, daß die Zentralen nunmehr selbst unter eine Zentrale gestellt worden sind, daß im Amte für Volksernährung eine Ueberwachungsbehörde für den ganzen Staat entstanden ist. Hoffentlich wird jetzt manches besser werden. Soweit die Verteilungsfunktion der Gemeinde Wien in Frage kommt, haben wir schon vieles geleistet und werden fortfahren, unermüdet daran zu arbeiten, daß die Verteilung gerecht und ohne Zeitverlust für die Bevölkerung vor sich gehe.

### Das Ernährungsamt.

Wien, 5. Dezember.

Mit dem 1. Dezember hat das Ernährungsamt seine Tätigkeit begonnen. Die Beamten desselben werden keinen eigenen Status bilden, sondern in dem Stande der Zentralstellen, denen sie bisher angehört haben, verbleiben und werden dem Ernährungsamte für die Dauer seiner Wirksamkeit zugewiesen. Die Zuteilung erfolgte aus dem Ministerium des Innern, dem Handels- und Ackerbauministerium.

Aus dem Ministerium des Innern werden dem Ernährungsamte außer dem zweiten Vizepräsidenten Hofrat Baron Fries, noch Ministerialsekretär Dr. Degischer, Ministerialvize sekretär Baron D'Elvert, Dr. Salbau und Bezirks hauptmann Graf Odojredi angehören. Aus dem Ackerbau ministerium wird dem Ernährungsamt Ministerialvize sekretär Dworak, der dort das Referat über Futtermittel hatte, zu geteilt werden.

Aus dem Handelsministerium werden fast alle Kräfte des Departements, das sich bisher mit den Ernährungsfragen be schäftigte, abgezogen. In diesem Departement werden Ministerialsekretär Dr. Grünberger, der die Fragen der ämischen, der Stickstoffdünger, Schwefelsäure, Schwefel kieselindustrie und der Knochenzentrale bearbeitete und even tuell noch ein anderer Beamter verbleiben; dem Ernährungs amte werden der Referent des erwähnten Departements des Handelsministeriums Ministerialrat Dr. Löwenfeld-Deuß, die Ministerialvize sekretäre Sauer und Doktor Mažanec, welche sich mit der Zuder, Spiritus- und Melassefrage beschäftigten, und Ministerialsekretär Syro warka, der die Angelegenheiten der Kartoffelstärke- und Kaffeeurrogotenversorgung bearbeitete, zugeteilt. Ueberdies wird dem Ernährungsamte Ministerialvize sekretär Csekera zugeteilt, der sich mit der Kartoffelfrage befaßt hat.

Infolge der starken Kräfteentziehung in diesem Departe ment des Handelsministeriums, aus welchem eine Reihe von Agenden an das Ernährungsamt übertragen werden, dürfte in Zukunft eine Neuerteilung der Ernährungssektion des Handelsministeriums eintreten, die möglicherweise auch auf andere Sektionen des Handelsministeriums zurückwirken wird.

5./XII. 1916

(Die neuerliche Requirierung.) Die Regierung hat am 28. November eine Verordnung erlassen, in der sie das Landes-Volksernährungsamt ermächtigt, die bei Produzenten oder bei Nichtproduzenten (Industrieunternehmen, Mühlen oder Kaufleuten, sowie in Privathaushaltungen) befindlichen Vorräte an zur menschlichen Ernährung verwendbaren Produkten und Mahlprodukten für die Zwecke des öffentlichen Bedarfs zu requirieren. Auf Grund dieser Ermächtigung hat das Landes-Volksernährungsamt, wie bereits gemeldet, in Angelegenheit der Durchführung der neuerlichen Requirierung an sämtliche Municipien des Landes eine Verordnung erlassen. Im Sinne dieser Verordnung müssen auf dem Gebiete aller Komitate und aller getreideproduzierenden Städte sämtliche Getreidearten, Mahlprodukte und Hülsenfrüchte in der kürzesten Zeit requiriert werden, damit einerseits der ganzjährige Getreide- und Mehlbedarf der

Armee, andererseits aber der Bedarf der der behördlichen Versorgung teilhaftig werdenden bis zur nächsten Ernte unbedingt gedeckt werden könne. Das Landes-Volksernährungsamt wird für jedes Municipium ein entsprechendes Getreidekontingent bemessen, in das außer Weizen, Roggen und Halbsucht auch Gerste, Mais, Hirse, Buchweizen (Seidekorn) und deren Mahlprodukte, sowie auch sämtliche Hülsenfrüchte eingerechnet werden, die das Municipium im Laufe der Requirierung einliefert. Damit den ersten Beamten der Municipien die entsprechenden Mittel zur Eintreibung des Kontingents in seiner vollen Gänge zur Verfügung stehen, hat der Präsident des Landes-Volksernährungsamtes Baron Ludwig v. Kúrtly auf Grund der in der erwähnten Regierungsverordnung erhaltenen Ermächtigung den auf die Durchführung der neuerlichen Requisition bezüglichen Teil des diesem Amte übertragenen Wirkungskreises für die Dauer der ganzen Requirierung den Vizegespanen, beziehungsweise Bürgermeistern, eventuell ihren zu diesem Behufe entsendeten Delegierten übertragen. Der Präsident hat sich jedoch naturgemäß die Aufsicht über das Verfahren und das Recht der im Zusammenhange damit eventuell notwendig werdenden Verfügungen vorbehalten. Die Verordnung macht den ersten Beamten des Municipiums persönlich für die genaue Durchführung der Maßnahmen verantwortlich, sie berechtigt ihn aber auch, die näheren Verfügungen für das Gebiet seiner eigenen Behörde selbständig festzustellen. Sie gibt ihm namentlich die Möglichkeit, hinsichtlich der Kopfquote zu verfügen bei der Feststellung des Getreides und der Mehlmenge, den Vorrat des Besitzers an Hülsenfrüchten, Mais, Hirse, Kartoffeln, Buchweizen usw. und mit Berücksichtigung des landwirtschaftlichen Gesindes und der Arbeiter die vertragsmäßige Produktmenge nach der Kopfquote herabzusetzen, sowie die Requirierung auf die Privathaushalte und Nichtproduzenten auszu dehnen. Die Verordnung macht die Behörden aufmerksam, Gerste für die Viehfütterung nur höchst ausnahmsweise zurückzubehalten und Hirse für die Viehfütterung überhaupt nicht in Rechnung bringen zu lassen. Hinsichtlich der Einlieferung der requirierten Vorräte empfiehlt die Verordnung den Behörden, die kleinen Posten in ad hoc zu errichtende Notmagazine einzuliefern. Hervorzuheben ist, das für die neuerliche Requirierung, die im ganzen Lande bis zum 15. Januar abgewickelt sein muß, während der ganzen Dauer des Verfahrens und in jeder Gemeinde das Militär systematisch in Anspruch genommen werden wird, was einerseits aus dem Gesichtspunkte der genauen Aufnahme der Vorräte sehr wirksam sein wird, andererseits vor dem Besitzer des Vorrates unmittelbar zum Ausdruck bringt, daß die Requirierung vornehmlich den Zwecken der Armee dient. Alle Refurse gegen die Requirierung sind bei der kompetenten Verwaltungsbehörde erster Instanz anzumelden.

**Die Verwendbarkeit des isländischen Moores.**

Zu der letzten Sitzung der Gesellschaft der Aerzte in Wien sprach Prof. Dr. G. N i e h l über einen neuen Fetterfah für dermatologische Zwecke. Der betreffende Körper wird dem isländischen Moos entnommen und ist leicht konservierbar. Die daraus hergestellte Salbe bewährt sich, wie die Vorführung Geheilter bewies, recht gut. Der hohe Gehalt an Kohlehydraten legt auch den Gedanken nahe, isländisches Moos als Nahrungsmittel zu verwenden. Prof. N i e h l schilderte einen von ihm selbst gemachten Versuch, gepulvertes isländisches Moos als Zusatz zum Brot zu verwenden, und demonstrierte der Versammlung das Versuchsbrot. Das Brot wird durch den Zusatz etwas dunkler, ohne daß der Geschmack wesentlich beeinträchtigt würde. Da die Kohlehydrate des isländischen Moores im Wasser leicht löslich sind, ist die Möglichkeit, sie als Nahrungsmittel zu benutzen, gegeben. Vor allem dürfte sich das isländische Moos als Futtermittel für unsere Haustiere eignen, da es ja das Hauptnahrungsmittel der Rentiere bildet. Man könnte so einen Teil der üblichen Futtermehle für menschliche Nahrung ersparen.

## Rumänien und unser Ernährungsproblem.

Von einem Kenner der rumänischen Agrarverhältnisse.

Der siegreiche Vormarsch unserer Truppen und ihrer Verbündeten in Rumänien dürfte auch für die Lösung des für die Zentralmächte so wichtigen Ernährungsproblems von weittragender Wichtigkeit sein; denn es ist kein Zweifel, daß sich schon in dem gegenwärtig eroberten Lande sehr große Mengen verschiedener Getreidesorten befinden. Sowohl die Ernte aus dem Jahre 1915, wie auch dem heurigen Jahre ist ja dort unverkauft geblieben, während die Gutsbesitzer und Bauern infolge der von der Regierung diktierten Minimalpreise für den inneren Konsum mit dem Abtransport an die großen Dampfmühlen, vor allem aber in die an der Donau gelegenen Getreidespeicher zurückhielten. Wohl befinden sich die am meisten leistungsfähigen Dampfmühlen Rumäniens in den von den Russen und Rumänen besetzten Bezirken Botoschani, Dorohoi, Dolj, Mehedinzi und Braila, doch dürfte kaum Zeit gewesen sein, auf den einzigen aus den beiden Walacheien nach der Moldau laufenden Schienenstrang auch nur das in jenen Landes teilen auf den Markt gelommene Getreide nach dem Osten und Nordosten des Königreiches zu verfrachten. Die riesigen Getreidespeicher (Elevatoren) in Galatz und Braila, die ungefähr über je zweihundert Silos verfügen, von denen die eine Hälfte je 100, die andere 50 Tonnen Getreide faßt, können trotzdem nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der rumänischen Ernte bergen. In Friedenszeiten wurden auf den Docks von Galatz und Braila ungefähr 350.000 bis 400.000 Tonnen Getreide behandelt.

In Rumänien waren jährlich durchschnittlich 45.000 Quadratkilometer mit Getreide bebaut, das sind ungefähr 10.000 Quadratkilometer mehr als in England. In der Ausdehnung des Getreidebodens wird Rumänien nur von Rußland (640.000 Quadratkilometer), Nordamerika (590.000 Quadratkilometer), Oesterreich-Ungarn (150.000 Quadratkilometer), Frankreich (148.000 Quadratkilometer), Deutschland (140.000 Quadratkilometer), Italien (75.000 Quadratkilometer) und Argentinien übertroffen; da aber von diesen Ländern bloß Rußland, Nordamerika und Argentinien für die Ausfuhr in Betracht kommen, so steht Rumänien als getreideausführendes Land im Welthandel schon an vierter Stelle. Seine Anbaufläche für Weizen hat sich seit den letzten Jahren stets vergrößert. Man kann mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß von den beiden Ernten 1915/1916 mindestens 4 Millionen Tonnen Getreide und öhaltige Samensrüchte noch im ganzen Lande lagern, und daß von dieser großen Masse, gering geschätzt, sich mindestens zwei Millionen Tonnen, das sind zwanzig Millionen Meterzentner, in der kleinen und großen Walachei befinden. Dieses Quantum würde daher einschließlich der von den betreffenden Ländern produzierten Getreidemengen genügen, um die Bevölkerung Mitteleuropas bis über die nächste Ernte hinaus zu versorgen.

Weniger Hoffnungen darf man sich auf den angeblichen Tierreichtum Rumäniens machen. Das Land hat wenig Rindvieh, wohl aber ziemlich große Herden von Schafen. Für die Ernährungsbedürfnisse der Bevölkerung Mitteleuropas kommt übrigens der rumänische Viehstapel weniger in Betracht als die großen Maismassen, die zur Mästung der bei uns zulaufenden und in Serbien stehenden oder leicht aufzuchtbaren Fettschweine Verwendung finden werden.

Das Zurückweichen der rumänischen Streitkräfte in der großen und kleinen Walachei vernichtet die englische Spekulation, die darauf gerichtet war, die durch Waffen unbesiegbare Kraft der Zentralmächte durch Aushungerung ihrer friedlichen Bevölkerung zu brechen.

**Die Verhandlungen über die Volks-  
ernährung.**

Abends empfing Kaiser Karl den Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber, der vormittags vom deutschen Kaiser empfangen worden war, in Audienz, um sich über das Ergebnis der gepflogenen Verhandlungen berichten zu lassen, und zog den Ministerpräsidenten sowie den Vizepräsidenten des Amtes für Volksernährung Hofrat Baron Fries der Hofstafel zu.

## Die Mitwirkung der Bevölkerung bei der Lösung der Ernährungsfrage.

Von Hofrat Dr. v. Scheindler.

In dem warmen Appell an die deutschen Verwaltungsbehörden und an die Landwirtschaft, den das Schreiben des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg an den deutschen Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg enthält, ist das offene Bekenntnis von größter Wichtigkeit, daß mit staatlichem Zwang erfahrungsgemäß nur wenig erreicht werde und nur von einer umfassenden, großzügig organisierten Propaganda zugunsten der Lebensmittelversorgung Erfolg zu erwarten sei. Da ich diesen Gedanken im Kreise von Freunden entwickelt habe, noch ehe ich von dem erwähnten Schreiben Kenntnis erhielt, finde ich den Mut, die Öffentlichkeit auf einen erfolgversprechenden Weg dieser Propaganda hinzuweisen.

Auch bei uns kann man es so ziemlich als die allgemeine Ueberzeugung bezeichnen, daß von den unentbehrlichen Lebensmitteln als Mehl, Fett, Eiern, von der Landwirtschaft nur ein Teil des gewonnenen Ertrages der Allgemeinheit überlassen, ein bedeutender Ueberschuß über den Eigenbedarf jedoch zurückgehalten wird. Daran wird auch eine nachträgliche, allgemeine strenge Vorratsaufnahme wenig ändern. Der Fehler, der einmal gemacht worden ist, läßt sich so leicht nicht wieder gut machen, das Mißtrauen, das dadurch geweckt worden ist, nicht so schnell wieder bannen. Solange nämlich die Nation für den eigenen Verbrauch weit hinter dem wirklichen Bedarf der Landbevölkerung zurücksteht, ist es begreiflich, daß der einzelne Bauer zunächst für sich sorgt, und reichlich sorgt und eben verheimlicht, was er glaubt, selbst notwendig zu haben. Ja, Aengstlichkeit und Kleinlichkeit bestimmen ihn, sogar an die entferntere Zukunft zu denken und mehr noch, als er zunächst tatsächlich braucht, zurückzuhalten.

Darum empfiehlt es sich, in Zukunft zunächst die Quote für den Selbstverbrauch möglichst hoch zu bemessen.

Die aufklärende Propaganda aber wird meines Erachtens nur dann einen fühlbaren Erfolg haben, wenn es gelingt, dafür die Männer zu gewinnen, die den größten Einfluß auf unsere Landbevölkerung besitzen, ich meine neben der Lehrerschaft in erster Linie unsere Geistlichkeit. Sie kann es um so leichter, weil es in ihren erhabenen Pflichtenkreis gehört, der menschlichen Selbstsucht entgegen zu wirken und die Herzen für die Notleidenden aufzuschließen. Ich kann hiesfür aus meiner Erfahrung eine sehr bezeichnende Tatsache anführen. Ein mir befreundeter katholischer Religionslehrer an einem Gymnasium auf dem flachen Lande hielt vor kurzem in zwei nicht gar großen Gemeinden „Rote Kreuz“-Predigten. Der Erfolg war, wie ich von ihm selbst weiß, ungeheuer. Ich habe mir nur die Zahl von 18.000 Stück Eiern genau gemerkt, die daraufhin in wenigen Tagen für das „Rote Kreuz“ zusammenkamen; dazu gingen noch so und so viele Kilogramm Butter, Schweinefett usw. von diesen zwei Gemeinden ein. Ohne die Predigten wären alle diese Dinge bei den einzelnen Bauern geblieben. Daraus ersieht man, was alles vorhanden ist, und daß es nur darauf ankommt, es hervorzuholen.

Ein Zweites ist allerdings noch nötig, daß nämlich unsere Verwaltungsbeamten das Um und Auf oder doch die Hauptsache ihrer Tätigkeit nicht im Erledigen von Akten erblicken; sondern dazu gebracht werden, von allem im persönlichen Verkehr aufklärend und richtunggebend auf die Bevölkerung zu wirken, und zwar nicht bloß auf die unterstehenden offiziellen Organe, wie Gemeindevorsteher usw. auf den sogenannten Amtstagen sondern Tag für Tag auf jeden einzelnen der einflußreicheren Inassen ihres Bezirkes.

Das Volk will nicht bloß starke, entschlußfähige Beamte sehen, sondern auch Beamte, die sein volles Vertrauen genießen, von denen es überzeugt ist, daß sie nur sein Bestes wollen; dann ist alles von ihm zu haben. Wie wertvoll auch in diesem Betracht die Mithilfe der Geistlichkeit ist, bedarf wohl keiner weiteren Erörterung.

Demgegenüber läßt sich bei der städtischen Bevölkerung ein Erfolg viel schwerer erzielen; denn unstreitig wird auch von ihr durch unvernünftige Anhäufung unentbehrlicher Nahrungsmittel der Allgemeinheit nicht wenig entzogen. Auch hier wird man auf die gutwillige Mitwirkung nicht verzichten dürfen; doch muß für den Fall der Nutzlosigkeit dieses Appells an das soziale Gewissen damit allerdings die Androhung der größten Strenge ohne Ansehen des Standes und der Person einhergehen.

Z. XI. 1916

## Die Verpflegsfragen.

### Ernährungsprobleme und Ernährungsamt.

Die Errichtung des Volksernährungsamtes, das mit 1. Dezember aktiviert wurde, gibt den Anstoß zu öffentlichen Erörterungen. Der Gemeinderat hat einstimmig seine Forderungen formuliert, die an das neue Amt zu stellen sind und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß nach einer Periode des Stillstandes und der Desorganisation endlich Taten sichtbar hervortreten. Gestern hielt Handelskammerrat Fritz Mendl im Saale des Industriehauses einen Vortrag über das Ernährungsproblem im dritten Kriegsjahr und über die Aufgaben des Volksernährungsamtes. Diese öffentlichen Kundgebungen bringen das Verlangen zum Ausdruck, im Gegensaße zu dem bislang geübten System sich in freimütiger Aufklärung zu betätigen und frei von den Fesseln der Zensur an der Lösung des gegenwärtig wichtigsten Problems mitzuarbeiten.

Handelskammerrat Mendl betonte in seinem Vortrage, das Haupthemmnis gegen eine gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel sei der veraltete Verwaltungsapparat, das Aufrechterhalten der Länder- und Bezirksgrenzen. Das ganze Staatsgebiet wäre in kleine Sprengel einzuteilen, damit die einem Sprengel vorstehende Person in der Lage ist, aus eigener Anschauung die Verhältnisse aller einzelnen Produzenten kennen zu lernen. In den einzelnen Sprengeln müssen alle landwirtschaftlichen Produkte, die auf den Markt gelangen sollen, aufgebracht werden. Bei dem gegenwärtigen System hat jeder Bezirkshauptmann das Interesse, daß sein Bezirk versorgt ist und jeder Gemeindevorsteher das Interesse an seiner Gemeinde, deshalb sei bei der Ausbringung von Lebensmitteln eine passive Resistenz nicht zu vermeiden. Es ist z. B. im gegenwärtigen Augenblicke der Gemeinde Wien nicht möglich, gekauftes Heu nach Wien zu bringen, weil die Bezirkshauptmannschaften sich noch immer trotz aller Verordnungen absperrten. Nach einigen Mitteilungen aus seinen Erfahrungen, welche die von den Landeschefs und Bezirkshauptleuten geübten Maßnahmen illustrierten, betonte der Vortragende die Notwendigkeit, daß mit der Er-

fassung der Nahrungs- und Futtermittel Organe betraut werden, die dem Ernährungsamt direkt unterstehen. Diese Organe dürfen in normalen Zeiten nicht in den Bezirken wohnen, in welchen sie ihre Funktionen ausüben; sie sollen durch ortsanässige Kaufleute und Landwirte unterstützt werden, die lokalen Interessen würden durch diese genügend gewahrt bleiben.

Eine große Schwierigkeit für die Nahrungsmittelproduktion entsteht daraus, daß nicht alle Futtermittel beschlagnahmt sind. Das Ernährungsamt hätte zu bestimmen, was aus jedem Futter erzeugt werden müsse, ob Milch, Fett, Fleisch, Eier oder tierische Kraft, da mit denselben Futtermitteln die verschiedensten Resultate erzeugt werden können. Dabei werde eine Preiskontrolle notwendig sein, damit nicht die unsinnige Preistreiberei weitere Fortschritte mache. So wurden z. B. Eicheln, die die Futtermittelzentrale aus dem Auslande kaufen wollte, durch Kaffeesurrogaterzeuger im Preise so hoch getrieben, daß ein Ankauf nicht mehr möglich war. Ebenso wichtig ist es, daß nicht fixe, sondern variable Rationen festgesetzt werden. Große Städte müßten in Bezirke von 20.000 bis 30.000 Personen geteilt und in diesen möglichst wenig Abgabestellen errichtet werden, nur so viel, daß eine Abfertigung, ohne das Publikum warten zu lassen, möglich sei. Durch eine geringere Zahl von Verkaufsstellen werde die Kontrolle wesentlich erleichtert und seien Mißbräuche weniger möglich. Das Ernährungsamt werde nicht nur in die Einzelwirtschaft des Landwirtes oder städtischen Betriebes eingzugreifen haben, es werde auch z. B. entscheiden müssen, ob sämtliche in den Städten beschäftigten Pferde zur Leistung desjenigen Effektes, dem sie jetzt dienen, notwendig sind. Wenn in Wien statt der 25.000 Pferde zur selben Leistung nur 20.000 Pferde verwendet werden und hierfür 5000 Kühe erhalten werden, so bedeutet das eine Mehrproduktion von 50.000 Liter Milch pro Tag in Wien. In Wien werden täglich etwa 20 Waggons Mehl im Detail verkauft. Im Interesse des Fuhrwerkes und der Arbeitersparnis sollte der Verschleiß auf die einfachste und rationellste Weise durchgeführt werden, der Ueberschuß des rationell geführten Betriebes könnte wieder den betreffenden Geschäftsleuten zugute kommen.

Kammerrat Mendl führte noch einige Beispiele für die unrationelle Art der Versorgung mit Lebensmitteln an und wies auf seine bisher aber noch nicht durchgeführten Vorschläge zur möglichsten Zentralisierung der Lebensmittelverteilung hin. Er habe, schloß der Vortragende, die volle Ueberzeugung, daß wenn Zivil und Militär in Oesterreich eine Approvionierungseinheit bilden, wenn begriffen wird, daß die Ernährung unserer Bevölkerung Selbstzweck, Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Industrie nur Mittel zu diesem Zwecke sind, wenn das neue Amt für Volksernährung den Mut hat, nach allen diesen Seiten die Interessen der Allgemeinheit zu verteidigen, wir durchhalten werden. Diesen Ausführungen folgte lebhafter Beifall.

**Beschwerden aus Verbrauchertreuen.**

Das Bestreben der verschiedenen Konsumentenorganisationen, ihren Mitgliedern den Einkauf vieler unentbehrlicher Lebensmittel zu ermöglichen und zu erleichtern, verdient zweifellos alle Anerkennung. In dieser Zeit der Knappheit und des Mangels an Artikeln für den täglichen Bedarf erweist sich die Fürsorge der Leitungen dieser Vereinigungen zum Wohle der organisierten Verbraucherschaft äußerst segensreich. Daß bei dem Warenausgebot mitunter Unregelmäßigkeiten sich ergeben, ist kaum zu vermeiden. Wohl aber sollte strenge die einwandfreie Qualität der zum Verkaufe gelangenden Lebensmittel kontrolliert werden. Eine Hausfrau schreibt uns, daß kürzlich im Magazin der „Kohö“ verdorrte Äpfel und „wildes“ Hammelfleisch verabreicht wurden. Es mag vorkommen, daß unter den großen Mengen der abzulebenden Ware trotz sorgfältiger Durchsicht einzelne Stücke minderer Güte unausgeschieden bleiben, keinesfalls darf aber direkt zum Genuß ungeeignetes Obst oder Fleisch verkauft werden. In einer anderen Zuschrift wird über ungenaue Verkaufsaufschriften des Ersten Wiener-Konsumvereines Klage geführt. Kürzlich war für alle Filialen der Verkauf polnischer Gänse angekündigt; Hausfrauen, die sich am bezeichneten Tage einfanden, erhielten den Bescheid, daß sie ohne Vormerkung nichts bekommen, ohne daß dieser Umstand früher angekündigt war. Die Mitglieder erwarten von der Leitung des Ersten Wiener Konsumvereines und dem Personal die kaufmännische Führung der Betriebe und nicht die Anwendung bürokratischer Grundsätze, die nur unnötige Verdrießlichkeiten und Nachteile für die Kunden im Gefolge haben.

8./XII. 1916

**Die Versorgung mit Lebensmitteln.****Die Knochenmühle.**

Der Kommandeur eines Landsturmbataillons schreibt uns:

Die Knochenmühlen gewinnen von 4—6 Pfund Knochen 1 Pfund vorzügliches Fett und etwa 3 Pfund Knochenmehl. Die meisten Knochen des Schlachttieres, bei dem Rindvieh sogar bis zu den Hufen herunter, können zur Gewinnung dieser für die Volksernährung so wichtigen Bestandteile ausgenutzt werden. Die organische Substanz der Knochen, „Ossein“, beträgt etwa 40 Prozent, die anorganische etwa 60 Prozent. Die Bestandteile des Knochenmehls sind: 85,62 Prozent phosphorsaurer Kalk, 9,06 Prozent kohlenaurer Kalk, 8,57 Prozent Fluor-Kalzium, 1,75 Prozent phosphorsaure Magnesia. Diese Bestandteile sind für die Vieh-Ernährung besonders wertvoll. Das Knochenmehl kann als Ersatzfutter verwandt werden. Es ist besonders beim Aufziehen von Jungvieh sehr zu empfehlen. Auch als Düngemittel, billiger Ersatz für Kunstdünger, eignet sich das Knochenmehl infolge seiner Substanzen vorzüglich. Die wertvollen Eigenschaften für die Gesamternährung drängen zu einer möglichst zahlreichen Einführung von Knochenmühlen. Bisher wurden viele Knochen als wertlos fortgeworfen oder verbrannt. Dem Volkswohl gingen dadurch bedeutende Hilfsmittel verloren. Der Preis solcher Knochenmühlen beginnt von 120 M an. Die bei der Garnisonsschlächterei in Remagen kürzlich eingeführte Knochenmühle kostete 180 M. Sie verarbeitet täglich die Knochen von Schlachttier für etwa 1000 Mann. Jede kleine Dorfgemeinde wäre in der Lage, sich mindestens eine derartige Knochenmühle zu beschaffen. Ausbildungskurse von zwei Tagen genügen zur Erlernung des Betriebes. Alles dies müßten die Landratsämter in die Wege leiten.

8. VII. 1916

## Die Ernährungsfrage bei Friedensschluß!

Von Dr. Graf v. Schwerin-Löwik,  
Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Vor einigen Tagen habe ich im „Tag“ zweierlei, wie ich glaube unumwiderleglich, nachgewiesen. Das eine, daß durch die wunderbaren Veränderungen, welche sich im letzten Kriegsjahr im Weltgetreidebau, und damit in der ganzen Weltmarktlage, vollzogen haben, die heutige wirtschaftliche Lage unserer Feinde, und namentlich Englands, eine viel bedrohlichere geworden ist, als die unsere. England und seine Verbündeten haben heute schon Hungerpreise, welche uns ganz unerschwinglich erscheinen würden und welche doch noch immer weiter zu steigen drohen. Wir können Hungerpreise und Hungersnot noch verhüten, wenn wir uns weiter einschränken wie bisher und unsere Lebensmittelherzeugung nicht zurückgehen lassen. Das andere aber: Wir werden in unserer Ernährung, wenn wir unsere Preise nicht auf die gegenwärtige Höhe der Weltmarktpreise steigen lassen wollen, noch jahrelang, ob Krieg oder Frieden, ganz und gar auf die Leistungsfähigkeit unserer heimischen Landwirtschaft angewiesen bleiben.

Was ich indessen, wie ich aus manchen Zuschriften ersehe, hierbei noch nicht klar genug zum Ausdruck gebracht habe, ist die weitere Folge, daß bei der gegenwärtigen Weltmarktlage ein Friedensschluß zwar unsern Feinden sofort eine ungeheure Entlastung bringen, dagegen unsere Ernährungsfrage kaum wesentlich verändern, sondern uns vielleicht gar noch um die zu erwartenden Zufuhren aus Rumänien und andern Okkupationsgebieten bringen würde. Nach den eignen Erklärungen des englischen Handelsministers Runciman wird England bei der Deckung seines Bedarfs für das nächste Jahr fast ausschließlich auf die Zufuhren aus Australien angewiesen sein. Da aber jede Verfrachtung von Australien nach England einen Zeitraum von etwa sechs Monaten erfordert, beansprucht sie naturgemäß auch eine viel größere Tonnage als gleiche Zufuhren aus Indien, Argentinien oder gar Nordamerika, mit nur ein- bis zweimonatiger Fahrzeit. Von der normalen Gesamttonnage Englands in Höhe von rund 20 Millionen Tonnen sind aber rund 10 Prozent — 2 Millionen Tonnen — versenkt, und weitere rund 20 Prozent — 4 Millionen Tonnen — für Kriegszwecke in Anspruch genommen. Bleiben also für die gesamte Vorräteversorgung Englands höchstens 70 Prozent der normalen Friedenstonnage = 14 Millionen Tonnen verfügbar. Und das zu einer Zeit, welche eine viel größere Tonnage als zu Friedenszeiten beansprucht, um dem Einfuhrbedarf Englands und seiner Verbündeten genügen zu können. Es ist wohl begreiflich, daß unter solchen Umständen in England und bei allen seinen Verbündeten die Sorge um die Volksernährung von Tag zu Tag steigt, und daß man sich nicht nur von der deutschen U-Boot-Plage befreit, sondern namentlich auch die Kriegstonnage für Nahrungsmittelverfrachtung freigeben sehen möchte. Denn jedenfalls wird man nur dadurch zu einer einigermaßen auskömmlichen Lebensmittelversorgung gelangen und ein weiteres Steigen der schon jetzt fast unerschwinglichen Lebensmittelpreise verhüten können. Für uns dagegen würde der Friedensschluß, wie gesagt, noch auf lange Zeit hinaus ohne jeden Einfluß auf unsere Lebensmittelpreise und auch auf unsere Vorräteversorgung bleiben, es sei denn, daß wir bereit wären, unsere Preise bis zu einer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erhöhen, wozu man sich wohl kaum entschließen dürfte. Wir bleiben eben nach wie vor auf uns selbst angewiesen. Unter diesen Umständen wäre es aber doch, mag unsere wirtschaftliche Lage so schwierig sein oder so schwierig werden, wie sie will, der reine Wahnsinn etwa ihretwegen Frieden zu schließen, so sehr wir auch sonst uns und der ganzen Welt den Frieden wünschen mögen.

Und auf eines noch möchte ich hinweisen. Von sozialdemokratischer Seite wird neuerdings immer häufiger gesagt, wir hätten im Kriege gelernt und würden noch mehr lernen müssen, unsere Volksernährung sozialistisch zu regeln, sozialistische oder kommunistische Wirtschaftspolitik zu treiben. Das mag bis zu einem gewissen Grade zutreffen. Wir haben nicht sozialistischer, wohl aber sozialer denken gelernt. Wir sind auf Gebeiß und Erwerb verbunden, uns unserer Volksgemeinschaft mehr bewußt worden. Wir sind durch unsere Absperrung vom Weltmarkt aus zu einer gewissen Gemeinbewirtschaftung unseres beschränkten Lebensmittelvorrates gezwungen worden, an der wohl niemand Gefallen findet. Aber das alles ist nicht, wie die Sozialdemokratie es immer verlangte, auf internationaler, sondern im Gegenteil auf ausschließlich nationaler Grundlage wachsen. Und was wir darum durch die Erfahrungen dieses Krieges noch viel mehr gelernt haben sollten als die derzeitige notwendige Gemeinbewirtschaftung unserer Vorräte, ist die unernde Notwendigkeit, uns selbst ernähren zu können, und damit der vollkommene Zwang zu einer ganz auf unsere Selbstversorgung gerichteten nationalen Wirtschaftspolitik. Ja! Mehr als das! Die derzeitige Gemeinbewirtschaftung unserer Vorräte würde vollkommen entbehrlich gewesen sein, wenn wir auch schon während dieses Krieges so ausreichend übersterzeugte Lebensmittel verfügt hätten, daß eine allgemeine Beschränkung des Verbrauchs nicht erforderlich gewesen wäre. Eine reale Sicherheit gegen die Wiederkehr eines solchen Ausgerungungskrieges, wie wir ihn jetzt zu bestehen haben, werden doch wohl nicht in sozialistischer Gemeinwirtschaft, von der niemand satt wird, sondern allein in der Steigerung unserer Lebensmittelherzeugung bis zu vollen und reichlichen Selbsternährung unsers Volkes zu haben. Daß dieses Ziel durchaus erreichbar ist, wird für jeden Kenner unserer neuzeitlichen Produktionsmöglichkeiten selbsthaft sein.

Der Stand der Approvisionierungsfragen in der Hauptstadt.

Der Bericht des Magistrats in der Generalversammlung.

Budapest, 10. November.

Der hauptstädtische Municipalausschuss hat heute nachmittag die Verhandlung des Magistratsberichtes über den Stand der Approvisionierungsfragen fortgesetzt und auch beendet.

Die Sitzung nahm folgenden Verlauf:

Vor der Fortsetzung der Debatte reflektierte Ludwig v. Folkusházy zunächst auf jenen Teil der in der vorigen Sitzung gehaltenen Rede Dr. Michael Szalai, in dem er die Pflaumenkäufe der Hauptstadt in Serbien zum Gegenstande einer abschließenden Kritik gemacht hatte.

Vorsitzender Dr. Bárczy bezeichnet die Behauptung Dr. Szalais, wonach derartige Käufe nur deshalb möglich seien, weil die Generalversammlung so selten einberufen werde, als unbegründet.

Dr. Michael Szalai bemerkt, daß der Bericht des Magistrats selbst genauere Aufklärungen über die Angelegenheit hätte enthalten sollen.

Alexander Háóthy: Was für Reden sind dies? Das ist ein sehr ernster Bericht.

Dr. Michael Szalai (zu Háóthy): Spielen Sie nicht den Präsidenten!

Alexander Háóthy: Ich protestiere nur gegen derartige Geheiden. (Lärm.)

Präsident Dr. Bárczy (zu Szalai): Der Bericht ist eine ernste Arbeit.

Der nächste Redner, Béla Bereczel, äußert zunächst den Wunsch, daß das Verbot des Verkaufs von Milchsaft auch auf die Kaffeeschenken und Gasthäuser im ganzen Lande ausgedehnt werden möge.

Dr. Georg Nigrinyi kritisiert die Maßregeln der Regierung und weist demgegenüber auf die ehrlichen Bemühungen des hauptstädtischen Magistrats zur Verbesserung der Approvisionierungsverhältnisse hin.

Ein Ruf: Das Papier ist zu teuer! (Seitertell.)

Schließlich beantragte Dr. Nigrinyi, daß der Magistrat verpflichtet werde, jeden dritten Monat Bericht über die Approvisionierungsverhältnisse zu erstatten.

Adolf Bed beschäftigt sich mit einzelnen Teilen des Berichtes, den er übrigens gern zur Kenntnis nimmt.

Eugen J. Kiss bemerkt, daß das Approvisionierungswesen bei uns ganz systemlos geleitet werde.

Karl Embert fordert, daß die Hauptstadt energisch gegen die Lebensmittelzentralen vorgehen möge.

Ludwig Herz beantragt, daß die Ausfuhr des im Schlachthause produzierten Fetts verhindert werde.

Desider Berleß wünscht, daß das Verbot, an Dienstagen und Donnerstagen zu öffentlichen Konsumzwecken Rinder zu schlachten, aufgehoben werde.

Julius Székula sprach über die Mittel zur Verbesserung der Transportverhältnisse.

Präsident schloß nun die Debatte.

Dr. Michael Szalai teilte, vom Schlußwort Gebrauch machend, mit, der Präsident des Volksnährungsamtes habe vor dem Redner erklärt, daß der Einführung von Zuckerkarten nichts im Wege stehe.

Magistratsrat v. Folkusházy rekapituliert sodann die von den einzelnen Rednern gestellten Anträge.

Der Bericht des Magistrats, sowie die darin enthaltenen Anträge wurden einstimmig angenommen.

Als nun Magistratsrat Ludwig v. Folkusházy die Referentenstraße verließ, bereiteten ihm die anwesenden Stadtpräsidenten warme Ovationen.

Kurz vor 7 Uhr begann die Verhandlung der übrigen Punkte der Tagesordnung.

(Von der Untergrundbahn.) Wir erhalten die folgende Zuschrift: Wer in der Mittagsstunde die Untergrundbahnstation Ede Andrássystraße und Vilmos-Csátháry-Straße betritt, kann tagtäglich die unerquicklichsten Szenen beobachten.

(Steuerbemessung.) Die Steuerbemessungskommissionen des VI. Bezirkes werden in der Zeit vom 13. bis 18. d. die Grundsteuer 2. Klasse der folgenden Steuerpflichtigen verhandeln:

## Die Verpflegungsfragen.

### Der Bürgermeister über die Volksernährung

In der stark besuchten Volksversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereins hielt Bürgermeister Dr. Weiskirchner einen Vortrag über: „Ernährungsfragen und Ernährungspolitik im Staat und in der Gemeinde“. Dem Vortrage wohnte der Minister für öffentliche Arbeiten, der Eisenbahnminister, der Statthalter, der Präsident des Ernährungsamtes Sektionschef v. Keller, dessen Stellvertreter Hofrat Baron Fries und viele andere Persönlichkeiten von Rang und Namen bei.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner führte unter anderem aus, er empfinde das Bedürfnis, das Thema über Ernährungsfragen und Ernährungspolitik im Kreise der Öffentlichkeit zu behandeln. Bisher hat sich solchen Erörterungen „die Dame in Weiß“ hemmend entgegengestellt, dagegen erschienen von Zeit zu Zeit offiziöse Artikel, welche unsere Approbationslage als geradezu glänzend hinstellten, so daß die Bevölkerung den Schluß ziehen mußte, als sei alles reichlich vorhanden. Allerdings standen die Tatsachen damit im Widerspruch. Daher muß ich einleitend als Prinzip für die Behandlung solcher Fragen aufstellen: Offenheit und Wahrheit. Wie soll ich auch die Bevölkerung zum Sparen und Haushalten anleiten, wenn immer und immer wieder von genügenden Vorräten gesprochen wird und auf den Märkten Knappheit in wichtigen Lebensmitteln herrscht. Die Bevölkerung Wiens hat mit so hingebungsvoller Geduld und Opferwilligkeit die unvermeidlichen Folgen des Krieges ertragen, daß ihr ruhig gesagt werden kann, dieses Lebensmittel ist knapp geworden, wir müssen sparen. Dabei bin ich der festen Überzeugung, daß in den Gebieten der Centralmächte tatsächlich solche Vorräte bestehen, um das Auslangen zu finden. Solche Vorräte bestehen aber nicht, um zu prassen und zu schleppen, und so wie in einer belagerten Festung muß auch bei uns an eine Rationierung oder Portionierung geschritten werden, um bei gerechter und gleichmäßiger Verteilung die Lebenshaltung aller Schichten der Bevölkerung ohne die Gefahr einer Unterernährung aufrecht halten zu können.

#### Das Uebermaß an Verordnungen.

Welche Maßnahmen sind nun zu diesem Zwecke notwendig? Sowohl unsere als die deutsche Regierung hat sich bald nach Kriegsausbruch für Zwangsmaßnahmen entschieden.

Der Bürgermeister wies auf die Rede des Justizministers hin, der das Uebermaß an Verordnungen als schädlich bezeichnete, er gebe ihm recht und gehe noch weiter: Die sieberhaft tätige Gesetzgeberei, welche in dem von der Regierung ihr selbst verliehenen wirtschaftlichen Absolutismus wurzelt, hat die Achtung vor den Gesetzen untergraben und andererseits in den breiten Massen die Meinung erweckt, daß die Regierung allmächtig sei. Auf den Stamm der politischen Verwaltung propfte man die Ernährungsfragen des Volkes. Der Bauer wurde zu einem Antke; er erhält die Aufträge der politischen Verwaltung, Aufträge, die einander überstürzen. Er soll dreschen, Kartoffeln ausnehmen, Grummet schneiden, die Winterfaat der Erde anvertrauen, alles fast zu gleicher Zeit, ohne Rücksicht auf die Witterungsverhältnisse und — dabei ist der Bauer gar nicht am Orte, er verteidigt im Schützengraben an feindlich bedrohter Grenze die heimatische Scholle, auf der Frauen, Greise und Kinder zurückgeblieben sind.

#### Die Höchstpreispolitik.

Der Wirkungskreis der Beamtenwelt hat sich vollständig geändert. Oberfinanzräte kauften plötzlich Mehl, Magistratsräte haben sich mit der Abgabe von Kartoffeln, Sauerkraut und Rüben zu befassen, Ministerialbizsekretäre werden Leiter von Lebensmittelmagazinen oder Vorstände von Gemeinschaftsküchen, kurz, die alten beruflichen Hände wurden ausgeschaltet und Männer mit Aufgaben betraut, die ihrem Bildungsstand und ihrem bisherigen Wirkungskreis völlig ferne liegen. Der legitime Handel wurde nahezu ausgeschaltet, als Ersatz wurden Zentralstellen und Syndikate geschaffen. In Verbindung mit diesen staatlichen Maßnahmen begann die Höchstpreispolitik. Ich habe stets der Einführung lokaler Höchstpreise für Wien widersprochen, weil sie stets zur Folge haben, daß die Beschickung der Märkte dann ausbleibt. Um die Waren zu erlangen, mußte man die Höchstpreise überbieten. Die Folge der Regierungsverordnung über die Festsetzung von Höchstpreisen für Schweine und Fett war das Veröden des Wiener Marktes und es sind nun sechs Märkte verstrichen, ohne daß auch nur ein Schwein den Markt betreten hätte. Der gemessene Handelsminister meinte, daß die ungarischen Märkte sehr bald nachgeben werden. Ich war nicht dieser Meinung und habe Recht behalten. Der Gemeinde Wien ist vor kurzem ein Offeri auf Schweinefett aus Ungarn zum Preise von 17 Kronen per Hilo überreicht worden. Das bedeutet eine Ueberschreitung der normierten Höchstpreise um 80.000 Kronen per Waggon. Ich habe dieses Offeri dem Grafen Stürgkh übergeben, damit der Herr Ministerpräsident die Wirkungen einer Regierungsverordnung ermessen könne. Ich weiß nicht, was darüber verfügt wurde.

Höchstpreise können nur dann zweckentsprechend und erfolgreich verordnet werden, wenn der Regierung die volle Verfügung über die mit Höchstpreisen belegte Ware zusteht und wenn der Höchstpreis den natürlichen Produktionskosten entspricht. Selbst das erweist sich in vielen Fällen noch nicht als genügend, wenn nicht gleichzeitig auch für die entsprechende Aufbringung der Ware, ihre Verkehrslegung und Verteilung gesorgt wird.

Ein Beispiel bietet gerade in letzter Zeit die Aufbringung der nötigen Menge Kartoffeln für Wien. Bereits im August war die Kartoffelversorgung Wiens bis weit in das nächste Jahr hinein festgelegt. Schon im September ergaben sich Schwierigkeiten und wir haben nun alle Anstrengungen zu machen, um nicht nur jene Kartoffelmengen zu bekommen, die für den Tagesbedarf der Wiener Bevölkerung nötig sind, sondern auch die Mengen, welche den

## Kriegs-Ernährungsfragen.

Von Dr. med. Alexander Lippich,

Privatdozent der Physiologie an der Universität Bern.

Die Feuerung war stets im Gefolge der Kriege da. Es gab Feuerung und Not im Dreißigjährigen Krieg, sie fehlten nicht im Siebenjährigen Krieg und in den Napoleonischen Kriegen, die über zwanzig Jahre gedauert haben. Stets stand im Kriege auch die Ernährungsfrage auf der Tagesordnung. So wie es heute der Fall.

Und doch ist es etwas ganz Besonderes um die Ernährungsfrage in dem heutigen Weltkrieg. Zunächst, weil niemals früher die Frage, ob die eine kriegsführende Partei ihren Bedarf an Nährstoffen wird decken können, von so entscheidender Bedeutung für den Ausgang des Ringens gewesen ist wie heute. Wohl rechnete zuweilen der Belagerer darauf, daß die Festung sich ergeben werde, wenn die aufgehäuften Vorräte zu Ende sein werden. Aber jetzt handelt es sich nicht bloß um die Frage, wie lange die Vorräte reichen werden. Es fragt sich vielmehr, ob die vorhandenen organisatorischen Kräfte ausreichen werden, um eine Versorgung mit Nahrungsmitteln aus eigener Kraft zustande zu bringen und um durch eine Regulierung der Verteilung der Nahrungsmittel dem Volke als einem Ganzen das nötige Minimum an Nährstoffen zu sichern. In allen Bestrebungen und Maßnahmen, die der Ernährungspraxis im Weltkriege zugrunde liegen, kommen in klarer Weise zwei grundlegende Tendenzen zum Ausdruck: Das Volk, soweit es sich um seinen Bedarf an Nährstoffen handelt, als ein Ganzes zu nehmen, wie ein Einzelindividuum, für das der Ernährungsphysiologe das Minimum festzusetzen hat, das aufgebracht oder erzeugt werden muß, damit der Bedarf an Nährstoffen gedeckt werden könne. Und dann Produktion und Verteilung von Nahrungsmitteln von einer zentralen Stelle aus zu leiten.

Gewiß hat es auch schon in früheren Zeiten Ansätze in dieser Richtung gegeben. Niemals aber in einem solchen Maße wie heute, und niemals, was die Lage von heute so sehr kennzeichnet, in so bewußter Weise.

Diese bewußte Einstellung in Volksernährungsfragen ward erst ermöglicht durch den ganz außerordentlichen Aufschwung, den die physiologische Wissenschaft, speziell die Ernährungslehre, im kurzen Zeitraum der letzten fünfzig bis sechzig Jahre erfahren hatte. In den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts setzte eine neue Richtung in der Ernährungslehre ein, die es als ihre Aufgabe betrachtete, bestimmte Normen für den Ausbau der Ernährung festzulegen, indem man die Ernährung einzelner Versuchsindividuen bei freier Wahl der Nahrung zu verfolgen suchte. Man ermittelte mit Hilfe der chemischen Analyse die Mengen von Eiweißstoffen, Fetten und Kohlehydraten, die die Versuchsindividuen zu sich nahmen. Die ermittelten Mengen — man sprach damals von einem täglichen Bedarf von etwa 120 Gramm Eiweißstoffen, 60 Gramm Fett und 400 Gramm Kohlehydraten (Stärke, Zucker) — wurden als das allgemeine physiologische Postulat betrachtet, dem die Menschen nach freier Wahl mit den mannigfaltigen Nahrungsmitteln tierischen und pflanzlichen Ursprungs entsprechen. Dann griff man zum Experiment, man untersuchte bei Mensch und Tier den Stoffwechsel, den Umsatz an Eiweißstoffen, Fetten und Kohlehydraten, man untersuchte die Abhängigkeit des Stoffwechsels vom Alter, vom Geschlecht, von der Temperatur, von der Körpergröße, man untersuchte den Einfluß der Arbeit auf die einzelnen Komponenten des Stoffwechsels. Einen tüchtigen Schritt tat man in der Ernährungslehre, als man begann, neben dem Stoffwechsel auch den Energieverbrauch des menschlichen und tierischen Organismus zu erforschen. Jedes Gramm Eiweiß, Fett oder Zucker ist ein kleines Magazin von gebundener chemischer Energie, die unter geeigneten Umständen im Organismus frei wird, sei es als Wärme oder als Bewegung. Jede einzelne kleinste Etappe der stofflichen Umsetzungen in unserem Körper kann auch vom Gesichtspunkt der Energieumsetzung betrachtet werden. Als gemeinsames energetisches Maß dient uns die Kalorie, das Wärmemaß, und wir können unseren gesamten Bedarf an Nährstoffen in Kalorien ausdrücken: wir brauchen eine Zufuhr von etwa 3000 Kalorien für einen Tag. Auch über die chemische Zusammensetzung der Nahrungsmittel wurde eine sehr eingehende Kenntnis gewonnen. Tausende von chemischen Analysen wurden ausgeführt, und die ermittelten Zahlen füllen dicke Bände, die dem Fachmann ganz unentbehrlich geworden sind.

Der Laie, der nicht sofort die Zusammenhänge zwischen Theorie und Praxis überblickt, wird nicht ohne weiteres die Tragweite all der neugewonnenen Erkenntnisse erfassen können. Und vielleicht war auch das Vertrauen des Laien in die Ernährungslehre einigermaßen dadurch erschüttert, daß es nicht endenwollende Erörterungen darüber gab, ob man das Maß an Nährstoffen und Kalorien, die wir brauchen, auch richtig eingeschätzt habe. Gerade in den letzten zehn Jahren wurde von vielen Physiologen behauptet, daß wir zu viel essen und namentlich zu viel Eiweißstoffe, die wir zum Teil mit den teureren eiweißreicheren Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs, so mit Fleisch, decken.

Aber der Krieg hat uns mit einem Schlage gezeigt, wie ungeheuer groß die Bedeutung der physiologischen Wissenschaft ist. Der Krieg hat ein spezielles Gebiet der Physiologie, die Ernährungslehre, in den Mittelpunkt aller öffentlichen Interessen gesetzt. Ja, es ist eigentlich der physiologischen Wissenschaft zu danken, daß gleich zu Beginn des Krieges die ganze Tragweite der Ernährungsfrage für die Entscheidung im Weltkrieg erkannt wurde. Wenige Monate nach Ausbruch des Krieges hat der Rektor der Berliner Handels-Hochschule, Professor Elsbacher, im Verein mit einigen hervorragenden Nationalökonomien und Physiologen die bekannte Denkschrift über die deutsche Volksernährung veröffentlicht, in der gezeigt wurde, daß bestimmte staatliche Maßnahmen nötig sind, wenn Deutschland nicht durch Nahrungsmangel bezwungen werden soll. Wenn im einzelnen auch nicht alle Wünsche der Verfasser der Denkschrift verwirklicht worden sind, so haben sie doch die allgemeine Grundlage abgegeben, auf der die Regierungsmaßnahmen aufgebaut sind. Aus den vorliegenden statistischen Angaben über den Verbrauch Deutschlands an den einzelnen Nahrungsmitteln, aus den Zahlen über die chemische Zusammensetzung derselben und über das Maß der Ausnutzung der in ihnen enthaltenen Nährstoffe wurde zunächst der Verbrauch des deutschen Volkes an Eiweißstoffen, Fetten und Kohlehydraten und an Kalorien insgesamt berechnet. Es hat sich dabei ergeben, daß der durchschnittliche Verbrauch nicht weit von den Zahlen abwich, die man auf Grund der Untersuchung der Nahrung von einzelnen Versuchspersonen ermittelt hatte und die wir oben schon genannt haben. Dann wurden von dem wirklichen Verbrauch diejenigen Mengen abgerechnet, die Deutschland vom Ausland bezieht. Das war also das „Haben“ an Nährstoffen, dessen Berechnung gar nicht möglich gewesen, wenn wir nicht eine genügende Kenntnis besäßen über den Gehalt der Nahrungsmittel an Nährstoffen und über die Ausnutzung der letzteren im Organismus. Und gar erst das „Soll“! Die Verfasser der Denkschrift haben auf Grund der Ergebnisse der zahlreichen ausgeführten Versuche über den Stoffwechsel und Energieverbrauch des Menschen berechnet, wie groß der Minimalbedarf des deutschen Volkes an den einzelnen Nährstoffen und an Kalorien ist. Das Defizit zwischen dem Soll und Haben war jene Menge von Nährstoffen und Kalorien, die in der einen oder anderen Form aufgetrieben werden sollte: durch vermehrtes Ausmahlen des Getreides, durch Verbot der Verfütterung von Brotgetreide an das Vieh, durch Vermeidung von Abfällen bei der Zubereitung von Speisen . . .

Man mag im einzelnen die Zusammenhänge zwischen all den Maßnahmen, die der jetzigen Ernährungspraxis zugrunde liegen, und der großzügigen Berechnung des Soll und Haben an Nährstoffen und Kalorien in jener Denkschrift nicht verfolgen können. Aber dieser Zusammenhang ist vorhanden. Die Ernährungswissenschaft hat uns die Mittel in die Hand gegeben, die Ernährung eines Volkes als eines Ganzen zu betrachten, gleichsam als ob es ein Einzelindividuum wäre, das in Zeiten der Not mit den Nahrungsmitteln sorgsam haushalten muß, die es sich allein durch die Bestellung seines eigenen Aders zu verschaffen weiß . . .

Im Laufe der zwei Kriegsjahre hat man sich den neuen Ernährungsbedingungen angepaßt. Man hat sich bemüht, die Bereitung der Speisen aus den Rohmaterialien so zu gestalten, daß die Abfälle auf das geringste Maß herabgedrückt würden. Man hat Fleisch, Eiern und Milch, ja auch Butter und Brot im Speisezettel eine geringere Rolle zugewiesen, als es früher der Fall gewesen. Die Kartoffeln und Hülsenfrüchte sind in eine Rolle aufgerückt, wie sie ihnen früher nicht zulam. Das weiße Weizenbrot ist beinahe ganz aus unserem Gedächtnis geschwunden. Diese Wandlungen im Speisezettel, von denen in wenigen Zeilen erzählt ist und die auf den ersten Blick nicht gar so bedeutungsvoll erscheinen mögen, sind es trotzdem. Sie sind ein Kapitel Ernährungs-geschichte. Wir halten so zäh an alten Ernährungssitten fest, wir sträuben uns so sehr gegen alle Veränderungen im Aufbau unserer Ernährung, daß wir schließlich der Meinung geworden sind, daß die Nahrung, die wir aus freien Stücken wählen, eben so ist, wie sie sein soll, wie sie von Anfang an gewesen ist. Das ist aber eine ganz falsche Auffassung. Auch der Speisezettel hat seine Geschichte. Und der Speisezettel ist sogar stets sehr kurzlebig. Der Speisezettel, wie wir ihn im letzten Jahrzehnt hatten, ist im Laufe von kaum zwei Jahrhunderten geworden. Die Kartoffel, das Fleisch, das feine Weizenmehl, das viele Obst, der Kaffee, der Kakao, das viele Fett, — sie haben sich alle erst im Laufe der letzten zwei Jahrhunderte, des letzten Jahrhunderts oder gar der letzten Jahrzehnte in unserem Speisezettel breitgemacht. Der Fleischverbrauch, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, hat sich in Deutschland im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts mehr als verdreifacht, es wurde 1913 im Durchschnitt auf einen Kopf beinahe zweieinhalbmal so viel Kaffee und fünfundsechzigmal so viel Kakao in Deutschland getrunken als vor achtzig Jahren, zwanzigmal so viel Reis und beinahe doppelt so viel Gewürze.

Die Neuanpassungen, die wir heute vornehmen, sind also nur ein kleiner Ausschchnitt aus der langen Geschichte der Ernährung. Aber diese Neuanpassungen sollen uns nicht nur an die Vergangenheit mahnen, sondern auch an die Zukunft.

Leider ist der historische und vergleichende Gesichtspunkt in der Ernährungswissenschaft bisher nicht in dem Maße berücksichtigt worden, wie es sich gehört hätte. Wie viel noch könnte uns eine vergleichende Betrachtung der Ernährung lehren! Die Ernährungssitten anderer Völker, auch wenn sie auf einer niedrigeren Kulturstufe als wir stehen, bieten manches nachahmenswerte Beispiel für uns. Da ist in der Vergangenheit die Kartoffel, mit der allein heute ein Viertel des gesamten Kalorienverbrauches in Deutschland gedeckt

wird und ohne die wir uns die Ernährung des deutschen Volkes gar nicht denken können: die Indianer Südamerikas haben uns ihre Kultur und ihren Gebrauch gelehrt. Und der Kakao, dessen Verbrauch in Deutschland noch vor achtzig Jahren bloß den hundertsten Teil des Verbrauches an Kaffee ausmachte, heute aber dem Kaffee so weit Konkurrenz macht, daß sein Verbrauch nur um dreimal geringer ist als derjenige des Kaffees; auch den Kakao haben wir von auswärts. Und der Mais, mit dem in manchen reisessenden Ländern, z. B. in Bulgarien, ein Fünftel des gesamten Kalorienverbrauches gedeckt wird. Seit einem Jahrzehnt ist die Banane auf dem Weg, sich den europäischen Markt zu erobern. Und für die Sojabohne sind die Aussichten gar nicht ungünstig. Je mehr wir von den Ernährungssitten fremder Völker wissen werden, desto besser für uns. Für unsere Zukunft. Die Kriegsernährung hat uns gelehrt, bewußt den Volksernährungsfragen gegenüberzutreten, bewußt in Volksernährungsfragen einzugreifen, und wir sollen auch in der Zukunft bewußt Neuanpassungen in unserem Speisezettel vornehmen.

Es wird eine große Errungenschaft des Weltkrieges sein, wenn wir die Lehren der Kriegsernährung nach dem Kriege zu verwerten wissen werden. Wir hatten bisher nicht viel übrig für die Ernährungswissenschaft, höchstens, daß wir uns vom Arzt den Diätzettel verschreiben ließen, wenn von all den mannigfaltigen Gerichten der Küche unser Organismus in Unordnung geraten war. Das wird nach dem Kriege anders werden. Das Interesse für Ernährungsfragen ist im Verlauf des Krieges tief ins Volk gedrungen, man hat die Wandlungsfähigkeit des Speisezettels vor Augen gehabt, man hat die Bedeutung einer zentralen zielbewußten Leitung in Volksernährungsfragen kennen gelernt und, was das Wichtigste von allen, man hat die Ueberzeugung gewonnen, daß die Wissenschaft uns schon heute alle Mittel in die Hand gegeben hat, in Ernährungsfragen das Volk als ein großes Ganzes zu betrachten, als ob es ein Einzelindividuum wäre, das seinen ganz bestimmten Bedarf an Nährstoffen und Kalorien hat.

So ist es in der Ernährungswissenschaft, wie in manch anderer Wissenschaft auch: Wir brauchen gar nicht mehr Wissenschaft, sondern mehr Anwendung derselben. Um ein ausgezeichnetes Wort des ausgezeichneten deutschen Physiologen Max Bormann zu gebrauchen: Man soll den Kulturwert einer Wissenschaft nicht nach dem aktuellen Erfolge derselben auf die Kulturentwicklung beurteilen, sondern nach der Größe des kulturfördernden Einflusses, den diese Wissenschaft bei maximaler Ausnützung gewinnen kann. Wir haben im Kriege den potentiellen Kulturwert aktiviert, der in der Ernährungswissenschaft steckt — tun wir daselbe nach dem Kriege in vermehrtem Maße.

12./XI. 1916

## Fleisch- und fettarmer Kriegslüchzettel mit Kochvorschriften.

Von Luise Holle.

**Sonntag:** Blämische Suppe. Geschmorte Kalbsbrust, Blumenkohlgemüse (Kochvorschriften bekannt). Apfelspeise.

**Blämische Suppe.** Eine Stange Porrée und eine Zwiebel schneidet man klein und brät sie in 25 Gr. Fett unter Rühren an, gibt dann 250 Gr. Kartoffelstücke und ebensoviel abgebrühte Stedrübenstreifen dazu, füllt 2 Liter Wasser darüber, salzt und kocht die Kartoffeln darin weich. Man streicht die Suppe durch, löst zwei Brühwürfel in ihr auf und würzt zuletzt die Suppe mit etwas gehackter Petersilie.

**Apfelspeise.** 375 Gr. Mehl vermischt man mit 1 Paket Backpulver, man rührt 1 Ei und 2 Teelöffel Eierparpulver mit 70 Gramm Zucker schaumig, gibt das Mehl und soviel aus Trockenmilchpulver bereitete Milch dazu, daß ein leichter, glatter Teig entsteht. Zehn große Äpfel schält man, schneidet sie in Scheiben und zudert sie ein. Man füllt dann schichtweise eine ausgestrichene Auflaufform mit Teig und Apfelscheiben und bäckt die Speise ungefähr 1 Stunde im Ofen.

**Montag:** Gefüllte Tomaten mit Kartoffelschnee und Pilztunte. Kalte Speise von Ingwertürbis.

**Gefüllte Tomaten mit Kartoffelschnee.** Von reifen, möglichst gleichgroßen Tomaten schneidet man an der Stielseite einen Deckel ab, höhlt sie vorsichtig aus und stellt die ausgehöhlten Tomaten in eine Kasserolle mit wenig Fleischbrühe, bestreut sie leicht mit Salz und schmort sie weich. Inzwischen bereitet man verschiedene Gemüse: Blumenkohlröschen, frischerhaltene Erbsen und Bohnen, kleine Karotten, wie man sie besitt. Diese Gemüse werden erhitzt und dann ohne jede Zutat in die weichgeschmorte Tomaten gefüllt. Kartoffeln kocht man gar mit der Schale, zieht sie ab und drückt sie möglichst schnell durch die Kartoffelpresse auf eine heiße Schüssel, häuft den Kartoffelschnee auf, bestreut ihn mit gehackter Petersilie und stellt die gefüllten Tomaten herum. Zu dem Gericht gibt man eine Pilztunte. In eiserner Pfanne röstet man Mehl unter stetem Rühren lichtbraun — man muß bedenken und beachten, daß trocken geröstetes Mehl in der heißen Pfanne noch nachbräunt, daß es deshalb nur ganz lichtbraun geröstet werden darf, weil es bitter schmeckt, wenn es zu dunkel wird. Zu dem gebräunten Mehl gibt man unter Rühren Fleischbrühe aus Brühwürfeln und den Schmorast von 40 Gr. trockenen, vorher eingeweichten und im Weichwasser geschmorten Pilzen, die man fein wiegt und in die fertige Tunte gibt. Zuletzt schmeckt man die Tunte mit etwas Zitronensaft ab und schlägt 10 Gr. Butter durch.

**Kalte Speise von Ingwertürbis.** Von eingemachtem Ingwertürbis nimmt man zwei große Obertassen voll, schneidet den Kürbis in Würfel und erhitzt in einer breiten flachen Pfanne ¼ Liter Apfelwein und 2 Eßlöffel Kürbissaft. Man gibt die Kürbistückchen hinein und schmort sie in der Flüssigkeit, bis diese halb verdampft ist. Dann nimmt man die Kürbistückchen heraus, gibt noch ¼ Liter Apfelwein zu der Flüssigkeit, süßt sie nach Geschmack, kocht 2 Teelöffel Eierparpulver durch und gibt 5 Blatt rote aufgelöste Gelatine zu. Man schlägt die Mischung, bis sie beginnt, dicklich zu werden, mischt nun die Kürbiswürfel leicht durch und häuft die Speise bergförmig auf eine Glasschüssel. Wenn sie ganz steif geworden ist, streut man etwas geriebene Nüsse darüber.

**Dienstag:** Hagebuttenuppe. Gebadene Formmuscheln mit Kartoffelsalat mit gelber Kriegstunte.

**Hagebuttenuppe.** Man gebraucht 200 Gramm trockene Hagebutten, weicht sie in etwas Wasser vorher ein und seigt sie mit 2 Liter Wasser und 70 Gramm Hafergrütze aufs Feuer. Man kocht die Suppe eine Viertelstunde an und stellt sie 2½ Stunden in die Kochflufe. Dann streicht man die Suppe durch und schmeckt sie mit Salz, wenig feingestohlenen Nellen und Zucker ab.

**Gebadene Formmuscheln.** 3 Kg. Muscheln säubert man gründlich, kocht sie in etwas siedendem Wasser, bis sie sich öffnen, löst die herausgenommenen Muscheln aus den Schalen, entfernt Bart und Fuß und spült sie noch einmal ab. Ihre Brühe gießt man durch ein feines Tuch. In 2 Töfel Del schmort man vier kleingeschnittene Zwiebeln und 2 zerschnittene Tomaten, gibt das Muschelwasser, Salz, Pfeffer und etwas Zitronensaft dazu und kocht davon einen dicklichen Brei. Unter ihn gibt man die Muscheln und etwas geriebene Semmel und füllt alles in eine ausgestrichene Backform, streut geriebene Semmel auf die Oberfläche und bäckt die Speise in mäßiger Hitze 20 Minuten. Diese Vorschrift ist mir mit verschiedenen weiteren Vorschriften, die nach Erprobung folgen sollen, von einer liebenwürdigen Leserin der „Täglichen Rundschau“ übermittelt, ich kann dies Muschelgericht zur Nachahmung warm empfehlen, es ist vorzüglich. Wir geben entweder Kartoffelmus dazu oder auch den

**Kartoffelsalat mit gelber Kriegstunte.** Die Kartoffeln werden wie üblich in der Schale gekocht, abgezogen und in Scheiben geschnitten, woraus man sie mit der folgenden Tunte mischt. Eine Tasse Milch — Magermilch oder aus Trockenmilchpulver hergestellte Milch — verquillt man recht glatt mit 10 bis 12 Gramm Mehl, gibt Salz, Pfeffer, eine Prise Zucker und einen Teelöffel Eierparpulver dazu und schlägt im Wasserbad eine dicke Tunte davon, die man auch noch bis zum Erkalten weiter schlägt, wobei man eine halbe geriebene Zwiebel und etwas feinen Essig zusetzt, so daß man eine dickliche Tunte erhält. Mit ihr werden die warmen Kartoffelscheiben durchgeschwenkt und mindestens eine halbe Stunde damit durchziehen gelassen.

**Mittwoch:** Birnensuppe. Weißgrüner Pudding im Polentaring. Schaumtunte.

**Birnensuppe.** 500 Gramm aromatische, feinschalige Birnen wäscht man gut, schneidet sie ungeschält in Würfel, gibt ein Glas Apfelwein und ½ Liter Wasser, etwas Zitronenschale, Salz und Zucker daran und kocht die Birnenstücke ganz weich. Man streicht die Suppe durch, bindet sie, nachdem man noch ½ Liter Wasser und 1 Glas Apfelwein zusetzt, mit glatterührtem Kartoffelmehl und richtet sie über einigen Töfeln voll gerösteter Brotwürfelchen an.

**Weißgrüner Pudding.** Man bereitet diesen Pudding aus Spinat und Blumenkohl und kann von letzterem vorteilhaft nicht ganz feste Köpfe, die man in der Herbstzeit des öfteren findet, verwenden. Zwei bis drei solche lockerer Blumenkohlköpfe kocht man im Wasser ganz weich, streicht den Blumenkohl durch und quillt dann im dickflüssigen Rohmus etwas feinen Grieß aus, damit das Brei die nötige Bindung erhält. 2 Kg. Spinat verliert man, kocht ihn mit wenig Wasser, streicht ihn durch und rührt 1 Teelöffel Eierparpulver und etwas Semmelkrumen daran. In eine vorgefertigte Puddingform füllt man erst den Spinat und darüber das Blumenkohlmus, kocht den Pudding 1½ Stunden und stürzt ihn sehr behutsam in einen

**Polentaring.** Zu diesem rührt man in ¼ Liter kochend Wasser 130 Gramm Maisgrieß, läßt ihn unter stetem Rühren dick ausquillen, drückt ihn in eine eingefettete Ring- oder Randsform und stellt die Polenta darin 10 Minuten in einen warmen, nicht

heißen Ofen. Sie wird auf eine passende Schüssel gestürzt, mit geriebenem Käse bestreut. Der Maisgrieß verliert völlig seinen herben Geschmack, wenn man ihn am Abend vor dem Gebrauch mit leichtem Salzwasser bedeckt hinstellt und dieses bei seiner Verwendung abgießt.

**Schaumtunte.** ¼ Liter Blumenkohlwasser verrührt man mit 15 Gr. Kartoffelmehl, gibt ½ Brühwürfel, 1 Glas Apfelwein, etwas Zitronensaft, 2 Teelöffel Eierparpulver, eine Prise Muskatnuß und wenig geriebene Zwiebel daran, stellt die Tunte in ein Wasserbad und schlägt sie, bis sie dickschäumig ist, rührt schnell ein kleines Stückchen Butter durch und richtet die Tunte dann sofort an.

**Donnerstag:** Mischgericht von Hammelfleisch und Schwarzwurzeln. Apfelsulz (Vorschrift schon gebracht).

**Mischgericht.** 500 Gr. Hammelfleisch schneidet man in Stücke und bestreut sie mit Salz und Pfeffer. 1 Kg. Schwarzwurzeln richtet man auf bekannte Weise vor, schneidet sie in Stücke und kocht sie in Salzwasser halb weich, worauf man sie abtropfen läßt. Ein feuerfester Kochtopf wird eingefettet, die Schwarzwurzeln mit den Hammelfleischstücken vermischt und in den Kochtopf gegeben. Aus 2 Eßlöffeln Trockenmilchpulver Mischg bereitet man ½ Liter Milch, gibt 2 bis 3 Teelöffel voll Eierparpulver und 20 Gr. Kartoffelmehl daran, fügt 1 Glas Apfelwein und etwas Salz zu und füllt diese Mischung über die eingeschichteten Zutaten. Das Gericht muß in langsamer Hitze 1½ Stunden backen, es wird beim Anrichten mit geriebenem Käse bestreut und mit Kartoffeln in der Schale aufgetragen.

**Freitag:** Bunte Gemüsesuppe (Vorschrift schon gebracht). Gefüllte Kartoffelklöße mit Zwetschenpfeffer.

**Gefüllte Kartoffelklöße.** 500 Gr. Kartoffeln kocht man am Tage vor dem Gebrauch mit der Schale, zieht sie ab und streicht sie am folgenden Tage durch, gießt ½ Liter kochendes Wasser auf die Kartoffeln, rührt es gut durch, gibt Salz und geriebene Muskatnuß daran und arbeitet 450 Gr. Kartoffelmehl durch, so daß ein guter Teig entsteht. Aus ihm formt man runde Klöße, die man an einer Stelle eindrückt, so daß eine Vertiefung entsteht, welche mit 1 Teelöffel Zwetschenmus ausgefüllt wird, worauf man den Teig wieder darüber andrückt und die Klöße noch einmal nachformt. Sie müssen in Salzwasser langsam garziehen, werden beim Auftragen mit Zimtzucker bestreut und mit Zwetschenpfeffer zu Tisch gegeben.

**Zwetschenpfeffer.** Den Inhalt eines Bierglases zuckerlos eingekochter Zwetschen läßt man auf einem Siebe abtropfen, entseint die Zwetschen und hackt sie groblich. Zwei Töfel voll geriebene Semmel röstet man in etwas Fett lichtbraun, gibt die gehackten Zwetschen, etwas Zimt, Zucker und soviel von dem abgetropften Saft dazu, daß eine dickliche Tunte entsteht, mit der man zuletzt noch 1 bis 2 Eßlöffel Rotwein durchkocht.

**Sonnabend:** Apfelsuppe mit Haferflocken. Kartoffelgulasch.

**Apfelsuppe mit Haferflocken.** 500 Gramm Äpfel schneidet man ungeschält in Scheiben, bedeckt sie mit Wasser, kocht sie ganz weich und streicht sie durch. Man gibt 1 Liter Wasser zu dem Apfelmus, einige Töfel Haferflocken hinein und kocht damit eine leicht gebundene Suppe. Sie wird mit Salz und Zucker abgeschmeckt und mit 2 Teelöffel voll Eierparpulver durchgekocht.

**Kartoffelgulasch.** 1 Kg. geschälte Kartoffeln — alle Kartoffeln, die man schält, muß man mit dem Sparsmesser schälen — kocht man in Salzwasser fast gar. 5 mittelgroße Zwiebeln schneidet man fein und röstet sie mit 50 Gramm Nährhefe und 1 Eßlöffel Mehl in 30 Gramm Fett lichtbraun, gibt vom Kartoffelkochwasser soviel dazu, daß genügend leicht gebundene Tunte entsteht, um die Kartoffeln zu umhüllen, und schmort diese

14. XI. 1916

Wien, 14. November.

Ein längst gehegter Wunsch der Bevölkerung hat jetzt seine Erfüllung gefunden. In einem Allerhöchsten Handschreiben an den Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber werden dessen Anträge über die Errichtung eines Amtes für Volksernährung genehmigt und der bisherige Vizepräsident der Finanzlandesdirektion Oskar Kofstein wird zum Präsidenten des neuen Amtes ernannt. Damit wird nun endlich, im siebenundzwanzigsten Kriegesmonate, das getan, was man vom Anbeginn des Krieges ab gewünscht, ja, gefordert hat. Damals, gleich als dieser Millionenkampf vom Schlachtfelde mittelst der Aushungerung bis ins Innerste des Hinterlandes ausgestrahlt hatte, gleich damals wurde von Sachkennern erklärt, zur Einheitlichkeit und Gemeinsamkeit der Kriegsführung müsse die Einheitlichkeit und Gemeinsamkeit der Wirtschafts- und ganz besonders der Ernährungs- und Kriegspolitik treten. Eine so große Zeit, wie sie der Weltkrieg gebracht hat, erfordert auch große Mittel im Felde wie daheim, im Hinterlande. Im Aushungerungskriege, den die Entente uns aufgezwungen hat, ist die Frage denn auch mehr und mehr zu einer Grundfrage des Krieges selbst geworden. Das hat man vor allem in Deutschland erkannt und dort möglichst rasch das Nötige zur Vereinheitlichung der Verwaltung der Volksernährung getan. Dann kam Bulgarien mit seinem Volksernährungsamt, später Ungarn und nun reißt sich ihnen auch Oesterreich mit der Schaffung des Amtes für Volksernährung an.

Schon ein Blick auf das Bild der Straße, wie es sich dort täglich bietet, mußte selbst dem, der von der Not und Schwierigkeit der Lebensmittelversorgung auch gar nicht unmittelbar bedroht war, deutlich sagen, daß hier endlich gehandelt werden muß. Unsere Verwaltung — die Verhandlungen der Kommission für Verwaltungsreform haben es bewiesen — hat sich schon für die Friedenszeit als unzulänglich erwiesen. Um so weniger konnte und kann man staunen, daß sie unter den ganz außerordentlichen, in jedem Staate so schwierigen Verhältnissen des Weltkrieges den turmhoch gestiegenen Anforderungen auch bei uns kaum nur halbwegs entsprechen konnte. Der Satz: wo ein Wille ist, ist auch ein Weg, ist durchaus richtig. Aber ebenso richtig ist es, daß vollends in so schwerer Zeit eben nur Ein Wille gelten, herrschen darf, wenn der Weg zum erstrebten Ziel wirklich gefunden werden soll. Keine Fülle von Instanzen und Kompetenzen, denn diese Fülle tötet die Entschlußkraft und Entschlußmöglichkeit. Ein Wille, Eine Instanz — nur so kann es möglich werden, die Anforderungen, welche die Führung des dreißig Millionen-Haushaltes stellt, zu erfüllen. Deshalb ist das neue Amt für Volksernährung dem Ministerpräsidenten direkt unterstellt worden. Mehrmonat-

*hiese Leistung führt die Bundeskanzlerin  
 Kofstein, die man für ein  
 Wackerer und die Interministerielle  
 Organisationskommission*

# zung

erreich.

nachmittags.

Abonnementbedingungen:  
Bis: Mit Zustellung ins Haus:  
Wöchentlich 30 h,  
monatlich K 2.60, vierteljährlich K 7.50  
Zum Abholen in den Filialen, in allen  
Ladefristen und Verschleißstellen:  
Monatlich K 2.60.  
Provinz und Ungarn:  
Monatlich K 3.—, vierteljährlich K 9.—  
bei freier Zustellung durch die Post.  
Deutschland: Vierteljährlich K 12.—  
Für alle anderen dem Weltpostverein  
angehör. Länder: Vierteljährlich K 15.—  
Abonnement werden angenommen  
in der Administration, V. Rechte  
Wingasse 97, und in den Filialen:  
I. Schulerstraße 18, Telefon 9191  
II. Bognerstraße 80, Tel. 40228  
X. Wielandplatz 6, Telefon 88244  
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 88124  
XVI. Raasdorferstraße 24, Telefon 84148  
XVII. Radnerstraße 22, Telefon 17175  
XXI. Angererstraße 14.  
Für die an fremde Austräger oder  
Versäulter bezahlten Beträge leisten  
wir keine Garantie.  
Offene Reklamationen sind vorzuziehen.

XXVIII. Jahrgang.

fächlich wieder mit vielen Anstrengungen zu unterhandeln  
genötigt wäre.

## Arbeiterzeitung

Den Fachministern bleibt allerdings ein Teil der  
in schlagigen Fragen, so die Gesundheitspflege  
dem Ministerium des Innern, die Industrieförderung  
dem Handelsministerium, die landwirtschaftliche Pro-  
duktionsfürsorge dem Ackerbauministerium, auch soweit  
diese Tätigkeiten Ernährungsaufgaben berühren. Hierbei  
kann manches strittig werden, so im Gesundheitswesen  
die Frage der Zutraglichkeit des Saccharins, im Ge-  
werbewesen die Zulässigkeit irgend einer Verteilungs-  
einrichtung im Ackerbau eine Höchstpreisverordnung  
über Futterrüben. Die Erläuterung enthält hiezu den  
Satz: „Damit die Entscheidung über die Abgrenzung  
der Zuständigkeiten in einzelnen Fälle keine Verzögerung  
erleide, ist sie dem Ministerpräsidenten übertragen.“  
Damit ist die Kompetenzfrage tatsächlich gelöst, tatsäch-  
lich und in natürlicher Weise.

Auch ein anderes der vielen holden Hindernisse,  
in die man bisher vielen Denk- und Zeitaufwand  
erschwendet zu haben scheint, ist beseitigt. Hat eine  
Zentralstelle, die kein Ministerium ist, direkte Ver-  
ordnungsgewalt? Das Amt für Volksernährung wird  
einfach auf Grund einer vom Ministerpräsidenten er-  
teilten Ermächtigung Verordnungen erlassen; will es  
verordnen, so wird es eben sich die Ermächtigung in  
jedem Falle oder ein für allemal zu verschaffen wissen.  
Seine Verordnungsgewalt wird betreffen:

1. die Erzeugung und die Verarbeitung  
von Lebens- und Futtermitteln sowie von Roh-  
stoffen, die zur Erzeugung dienen (bisher Handel und  
Ackerbau!);

2. die Aufbringung, Verteilung  
und den Verbrauch (bisher Inneres!) sowie die  
Preise solcher Bedarfsgegenstände (bisher Handel  
und Ackerbau mit dem Innern!);

3. die Erhebung von Vorräten an den genannten  
Dingen (bisher Inneres!).

Die Vollmachten sind demnach weit größer als  
die des früheren Ernährungsamtes. Von besonderer  
Wichtigkeit ist die direkte Unterstellung der nach-  
geordneten Behörden und Ämter, die an die Weisungen  
des Amtes gebunden sind, sowie die ausgesprochene  
Verpflichtung der Gemeinden zur  
Mitwirkung. In dem letzten Punkt ist die Anordnung  
sehr vorsichtig abgefaßt, wie denn überhaupt die  
Textierung sich allzusehr an die übliche Sprechweise  
hält. Es handelt sich im wesentlichen um Diebstahl-  
befehle, die hinausgehen und befolgt werden  
müssen.

An diesem Punkte fehlt eine Bestimmung, die  
von Wichtigkeit ist und die vielleicht noch im Statut nach-  
geholt werden kann. Sie betrifft den Dienstweg.  
Das Amt für Volksernährung kann in zahllosen Fällen  
zu den Lokalstellen unmöglich erst durch das Mittel  
der Landesbehörden sprechen, es muß unter Umständen  
örtliche Vorräte in kürzester Zeit in Anspruch nehmen  
und kann das rechtzeitige Einlangen des Dienstbefehls  
nicht von der zufälligen Ordnung des Aktenlaufes bei  
den Landesstellen abhängig machen.

So der juristische Aufbau des Amtes. In sach-  
licher Hinsicht sammelt es die jetzt zerstreuten Glied-  
maßen des Ernährungsdienstes, die mannigfaltigen  
Zentralen, in einen Verwaltungskörper. Schon das ist  
eine unendliche Wohltat, denn es erspart der Öffent-  
lichkeit die Anlage eines Adress- und Telefonkatalogs.  
Beträchtliche Schwierigkeiten wird allerdings dabei die  
Namfrage bilden; die Zusammenarbeit unter  
einem Dache erleichtert die Geschäftsführung sehr, heute  
aber sind die Zentralen unter verschiedenen Dächern,  
die Zentrale der Zentralen, das Ernährungsamt, gar  
unter dem Dachboden des Ministeriums des Innern  
untergebracht. Das Zusammensiedeln der Trennstücke  
wird wieder Zeit kosten und Verwirrung schaffen.  
Inwiefern wieder wird man auf den schweren Schaden  
hingestossen, den der Fehler des Ursprungs hervorruft,  
daß der Ernährungsdienst nicht sofort bei Kriegsbeginn  
als neue und einheitliche öffentliche Aufgabe begriffen  
worden ist.

Und nun zur persönlichen Besetzung. Das Amt  
erhält eine bürokratische Spitze, was vorweg zu be-  
greifen ist. Inwiefern Baien mitverwaltung  
— nicht bloß beiraten —, ist noch nicht genau un-  
geschrieben, doch bemerken die Erläuterungen, es bestehe  
die Absicht, den Schwerpunkt des neuen  
Amtes in ein Zusammenarbeiten

## Das Amt für Volksernährung.

Nach so viel Versuchen endlich ein Abschluß!  
Ein kaiserliches Handschreiben von diesem Sonntag  
erklärt es als den Willen des Staatsoberhauptes, daß  
während der Dauer der durch den Krieg hervor-  
gerufenen außerordentlichen Verhältnisse ein Amt  
geschaffen werde, das, mit außerordent-  
lichen Vollmachten ausgestattet, für  
die Bedürfnisse der Volksernährung einheitlich  
vorsorgt. Damit ist das Geschlecht von selbst-  
geschaffenen Bedenken und angeblichen Kompetenz-  
hindernissen, in denen sich die Regierung stürzlich  
verstrickt hatte, einfach entzweigeschlagen  
und die Bahn für rasches und entscheidendes Handeln  
im Augenblick, zugleich auch für spätere Reformen  
freigemacht.

Sehr schade, daß der Schritt nicht vor langer Zeit  
geschehen ist! Er hätte viel verhindert, viel Positives  
ermöglicht; er hätte vielleicht das meiste, das nun für  
immer veräumt ist, auch wirklich gemacht! Ehe  
wir in die Darstellung der neuen Organisation ein-  
gehen, halten wir uns verpflichtet, vorauszuschicken:  
Hätte die Reform vor der letzten Ernte  
ihren Abschluß gefunden, so wäre das Amt für Volks-  
ernährung auch voll zur Geltung gekommen. Seine  
vornehmste Aufgabe ist eben, das Jahresprodukt unserer  
Volkswirtschaft rasch und voll aufzubringen  
und gleichmäßig zu verteilen. Das neue Amt kommt  
auf jeden Fall nur zur Sache; das gilt auf die  
Vorräte wie auf die Preise. Es ist nicht so sehr berufen  
zur frei schöpfenden Tat als zum Verbessern  
und Zurichtern, zum Einrenken. Seine  
Einsetzung bedeutet in dieser Jahreszeit und Kriegs-  
epoche eher den moralischen Erfolg eines Gedankens  
als praktische Erfolge. Wir bringen es nicht über uns,  
Illusionen, zu denen wir uns selbst nicht erheben  
können, bei unseren Lesern zu nähren. Das Amt, das  
berufen war, zu begründen, wird nun eingesetzt, um  
zu liquidieren. Trotzdem wird sich in dem so gezogenen  
Rahmen noch vieles wenden und richten lassen. Die  
richtige Organisation kann Wunder tun — aber niemals  
das Wunder vom See Genesareth erneuern!

Mit diesem Vorbehalt kann freimütig anerkannt  
werden, daß der Organisationsplan gut ist. Das  
„Amt für Volksernährung“, das die  
Geschäftsstelle „Ministerium des Innern-Ernährungs-  
amt“ abzulösen berufen ist, ist eine Behörde eigenen  
Rechtes und Namens, eine Zentralbehörde,  
die keinem Ministerium untersteht. Seine Aufgabe ist  
umfassend, denn sie ergreift die Verwaltung aller  
mit der Volksernährung unmittelbar oder auch nur  
mittelbar zusammenhängenden Angelegenheiten, die  
es ohne interministerielle Approvisionierungskommission  
und ohne Ministerkonferenz erledigt. Ausdrücklich ist  
verfügt, daß der Wirkungskreis des Ministers des  
Innern, des Handelsministers und des Ackerbau-  
ministers hinsichtlich der Versorgung mit Lebens- und  
Futtermitteln mit dem Tage seiner Errichtung auf das  
Amt übergeht.

Die vielgefürchtete, besser die oftmals vorgeschützte  
Klippe der Ministerverantwortlichkeit ist nicht bloß  
umschifft, sie ist glatt beseitigt; das Amt untersteht  
dem Ministerpräsidenten selbst, der ja in seiner Person  
die Zustimmung aller Ressorts verkörpert und darstellt.  
Es ist eben seine Aufgabe, für die Einheitlichkeit der  
Regierung, für die Zusammenarbeit der Minister zu  
sorgen und sogenannte interministerielle Schwierig-  
keiten auszugleichen. Was das Amt tut oder unterläßt,  
verantwortet der Ministerpräsident selbst parla-  
mentarisch und vor der Öffentlichkeit, der Präsident  
des Amtes ist das, was man auswärts (in Rußland)  
Ministergehilfe nennt. In Ernährungsfragen ist er die  
rechte Hand des Ministerpräsidenten und an ihn allein  
und unmittelbar gewiesen. Diese Lösung ist im Augen-  
blick zweckmäßiger als die Errichtung eines neuen  
Ministeriums neben den anderen, da ein solches tat-

## Das Amt für Volks- ernährung.

Wien, am 13. November.

Wenn alle die Fragen, die gegenwärtig vom österreichischen Ministerpräsidenten Lösung verlangen, Gestalt annehmen könnten, so würde es vor der Türe Dr. v. Koerber aussehen, wie beim „Anstellen“ vor der Wiener Großmarkthalle. Die Frage aber, die am ungeduldigsten nach Lösung und Erlösung drängte, war die der Wirksamkeit des Ernährungsamtes, dem der Wiener Volkshumor infolge der vielen Fährlichkeiten, denen das neue Amt und mit ihm das geduldige Publikum begegnet war, schon ein „Unter“ vor den schönen Namen gesetzt hatte. Das vor Monatsfrist ins Leben gerufene Amt litt vom ersten Tage an der bürokratischen Strophulose, mit der es auf die Welt gekommen war. Ein Geschöpf mit weichen, armseligen Knochen, das von Geburt auf verurteilt war, gekrümmt von der Verantwortung gegenüber drei Ministerien, belastet mit dem umständlichen Apparate

eines zwischen den verschiedenen Zentralstellen in der Luft hängenden, auf alle angewiesenen, immerfort auf Verhandeln, Rücksichtnahmen, Nachgiebigkeiten eingestellten Amtes, an dem Zwiespalt seiner eigenen Natur zu versagen. Das Ernährungsamt sollte zwar die Aufbringung und Verteilung der Lebensmittel und die Ueberwachung der Preise bewerkstelligen, aber es hatte keine entscheidende Verfügungsgewalt, es unterstand nicht nur dem Minister des Innern, sondern war in den wichtigsten Dingen gewiesen an die „Interministerielle Approvisionierungskommission“ — wir bitten die deutsche Sprache für den schönen Titel, der so wunderbar das Wesen dieses Weichselzopfes ausdrückt, um Entschuldigung; diese interministerielle Kommission besaß wieder eine engere Kommission, die aus Vertretern der Ministerien des Innern, des Handels und des Ackerbaues bestand, und wenn diese verschiedenen Kommissionen, die Gegensätze dreier Ministerien überbrückend, glücklich einen Beschluß gefaßt hatten, dann bedurfte dieser noch einer Genehmigung durch das „Ministerkomitee“, bestehend aus den Ministern des Innern, des Handels und des Ackerbaues, also aller jener Fachminister, deren Vertreter ohnehin schon in der engeren Kommission ihr Votum abgegeben hatten. Was eine lebensfremde Verwaltung an kleinlichen Kompetenzstreitigkeiten und endloser Verwicklung einfacher Dinge zusammenbringen kann, das wurde sofort mit großer Anschaulichkeit an dem neuen Amte gezeigt. — Neben dem Ernährungsamte und dessen Wirksamkeit gab es aber noch eine von diesem völlig losgelöste Tätigkeit einzelner Ministerien in Ernährungsfragen, die auch ohne das Ernährungsamt zu befragen oder auch nur zu verständigen, an die Interministerielle Approvisionierungskommission mit unmittelbaren Vorschlägen herantreten konnten. So konnte es geschehen, daß in ein- und demselben Gegenstande, wenn es gerade der Zufall wollte, das Ernährungsamt und drei Ministerien getrennt und jedes für sich Vorschläge ausarbeiteten, um sich dann tapfer, wenn man endlich zusammentam, solange für die eigene Erfindung und die Ehre des kommissionellen Sieges zu schlagen, bis die Ruh im Stalle pünktlich verhungert war. Zum Glück ist das Leben aber doch stärker als der Bürokratismus und besiegte schließlich dieses Geschöpf weltferner Aktenweisheit.

Nun ersteht das neue Amt für Volksernährung, eine selbständige Zentralstelle, dem Ministerpräsidium untergeordnet und ausgestattet mit der Gewalt, alle den Ministerien des Innern, des Handels und Ackerbaues unterstellten Ämter sich selbst für die Zwecke der Volksernährung dienstbar zu machen. Alle Zuständigkeitsfragen werden mit der Verfügung ausgeschaltet, daß jene drei Ministerien alle ihre Agenden für Volksernährung, Lebensmittelbeschaffung und Preisbildung dem neuen Amte abzugeben haben; langwierige Umfragen von Hofrat zu Hofrat, von Minister zu Minister hören auf: ein Haus ist künftig und ein Meister, der schaffen soll. Die Umstandskrämerei soll begraben sein, durch unmittelbare Verfügungs- und Verordnungsgewalt der neuen Zentralstelle soll ein raschhändiges Zugreifen ermöglicht werden.

Es war nicht einfach, für das neue Amt einen Steuermann zu finden. Leichte Lorbeeren sind in der Zentralstelle für Volksernährung nicht zu pflücken. Die natürlichste Unterlage für die gemeinsame Verteidigung

14. XI. 1916

K. 20, viertelj. K. 18. Mit Wochens. Postversand  
Ganzj. K. 68. halbj. K. 34, viertelj. K. 17.

**Abonnement für das Ausland:**  
Vierteljährig.

Bei uns (Kreuzband-Versand): **Deutschland, Serbien K. 22, f. Staaten des Weltpostvereines K. 24.**  
Bei den Postämtern in Deutschland M. 11.12, Schweiz Fr. 15.50, Belgien Fr. 15.50, Italien L. 14.47, Rumänien Fr. 15.50, Serbien Fr. 15.50, Bulgarien Fr. 15.50, Russland R. 2.50, Griechenland (b. d. Buchhandl. Eleutheroudakis & Barth, Athen od. K. k. Zeitg.-Exp. in Triest) K. 15.00, Europ. Türkei (Oest. Postämter) K. 15.40, Asiat. Türkei K. 17.45, Aegypten K. 16.04, Dänemark Kr. 11.70, Schweden Kr. 11.50, Norwegen Kr. 10.54, Finnland K. 15.10, Holland F. 9.-, Bei den Agenturen in Italien: Loescher & Co., Rom Fr. 25.00, Frankreich: Hachette & Co., 111, Rue Réaumur, Fr. 25.00; England: Saarbach, London, 21, Bride Lane, Fleet Street, E. C. Siegle & Co., London E. C. 129, Leadenhall Street, P.O. St. 1 St. 1; Nordamerika: E. Steiger, 25 Park Place, G. E. Stecher, 151-153 West 25 th St., L. A. Rosswag, 87, Second Avenue in New York, Doll. 4.40. Vertreter für das ges. Ausland: Saarbachs News Exch., Ges. m. b. H. Mainz.  
Für die an Agenten, Austräger oder Verschleissbesitzer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.

se.

1916.

**Das Ernährungsamt im Rahmen der Behördenorganisation.**

Wien, 13. November.

Die gesetzliche Grundlage für die Errichtung des „Amtes für Volksernährung“ ist die kaiserliche Verordnung vom 10. Oktober 1914, R. G. Bl. Nr. 274. Diese § 14-Verordnung ermächtigt in Artikel 1 die Regierung, „durch Verordnung die notwendigen Verfügungen zur Förderung des wirtschaftlichen Lebens, insbesondere der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und des Gewerbes, ferner zur Approvisionierung der Bevölkerung zu treffen“. Nähere Einzelheiten über diese der Regierung erteilte allgemeine Ermächtigung enthält die kaiserliche Verordnung nicht. Sie gibt bloß im Artikel 2 der Regierung die Befugnis, in ihren Verordnungen Geldstrafen oder Arreststrafen zu verhängen, und trifft im Artikel 3 die Bestimmung, daß die auf Grund der § 14-Verordnung erlassenen Verordnungen nach Wiedereintritt normaler Zustände sofort außer Kraft zu setzen sind. Diese allgemeinen Bestimmungen gelten auch für die nunmehr erlassene Verordnung des Gesamtministeriums, welche die Grundzüge für die Tätigkeit des neuen Volksernährungsamtes feststellt. Uebereinstimmend mit dem zitierten Artikel 3 enthält übrigens auch das kaiserliche Handschreiben an Dr. v. Koerber die die Zeitdauer des neuen Amtes begrenzende Bestimmung, daß das Ernährungsamt „während der Dauer der durch den Krieg hervorgerufenen außerordentlichen Verhältnisse“ zu bestehen habe.

Nach § 1 der Verordnung des Gesamtministeriums ist das „Amt für Volksernährung“ als „Zentralbehörde“ mit dem Sitze in Wien errichtet.

Was eine „Zentralbehörde“ ist, darüber gibt es eine gesetzliche Definition nicht. Die neue „Zentralbehörde“ ist jedenfalls keine sogenannte „Zentralstelle“. Die Zentralstellen waren in der absolutistischen Zeit die dem Monarchen unmittelbar unterstellten obersten Verwaltungsbehörden, deren Wirkungskreis sich über das ganze Reich erstreckte. Ihre Nachfolger sind in Verfassungsstaaten die Ministerien. Als eine den Ministerien gleichgeordnete Zentralstelle wird nur noch der Oberste Rechnungshof bezeichnet. Das Kennzeichen der „Zentralstellen“ ist auch heute, daß ihre Leiter, die Minister, unmittelbar dem Monarchen unterstellt sind. Durch sie übt der Kaiser (Artikel 2 des Staatsgrundgesetzes über die Regierungsgewalt und Vollzugsgewalt) die Regierungsgewalt aus. Sie sind nach Artikel 9 des Staatsgrundgesetzes über die Regierungsgewalt dem Reichsrate verfassungsmäßig verantwortlich. Wie erinnerlich, ist im Zuge der Verhandlungen über die Neuorganisation des Ernährungsdienstes, auch die Frage der Errichtung eines Ernährungsministeriums gestreift worden. Die Entscheidung fiel jedoch nicht im Sinne der Schaffung eines Ministeriums, also einer „Zentralstelle“ im verfassungsrechtlichen Sinne. Das neue Ernährungsamt ist dem Ministerpräsidenten unterstellt, der dafür die Verantwortung trägt. Der Ausdruck „Zentralbehörde“ bedeutet daher in der Verordnung des Gesamtministeriums, daß das neue Amt keine örtlich begrenzte Kompetenz hat, sondern daß sein Wirkungskreis sich über den ganzen Staat erstreckt, im Gegensatz zu den „Territorialbehörden“, deren Kompetenz örtlich eingeschränkt ist. Das Ernährungsamt ist also eine Zentralbehörde, wie etwa die k. k. Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen, die unter dem Eisenbahnministerium einen über den ganzen Staat sich erstreckenden Wirkungskreis hat. Als Zentralbehörde sind dem neuen Amte nach § 4 der Verordnung des Gesamtministeriums die Behörden und Ämter, welche dem Ministerium des Innern, dem Handelsministerium und dem Ackerbauministerium unterstellt sind, untergeordnet.

Als Behörde hat das Amt für Volksernährung das Recht, Verordnungen zu erlassen. Dieses Recht üben auf Grund des § 11 des Staatsgrundgesetzes über die Regierungsgewalt und Vollzugsgewalt alle Staatsbehörden aus. Die Verordnungsgewalt des Ernährungsamtes ist bestimmt durch die ihm vom Ministerpräsidenten erteilten Ermächtigungen.

Der sachliche Umfang und Inhalt der Tätigkeit des neuen Amtes erstreckt sich, da seine Errichtung sich als eine Ausführung der kaiserlichen Verordnung vom 10. Oktober 1914 darstellt, auf den ganzen weitgespannten Kreis von Ermächtigungen, die Artikel 1 jener kaiserlichen Verordnung der Regierung gibt. Die Durchführung der Maß-

## Konstriktion der Bevölkerung

und obligatorische Anmeldung der Lebensmittelvorräte.

Der Magistrat ordnet auf Grund der Verordnung des Ministeriums vom 24. November 1915 Z. 4207/1915 die Konstriktion der hauptstädtischen Bevölkerung, sowie die Anmeldung der wichtigeren Lebensmittel, wie Mehl, Bohnen, Erbsen, Linsen, Reis, Zucker, Kaffee, Fette, Butter und sonstiges Speisefett, Erdäpfel, sowie Seife und Petroleum

für den 19. November (Sonntag)

an. Die Anmeldung erstreckt sich sowohl auf die Haushaltungen, als auch auf die Vorräte der Industrie- und Handelsunternehmungen. Die Anmeldung des Petroleums erstreckt sich auf die Haushaltungen nicht.

Die Konstriktionsdruckarten werden von Organen der Bezirksvorstellungen am 16., 17. und 18. d. in sämtlichen Häusern vertheilt. Jedes Haus erhält ein Sammelcouvert und in entsprechender Anzahl weiße (Haushaltungs-) und graue (geschäftliche) Konstriktionsbogen. Der Hauseigentümer ist verpflichtet, die Konstriktionsbogen in jeder Wohnung und in jedem bewohnten Raume noch am selben Tage zu vertheilen und die Bewohner zur pünktlichen Ausfüllung der Bogen aufzufordern.

Falls in einem Hause die Konstriktionsbogen nicht ausreichen oder Sammelcouverts mit Bogen nicht abgegeben wurden, ist der Hauseigentümer verpflichtet, die fehlenden Druckarten bei der zuständigen Mehlkommission sofort zu beschaffen und zu vertheilen.

Jede Haushaltung, sowie jeder zur Anmeldung verpflichtete Kaufmann, Fabrikant oder Gewerbetreibende ist verpflichtet, die Konstriktionsbogen am 19. November nach dem Stand seiner Vorräte um 12 Uhr desselben Tages gewissenhaft auszufüllen und im eigenen Interesse besonders darauf zu achten, daß von den in seiner Behausung lebenden Personen Niemand ausbleibe. Der Magistrat wird die Richtigkeit der Angaben, sowohl in den Privathaushaltungen, als auch in den Geschäften und an sonstigen Orten kontrollieren. Der Hausbesitzer ist verpflichtet, die ausgefüllten Konstriktionsbogen am 20. November zu sammeln, genau zu prüfen, eventuell richtig zu stellen, und wenn sie beisammen sind, in die Sammelcouverts zu geben und die Rubriken des Couverts auszufüllen. Die Sammelcouverts werden am 21. und 22. eingesammelt.

### Die Konstriktion der Bevölkerung.

Die Konstriktion erfolgt auf weißen Bogen. Sie bezieht sich nur auf ständige Budapester Bewohner. Es müssen in jeder Wohnung separate Bogen für den Hauptmieter, für den Pfstermieter und für den Bettgeber ausgestellt werden. Die Familienmitglieder der einzelnen Arten von Mietnern

sind in deren Bogen einzutragen. Flüchtlinge, sowie in Privathäusern und Anstalten befindliche Gäste dürfen in die Bogen nicht eingetragen werden.

Anstalten, Waisenhäuser, Erziehungsanstalten, Armenhäuser etc. haben ihre Mitglieder namentlich einzutragen. Ausnahmen bilden nur Spitäler, die den Stand in der Anstalt mittels Ziffern ausdrücken, Angestellte, die in Anstalten und Privatwohnungen wohnen, wie Direktoren, Verwalter, Aerzte, Diener etc. haben separate Bogen auszustellen, in welchen auch die Familienangehörigen, sowie deren Lebensmittelvorräte verzeichnet sein müssen.

In Hotels und Pensionen sind nur dort wohnende Angestellte, sowie ständig dort wohnende Budapester und deren Familienmitglieder zu konstriktieren, und zwar die mit ganzer Verköstigung auf einem Sammelbogen, die separaten Haushalt führenden Angestellten, sowie die ständigen Mieter auf separatem Bogen. Die fremden Gäste werden nicht konstriktiert.

In militärischen Gebäuden, die ständig Militärzwecken dienen, werden die Konstriktionsbogen im Wege des Platzkommandos vertheilt. In solchen bürgerlichen Gebäuden, die nur für die Dauer des Krieges militärischen Zwecken dienen, wie beispielsweise militärische Aushilfspitäler oder zu Kasernen umgestaltete Schulen, Fabriken oder in anderen Gebäuden, werden die Konstriktionsbogen von der zuständigen Bezirksvorstellung vertheilt, jedoch nur für die daselbst wohnenden Civilpersonen.

### Anmeldung der Haushaltungsvorräte.

Sowohl in privaten als in Anstaltshaushaltungen und anderen der Anmeldung unterstellten Haushaltungen befindliche Vorräte sind auf dem weißen (Haushaltungs-) Bogen anzumelden. Uebersteigen diese Vorräte das Maß des Haushaltungsbedarfes, so ist über dieselben ein separater (grauer) Bogen auszufüllen.

### Konstriktion der Geschäftsvorräte.

All jene Geschäftsinhaber, Gewerbe- und Fabrikunternehmungen, die für eigene Zwecke oder für ihre Angestellten über die zur Anmeldung verpflichteten Artikel oder Petroleum verfügen, oder die sich mit der Herstellung, Verarbeitung oder dem Vertriebe einer dieser Artikel direkt oder indirekt befassen, haben ihre Vorräte auf grauen (Geschäfts-) Konstriktionsbogen anzumelden und die Bogen jenem Hauseigentümer, bei dem sie wohnen, gleichviel, ob ihr Geschäft im selben Hause oder auf anderem Gebiete der Hauptstadt sich befindet, zu übergeben. Wer über anzumeldende Vorräte nicht verfügt, hat diesen Umstand in der betreffenden Rubrik des Konstriktionsbogens zu verzeichnen.

Wer nicht Kaufmann, Fabrikant oder Gewerbetreibender ist, aber über mehr Vorräte verfügt, als der Haushalt erfordert, hat diese Vorräte in ihrer Gänze in den für Geschäftsvorräte dienenden grauen Bogen einzutragen.

In den Konstriktionsbogen sind einzeln alle jene Geschäfte und sonstigen Vorkatitäten, in welchen sich anzumeldende Vorräte befinden, das heißt, wo immer auf hauptstädtischem Gebiete eingelagerte Vorräte auf einem Bogen, die Vorräte aber nebst Angabe der Lager, sowie des Quantum spezifiziert anzuführen. In jenen Gebäuden, in welchen solche Geschäfte und Lager untergebracht sind, deren Eigentümer nicht im selben Hause wohnen, sind die Hauseigentümer verpflichtet, dafür zu sorgen, daß über diese Geschäfte, Lager usw. je ein grauer Konstriktionsbogen ausgestellt werde.

In diesem Bogen ist jedoch nur die Lage des Geschäftes, sowie der Name und die Wohnung des Eigentümers anzugeben, das heißt es sind nur die Punkte 1 und 2 der Bogen auszufüllen. Der Hauseigentümer ist dafür verantwortlich, daß die in seinem Hause wohnenden Geschäftsleute nicht nur ihre Privatvorräte auf weißen Bogen anmelden, sondern daß sie auch graue Bogen ausstellen, die zur Anmeldung ihrer Geschäftsvorräte dienen.

Auf den grauen (geschäftlichen) Konstriktionsbogen sind auch jene Vorräte auszuweisen, welche die Hauptstadt den betreffenden Geschäftsinhabern behufs Verlaufs, Verarbeitung, respektive Verwendung angewiesen hat.

Kompagniefirmen haben über gemeinschaftliche Geschäftsvorräte nur einen grauen (geschäftlichen) Bogen auszustellen, für die richtigen Angaben sind jedoch sämtliche Mitglieder der Firma haftbar.

Bei Aktiengesellschaften ist für die richtige Angabe der Vorräte der geschäftsführende Direktor (Generaldirektor) der Gesellschaft verantwortlich.

Die Mühlen, die hauptstädtischen Lagerhäuser,

sowie Eisenbahn- und Schifffahrtsunternehmungen haben nur ihre eigenen oder die Vorräte ihrer Angestellten auf grauem Bogen anzumelden.

### Strafbestimmungen.

Wer gegen die obigen Bestimmungen verstößt oder diese auspielt, ferner wer die Behörden mit Angabe falscher Daten täuscht oder die Angabe der Daten verweigert, begeht, sofern seine Handlungen keinen schwereren Strafbestimmungen unterliegen, eine Uebertretung, welche im Sinne des § 9 S. 1. L. 1914 mit zwei Monaten Arrest und 600 Kronen Geldstrafe geahndet wird. Für die Beurteilung der Uebertretungen ist die kon. ung. Staatspolizei zuständig.

Der hauptstädtische Magistrat.

Antrag von Dr. M. Albrecht und Genossen betreffend Erträgen an den Senat...

Der Antrag lautet: Wir beantragen: Die Bürgerchaft ersucht den Senat über diejenigen Maßnahmen...

Als Senatskommissare erscheinen die Herren Senator Dr. Diefel und Rat Dr. Lippmann.

Senatskommissar Senator Dr. Diefel:

Meine geehrten Herren! Der Senat ist der an ihn ergangenen Aufforderung, über den Stand der Ernährungsfrage...

Sie bilden zum Glück eine kleine Minderheit. Dagegen ist es mit Bedürfnis, der großen Mehrzahl unserer Bevölkerung...

Ich möchte wiederholen, was ich kürzlich bei der Eröffnung des Beirats ausgesprochen habe, daß die Ernährungsfrage...

Die dem Kriegsvorparlament aus dieser Sachlage erwachsende Aufgabe ist keine leichte. Während der beiden ersten Kriegsjahre...

Ich beginne mit dem wichtigsten Nahrungsmittel, dem...

Brot.

Unsere diesjährige Ernte an Brotgetreide ist besser ausgefallen als die vorjährige. Dagegen fallen die Zufuhren aus dem Ausland...

Wenn wir die der Stadt Hamburg überwiesene Menge einfach nach der Kopfzahl der Bevölkerung hätten verteilen wollen...

Der in dieser Art der Verteilung sich kennzeichnende Grundgedanke ist für unsere ganze Lage maßgebend...

eingetreten und wird keine Abänderung eintreten, es sei denn die, daß mehr Mehl als vordem zur Verabfolgung der erhöhten Ration...

Neben dem Brot bildet die...

Kartoffel

unser Hauptnahrungsmittel. Hier liegen erhebliche Schwierigkeiten vor. Ich will hier keinen Rückblick werfen auf die mancherlei Experimente...

Leider ist dieser Ansturm ausgeblieben. Die Kartoffelernte in den uns zugewiesenen Lieferungsbezirken ist hinter der vorjährigen Ernte weit zurückgeblieben...

Ich würde meiner Pflicht nicht genügen, wenn ich über den Ernst dieser Sachlage die Bevölkerung im unklaren ließe...

Einem einigermaßen vollwertigen Ersatz für die Kartoffel liefert uns die reichliche Ernte in den Erzeugnissen des...

Gemüsebaues,

vor allem in Stedrüben und Kohl. Wir werden unsere Ernährungsweise ändern müssen, aber uns mit Gleichmut und Humor...

Das wir uns in dem bewohnten reichlichen Fleischverbrauch...

Beschränkungen auferlegen müssen, haben wir längst erkannt und bereits als Gewohnheit angenommen...

Je weniger Fleisch auf unseren Tisch kommt, um so stärker wächst die Nachfrage nach der Fischnahrung...

Bölla neu und tief eingreifend in unsere Lebensgewohnheiten ist dagegen die erst vor kurzem durchgeführte Beschränkung des...

Ist denn das nötig? Milch ist doch genau vorhanden. Warum sollen wir sie nicht weiter beziehen? Darauf lautet die Antwort...

Unter den vielen schwierigen Aufgaben, die das Kriegsvorparlament zu lösen hat, war diese Aufgabe vielleicht die schwierigste...

Das führt mich zu einer Erscheinung, die ich mit einem Worte berühren muß, die zahllosen Anträge auf Ausbändigung von Milchkarren für Kranke...

Was wir an Milch zuviel verbrauchen, wird uns auf den Bezug der...

Butter

angerechnet. Auch hier wieder gilt der Grundsatz, daß der einzelne auf einen Genuß verzichten muß...

Überhaupt kann es nicht schaden, wenn jeder von uns sich tagtäglich vor Augen hält, was für uns auf dem Spiele steht...

Präsident:

Die Bürgerchaft nimmt die erhaltene Auskunft mit verbindlichem Dank zur Kenntnis...

Hamburger Fre...

15. Sitzung

am Mittwoch, 15. November, 7 Uhr abends.

Präsident: Dr. A. Schön.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung durch Mitteilung der Eingänge...

Wir beantragen:

Die Bürgerchaft beschließt und ersucht den Senat um seine Mitgenehmigung, daß zur Vorbereitung begabter Volksschüler...

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein.

Wahlen.

a) Wahl eines Mitgliedes der Finanzdeputation; gewählt wird Oscar Troplow...

Vor der Tagesordnung erhält das Wort Jacobson (2.)

zu einer Anfrage an die bürgerlichen Mitglieder der Deputation. Er befragt sich über die Verkehrspernung zwischen Silber und Barnbeck...

### Approvisionnementfragen.

Staat und Gesellschaft stehen unter dem Druck eines großen Problems, das als unvermeidliche Folge des Krieges das Hinterland in erster Reihe beherrscht. Es ist dies die Verpflegungsfraße, die heute die eminenteste Sorge aller Familien bildet. Der Familienvater, der die natürliche Pflicht hat, der Ernährer seiner Angehörigen zu sein, stößt auf Schwierigkeiten, will er in gewissenhafter Weise dafür sorgen, daß sein Haus mit dem täglichen Brot versehen sei. Es liegt uns ferne, die Situation düsterer auszumalen, als sie thatsächlich ist. In Ungarn, der einstigen Kornkammer Europas, kann und darf von einer Lebensmittelnoth nicht gesprochen werden. Die Aushungerungstheorie der Entente erfährt hier kläglichen Schiffbruch, denn die Felder und Wiesen bringen reichlich hervor, was von der Mutter Erde hervorgebracht werden kann. Es fehlt uns hier an statistischen Daten darüber, wieviel die Ernte ergeben hat, aber ein Blick auf die Fluren des Landes gab zur Sommerszeit die beruhigende Gewißheit, daß wir auch im laufenden Jahre — trotz aller bestehenden Schwierigkeiten, die sich bei der Bearbeitung des Aders zeigten — der Hungerblockade unserer Feinde erfolgreich trotzen werden können. Nun naht der Winter heran und manche Erscheinung läßt die bange Frage aufkommen, ob man wirklich mit aller Ruhe den kommenden Ereignissen entgegengehen kann. Wir wollen uns wahrlich nicht in der Rolle der Beschwichtigungshofräthe gefallen, aber in genauer Kenntniß der Verhältnisse glauben wir sagen zu dürfen, es ist Alles vorhanden, womit man bis zur neuen Ernte sein Auskommen finden kann, wenn die Maschinerie, welche für die gleichmäßige, gerechte Vertheilung der Vorräthe bestimmt ist, im ganzen Lande richtig funktionieren wird. Das ist aber der springende Punkt. Hier muß der Hebel angelegt werden, wo Regierung, Municipien, Gesellschaft gemeinschaftliche Arbeit leisten müssen, damit die sich fühlbar machenden Verlegenheiten beseitigt werden. Denn es handelt sich wahrlich um nichts Anderes, als um die Beseitigung einiger Uebelstände, die durch verschiedentliche Umstände, mit denen die Fürsorge der Natur absolut nichts zu thun hat, hervorgerufen wurden.

Gegeben ist also der Satz: Es ist all das, was Ungarns Bevölkerung bis zum nächsten Peter- und Paulstag braucht, vorhanden. Die Vorräthe sind aufgespeichert — nur muß man sie auch rechtzeitig auf den Markt zu bringen wissen. Spekulant, diese argen inneren Feinde des Landes, verstanden bisher ihr Handwerk besser als der Staat und die demselben unterstehende Polizei. Die berufsmäßigen Preistreiber zeigen viel mehr Spitzfindigkeit bei der Wahrung ihrer egoistischen Interessen, als die Hüter des Gesetzes, denen allem Anscheine nach die Geschicklichkeit des Sherlock Holmes fehlt. Das Thema ist viel zu ernst, als daß man bei der Erörterung desselben sich von falschen Rücksichten leiten lassen dürfte. Sprechen wir einmal frei von der Leber weg und fragen wir: Hat man wirklich schon überall die vorhandenen Getreidevorräthe requirirt und hat man bei allen Großgrundbesitzern des Landes auf den Busch geklopft, ob sie auch thatsächlich gegen gutes Geld Alles abgeliefert haben, was aus ihren reichen Ueberflüssen für die Bedürfnisse der Allgemeinheit übergeben hätte werden müssen? Oder sind die behördlichen Spürnasen schon in die Magazine der

suchen, die Versorgung mit Lebensmitteln dem kleinen Mann zu erschweren. Und wenn es sich dabei noch um die Männer handeln würde! Aber es leiden zumeist Frauen und Kinder darunter! Man sehe sich einmal die Polowaisen an, die sich vor den Buden der hauptstädtischen Markthallen und Zucker-, Petroleum- und anderen Geschäften anstellen. Wem sich da nicht das Herz im Leibe rührt, der hat eben keines! Wir haben nun im dritten Jahre des Krieges Behörden genug errichtet, denen die Aufgabe zufällt, das Approvisionnementproblem mit Geschick zu lösen. Man hat lange genug die Fragen studirt, jetzt bitten wir endlich um die Bethätigung des praktischen Sinnes. Es bedarf dazu keiner großen Kunst, — nur ein wenig guter Willen und sehr, sehr viel Energie, diesen guten Willen auch fest entschlossen durchzusetzen!

wird.

## Der neue Naschmarkt.

Eine kritische Stimme.

Schon beginnt sich die auf der Wienfluh-  
einwölbung zwischen der Sezession und der  
Magdalenenbrücke gelegene, in einem Zeitraum  
von 24 Monaten errichtete neue Marktstadt zu  
beleben. In wenigen Tagen wird der Umzug  
des alten Naschmarktes in die Neuanlagen voll-  
zogen und damit wieder ein altes Wahrzeichen  
der Wienerstadt verschwunden sein. Bis 23. d.  
ist der Umzugstermin für alle Verkaufsstände  
und bis 26. d. auch der Termin für die  
Räumung der alten Lager des Naschmarktes  
angesezt. Am 27. d. wird der alte Markt seine  
Seele ausgehaucht haben und die neue Markt-  
stadt das tägliche Gemurre und Gesurre des  
Marktlebens über sich ergehen lassen müssen.

Wenn die Neuanlage des Marktes gegenüber  
seiner bisherigen Beschaffenheit auch einen  
großen Schritt nach vorwärts bedeutet, so muß  
doch unverhohlen ausgesprochen werden, daß die  
Neuanlage, wenn sie auch nicht gerade dem  
Auge zuwiderläuft, doch wenig Sinn für die  
praktische Lösung moderner Marktprobleme be-  
kundet. Einmal entbehrt der neue Naschmarkt  
des belebenden Geäders des Schienenstranges

Schmuckgegenstände gezeigt, die ich noch gar  
nicht kannte, darunter ein indisches Kreuz, das  
sie in dem entsehrlichen Boardinghaus, in dem  
sie das Glück hatte, mich kennenzulernen, einer  
armen Frau abgekauft hat. Ich habe ihr ver-  
prochen, nächstens einmal auch etwas zu ihrer  
Sammlung beizutragen."

"Du meinst, wenn du nach New-York fährst?"  
fragte Cynthia.

"Natürlich, wahrscheinlich nächste Woche," ant-  
wortete Burdmore; "richtig, hast du heraus-  
gefunden, was ich dir aufgetragen habe? Gibt  
es hier irgendeine polizeiliche Wache?"

"Natürlich, ich habe mich erkundigt," sagte  
Cynthia; "es gibt hier nicht einmal einen  
einzigsten Wachmann; Mr. Morgan machte mich  
aber aufmerksam, daß man natürlich an die  
Polizei nach Woxford telephonieren und in  
einigen Minuten Hilfe haben kann, da die  
Leute dort mit Fahrrädern versehen sind."

"Gewiß, gewiß!" bemerkte Christopher;  
"immerhin ist es erfreulich, daß einem da kein  
Wachmann herumlungert."

Im nächsten Augenblick ertönte ein Ruf:

"Cynthia! Cynthia! Komm doch! Warum bist  
du nicht gleich heraufgekommen?"

Cynthia, die im Vorsaal Hut und Handschuhe  
abgelegt hatte, erschrak und ging rasch zur  
Treppe.

"Du mußt die Tür in ihr Zimmer offen-  
gelassen haben, Chris," flüsterte sie entsetzt,

# Das neue Ernährungsamt. Präsident Foksein und Vizepräsident v. Keller.

(Originalzeichnung von Theo Zafche.)

T. ZAFSCHE



Wie sich die Bevölkerung die Sättigung des neuen Ernährungsamtes vorstellt.

## An die Frauen in Deutschlands Städten!

Der Präsident des Kriegsernährungsamts hat in seinem bekannten Aufruf an „Deutschlands Landfrauen“ diese mit ernstest, bittenden Worten darauf hingewiesen, wie ihre Arbeitsleistung und größte Sparsamkeit mitbestimmend ist für Deutschlands Sieg, für Deutschlands Geschick, wie es schließlich auf jedes Ei, auf jeden Kohlkopf ankommt, den die einzelne Wirtschaft an die städtischen Verbraucher mehr abzugeben in der Lage ist. Er erkennt in seinem Schreiben ausdrücklich die schwierige Lage an, in der das Land sich befindet, und fast klingt es wie eine Entschuldigung, daß er trotzdem, gedrungen von dem Ernst der Zeit, sich veranlaßt sieht, diese Mahnung an die Landfrauen zu richten.

Unsere Schwestern auf dem Lande haben daraufhin erklärt, daß es ihnen immer Ehrensache gewesen ist, ihre vaterländische Pflicht zu erfüllen, — auch ohne Mahnung; daß sie es auch in der Zukunft für ihre selbstverständliche Pflicht ansehen, taglos auf ihrem Posten auszuhalten und an der Lösung der so wichtigen Ernährungsfrage, auch unter den schwierigsten Verhältnissen, mitzuarbeiten.

Aber auch uns deutschen Stadtfrauen ist es Ehrensache, die Not des Vaterlandes mitzutragen, auch wir wollen unser ehrliches Teil der gemeinsamen Kriegslast auf uns nehmen. Wir wollen nicht hinter unseren Schwestern auf dem Lande zurückstehen, wenn es dem Sieg der deutschen Sache gilt, und wenn es gilt, dafür Opfer zu bringen. „Der König rief, und alle, alle kamen“, das soll auch von uns Frauen aus Deutschlands Städten gesagt sein. Siegen wollen selbstverständlich auch wir, — siegen wollen wir ja alle, die wir auf deutscher Erde atmen, — und siegen werden wir, wenn wir die Last des Krieges gemeinsam tragen, wenn sie uns eint, statt zu entzweien.

Zwar wäre es vergebene Liebesmühe, auf unserm harten Pflaster auch nur ein Halmchen zum Wachsen bringen zu wollen, aber sparen können wir Frauen in der Stadt gleich den Landfrauen, darin sind wir sogar Meisterinnen, — und sparen wollen wir, sparen bis zum Äußersten. Sollte uns auch manchmal ein Ei oder ein Stückchen Butter noch durch ein Hintertürchen erreichbar sein, mehr verbraucht darf es keinesfalls werden in unserem Haushalt. Es wäre Verschwendung am Vaterland, an unsern, mit uns die gleiche Last tragenden Volksgenossen.

Aber auch das Hamstern ist vaterländische Sünde. Damit lauft der Besizende dem Armen die schon knappen Lebensmittel fort und treibt die Preise nur immer mehr in die Höhe. Doch das dürfte heute ein überwundener Standpunkt sein, heute, wo jedem bis aufs Gramm genau die auf ihn fallende Menge der Nahrungsmittel zugewiesen wird.

Ja, sparen heißt es für uns und einteilen, und deswegen müssen wir alle die unbequemen Maßnahmen, die ihren Anfang mit der Brotkarte nahmen, über uns ergehen lassen. Deswegen müssen wir die greuliche Butterpolonäse absolvieren, deswegen „stehen“ wir für Fleisch, Eier, Milch, — wenn überhaupt zu haben, — und für alles, was es sonst noch auf „Nahrungsmittelkarte“ zu kaufen gibt. Hat man so stundenlang „gestanden“ und einen märchenhaften Preis erlegt und sieht dann das winzige Bißchen — manchmal aber auch gar nichts — in seinem Einholkorb, so ist es wirklich eine vaterländische Leistung, dann ruhig zu bleiben. In nur zu menschlicher Weise macht manch arme geplagte Hausfrau ihrem Unmut über die verlorene Zeit, die Lebensmittelknappheit, die Teuerung Lust, und ihr Zorn wendet sich gegen die „wucherischen Agrarier“, die sie für die Ursache aller ihrer Nöte ansieht.

Aber Zorn macht ungerecht und schadet dem Zielbewußtsein und unser Ziel heißt — siegen! Das können wir nur erreichen, wenn wir gemeinsam die Last des Krieges tragen, die uns alle drückt; die uns aber zermalmen muß, wenn uns unsere Ungeduld in einen Kampf aller gegen alle hineintreibt.

Wir wissen es alle, der Krieg hält unsere Grenzen geschlossen. Wir sind auf uns selbst angewiesen, müssen uns aus dem eigenen Lande ernähren. Die Landwirtschaft wird angespannt zur äußersten Kraftentfaltung. Und doch ist ihr Wirtschaftsbetrieb heute schwieriger denn je. Es fehlen die Arbeitskräfte, es fehlen die Pferde, es fehlt vor allem der Betriebsleiter. Der steht draußen an der Front — und die Frau, der das eine ungewohnte Arbeit ist, muß für ihn eintreten. Das Korn ist beschlagnahmt, die Kartoffeln ebenso. Futtermittel sind kaum zu haben, und die man bekommt, sind unerschwinglich teuer und schlecht. Das gleiche gilt vom Dung. Dazu kommen die ständigen Eingriffe in den Betrieb durch die Obrigkeit, die vielen sich je nach der augenblicklichen Lage des Wirtschaftslebens immer wieder ändernden Bestimmungen der Behörden und die einschneidenden Zwangsmaßnahmen. Das alles macht die Produktion unverhältnismäßig teuer und unsicher. Das Risiko wird viel größer. Ist es da ein Wunder, daß sich all

## Der Kampf gegen die Wucherpreise

Von Hofrat Prof. Dr. Bela Földes,  
Mitglied des ungarischen Reichstages.

Die von Tag zu Tag sich steigende Not der Konsumenten, namentlich jener, die der materiellen Produktion fernstehen, ist auf zwei Ursachen zurückzuführen. Die eine ist der teilweise Mangel an den notwendigen Lebensmitteln, die zweite der umerlöbliche Preis der Lebensmittel, was für einen großen Teil der Verbraucher dem absoluten Mangel gleichkommt. Mit den Maßregeln, die dem Mangel an Lebensmitteln abhelfen sollen, wollen wir uns gegenwärtig nicht beschäftigen, wohl aber mit dem durch die unverantwortlich hohen Preise hervorgerufenen relativen Mangel. Die Erziehung selbständiger Kempter für das Ernährungsweisen sowie die neuesten Maßnahmen der deutschen Regierung gegen wucherische Preisgestaltung und namentlich der Plan einer Normierung der Preise auf Grund der Gesehungskosten bieten uns Anlaß zu folgenden Erörterungen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die exorbitante Hinaufreibung der Preise von unentbehrlichen Lebensmitteln und Industrieartikeln in vielen Fällen geradezu verbrecherischer, wucherischer Natur ist, und daß das Anschwellen der Preise um 400 bis 500 Prozent, ja hin und wieder noch mehr, als sichtbarstes Uebel der durch den Krieg verursachten peinlichen Lage der Konsumenten erscheint. Daß die Unternehmungsprofite, die in Friedensjahren als günstig betrachtet wurden, wenn sie 10 Prozent erreichten, jetzt bis 30, 40, ja sogar 80, 100 Prozent und höher steigen, hat mit dem legitimen Geschäft nichts mehr zu tun und ist bloß ein Beweis dafür, daß sich viele Unternehmer einen viel höheren Preis bezahlen lassen, als durch die Produktionskosten gerechtfertigt wäre. Wer aber in der arbeitsteiligen Gesellschaft, zumal in Kriegszeit, den Preis seiner Ware nicht nach den Produktionskosten, nicht nach den gebrachten Opfern, sondern nach einem, und zwar dem in einer Notlage befindlichen Konsumenten geleisteten Dienst berechnet, der macht sich des Wuchers schuldig. Im Kriege ist auch die Berufung auf die Korrektur durch die freie Konkurrenz unmöglich, weil diese unterbunden, mehr oder weniger ausgeschaltet ist. Nicht mit Unrecht haben daher manche Volkswirte die Kriegsgewinnsteuer mit der wucherischen Natur der Kriegsgewinne gerechtfertigt.

Zweifellos war es ein ganz richtiger Gedanke, der die deutsche Regierung zu Verfügungen bewog, wonach die Preise auf die Gesehungskosten zurückgeführt werden müssen. Die Kriegslage berechtigt nicht zur Ausbeutung der Verbraucher im trassen Privatinteresse — bei Gefährdung des Gemeinwohles. Im Kriege ist jede Aufgabe mehr oder weniger Staatsaufgabe. Jeder dient in erster Linie dem Staate. Und wenn der Einzelne nicht genügend sittlichen Gehalt besitzt, sich nicht auf die Höhe des staatsbürgerlichen Bewußtseins aufzuschwingen vermag, dann muß der Staat den Versuch machen, jene geradezu anarchischen Verhältnisse, in denen die Konsumenten der Sabotier der Produzenten preisgegeben werden, zu beseitigen. Einer der Wege zur Sanierung des Übels ist die Normierung der Preise auf Grund der Gesehungskosten mit Hinzurechnung eines bürgerlichen Nutzens. Warum sollte der Unternehmer, der in Friedenszeiten mit einem Gewinn von 10 Prozent zufrieden war, im Kriege, wo wir alle gleichmäßig in unserer privaten und staatlichen Existenz bedroht sind, seine Mitbürger als Objekte betrachten dürfen, die ihm Krösusstücke in die Kasse liefern?

Das von der deutschen Regierung akzeptierte Prinzip ist, wie bemerkt, ein richtiges, und es steht zu hoffen, daß es eine Wendung zum Besseren bringen wird. Freilich verheimlichen wir uns nicht, daß die Aufgabe ihre Schwierigkeiten hat. Manche Elemente der Gesehungskosten sind schwer zu erfassen; manche hängen von der Größe des Umsatzes ab; andere wieder zeigen die Eigentümlichkeit, daß sie gemeinschaftliche Kosten miteinander verbundener Produktionen sind, und so gibt es der Schwierigkeiten mancherlei. Weiter ist infolge der organischen, auf Solidarität beruhenden Natur des Wirtschaftslebens der Preis des einen Gutes eine Konsequenz des zu seiner Hervorbringung nötigen Gutes, und daher wieder das Ergebnis anderer Preiselemente. Man wird vielleicht auch solchen Fällen begegnen, wo die Preise ausnahmsweise nicht sehr hoch über den Gesehungskosten stehen. Möglicherweise dürfte der geschäftliche Egoismus Mittel und Wege finden, um auch hier die Interessen des Gemeinwillens auszuspielen. Doch glauben wir, daß hier wieder in vielen und in den wichtigsten Fällen die Einsicht in die Gesehungskosten und die Feststellung der Preise auf Grund der Gesehungskosten keine besonderen Schwierigkeiten bereiten dürfte.

Die Reduzierung der Preise nach dem Maßstab der Gesehungskosten hat übrigens bereits in der gerichtlichen Praxis ein Präzedenz. So haben unseres Wissens österreichische Gerichte den berechtigten Preis in Streitfällen nach den Gesehungskosten bemessen. Dieser Auffassung scheint sich auch eine Entscheidung des Reichsgerichtes vom 10. März 1916 zu nähern.

Wohl mag die Frage aufgeworfen werden, ob es Maßregeln gibt, die weniger Schwierigkeiten verursachen als die Erforschung der Produktionskosten? Wir glauben darauf hinweisen zu sollen, daß das Ziel auch auf einem anderen Wege erreicht werden könnte. Dies wäre nämlich eine durch die Tatsachen an sich schon gerechtfertigte, kufenmäßige Reduzierung der Preise. Es wäre eine Art Abbau, wie dies in Bezug auf das Moratorium geschah, eine langsame Rückkehr zu den Preisen vor dem Kriege.

26./X. 1916

## Fleisch- und fettarmer Kriegsküchenzettel mit Kochvorschriften.

Von Luise Holle.

**Sonntag:** Hafersuppe mit Selleriestücken. Pfannenbraten. Griechspeise mit Schokoladeguß.

**Hafersuppe mit Selleriestücken.** Eine mittelgroße Knolle Sellerie schneidet man nach dem Schälen in Stücken und eine halbe Stange Porree in feine Scheiben. Beide röstet man in wenig Fett unter Rühren leichtbräunlich, füllt 1½ Liter kochendes Wasser darüber, gibt, wenn die Flüssigkeit kocht, 60 Gr. Hafersudeten und das nötige Salz hinein und stellt nach 5 Minuten Ankochzeit die Suppe 2 Stunden in den Garlocher. Zuletzt gibt man einen Böffel voll feingehackter Sellerieblättchen daran und kocht die Suppe mit 1 Teelöffel Eierparpulver durch.

**Pfannenbraten.** Etwa 750 Gr. fettdurchwachsenes Schweinefleisch — sehr geeignet ist ein Stück vom Schweinenacken — legt man in die Mitte einer großen Pfanne in ½ Liter kochendes Wasser und umgibt das Fleisch mit einem tiefen Keller voll abgeschälter kleiner Zwiebeln, die man vorher überbrüht, zwei tiefen Tellern voll säuerlicher Apfelscheiben und 2 Kg. Kartoffeln, die man in der Schale so lange kocht, bis sie sich abziehen lassen, nicht länger, und dann nach dem Abziehen zu dem Fleisch legt. Man schiebt das Gericht in einen heißen Ofen und schmort es darin eine knappe Stunde. Das Fleisch wird in Scheiben geschnitten, in die Mitte einer heißen Schüssel gelegt und mit den Zwiebeln, Äpfeln und Kartoffeln krantzweise umgeben.

**Griechspeise mit Schokoladeguß.** Aus 2 Eßlöffeln Trockenmilchpulver bereitet man ½ Liter Milch, streut 125 Gr. Grieß unter Rühren hinein und läßt ihn langsam dick ausquellen, worauf man ihn mit etwas Salz, Zucker, abgeriebener Zitronenschale und 2 Teelöffeln glatt gerührtem Eierparpulver vermischt. 50 Gr. Suttade schneidet man ganz fein und quillt 50 Gr. Korinthen in Wasser aus, läßt sie gut abtropfen. Eine kleine Springform richtet man vor, füllt die Hälfte Grieß hinein und die Suttade und Korinthen darüber, dann den Rest des Grieß' darauf. Man schiebt die Griechspeise in den Ofen, bis sie eine Kruste zeigt, löst dann 100 Gr. Schokolade auf heißer Herdplatte mit ganz wenig Wasser auf, gibt 50 Gr. gehackte Nüsse hinein und überzieht damit die Griechspeise und läßt sie noch im Ofen, bis sie wie glasiert erscheint. Der Springformrand wird beim Anrichten abgelöst.

**Montag:** Apfelsuppe (Vorschrift bekannt). Widellöche mit Petersilientunke.

**Widellöche mit Petersilientunke** (Vorschrift von Frau Oberstleutnant R., Potsdam). Aus 1 Tasse Milch, 1 Ei und 1 Teelöffel Eierparpulver, etwas Salz, 3 Teelöffel Backpulver und so viel Mehl, wie nötig ist, knetet man einen glatten Nudelsteig zusammen, den man auf bemehltem Backbrett so dünn wie irgend möglich ausrollt. 100 Gr. Semmelkrumen röstet man in wenig Fett und streut sie über den Teig, den man zusammenrollt. Man schneidet von der Rolle etwa 8 Ztm. lange Stücke, die man an den Schnittflächen fest zusammendrückt. Aus einigen Brühwürfeln bereitet man 1½ Liter Fleischbrühe, in der man die Widellöche 15 Minuten langsam ziehen läßt. Man bindet die Brühe leicht mit Kartoffelmehl und gibt reichlich gehackte Petersilie daran. — Die Widellöche sind vortrefflich, ich kann sie allen „Rundschau“-Leserinnen empfehlen, welche die Schwierigkeit überwinden können, welche der Beschaffung des nötigen Mehls und der Semmelkrumen oft im Wege stehen werden.

**Dienstag:** Saffsuppe mit Griechbrei. Schellfisch in Sellerietunke, Kartoffeln in der Schale.

**Saffsuppe mit Griechbrei.** 1 Liter Wasser bringt man ins Kochen, gibt ½ Liter beliebigen Fruchtstift hinzu, bindet die

Suppe mit 30 Gr. Kartoffelmehl und schmeckt sie mit Salz und Zucker ab. ½ Liter Magermilch bringt man ins Kochen, gibt man ½ Liter Zitronenschale und ein Paket Vanillezucker hinzu und streut unter Rühren 50 Gr. Grieß hinein, der langsam dick ausquellen muß. Der Brei wird kurze Zeit in eine ausgespülte glatte Form gefüllt, damit er sich setzt, wird dann in die Suppenschüssel gestürzt und die Saffsuppe darüber gegeben.

**Schellfisch in Sellerietunke.** Zwei Knollen Sellerie bürstet und schält man, schneidet sie in Stücke und kocht sie mit ½ Liter Brühe aus Brühwürfeln so weich, daß man sie durch ein Sieb streichen kann. Die erhaltene Flüssigkeit wird mit 2 Eßlöffeln in Magermilch glatt gerührtem Mehl vermischt und in der Tunke langsam ¼ Kg. in Stücke zerlegter Schellfisch, nachdem er vorgekocht wurde, garmacht. Zwei Eßlöffel voll feingehackter Sellerieblättchen schmort man in 10 Gr. Fett durch und gibt sie zuletzt an das Fischgericht. In der Schale gekochte Kartoffeln gibt man dazu.

**Mittwoch:** Zwiebelsuppe (Vorschrift bekannt). Nudelpastete mit Rotkohl und Äpfeln.

**Nudelpastete mit Rotkohl und Äpfeln.** Aus 1 Ei, 250 Gr. Mehl, 1 Teelöffel Backpulver und etwas Wasser und Salz knetet man einen einfachen Nudelsteig zusammen, den man ausrollt. Eine feuerfeste Backform wird mit dem Teig, nachdem die Form leicht eingefettet wurde, ausgelegt und ein Drittel des Teiges zu einem Deckel zurückgelassen. Vorher muß man einen großen Kopf Rotkohl feinschneiden, abkochen, mit so viel Essig durchrühren, daß er eine frischrote Farbe bekommt und mit wenig Wasser, einer Zwiebel, Salz und wenig Zucker weich schmoren. Auch 500 Gr. in Scheiben geschnittene geschälte Äpfel kocht man ganz kurze Zeit an. Der Teig muß im heißen Bratofen erst zehn Minuten backen, bevor man den Kohl schichtweise mit den Äpfeln hineinfüllt, mit dem Rest des Nudelsteiges bedeckt und dann noch etwa 30 Minuten bei mäßiger Hitze bäckt. Beim Anrichten kann man den Teigdeckel leicht mit etwas Fett bestreichen.

**Donnerstag:** Tomatensuppe (Vorschrift bekannt). Gefüllte Kohlrübe im Polentaring.

**Gefüllte Kohlrübe im Polentaring.** Eine ziemlich große Kohlrübe (Stekrübe) schält man, kocht sie in leichtem Salzwasser halb weich, schneidet auf einer Seite einen Deckel ab und sie auf der anderen Seite glatt zurecht, so daß sie stehen kann, und höhlt sie dann aus. Aus 200 Gr. gewiechem frischem Fleisch, 250 Gr. kalten geriebenen Kartoffeln, 40 Gr. gehackten getrockneten Pilzen (vorher einweichen und schmoren), 2 Teelöffeln Eierparpulver, etwas gewiechem Brot, einigen Eßlöffeln Fleischbrühe, geriebener Zwiebel, Salz, Pfeffer wird ein geschmeidiges Füllsel bereitet, das man in die Kohlrübe füllt. Sie wird mit dem Deckel zugebunden und in eine kleine Pfanne in ½ Liter kochend heiße Fleischbrühe gestellt, in einen heißen Ofen geschoben und unter öfterem Begießen gargeschmort. An die Tunke gibt man ¼ Liter Tomatenbrei und kocht sie leicht sämig. Die gefüllte Kohlrübe richtet man in einem Polentaring an, dessen Herstellung ich schon verschiedentlich brachte, und überfüllt sie mit der Tunke.

**Freitag:** Sauerkraut (Bereitungsweise bekannt) mit Tomatenpufferchen. Kalte Apfelspeise.

**Tomatenpufferchen.** 500 Gr. reife Tomaten überbrüht man und streicht sie dann durch. Den erhaltenen Brei vermischt man mit 100 Gr. geriebenen Kartoffeln, 50 Gr. Mehl, 2 Teelöffeln Eierparpulver, Salz, etwas Pfeffer und etwas geriebenem Zwieback, gibt so viel leichte Fleischbrühe daran, daß ein Teig entsteht, aus dem man kleine Puffer bäckt. Man rechnet für jeden Puffer einen großen Böffel Teig.

**Kalte Apfelspeise.** 1 Kg. geschälte, in Viertel geschnittene Äpfel kocht man in reichlich Wasser mit etwas Zucker ganz

weich, gießt das überflüssige Wasser ab und streicht den zurückbleibenden schlanken Brei durch ein Sieb. Zu der Apfelmasse gibt man ¼ Liter Samos, die abgeriebene Schale von einer halben Zitrone und 30 Gr. aufgelöste weiße Gelatine. In dem abgegossenen Apfelwasser kocht man die gewaschenen Apfelschalen und Abfälle gründlich aus und gibt nach ihrem Durchsieben einige Blätter rote aufgelöste Gelatine dazu. Die weiße erstarrte Apfelspeise stürzt man beim Anrichten und verzert sie mit der gehackten roten Apfelsalz.

**Sonnabend:** Kriegsgraupengemüse mit Pilztunke. Buttermilchpudding.

**Kriegsgraupengemüse.** In 30 Gramm Fett brät man 350 Gr. vorher abgekochte und trocken abgegossene Graupen und 250 Gramm in Streifen geschnittene abgekochte Stedrüben nebst einer geriebenen Zwiebel unter stetem Wenden in einer großen Pfanne bräunlich. Dann schüttet man die Mischung in 1½ Liter leichte Fleischbrühe aus Brühwürfeln, kocht sie zehn Minuten und stellt sie 2½ bis 3 Stunden in den Garlocher, so daß das Kriegsgemüse dick ausgequollen ist. Man richtet es erhöht an, bestreut es leicht mit gerösteten Semmelkrumen und gibt eine auf bekannte Weise bereitete braune Pilztunke dazu, die man aus getrockneten beliebigen Pilzen oder auch aus eingemachten Pilzen bereiten kann.

**Buttermilchpudding.** Zu einem Liter Buttermilch gibt man ein Weinglas Rum, etwas abgeriebene Zitronenschale und 150 Gramm Zucker, löst 10 Blatt rote Gelatine in Wasser auf, gibt sie zu der gesüßten und gewürzten Buttermilch und rührt sie erst 10 Minuten kräftig, damit sie sich völlig mit der Gelatine vermischt und eine gleichmäßig rote Farbe erhält. Man füllt den Pudding in eine Glasschale, läßt ihn erstarren und legt beim Anrichten gern abgetropfte feingehackte Mirabellen als Kranz obenauf.

die Hoffnung aus, daß das Ernährungsamt — befreit von der Bürde der zersplitterten Ressortkompetenzen — nunmehr rasch an die Erstellung eines einheitlichen, die ganze Volksernährung im großen Zuge umfassenden Versorgungsplanes, also in diesem Zusammenhang auch eines Produktions- und Beschaffungsplanes, schreiten wird. Der Beirat begrüßt mit besonderer Befriedigung, daß die Obsorge um die Erzeugung von Lebensmitteln an die erste Stelle der Aufgaben des neuen Ernährungsamtes gerückt und auf die Zusammenarbeit erprobter Verwaltungsbeamter mit tüchtigen Fachleuten des praktischen Lebens besonderer Nachdruck gelegt worden ist. Es ist daher zu erwarten, daß dem Ernährungsamt nicht nur auch weiterhin ein Beirat zur Seite gestellt, sondern auch daß der Präsident dieses Beirates und einige aus seiner Mitte erwählte Mitglieder in dem Vorstande des Ernährungsamtes Sitz und Stimme erhalten. Der Beirat erblickt darin die Gewähr, daß die Regierung den tatsächlichen Verhältnissen unseres wirtschaftlichen Lebens — auf welchen allein eine erfolgreiche Ernährungs politik aufgebaut werden kann — volles Verständnis entgegenbringt, und spricht nochmals die feste Ueberzeugung aus, daß es auf diesem Wege auch gewiß gelingen wird, die Frage einer ausreichenden Volksernährung zufriedenstellend zu lösen.

Der Beirat ersucht zum Schluß dringend, daß die Ernährungsämter Österreichs und Ungarns unverzüglich miteinander in engste Fühlung treten, um eine Zusammenfassung sämtlicher Ernährungsquellen und eine einheitliche Regelung der Volksernährung in beiden Staaten dieser Monarchie anzubahnen und durchzuführen."

Zur Verhandlung gelangt sodann ein Antrag des Vizepräsidenten Geheimen Rates Dr. Schreiner und des Mitgliedes Doktor Biegler, dahingehend, den Gebirgsbauern die für die Selbstversorgung notwendigen Getreidequantitäten bis zur Mahlfähigkeit des eigenen Getreides zu belassen. Nach einer kurzen Debatte, an der sich die Mitglieder Dr. Lampe und Dr. Freiherr v. Stöckl beteiligten, wurde dieser Antrag in modifizierter Fassung angenommen.

Gegenstand einer lebhaften Wechselrede, an der sich die Mitglieder Sonntag, Soyka, Dr. Freiherr v. Stöckl, Doktor v. Seidl, Muchitsch, Fink, Dr. Lampe, Bisel, Dr. Nowak und Vizepräsident Geheimen Rates Dr. Schreiner beteiligten, bildete der Antrag des Mitgliedes Doktor Biegler, betreffend die Gewährung von Prämien für die Erzielung eines den Landesdurchschnitt übersteigenden Hektarertrages. Die Besprechung dieses Antrages brachte eine solche Fülle von Anregungen zutage, daß der Beirat es als zweckmäßig erachtete, den ganzen Komplex der aufgerollten Fragen einer neuerlichen Beratung durch den Beirat vorzubehalten.

Ueber die im Sachkomitee für Vieh, Fleisch, Milch und Fette behandelten Anträge des Mitgliedes Professor Dr. Winkler betreffend die Milchversorgung der größeren Konsumorte und die Regelung der Preise für Milch und Molkereiprodukte sowie über die Anträge des Mitgliedes Dr. Lampe auf Gleichstellung der Richtpreise für Schlachtvieh in den einzelnen Kronländern und auf die Ausgestaltung des Schweineverkehrs berichtete Mitglied Professor Dr. Winkler, daß das Sachkomitee die Einsetzung eines Subkomitees, bestehend aus den Mitgliedern Dr. Lampe, Ritter v. Panz und Professor Doktor Winkler, beschlossen habe, welches gemeinsam mit dem Ernährungsamte genauere Vorschläge zur Behandlung der angeregten Fragen ausarbeiten und dem Beiratsvorstande vorlegen solle. Dieser Beschluß des Sachkomitees wurde vom Beiratsrat genehmigt.

Ueber die Zuckerfrage berichtete Mitglied Sonntag, daß ein aus der Mitte des Sachkomitees gewähltes Subkomitee Gelegenheit hatte, die Erklärungen des Regierungsvertreters über die bisher in dieser Frage getroffenen Maßnahmen entgegenzunehmen.

Der Berichterstatter hebt hervor, daß die Erstellung einer richtigen Preisrelation zwischen Zuckerrüben- und Rohzuckerpreis einerseits und den andern landwirtschaftlichen Produkten andererseits allein nicht zur Sicherung eines ausreichenden Rübenbaues genüge, daß die richtige Preisbemessung nur bei gleichzeitiger Lösung der Arbeiter-, Dünger- und Schnitzfrage dem Ziele nähergebracht werden könne.

**Herabsetzung der Zuckerpriese.**

An diesen Bericht schloß sich eine lebhafte Wechselrede über die Frage der Ermäßigung der Zuckerpriese, an der sich die Mitglieder Dr. Steinwender, Dr. Renner, Doktor v. Seidl, Kunzsch, Dr. Kotowek, Professor Nowak und Muchitsch beteiligten.

Der Bericht des Referenten wurde sodann einstimmig genehmigt, ein Antrag des Mitgliedes Dr. Steinwender auf Herabsetzung der Zuckerpriese mit zwölf gegen elf Stimmen angenommen.

Hierauf berichtete Mitglied Dr. Biegler über die im Sachkomitee gestellten Anträge, die auf eine Verminderung des Verbrauches von Kaffee und dessen Surrogatmitteln, Tee, Kakao und Schokolade hingingen und vom Beirat nach kurzer Debatte zum Beschlusse erhoben wurden.

Zur Frage der Biererzeugung berichtete namens des Sachkomitees Mitglied Dr. Kotowek. Nach einer kurzen Debatte, an der sich der Präsident der Futtermittelzentrale Kammerat Wendl sowie Vizepräsident Geheimen Rates Dr. Schreiner und Mitglied Soyka beteiligten, wurde der Antrag des Referenten, die Bierindustrie im Rahmen der gegebenen Verhältnisse zu berücksichtigen und ihr vom 15. Dezember 1916 vorläufig bis 500 Waggons Gerste zur Verfügung zu stellen, angenommen.

Zur Annahme gelangt ferner der Referentenantrag des Mitgliedes Dr. Laginja betreffend die Regelung des Weinverkehrs in Istrien sowie die Festsetzung von Groß- und Detailhandelspreisen für Massenweine. Zwei weitere Anträge des Mitgliedes Dr. Laginja werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Der Beirat erhebt weiter einen die Bewirtschaftung von Obstarmelade behandelnden Antrag des Mitgliedes Soyka zum Beschluß.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildet ein vom Mitglied Kunzsch erstatteter Bericht über den im Arbeitsausschuß behandelten Antrag, die Eigenjagdbesitzer zur landwirtschaftlichen Bewirtschaftung ihres für diese Zwecke geeigneten Bodenbesitzes zu verhalten. Dieser Antrag sowie der Zusatzantrag des Vizepräsidenten Geheimen Rates Dr. Schreiner, die auf solchen Jagdgründen bisher zum Zwecke der Wildfütterung verwendeten Heumengen in erster Linie für den Heeresbedarf heranzuziehen, finden die Zustimmung des Beirates.

Nach Beendigung der sich bis in die späten Abendstunden hinziehenden Beratungen dankt Mitglied Soyka namens des Beirates dem Vorsitzenden Dr. Johann Grafen Larisch von Woenich für seine umsichtige Leitung der Verhandlungen.

**Die Approbitionierung im Kriege.**

**Sitzung des Approbitionierungsbeirates.**

Im Sitzungssaal des niederösterreichischen Landtages trat der Approbitionierungsbeirat am 18. d. unter dem Vorsitz seines Präsidenten Dr. Johann Grafen Larisch-Woenich zu seiner sechsten Tagung zusammen, nachdem bereits am 17. und am Vormittag des 18. d. eingehende Beratungen der Sachkomitees und des Arbeitsausschusses stattgefunden hatten.

In seinen einleitenden Ausführungen wies der Vorsitzende zunächst auf die Errichtung des Amtes für Volksernährung hin, womit einem langgehegten Wunsch des Beirates Rechnung getragen erscheint. Der Beirat bringe dem neuen Amt um so größeres Vertrauen entgegen, als Präsident Kofstein, welchem der Ruf eines tatkräftigen Mannes und bewährten Organisationsvorangehe, die begründete Hoffnung auf den Erfolg seiner Mission biete. Mit warmen Worten des Dankes und der Anerkennung gedachte der Vorsitzende sodann der erfolgreichen Wirksamkeit des Leiters des bisherigen Ernährungsamtes Sektionschefs Ritter v. Keller und des Hofrates Freiherrn v. Fries.

Der Präsident des Ernährungsamtes Kofstein dankte zunächst für die ihm zuteil gewordene Begrüßung. Er habe die Tätigkeit des Approbitionierungsbeirates schon seit Beginn mit großem Interesse verfolgt. Was die Ziele und die weitere Tätigkeit des Ernährungsamtes anlange, könne er erklärlicherweise heute noch keine bindenden programmatischen Erklärungen abgeben.

**Stellungnahme des Beirates zum Ernährungsamt.**

Der Beirat nahm die Erklärungen des Präsidenten Kofstein mit Beifall entgegen und beschloß sodann über Antrag des Mitgliedes Dr. Kotowek debattelos und einstimmig die Annahme folgender vom Arbeitsausschuß vorgeschlagener Kundgebung:

Der Beirat begrüßt mit Genugtuung die von ihm seit Beginn seiner Tätigkeit geforderte Errichtung eines selbstständigen, mit den erforderlichen Vollmachten ausgestatteten Ernährungsamtes. Der Beirat spricht

28. II. 1916

**Unstimmigkeiten in der Gütererzeugung.**

Niemand verkennet die gewaltigen Schwierigkeiten, die sich aus der gesetzlichen Preisbemessung unserer wichtigsten Nahrungsmittel ergeben. Die Notwendigkeit solcher gesetzlicher Maßnahmen wird durch nichts schlagender bewiesen als durch die Preisentwicklung von Nahrungsmitteln, die bisher von Höchstpreisen verschont geblieben sind. Wenn wir hören, daß während des Krieges der Preis für Geflügel um das 6- bis 8fache, der des Gänsefettes in Berlin gar um das 16fache des Friedenspreises gestiegen ist, so können wir nur berechtigte Genugtuung darüber empfinden, wenn es dem staatlichen Eingreifen gelungen ist, für Nahrungsmittel der elementarsten Lebensnotdurft, wie z. B. Getreide und Mehl, Gerste und Gröhe, Vollmilch und Magermilch, Zuckerrüben und Zucker mächtige Preise festzulegen und diese Erzeugnisse vor wucherischer Ausbeutung zu schützen. Wir müssen uns auch mit den verhältnismäßig höher bemessenen Fleischpreisen abfinden, die ihre natürliche Rechtfertigung in dem Mangel an Kraftfuttermitteln und in den bedeutend erhöhten Erzeugungskosten der Viehzüchter finden. Es wäre ein bedenklicher Irrtum, anzunehmen, daß die letzte, an sich vortreffliche Futtermittelernte einen vollgültigen Ersatz für die sonst vom Auslande bezogenen Kraftfuttermittel wie Gerste und Getreide bieten könne oder daß durch die Einschränkung der Brennereibetriebe und Zuckerfabriken die Viehmästung nicht berührt werde.

Wird man demnach grundsätzlich mit der gesetzlichen Festlegung von Höchstpreisen in diesen Zeiten einverstanden sein müssen, so muß die Sorge der Gesetzgebung vornehmlich darauf gerichtet sein, die Preise für die mannigfachen Verbrauchsgüter in ein rechtmäßiges Verhältnis zu setzen — eine ebenso bedeutsame wie schwierige Aufgabe, schon wenn man berücksichtigt, welche Schwankungen die Bodenerträge und Erzeugungskosten in den Anbaugebieten aufweisen. Immerhin verlangt das Problem der Gütererzeugung in unserem jetzt nahezu abgeschlossenen Handelsstaate eine so pflegliche Behandlung, daß die Schwierigkeiten überwunden werden müssen, so lange wir einer Produktionsregelung von Reichs wegen ermangeln. Denn von dem einzelnen oder auch einer Anzahl von Landwirten kann man nicht erwarten, daß sie etwa lediglich aus Rücksichten auf die Gesamtversorgung der Bevölkerung den Anbau gewisser Feldfrüchte bevorzugen. Ueber die Auswahl der Fruchtarten entscheidet neben der Bodenbeschaffenheit in erster Linie die Rentabilität. Ein praktisches Beispiel, worüber wir von einem Großgrundbesitzer der Provinz Brandenburg unterrichtet werden, belehrt uns, wohin es führt, wenn Unstimmigkeiten in der Höchstpreisregelung obwalten. Der Herr schreibt uns:

„Wenn der Preis für Zuckerrüben nicht erheblich erhöht wird, so wird die Zuckerversorgung im Reiche aufs äußerste gefährdet. Ich selbst baue keine Zuckerrüben an, schon wegen zu weiter Entfernung zur Bahn, spreche daher nicht pro domo. Aber ein Nachbargut, das sonst regelmäßig etwa 100 Morgen mit Zuckerrüben bestellt hatte, verzichtete im letzten Jahre gänzlich darauf und erntete im Durchschnitt 55 Zentner Kartoffeln vom Morgen. Bei dem Höchstpreise von 4 Mark für den Zentner wurden vom Morgen 220 Mark erzielt. Wären Zuckerrüben angebaut worden, so hätte der Morgen bei einem Ertrage von 100 Zentnern und dem Höchstpreise von 1,50 Mark nur 150 Mark erbracht. Dabei bleibt noch zu berücksichtigen, daß von allen Feldfrüchten die Zuckerrübe die stärksten Anforderungen an Kapital und Arbeitskräfte stellt und daß ein erfolgverheißender Rübenanbau nur unter Anwendung erheblicher Mengen künstlichen Düngers, an dem es bisher noch gemangelt hat, durchzuführen ist.“

Diese Mitteilung weckt namentlich im Hinblick auf die nächste Frühlingsbestellung sehr ernste Besorgnisse, die auch nicht abgeschwächt würden, wenn etwa den Rübenbauern die Schnitzel kostenlos zurückgegeben würden. Ueberdies ist soeben der Höchstpreis für die weit minderwertigen Runkelrüben auf 2,05 M. festgesetzt worden, während er in Friedenszeiten etwa 70 Pf. betrug. Man kann dahingestellt sein lassen, ob der neue Preis der Futterrüben billigen Anforderungen entspricht, aber wenn schon der Preis für die anspruchsloseren Feldfrüchte so hoch bemessen wird, so gebietet die harte Notwendigkeit, durch angemessene Erhöhung des Zuckerrübenpreises die Erzeugung einer ausreichenden Menge Zucker nach Möglichkeit sicherzustellen. Denn es ist von weit

# Zeitung

und gelehrten Sachen.

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800,  
11 801 bis 11 850, 15 280, 15 281 bis 15 291. Zentrum 8690.

## Wappulung.

englischer Ansturm bei Ypern gescheitert.

### Wettlauf im Durchhalten.

Von

Dr. Hermann Lehy,

Professor an der Universität Heidelberg.

Wäre die Entwicklung der Ernährungsverhältnisse in der Weltwirtschaft während des Krieges so vor sich gegangen, wie es die Engländer wollten und erhofften, so würden wir heute in Deutschland nicht nur die bekannten Entbehrungen und Schwierigkeiten in unserer Ernährung verspüren, sondern dieselben noch dazu mit dem Gefühl zu tragen haben, daß unser größter Feind, England, Nahrungsmittel wie im Frieden in Hülle und Fülle besitze. Ein solches Gefühl würde sicherlich unseren Willen zum Durchhalten nicht erschüttern, aber auch nicht stärken können. Nun ist es ganz anders gekommen, wie die Engländer dachten. Knappheit und Teuerung herrschen in allen Ländern — die letztere sogar in der nordamerikanischen Kornkammer —, vor allem aber in England — trotz Seeherrschaft und Zugang zum Weltmarkt.

Die Engländer versuchen schon seit langem nicht mehr zu leugnen, daß sie sich in großen Nahrungsmittelforgen befinden. Auch brauchen wir, um uns hiervon zu überzeugen, nicht jene „neutralen“ Berichterstatter, wie etwa einen Mr. D. Thomas Curtin, der ein Geschäft daraus machte, unsere Gastfreundschaft zu genießen und dann, was er hier „sah“ — und was in allen Zeitungen zu lesen war (wie z. B. unsere Vieh-Sarkastik) — in gehässigen Artikeln in England zu „verraten“. Wir benötigen solche „Wirtschaftsspione“ nicht. Einige nackte Ziffern genügen uns. So z. B. der englische Weizenpreis, der in letzter Zeit über 400 Mark pro Tonne betragen hat gegen ca. 160 Mark in Friedenszeiten, ein Preis, der selbst in den Hungerjahren zur Zeit der hohen englischen Getreidezölle (1815—1846) nicht erreicht wurde und unseren heutigen Höchstpreis in Berlin um 140 Mark pro Tonne übertrifft. Wir wissen aus englischen Quellen, daß Fleisch und Fisch heute mehr als doppelt so hoch im Preise stehen wie in Friedenszeiten, daß Würfel-Zucker je 50 Kg. heute in London 47 sh. kostet, während er im Frieden ca. 17 sh. kostete, daß für Milch 50 Pf. pro Liter bezahlt wird und für Mehl und Brot ebenfalls das Doppelte wie im Frieden. Als neuester Faktor aber kommt das Mischtraten sowohl der englischen wie der irischen Kartoffelernte; schon kostete Kartoffeln in England 220 sh. pro Tonne (ca. 11 Mark pro Zentner) gegen 60—70 sh. in Friedenszeiten, und zwar im Großhandel! In Irland, das ja infolge der weit ungünstigeren sozialen Verhältnisse ganz besonders stark auf die Kartoffel angewiesen ist, wird ein Ausfuhrverbot gegenüber England gefordert. Schon taucht in der englischen Presse das Gespenst der Jahre 1846/1847 auf, der Jahre der Kartoffelhungersnot, welche schwere politische Unruhen sowohl in England wie in Irland zur Folge hatte.

Nun mag es Zweifler geben, welche meinen, es sei dennoch England gegenüber Deutschland im Vorteil, weil es nicht wie wir unter Knappheit, sondern nur unter teureren Nahrungsmitteln leide, die jedoch jeder in beliebigen Mengen kaufen könne. Diese Argumentation geht fehl. Denn zum Kaufen gehört nicht nur Borsat, sondern auch Geld. Längere Zeit hat man es in England so hinzustellen versucht, als ob höhere Löhne die höheren Preise ausgeglichen hätten. Diese Legende ist längst verstummt; sie würde, wenn man sie heute noch aufstischen wollte, durch die Berichte über die Lohnbewegungen sofort Lügen gestraft werden. In dem großen Beherdistrikt von Blackburn, in welchem vor kurzem eine solche Lohnerhöhung von den Arbeitern durchgeführt wurde, sind die Löhne jetzt nach dem „Manchester Guardian“ vom 25. Oktober 1916 kaum fünf Prozent höher als vor dem Kriege! Einem Vertreter des „Sheffield Daily Telegraph“ erklärte der Sekretär der National Amalgamated Union of Labour, nach Angaben dieses Blattes vom 3. November 1916, daß die Gewerkschaften durchschnittlich seit dem Kriege Lohnerhöhungen von 26—30 v. H. durchsetzen konnten, während die Kosten der Ernährung um 71 v. H. gestiegen seien. Dies sind aber noch die günstigsten Verhältnisse. Es gibt Fälle genug, in welchen Arbeitende seit Kriegsbeginn überhaupt keine Lohnerhöhung durchsetzen konnten. Dies wird z. B. in einem Protest der Handlungsgehilfen und Privatbeamten von Dublin, nach einem Bericht des „Freemans Journal“ vom 11. November 1916, ausdrücklich und im Hinblick auf die wachsenden Ernährungsorgen hervorgehoben. Was nützt es diesen, wenn man für viel Geld Nahrungsmittel haben kann?

Bergeblisch sehen sich angesichts der Schwierigkeiten, mit relativ niedrigen Löhnen die Teuerung zu ertragen, die englischen Haushälter nach billigeren als den bisher gewohnten Nahrungsmitteln um. Auch die Zeit der Surrogierung scheint vorbei zu sein. Schreibt doch der „Manchester Guardian“ vom 11. November 1916: „Bei den jetzigen hohen Preisen aller Arten von Nahrungsmitteln kann man nur schwer einen Ersatz für Fleisch finden, der nicht mindestens oder fast ebenso viel kosten würde. Fisch kommt heute hierbei gar nicht mehr in Frage. Vielleicht käme Suppe in Betracht, aber auch deren Bestandteile sind heute durchweg im Preise gestiegen.“ Der Verfasser geht dann weitere Nahrungsmittel wie Eier, Kartoffeln, Speck, Gemüse, Reis, Marmelade, Käse und Milch durch, um

## Tätigkeitsbeginn des Volksernährungsamtes.

Morgen am 1. Dezember nimmt, wie eine in den morgigen Amtsblättern zur Verlautbarung gelangende Kundmachung des Ministerpräsidenten bestimmt, das neu errichtete Volksernährungsamt seine Tätigkeit auf. Am 13. November, also vor zweieinhalb Wochen, erschien das kaiserliche Hand schreiben, mit welchem die Errichtung des Amtes anbefohlen wurde. In der Zwischenzeit wurde das Statut des Amtes verfaßt, der Wirkungsbereich und die Arbeitsweise des Amtes festgesetzt sowie die durchaus nicht unwichtigen Personenfragen geordnet. Gleichzeitig mit dem Tätigkeitsbeginn des neuen Amtes stellt das bisher im Ministerium des Innern bestandene Ernährungsamt, das den ungewöhnlichen Aufgaben der Gegenwart schon infolge seiner Organisationsunzulänglichkeit nicht mehr gewachsen sein konnte, seine Tätigkeit ein.

Wie wir die Errichtung des neuen, von den übrigen Zentralstellen unabhängigen und nur dem Ministerpräsidenten unterstellten Volksernährungsamtes unter bestimmten Voraussetzungen als einen willkommenen Fortschritt in der Organisation der Kriegsernährung der Bevölkerung begrüßt haben, ebenso begleiten wir die Aufnahme der Tätigkeit des neuen Amtes, die verhältnismäßig bald nach seiner Errichtung erfolgen kann, mit unseren Wünschen. Das Programm, das ein die Kundmachungen des Ministerpräsidenten begleitender Regierungskommentar dem neuen Amte stellt, läßt sich sehen. Schon die Aufrichtigkeit, mit der er der Öffentlichkeit sagt, wie die Dinge liegen, berührt sympathisch. Mit dem von den Demagogen noch immer genährten Aberglauben der Naiven an die Möglichkeit einer Vermehrung der Lebensmittel (etwa durch die berühmte „Oeffnung der Grenzen“ u. dgl.) räumt der Regierungsprolog rücksichtslos auf; es gibt nur zweierlei: Erfassung und gerechte Verteilung der vorhandenen Vorräte und geeignete Maßnahmen zur Förderung der Lebensmittelezeugung für die Zukunft. Wenn mit einer verlässlichen Feststellung der verfügbaren Vorräte und ihrer zweckmäßigen Verteilung auf die ganze Bevölkerung eine annehmbare Regelung der Preise verbunden wird, wie dies angekündigt und durch Kampfansage an die Wucherer und Preistreiber glaubhaft versprochen wird, dann wird sich das neue Amt im Herzen des Volkes ein warmes Plätzchen sichern. Die allgemeine Preistreiberei, die vom spekulierenden Handel ausging und mit der Kraft eines Naturgesetzes auch die landwirtschaftliche Produktion in ihren Strudel riß — nicht umgekehrt, wie es die demagogische Spekulantpresse darzustellen pflegt — wird von selber rückläufig werden, sobald es gelingt, jenes Schmarokertum kaltzustellen, das von der Spekulation lebt und ohne eigene Arbeit an den Verbrauchern ebenso wie an den Erzeugern „verdient“. Nicht nur übermäßige Angebote steigern die Preise der Verkäufer, noch mehr muß das oft schreiende Mißverhältnis zwischen den Preisen, zu denen der Urproduzent bisher verkaufte, und den Preisen, die der städtische Verbraucher für die nämliche Ware nach ihrem Rundgang durch die Händlerwelt bezahlen muß, preistreibend wirken. Niemand sieht gerne zu, wie an den von ihm erzeugten Waren andere, die damit schwächern, übergroße Gewinne erraffen. Wenn eine Hühnerfrau auf dem Lande liest, daß in Wien das Ei um 40 Heller bis zu einer halben Krone verkauft wird, so wird sie ihren Vorrat an Eiern lieber selber verzehren, als um 20 Heller abgeben. Niemand ist geneigt, sich zu dem Zwecke abzumühen, damit Spekulanten sich mühelos Reichtümer erscharozen. Mit lokalen Höchstpreisverordnungen ist gegen Naturgesetze nicht aufzukommen.

Nimmt das Programm des neuen Volksernährungsamtes für sich ein, so scheint sein Statut die geeignete Grundlage und das taugliche Instrument für eine erspriessliche Tätigkeit werden zu können. Die Unabhängigkeit von den übrigen Zentralstellen, das abgekürzte Verfahren bei Amtshandlungen, die Anhörung von Fachmännern und Auskunftspersonen, die statutarische Beachtung der Volkswünsche und Beschwerden, der ständige Verkehr mit dem Ernährungsbeirat, zu dem der bisherige Approvisionierungsbeirat ausgestaltet wird — das alles hört sich trefflich an und muß sich bewähren, wenn die Wirklichkeit den gedruckten Vorsätzen entspricht.

Viel, außerordentlich viel hängt natürlich von den Personen ab, die mit der ungeheuer wichtigen Aufgabe, unser Durchhalten im Hinterlande zu organisieren, betraut werden. Da ist es vor allem ein Fortschritt, daß in das Direktorium des

1./XII. 1916

# Wettlauf im Durchhalten.

Von

Dr. Hermann Lebh,\*)

Professor an der Universität Heidelberg.

Frägt man, wie wir im Augenblick gegenüber England in dem Wettlauf ums Durchhalten stehen, so wird man sagen müssen, daß wir manche Vorteile auf unserer Seite haben. Für England sowohl wie für uns ist die Ernährungsfrage im Kriege eine Vorratsfrage und eine Verteilungsfrage, eine Mengenfrage und eine Preisfrage. Was unsere Vorräte angeht, so wissen wir, daß wir von keinem einzigen Nahrungsmittel Ueberfluß haben, daß vielmehr alle knapp sind oder zumindest die reichlich vorhandenen für die minder reichlich vorhandenen eintreten müssen; aber wir wissen ebenfalls, daß wir bei dem für alle Nahrungsmittel festgelegten Mindestverbrauch durchkommen können, daß wir auf einer schmalen, aber gesicherten Grundlage stehen. Unser heutiges Vorratsproblem ist nicht mehr wie vor zwei Jahren die ungewisse Frage, ob es gelingen wird, die Vorräte von den Produktionsstätten und bis zum letzten Verbraucher behördlich zu erfassen, also die Beschlagnahme durchzuführen und eine gleichmäßige Verteilung über das ganze Erntejahr so durchzuführen, daß wir gegen dessen Ende nicht schon alles verzehrt haben; diese Probleme, welche eine Verbesserung unserer Statistik, die Ausarbeitung eines jeweiligen Wirtschaftsplanes für das ganze Erntejahr, die Einrichtung von Konservierungsanstalten usw. erheischen, sind gelöst. Was uns heute beschäftigt, sind die Zusammenhänge zwischen Vorrat und landwirtschaftlicher Produktion, denn diese ist es ja, welche gerade unsere Lage England gegenüber günstiger gestaltet. Die Erhaltung und Steigerung unserer Agrarproduktion während des Krieges, das ist heute nach Ueberwindung aller genannten organisatorischen Schwierigkeiten, das Vorratsproblem unserer Kriegswirtschaft geworden.

England dagegen steht in der staatlichen Vorratsvorsorge heute erst vor den allerersten Anfängen. Und es steht vorläufig noch vor weniger als einem Anfang, nämlich vor einem Dilemma. Während nämlich bei uns die soziale Regelung der Kriegsernährung, das Verteilungsproblem, gleichzeitig mit dem Vorratsproblem gelöst werden konnte, indem man die im Inlande erzeugten Vorräte unter entsprechender Berücksichtigung der Selbstversorgung rationierte (über die Art der Lösung dieses Problems soll hier nicht Kritik geübt werden) und gleichzeitig die Preise regelte, stehen in England Vorratsfrage und Preisfrage in einem verhängnisvollen Gegensatz, denn für ein Land, welches in ersten Linie auf die Einfuhr angewiesen ist, ist ja gerade der hohe Preis ein Anreiz, der niedrige Preis eine Abwehr der Einfuhr. Solange die Preise in England noch einigermaßen erträglich waren, leuchtete das wohl auch den am meisten Interessierten, den Konsumenten, ein. Aber nun, da die Weizen- und Brotpreise wider Erwarten auf Grund der nordamerikanischen Missernte und der hohen Frachten auf einen neuen Höchstpunkt gestiegen sind und, wie oben angedeutet, die übrigen Preise mitgerissen haben, ist das eingetreten, was nicht nur in dem „bürokratisch regierten“ Deutschland, sondern in allen Ländern, selbst den freihändlerischen, stets in solchen Fällen einzutreten pflegt: der Ruf nach der Polizei, nach staatlicher Hilfe. Die Schuld wird auf die „anderen“ gewälzt: auf die Reeder, welche an den hohen Frachten schuld seien, auf die Landwirte, wiewohl sie sich heftig gegen alle Vorwürfe wehren und aus hohen Futtermittelpreisen, ganz besonders in der Milchfrage, die hohen Preise ihrer Erzeugnisse zu rechtfertigen suchen, auf sonstige „profiteers“ und endlich aber vor allem auf die Regierung, welche „nichts getan“ habe.

In der Tat hat die Regierung bisher mehr versprochen, als sie gehalten hat. Schon im Frühjahr des Jahres 1915 hatte sie versprochen, dafür zu sorgen, daß die damaligen recht hohen Weizenpreise durch Käufe der Regierung eine Senkung erfahren sollten. Heute sind die Preise um annähernd 50 Mark pro Tonne höher als damals, gleichzeitig aber alle damals noch billigen Nahrungsmittel im Preise enorm gestiegen. Die Zuckerversorgung, welche ganz in den Händen der Regierung liegt, geschieht derart, daß im Großhandel heute Würfelzucker doppelt so teuer ist wie deutscher Zucker im Frieden war. Dazu muß nach der letzten Eröffnung des Handelsministers Hr. Runciman der Käufer es sich gefallen lassen, bis zu zwei Schilling für jedes Pfund Zucker andere Waren beim Kleinhändler kaufen zu müssen. Bei den neuesten Brotgetreide-Maßnahmen hat die englische Regierung zu verstehen gegeben, daß eine wesentliche Ermäßigung der Preise nicht erhofft werde. Inländischer Weizen soll überhaupt von der Regelung verschont bleiben. Die Folge dieser Ankündigung war, daß der Preis für heimischen Weizen, der sich stets unter dem Preis guter, trockener, ausländischer Ware zu halten pflegt, beträchtlich in die Höhe schnellte.

Es fragt sich nun, was die englische Regierung tun wird und erreichen kann. Viele bei uns meinen, was in Deutschland die

\* Siehe den ersten Aufsatz im gestrigen Abendblatt.

3./XII. 1916

# Die Vereinheitlichung der Arbeitszeiten.

Von

Professor Dr. S. Boas.

Die Anspannung aller Kräfte führt zu einer „einen Organisierung unserer Arbeit: im Verkaufsgewerbe der frühe Lebensschluß, im Großbetrieb eine konzentrierte Arbeitsmethode. Da wird die oft erörterte Frage der Arbeitszeiten und ihrer Vereinheitlichung wieder lebendig, die unser Mitarbeiter im folgenden bespricht.

Vor einigen Jahren hat ein bekannter, inzwischen verstorbenen Großindustrieller die treffende Bemerkung gemacht, daß man in Berlin noch immer zwischen 12 und 7 zu Mittag zu essen pflegt. Man kann diese Kritik ohne große Uebertreibung dahin erweitern, daß der Verkäufer und die Großhändler überhaupt — vielleicht mit Ausnahme der Dominikstädter — beinahe den ganzen Tag mit Essen ausfüllen. Dabei ist es höchst merkwürdig, daß in keiner Stadt der Welt so fleißig und ausdauernd gearbeitet wird wie gerade in Berlin. Daraus folgt schon, daß zwischen Arbeits- und Freizeit ein ungeländes Verhältnis bestehen muß und zwar in dem Sinne, daß die Dauer der Eingeklemmtheiten und die hierzu notwendige Ruhe und Behaglichkeit auf Kosten der geistigen oder mechanischen Tätigkeit verkürzt und beeinträchtigt wird.

Diese Erkenntnis würde in der Friedenszeit kaum Uebereinstimmung genug besitzen, um Gewohnheiten, Traditionen, vor allem aber das Gesetz der Beharrung ohne weiteres umzuwerfen. In der Kriegszeit aber, in welcher die Not der Verhältnisse festgewurzelte Vorstellungen jäh über den Haufen geworfen und besonders in den Fragen der Ernährung hoch und niedrig zum Umlernen gezwungen hat, besteht vielleicht die Möglichkeit, auch in Bezug auf Vereinheitlichung und hygienische Reformen der Arbeitszeiten einen wirksamen Resonanzboden zu finden.

Den Vorwurf, der uns von Ausländern und auch Deutschen oft gemacht worden ist, daß wir zuviel essen, kann ich nicht teilen. Er dürfte auch in dieser Allgemeinheit schwer zu beweisen sein. Der Vorwurf dagegen, daß in Deutschland zu oft gegessen wird, ist zweifellos berechtigt.

Der große Fehler beginnt bereits mit der ersten Morgenmahlzeit. Während die Verdauungsorgane nach der langen Ruhepause am Morgen zur Aufnahme einer konsistenten Mahlzeit am besten vorbereitet sind, läßt man gerade diese Zeit ungenutzt vorbegehen, beschränkt sich auf einen durchaus unzureichenden Morgentisch und wendet damit des Bedürfnis nach einer meist gleichfalls ungenügenden, bezügelnderweise „zweiten Frühstück“

genannten Mahlzeit. Und dieser folgt dann erst nach Verlauf eines ganz verschiedenes bemessenen Intervalles die Hauptmahlzeit.

Soweit diese wirklich in die Mitte des Tages versetzt wird, wäre gegen die Betrachter nichts wesentliches einzuwenden. Mit dem Augenblick aber, in welchem die Hauptmahlzeit, wie es meist der Fall ist, auf die unterschiedlichsten Nachmittagsstunden gelegt wird, und zwar nicht bloß für die einzelnen Berufsklassen, sondern innerlich dieser zu einer für den einzelnen Menschen wiederum ganz verschiedenen Zeit, rückt auch die letzte Mahlzeit — in zahlreichen Haushaltungen, wird das zwischen noch eine kleine weitere, eingeschoben — mehr und mehr in die Abendstunden herunter, oft so weit, daß zwischen der letzten Mahlzeit und der beginnenden Nachtruhe kaum noch eine Pause vorhanden ist.

Es liegt auf der Hand, daß gegen diese Verteilung der Mahlzeiten von den verschiedensten Gesichtspunkten aus mancherlei Bedenken erhoben werden müssen.

Diese richten sich zunächst gegen den Typus der Günstigkeiten überhaupt. Sie bedeuten eine Zeitvergeudung, die man sich vielleicht in einer Epoche behaglichen Schlaraffenlebens allenfalls gefallen lassen konnte, nicht aber in einer Zeit, in welcher die Arbeit des einzelnen, sei sie welcher Art auch immer, den Stempel äußerster Konzentration oder Reiztheit an sich trägt. An Stelle des Günstigkeitentypus sollte daher ausnahmslos und in allen Berufskreisen der Dreimahlzeitentypus treten.

Zu diesem Zwecke muß die Morgenmahlzeit — das gilt besonders auch für die Schulzeit — weit substantieller sein, als es in der Friedenszeit und in noch höherem Maße in der Kriegszeit der Fall zu sein pflegte. Alle kleinen Zwischenmahlzeiten — wohlverstanden für gesunde — könnten dann in Fortfall kommen, zumal sie häufig unter Bedingungen eingenommen werden, die den Gesetzen der Hygiene keineswegs entsprechen.

Weit wichtiger aber noch als die Vereinfachung des Günstigkeitentypus ist die Vereinfachung der Hauptmahlzeit.

Fällt die Hauptmahlzeit ungefähr in die Tages- b. h. Arbeitsmitte, so ist es a. D. für die Angestellten großer Betriebe, namentlich in den Hochsommermonaten keineswegs gesundheitsfördernd, in der Mittagsruhe zweimal einen längeren Fußweg zu machen oder die verschiedensten Fahrverbindungen zu benutzen. Was hierdurch an Zeit verloren geht, muß durch häufiges Essen eingebracht werden. Jedenfalls ist von der Behaglichkeit und von der Poesie — man schenke sich öftentlich das Wort in diesem Zusammenhang heut-nach zu gebrauchen — des Familiensittliches nichts übrig geblieben als die auf Minuten gegessene rein animalische Befriedigung des Hungergefühls. Wir wissen aber heute durch die Untersuchungen des berühmten russischen Physiolo-

Dr. S. Boas; Ungereramt; Dr. Schütte; Frau Boas.

logen Pawlow, eine wie wichtige Rolle die Psyche beim Ess- und Verdauungsakt spielt.

Die Zeit, die durch die zwei- oder dreistündige Mittagspause dem Arbeitspensum verloren geht, muß naturgemäß durch eine verlängerte Arbeitszeit bis in den späten Abend eingeheilt werden. Da diese bei den einzelnen Betrieben sich verschieden lange ausdehnt, geht auch der Abendmahlzeit das Gefühl der Stimmung und der behaglichen Ruhe vollkommen verloren. Es ist aber noch ein anderer Umstand, der für eine Verlegung der Hauptmahlzeit spricht: das ist die Arbeit als solche. Gleichgültig, ob es sich um geistige oder mechanische, künstlerische oder geschäftliche Arbeit handelt, leidend bei letzterer in besonders hohem Grade, immer wird durch die bezwungenerweise jähe Unterbrechung die angespannte Geistesfähigkeit plötzlich ausgeschaltet. Nach der Wiederaufnahme der Arbeit kann die Umgestaltung nicht ohne weiteres, sondern erst nach und nach und nicht ohne Verlust von Energien erfolgen.

Soweit geht aus diesen Betrachtungen hervor, daß die plötzliche Durchbrechung der Arbeitszeit mitten während des Tages und mitten während der ergiebigsten geistigen oder körperlichen Kraftleistung nicht bloß vom gesundheitlichen, sondern auch vom ökonomischen Standpunkte aus betrachtet als verfehlt bezeichnet werden muß.

Der Anfang mit der sogenannten englischen Ess- und Arbeitszeit ist in kleinerem Umfange bekanntlich auch in den Großstädten Deutschlands bereits gemacht worden. Eine wirkliche Normalisierung der Arbeitszeit und damit auch der Ruhe- und Freizeit ist aber bis heute noch eine unerfüllte Forderung geblieben.

Man mag einwenden, daß sich bei der Verschiedenartigkeit unserer Industrie und der freien Berufe nicht alle Betriebe einer Vereinheitlichung in dem genannten Sinne anpassen vermöchten. Mag das auch zugegeben werden, so gibt es doch Berufsklassen genug — nicht zum wenigsten gehören hierzu die akademischen — bei denen durch Konzentration der Arbeitszeit und frühere Verlegung des Arbeitsbeginns eine Verkürzung (und damit ein Normaltypus für die Hauptmahlzeit sich leicht) erzielen ließe.

Zwischen der ersten größeren und der etwa in den Nachmittagsstunden zwischen 5 und 6 nach Arbeitschluß erfolgenden Hauptmahlzeit könnte, wie es auch bereits in den Danzstädten, zum Teil auch in Berlin der Fall ist, eine kurze warme oder kalte Mahlzeit, bei Großbetrieben in Kantinen, bei Kleinbetrieben in nahegelegenen Gasthäusern oder Volks- oder Arbeitervereinen eingenommen werden, alles natürlich nur im Rahmen einer kurzen etwa halbstündigen Arbeitspause.

Die Vorteile einer einheitlichen Regelung der Ess- und Arbeitszeiten nicht bloß für die oberen, sondern auch die Volksschichten

3./XII 1916

Hauswirtschaftliche Plaudereien.

Von Luise Holle.

Sie würden keine echten „Kriegsplaudereien“ sein, meine hauswirtschaftlichen Betrachtungen, wenn jetzt in ihnen nicht auch einmal eingehend des edlen Borstentiers gedacht würde, das für uns eine wirkliche Kriegsberühmtheit erlangt hat. Ein Schweinchen im Stall — und manchmal in was für einem Stall! — haben viele Haushaltungen in diesem Winter, und viele zagende Hausfrauen sehen mit leisem oder lautem Bangen, je nach ihrer Charakterveranlagung, dem ersten Schlachtfest entgegen. Ein Zagen, das ich wohl begreifen und nachfühlen kann, denn ich selbst habe ja kaum mehr Aufregung ausgestanden als beim ersten Einschachten. Gern komme ich daher einer ansehnlichen Anzahl Bitten: „fürs Einschachten Rat zu erteilen“, nach, hoffentlich verhilft dadurch diese hauswirtschaftliche Kriegsplauderei den zum erstenmal einschachtenden Hausfrauen zu vollem Gelingen. Drei Tage sollte man stets ansetzen zur Erledigung der Hauschlachtereier, das Gehege und Gefüge, das, wie ich schon wiederholt habe melden hören, in einem Tage die Verarbeitung eines Schweines bewältigen will und totmüde bis tief in die Nacht daran arbeitet, trägt die Gefahr des Mißlingens von vornherein in sich. Gut Ding will Weile haben, und ein fremdes Ding sogar doppelte Weile, und es ist die Pflicht der Hausfrau gegen ihre Angehörigen, aber auch gegen die Allgemeinheit, das jetzt so kostbare Schwein mit möglichster Umsicht und Vorsicht zu verarbeiten.

Wenn es möglich ist, sollte man Frosttage zum Schlachten wählen, da Fleisch, Fett und Wurst dann größere Steifheit und Dauerhaftigkeit erlangen; auch darf das Schwein am Tage vor dem Schlachten nur noch Magermilch erhalten, damit sich die Därme besser reinigen lassen.

Am ersten Schlachttage wird das Schwein geschlachtet, wobei das Blut in einem breiten Gefäß aufgefangen und durch Quirlen unter Zusatz von etwas Salz und Essig am Gerinnen verhindert, das Schwein nach der amtlichen Untersuchung dann gebrüht, mit der Fleischertelle abgeschabt und an den Hinterbeinen aufgehängt. Mit dem Brühen, Reinigen und Herausnehmen der Innenteile hat die Hausfrau nichts zu tun, das besorgt stets der Schlächter, der auch wohl in den meisten Fällen den Magen und die Därme reinigt. Aber es kann doch, zumal in dieser Kriegszeit, vorkommen, daß die Hausfrau das Reinigen der Därme vornehmen und dazwischen auch verstehen muß. Dazu löst man zuerst das Fett vorsichtig von den Därmen los, damit sie nicht reißen, entfernt durch Drücken den Inhalt aus den Därmen und gießt zwei bis dreimal lauwarmes Wasser durch. Dann wird ein Ende der Därme umgestülpt, in diesen Teil Wasser gegossen und der Darm gewendet. Alle gereinigten Därme legt man in ein passendes Gefäß, überfüllt sie mit lauwarmem Salzwasser — ja nicht mit heißem, das die Därme zusammenzieht! — und reibt die Därme gründlich ab, damit der Schleim sich löst, streicht sie dann über ein flaches Holz und reibt sie wiederholt mit frischem Salzwasser ab, so daß sie ganz klar werden. Bis zum Gebrauch läßt man die Därme in kaltem Wasser liegen, dem man etwas übermangansäures Kali zusetzt, damit sie ganz geruchlos werden. Die krausen Därme benutzt man zu Rot- und Leberwurst, die dünnen glatten zu Größ-, Knapp- und Bratwurst, die dicken glatten zu Dauervwürsten, während die saubere Magenhaut und Blase zu Süße und Zungenwurst genommen wird. Vor dem Einstapfen der Wurstmasse muß jeder Darm noch einmal durch warmes Wasser gezogen werden, dann trocknet man ihn ab, schneidet ihn zu gewünschter Länge — 40 Ztm. ist Durchschnittlänge für Würste — und festigt ihn an einem Ende mit einem Holzspieß.

Das Fett des Schweines, welches zu beiden Seiten der Nieren längs der Bauchhöhle lagert, ist das kostbare Flomenfett, es wird nach dem Herauslösen zusammengewickelt und gesondert vom losgelösten Darmfett weggelegt, beide Fettarten, wie auch die anderen Innenteile des Schweines: Leber, Herz, Magen, Nieren, müssen bis zum folgenden Tage möglichst kühl lagern und das dann noch in den Wandungen der Bauchhöhle gründlich ausgespülte Schwein bleibt dann bis zum Erstarren — wurde es frühmorgens geschlachtet, tritt dieser Zeitpunkt am Abend desselben Tages ein, sonst erst am folgenden Morgen — hängen. Erst wenn das Schwein völlig erstarrt ist, kann es zerlegt werden.

Man wird daher diesen ersten Schlachttage benutzen, um alle Gerätschaften und Zutaten für das Wurstmachen, das Fettauslassen, Pökeln des Fleisches und Sülzenbereitung, herbeizuschaffen und vorzubereiten, damit am zweiten Schlachttage kein unnötiger Aufenthalt bei dieser Arbeit und kein zeitraubendes Hin- und Herlaufen entsteht.

Für die Wurstmacherei gebraucht man die verschiedensten Gewürze, die jetzt schon keine geringe Ausgabe bedeuten, sind doch Pfeffer und Neugewürz sowie alle ausländischen Gewürze ganz unbeschreiblich im Preise gestiegen. Ich weiß nicht, ob man zurzeit noch die früher käuflichen, ganz trefflichen Gewürzsalze von Dr. E. Raumann, Dresden, erhält, diese habe ich stets besonders gern benutzt, sonst gebraucht man an Gewürzen: Salz, weißen und schwarzen feinen Pfeffer, gestohenes Neugewürz, Nelken, Thymian und Majoran sowie Kümmelkörner, außerdem gebraucht man Pfeffergurken, Semmel, gekochte Hafergrüße und verschafft sich einige Extrahweinsbläsen und Därme, wenn es möglich ist, auch eine bis zwei Extralebern. Kann man Sardellen und Oliven haben, so reinigt man etwa 150 Gr. Sardellen und reibt sie durch ein Sieb, entsteint auch 100 Gr. Oliven und nimmt dazu 150 Gr. Pfeffergurken, die beide ganz trocken abtropfen müssen. Ebenso werden noch reichlich Zwiebeln geschält und nach ihrer Größe in kleine und große sortiert, Semmel in Würfel geschnitten und auch Semmel gerieben, Mehl bereitgestellt und Grütze oder auch statt ihrer Graupen ausgequollen. Verschiedene Messer schärft man gut, Bindfaden und buntes verschiedenes Band sowie eine Anzahl Holzspieße beschafft man gleichfalls, wie man auch Bretter, Schüsseln und Wannen, alles peinlichst geäubert, bereithalten und übersichtlich geordnet in dem zum Wurstmachen bestimmten Raum aufstellen muß.

Erst das völlig erkaltete Schwein darf zerlegt werden, andernfalls hält sich das Fleisch nicht. Das Zerhauen des Schweines muß stets der Schlächter vornehmen, das ist keine Frauenarbeit, aber die Hausfrau muß die zweckmäßigste Verwendung der verschiedenen Fleischteile kennen und ihre weitgehendste Ausnutzung anstreben; manche Wurstmasse muß gestreut werden und manches Fleisch anders wie zu Friedenszeiten verwandt werden. Am besten dürfte man das Schwein auf folgende Weise ausnutzen: Die Lende, die zu beiden Seiten des Rückenwirbels sitzt, wird von dem eigentlichen Zerhauen aus dem Schwein am besten mit den Flomen zusammen gleich gelöst, die eine Lende wird zum Einsterilisieren zurückgestellt, die andere Lende wird einige Tage eingepökelt, dann in eine Wursthaut gesteckt und leicht geräuchert; sie gibt dann einen zarten Ausschnitt. Der Kopf des Schweines wird gespalten, Augen, Gehirn und Ohren abgelöst, die letzteren ausgekratzt und gebrüht und mit in Pökel gelegt, die eine Hälfte des Schweinskopfes wässert und kocht man und macht Preßwurst davon, die andere Hälfte pökelt und räuchert man, man kocht Winterkohl und Hülsenfrüchte später damit. Den Küssel schneidet man jedoch vorher ab, er wird nebst Schwanz und Spießbein zu Süße verarbeitet. Die Beine selbst pökelt man ein und kocht sie als „Eisbein“ zu Sauertrout und in Hülsenfruchtsuppen. Die beiden Schulterblätter werden verschieden verwandt, eines

der Blätter knöchelt man aus, rollt das Fleisch auf, pökelt es und gewinnt davon nach dem Räuchern einen Rollschinken, während man das Fleisch des zweiten Schulterblattes zu Reittwurst benutzt. Die beiden Keulen geben die wertvollen Schinken, sie werden von allen freiliegenden Fettheilen befreit und durch zwei Einschnitte in die Haut, die 1 Ztm. voneinander entfernt sein müssen, eine Dese hergestellt, durch die man eine Schnur zieht, an welcher man den Schinken, bevor er in den Rauch kommt, aufhängt. Am zweckmäßigsten ist es, bei den Schinken den Schluß- oder Hüftknochen herauszudrehen, weil der Schinken dann gründlicher durchpökelt. Das Rückenfett trennt man von Rücken und Rippen bis auf eine zarte Fettschicht auf dem Fleisch ab, schneidet von diesem Speck beliebig große, aber nicht zu große Speckstücken, da diese beim Gebrauch unpraktisch sind, weil der Speck an der freien Luft weich und locker wird. Die Speckstücken müssen oben, wie die Schinken, durch zwei Hauteinschnitte mit Desen versehen werden, durch die man Bindfaden zieht. Das Rückenstück wird zerteilt und wie die beiden Genickstücke in Gläsern nach dem Braten einsterilisiert. Die Rippen werden zu einem Teil eingeknickt und, mit Äpfeln oder Kastanien gefüllt, als frischer Braten verpeist, zum anderen Teil eingepökelt und später geräuchert. Das Rierenstück wird zur Bereitung von Dauervurst verwandt, vom Rücken pökelt man ein Stück acht bis zehn Tage und räuchert es einige Tage leicht, es gibt dann den köstlichen Kaffeler Rippespeer, während der größte übrige Teil zu Dauervurst verarbeitet wird, ein kleines Stück kann man frisch zu Koteletten verwenden. Das Bauchfleisch wird zum Teil zu Kochwurst verwendet, zum Teil eingepökelt. Blut, Leber, Lunge, Herz und Hirn benutzt man zur Wurstbereitung. Kann man das Schwein am späten Abend des ersten Schlachttages zerhauen lassen, um so besser für die Arbeit des zweiten Schlachttages, welcher das Einpökeln, das Auslassen des Fettes und die Wurstbereitung bringt.

Für das Pökeln muß man ein genügend großes, taffelloses sauberes Faß haben, dessen Deckel am zweckmäßigsten mit einer Schraubenvorrichtung versehen wird, durch die man das Fleisch unter Vermeidung zu starken Druckes aber ständig unter Salzlake hält; fehlt diese Einrichtung, muß der Deckel mit sauberen Steinen beschwert werden. Das Pökelfaß wird unten mit einer Schicht Salz bestreut, die Fleischstücke selbst werden sorgfältig mit Salz überall eingerieben, dem man etwas Salpeter zusetzen kann; beim Schinken bestreut man noch die Stellen, wo der Knochen herausgedreht wurde, mit etwas feinem Pfeffer, preßt auch dort die Schnittflächen sehr fest zusammen, damit später keine Luft eindringen kann, welche Fäulnis hervorruft. Das eingezogene Fleisch muß in das Pökelfaß so dicht wie möglich gepackt werden; es sollen keinerlei Zwischenräume bleiben. Zuerst legt man die Schinken mit der Schwarte nach unten ein, packt alles übrige gezogene Fleisch fest daneben und dazwischen und den Speck, mit der Schwarte nach unten, obenauf. Die Fleischstücke, die nur kurze Zeit gepökelt werden, packt man am besten für sich in ein kleines Faß. Alles eingezogene Fleisch bleibt erst zwei bis drei Tage ruhig unberührt stehen, dann erst kann man beurteilen, wie viel Salzlake man noch kochen muß, damit das Fleisch völlig damit bedeckt ist, denn nur selten wird das eingezogene Fleisch genügend Lake bilden. Die Extrahlake muß vollständig erkaltet sein, bevor sie auf das Fleisch gegossen wird, man rechnet dabei auf 25 Kg. Fleisch 9 Liter Wasser, das man mit 2 Kg. Salz, 200 Gr. Kandiszucker und 30 Gr. Salpeter vermischt. Das Pökelfleisch muß in kühlem Raum gepökelt werden; kleinere Fleischstücke pökelt man acht bis zehn Tage, größere drei bis vier Wochen, Schinken aber sieben bis 8 Wochen. Die gleiche Zeit, die man für das Pökeln des Fleisches rechnet, gilt auch für das Räuchern.

Nur 3 Mark monatlich!

Gustav Frentags  
gesammelte Werke Romane/Erzählungen  
Aufsätze und Dramen

3./XII. 1916

## Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

### Kohlenökonomie. Konzentrierung im Baugewerbe.

Wien, 2. Dezember.

Haushalten und Sparen ist das Zeichen, in welchem das Hinterland an der Führung des Krieges teilnimmt. Neunzehnhundert Millionen Meterzentner Steinkohle wurden vor dem Kriege in Deutschland, fast hundertachtzig Millionen in Oesterreich gefördert, die Braunkohlenerzeugung überstieg in beiden verbündeten Staaten erheblich die Menge von einer Milliarde Meterzentner; in der Gewinnung von mineralischen Brennstoffen nimmt selbst im Kriege Deutschland unter den Ländern Europas die zweite, die Monarchie die vierte Stelle ein. Diese gewaltigen Mengen werden bei vernünftiger Sparsamkeit in der Verwendung für die gestiegenen Bedürfnisse voll zu reichen. Seit Kriegsausbruch fehlt die englische Kohle, von der in früheren Friedenszeiten aufjährlich mehr als hundert Millionen Meterzentner durch die Länder der Mittelmächte aufgenommen wurden. Sodann ist die regelmäßige Steigerung, die alljährlich fünf bis sieben Prozent ausmachte, im Kriege ausgeblieben; die Förderung wurde in Steinkohle bereits voll auf die Höhe vor dem Kriege gebracht und bleibt in Braunkohle noch um den fünften Teil zurück. Die Mengen, die zur Verfügung stehen, müssen für früher ungeahnte Bedürfnisse herhalten, für das eigene Land, für die verbündeten und die weiten eroberten Provinzen, für den stark entwickelten Verkehr der Eisenbahnen und Flotten, für den Verbrauch des Krieges und der in neuerlicher Ausdehnung arbeitenden Kriegsindustrien. In den Ländern, die jetzt im Kriege stehen, werden gegenwärtig insgesamt über fünf Milliarden Meterzentner Kohle gefördert. Diese ungeheuren Mengen von den Stätten der Erzeugung zu jenen des Verbrauches sofort abzuführen ist eine riesige Aufgabe, die nirgends gleich in vollem Maße gelöst werden kann; es fehlt überall an Waggons und Schiffen, die Kohlenfrachten haben eine abenteuerliche Höhe, die Versorgung erfordert namentlich in jenen Ländern, welche auf den Bezug zur See und auf die Gnade Englands angewiesen sind, die unerhörtesten Preise und gelangt auch da nur zum geringsten Teil. Von der Erlangung der nötigen Brennstoffe ist die Führung jedes einzelnen Haushaltes, der Transport der Truppen und Kriegsmaterialien, die Aufrechterhaltung der Kriegsindustrie abhängig: das technische Problem des Krieges hat in der Kohlenversorgung eine seiner maßgebenden Wurzeln.

Organisation ist das Zauberwort, das auch hier die vorhandenen Schwierigkeiten mildert und das höchste Ziel mit möglichst geringen, sparsam aufgewendeten Mitteln erreichen lehrt. Im innigen Zusammenhange mit dem in Deutschland beschlossenen Gesehe über die Zivildienstleistung sind daselbst weit ausgreifende Maßregeln zur Kohlenersparnis eingeleitet worden. In den großen Städten wird jetzt die öffentliche Beleuchtung eingeschränkt, Vergnügungsorte und Gastwirtschaften werden zu früherer Stunde geschlossen. Der Eisenbahnverkehr ist in Deutschland erheblich verringert; Luxuszüge sind ganz aufgegeben, eigentliche Vergnügungszüge eingestellt, das Reisen soll ausschließlich den wirtschaftlichen Bedürfnissen dienstbar gemacht werden. Die Bahnen sind das maßgebende Werkzeug für die Beförderung von Truppen und Kriegsmaterial, für die Kohlentransporte und die Zufuhren von Nahrungsmitteln; Waggons, Lokomotiven und die sonstigen Einrichtungen müssen in allererster Linie, wenn es nötig auch auf schlie lich, diesem Zwecke dienstbar gemacht werden. Verfügungen ähnlicher Art wie in Deutschland stehen auch bei uns bevor; sie sollen nach den bestehenden Absichten vorhandene Interessen nach Möglichkeit schonen, auf die Erhaltung der Stimmung Rücksicht nehmen, aber doch auf Kohlenersparnis im notwendigen Maße Bedacht sein. Wir haben vielleicht nur noch eine Spanne Zeit zu übersehen und nähern uns trotz aller Großsprechereien unserer Feinde einem erfolgreichen ehrenvollen Frieden. Die verfügbaren Einschränkungen wird jeder willig auf sich nehmen, um damit die Zwecke der Gesamtheit zu fördern; die Beengungen und die vorübergehende Knappheit in der Kohlenversorgung werden rasch schwinden, wenn einmal Erzeugung, Zuweisung und Verschwendung nach einem einheitlichen Plane unter Bedachtnahme auf die notwendigsten Bedürfnisse geregelt sein werden. Diese Organisation wird auch in den Frieden hinein andauern. Schon jetzt werden große Vorbereitungen für die kommende Zeit gerade in der Kohlenindustrie getroffen. Mit starkem, anhaltendem Bedarf, mit ausbringender Verwendungsmöglichkeit wird allgemein gerechnet. Die Kämpfe um die Mehrheit, die gerade während der letzten Zeit in der böhmischen Braunkohlenindustrie zum Ausbruch kamen, sind ein Ausfluß der Anschauung, daß die guten Zeiten der Kohle mit dem Frieden nicht ein Ende finden, sondern neu ausleben werden, daß aber auch auf diesem Gebiete die Zukunft der weiteren Zusammenfassung zu größeren Vereinigungen gehört.

Eine Vorfrage für die Zukunft stellen auch die Vereinbarungen dar, die in den letzten Tagen zwischen den zwei größten Wiener Ziegelfabrikgesellschaften, der Wienerberger und der Union-Baumaterialien-Gesellschaft, abgeschlossen worden sind. In seinen Grundzügen besteht das Geschäft darin, daß die Wienerberger Gesellschaft die Ziegelleien der Union-Baumaterialien-Gesellschaft erwirbt, die dort noch vorhandenen Vorräte gesondert abkauft und sie auf diese Weise ausgedehnten Betriebe einer durchgreifenden technischen Neugestaltung unterzieht. Den Kaufpreis bezahlt die Wienerberger Gesellschaft teils in Liegenenschaften, die schon lange in ihrem Besitz sind und daher natürlich niedrig zu Buche stehen werden, teils in Aktien, die ein Agio von 300 Prozent haben. Durch den Uebergang

von der Handerzeugung zum mechanischen Betriebe soll die Produktion der Wienerberger Gesellschaft zum größten Teile von den Unbilden der Witterung, durch die oft Millionen von Ziegeln unbrauchbar wurden, vollständig unabhängig gemacht und dem Unternehmen ermöglicht werden, die Förderung dem Bedarf jeweilig anzupassen. Die Wienerberger Gesellschaft hat bisher ihre Erzeugungsfähigkeit, die sich auf 300 Millionen Stück Ziegel jährlich beläuft, niemals voll ausgenützt, mußte aber infolge der unmodernsten Einrichtung für eine große Kampagne sehr lange Zeit vorher Vorbereitungen treffen und lief Gefahr, daß bei Vollendung derselben die Baukonjunktur entweder ihrem Ende entgegengehe oder schon abgeklungen war. Durch die Investitionen, die nun in Aussicht genommen sind, sollen solche Hindernisse für die Ausnützung einer Periode lebhafter Bautätigkeit dauernd beseitigt, andererseits auch die rasche Rückdämmung bei einer Verringerung des Baugeschäftes erleichtert werden. Als Gegenwert für ihre Ziegelleien, die ebensowenig wie jene der Wienerberger Gesellschaft technisch auf der Höhe sind und die in dem letzten Rechnungsabslusse nach vorherigen Abschreibungen mit etwa 53 Millionen zu Buche standen, bekommt die Union-Baumaterialien-Gesellschaft 8000 Wienerberger Aktien im Nominale von 16 Millionen und 245.000 Quadratmeter einer Bodenfläche, die sich hauptsächlich aus Gründen im Gersthofener Cottage, in der Gegend des Czartoryski-parkes in Hernals und nächst der Spinnerin am Kreuz, sowie aus Wohnhäusern im zweiten und dritten Bezirk zusammensetzt. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Union-Baumaterialien-Gesellschaft sich auch einen gewissen Zinsenertrag für die zu übernehmenden 8000 Stück Wienerberger Aktien für die nächste Zeit durch Garantie der Verkaufserlöse gesichert hat. Im Jahre 1912, in welchem die Höchstleistung der Ziegelfabrikation zu verzeichnen war, hat die Wienerberger 200, die Union-Baumaterialien-Gesellschaft 100, die übrigen Wiener Betriebe 60 bis 70 Millionen Stück Ziegel geliefert. Durch den Ankauf der Werke der zweitgrößten Unternehmung wird die Wienerberger Gesellschaft das Ziegelgeschäft in der Reichshauptstadt fast ausschließlich beherrschen. Während bisher das Kartell die Preise bestimmt hat, wird in Zukunft, wenn eine solche Vereinbarung nicht mehr zustande kommen sollte, die Wienerberger Gesellschaft den entscheidenden Einfluß auf die Preisbildung haben, der allerdings seine Grenze in der Frachtlage der außerhalb des Umkreises von Wien befindlichen Werke hat.

Einen anderen Charakter als bei der Wienerberger Unternehmung hat das jetzt abgeschlossene Geschäft bei der Union-Baumaterialien-Gesellschaft, die sich ihrer Ziegelproduktion vollständig entledigt und durch die getroffenen Vereinbarungen neue bedeutende Mittel erhält, um die Baufinanzierung neuer ausgedehnten Werke und unter Anwendung neuer Gesichtspunkte zu betreiben. Die Mehrheit der Union-Baumaterialienaktien hat im Jahre 1913 die Allgemeine Baugesellschaft erworben. Sie hatte damals schon den heute verwirklichten Plan im Auge; die Durchführung wurde jedoch dadurch gestört, daß die Baukonjunktur im Jahre 1913 abtrieb und im Jahre 1914 der Krieg ausbrach. Sie glaubte jedoch, nun nicht mehr zu warten, sondern rechtzeitig rüsten zu sollen, um die nach dem Friedensschlusse erwartete Belebung des Baumarktes sofort ausnützen zu können. Die Objekte, die sie von der Wienerberger Gesellschaft in die Hand bekommt, werden Baufinanzierungen erleichtern, die am ehesten durchgeführt werden können, wenn sie gleichzeitig mit der Grundveräußerung verbunden sind. Bei den Geschäften dieser Art besteht eine Schwierigkeit seit immer in der Sicherstellung des Grundausfallens, und dieses Hindernis wird beseitigt, wenn der Kaufpreis für den Grund und der Baukredit denselben Gläubiger haben. Die Union-Baumaterialien-Gesellschaft beabsichtigt, den Bankkredit auf eine andere und durch Heranziehung der Baulieferanten breitere Grundlage zu stellen. Sie will in erster Linie den Baulieferanten Kredit gewähren, die ihn wieder dem Bauunternehmer geben sollen. Dadurch werden die Baulieferanten hypothetisch gesichert, Gläubiger in der den Baukredit bildenden Rahmenhypothek, welche die Union-Baumaterialien-Gesellschaft als Treuhänderin des Unternehmers und der Baulieferanten verwaltet wird. Wer einen Bau ausführen will, wird somit die Union-Baumaterialien-Gesellschaft schon bei der Grundwerbung heranziehen müssen, um vom Grundverkäufer jene Bedingungen zu erzielen, welche die Gewährung der Rahmenhypothek ermöglichen. Ihre Höhe wird nach Vorlage des Bauprojekts im vollen Baukostenbetrage bemessen und jedem Baulieferanten der Anteil an der Hypothek im Umfange seiner voraussichtlichen Bauförderung zugesichert werden. Während der Bauausführung wird die Gesellschaft die Anteile der Baulieferanten in der Höhe von 70 bis 80 Prozent belehnen, gegenüber den Eisen-, Ziegel- und Zementfabriken, die bisher schon den vollen Kaufpreis bekamen, die Haftung oder Barzahlung übernehmen. Die Ablösung des offenen Restes wird nach wie vor durch die hypothetisch Darlehensaufnahme erfolgen müssen, die einzelnen Gläubiger werden aber diesen Zeitpunkt leichter und ohne Sorge um ihre Forderungen abwarten können. Die Union-Baumaterialien-Gesellschaft kann das Geschäft leicht auch im Bedarfsfalle über die unmittelbaren eigenen Mittel ausführen, da sie, abgesehen von der Inanspruchnahme eines Bankkredits, festverzinsliche und kurzfristige Obligationen bis zur Höhe des Aktienkapitals ausgeben und dieses wieder ohne besondere staatliche Genehmigung bis auf 40 Millionen erhöhen kann. Aus der Union-Baumaterialien-Gesellschaft wird somit eine Baufinanzierungs-, aus der Wienerberger durch die Uebernahme neuer Betriebe die allergrößte und nach der Modernisierung zur Erzeugung von 400 bis 500 Millionen Stück Ziegel befähigte Gesellschaft. Es mag sein, daß noch weitergehende Pläne bei der Wienerbergergesellschaft im Schoße der Zeiten ruhen.

Wiener Bevölkerung bereitet haben. Was das Band der Liebe, das Pforten und Volk umschlingt, der Stadt zum dauernden Segen gereichen!

Dann teilt der Bürgermeister die Stadtratsbeschlüsse anlässlich der Thronbesteigung des Kaisers mit und bemerkt hierzu: Ich bitte diesen Beschluss zur Kenntnis nehmen zu wollen; entsprechende Verfügungen werden dem Gemeinderate unterbreitet werden.

#### Spenden.

Die Direktion der Ersten österreichischen Sparkasse hat in ihrer vollen Versammlung beschlossen, wie alljährlich zur Anschaffung und Verteilung von Winterkleidern an die in Privatpflege befindlichen Waisenkinder Wiens 6000 Kronen, zur Anschaffung und Verteilung von Brennmaterial an die Armen Wiens 2000 Kronen, zur Verteilung von Speisemarken an die Armen Wiens 2000 Kronen, insgesamt daher 10.000 Kronen gewidmet.

Mit Allerhöchster Genehmigung hat Herr Dr. Max Ritter Schneider v. Ernstheim für die städtischen Sammlungen eine Urkunde vom 26. Juni 1777 bezüglich auf die Einweihung der ehemaligen Kapelle im Nobena-Palais gewidmet.

#### Höhere Kriegszulagen für die Gemeinbeangestellten.

Spalowsky fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, daß den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Gemeinde Wien sowie der städtischen Unternehmungen eine höhere Teuerungszulage in kürzester Zeit bewilligt werde.

Bürgermeister: Ich habe mich schon seit geraumer Zeit mit dieser Frage beschäftigt und sind auch die bezüglichen Elaborate im Schoße des Magistrates fertiggestellt worden. Ich habe aber die Vorlage nicht unterbreiten können, weil ich abwarten muß, in welcher Form die Regierung den Staatsbeamten und Staatsangestellten neuerliche eventuell höhere Kriegszulagen bewilligt.

Hohenfinner sagt, die Lage der Festbesoldeten ist tatsächlich eine trostlose, immer weitere Kreise derselben versinken ins Proletariat. Die Regierung geht daher daran, den Staatsangestellten zu der bereits gegebenen Kriegszulage eine weitere Zulage zu gewähren, den Staatsbediensteten wurde sie schon am 1. Dezember ausbezahlt. Die Bezüge der meisten Festbesoldeten reichen kaum zum Ankauf der Lebensmittel hin, wo bleiben dann die Erfordernisse für Wohnung, Kleidung, Schuhe und andere Bedürfnisse. Der Bürgermeister wird gefragt, ob er geneigt ist, den Angestellten der Gemeinde und den Lehrpersonen der städtischen Volks- und Bürgerschulen schon in nächster Zeit durch den Gemeinderat eine Kriegszulage bewilligen zu lassen?

Bürgermeister: Diese Anfrage ist durch die von mir soeben auf die Anfrage des Gemeinderates Spalowsky erteilte Antwort erledigt.

#### Weihnachtserlaube für eingerückte Gewerbetreibende.

Hohenfinner stellt folgende Anfrage: Das Weihnachtsgeschäft ist für die Wiener Geschäftswelt von der größten Bedeutung. Die Armeeverwaltung gewährt den Landwirten die zur Verrichtung ihrer Arbeiten notwendigen Urlaube; wäre es nicht recht und billig, auch den Gewerbetreibenden, deren Stand gewiß auch ein staatsdienlicher ist, die gleiche Berücksichtigung zuteil werden zu lassen und ihnen für das Weihnachtsgeschäft, das in vielen Fällen für sie eine Existenzfrage bedeutet, einen längeren Urlaub zu gewähren? Es wird gefragt: Ist der Bürgermeister geneigt, an zuständiger Stelle seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die eingerückten Wiener Gewerbetreibenden zur Förderung des Weihnachtsgeschäftes nach Zusage einen längeren Urlaub erhalten?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation dem Kriegsminister und dem Landesverteidigungsminister zur Kenntnis bringen.

#### Der Rauchwarenhandel.

Kunisch stellt folgende Anfrage: Ist der Bürgermeister geneigt, bei der Generaldirektion der k. k. Tabakregie mit allem Nachdruck dahin vorstellig zu werden, daß ungefümte größere Mengen von Tabak, Zigarren und Zigaretten für den Verkauf bereitgestellt werden, damit den Soldaten im Felde von ihren Angehörigen Geschenke gemacht werden können?

Bürgermeister: Ich werde gewiß diese Interpellation der Generaldirektion der Tabakregie übermitteln, weil ich glaube, daß ja die Gesamtheit der Bevölkerung unter dem Rauchwarenhandel leidet, und weil ich heute schon Anstellungen bei den Tabaktrafiken wahrnehme. Ich weiß aber nicht gerade, ob auch genug Tabak vorhanden ist, um wir werden Tabak gewiß eher entbehren, als Milch, Brot und andere Dinge.

#### Gegen heinruhmigende Gerüchte. — Keine Einschränkung der Gasabgabe.

Steiner stellt folgende Anfrage: In der Bevölkerung Wiens ist das Gerücht verbreitet, daß die Gasabgabe, insbesondere für Spinnwebe, in nächster Zeit eingeschränkt, ja sogar ganz eingestellt werden wird. Da bei dem außerordentlichen Mangel an Kohle, Petroleum und Spiritus das Gas weniger denn je entbehrt werden kann, verursacht dieses Gerücht beunruhigenderweise eine sehr tiefgehende Beunruhigung. Der Bürgermeister wird daher gefragt, ob tatsächlich eine beratige Maßnahme, durch die viele Hunderttausende von Bewohnern Wiens auf das empfindlichste getroffen werden, zu gewärtigen ist?

Bürgermeister: Es besteht derzeit für die Gemeindeverwaltung kein Anlaß, an eine Einschränkung der Gasabgabe, durch die zweifellos die Lebens- und Erwerbsverhältnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung der Reichshauptstadt in der empfindlichsten Weise in Mitleidenschaft gezogen würden, zu denken. Ich kann nur dem Herrn Kollegen Steiner für diese Interpellation sehr dankbar sein, weil es meine und Ihre Pflicht ist, allen diesen Gerüchten, die Beunruhigung in der Bevölkerung hervorbringen, entgegenzutreten. Was im Verlaufe des Krieges an Gerüchten schon verbreitet und immer wieder geglaubt wurde, ist unerhört. Ich glaube aber, daß bezüglich des Gasconsums die Wiener Bevölkerung beruhigt sein kann. (Lebhafte Beifall.)

#### Kartoffelhandels einer Ortsgemeinde.

Altbürgermeister Dr. Neumayer weist in einer Anfrage darauf hin, daß in der Gemeinde Weinhöfen, Bezirkshauptmannschaft Gmünd, viel größere Kartoffelporträte lagern als vom Gemeindevorstand angegeben wurde, und fragt, ob dem Bürgermeister dieses offenbar auf Preistreiberie abzielende Vorgehen des Gemeindevorstandes in Weinhöfen bekannt ist?

Bürgermeister: Mir ist von diesem Vorgang nichts bekannt; ich werde diese Interpellation dem Statthalter überreichen.

#### Die hohen Verpflegskosten im Inbülansspital.

Stadttrat Dr. Haas beantragt die Bewilligung von Zuschußkrediten für das Kaiserjubiläumsspital von 2.571.000 Kronen, darunter für gesteigerte Küchenauslagen infolge der Preissteigerungen 2.085.000 Kronen. Der Referent bemerkt, daß dieser Betrag gewiß außerordentlich hoch sei, aber in den gegenwärtigen Verhältnissen sicher begründet erscheine.

Dr. Haas: Die Verpflegskosten belaufen sich insgesamt auf 8 Kronen 57 Heller pro Person. Es ist dies ein unerhört hoher Betrag, wir können aber nichts machen, unsere Ärzte sind nahezu alle eingerückt, die bekommen aber ihr Gehalt weiter und wir müßten Hilfsärzte anschaffen und ihnen Gehälter von 400 bis 500 Kronen bezahlen. Auch die Entlohnung der Pflegerinnen erfordert bedeutende Mehrkosten. Das gesamte Mehrerfordernis wird aber hauptsächlich durch höhere Auslagen für Lebensmittel herbeigeführt. Nach dem Kriege werden genaue Erhebungen über die ganze Sache gepflogen werden, damit wir Erparungen erzielen können.

#### Die Approvisionnement der Gemeinde Wien.

Vizebürgermeister Raim erstatet den von uns bereits auszugeweiht wiedergegebenen Bericht über das kommunale Kartoffelgeschäft und stellt die bekannten Anträge, die hauptsächlich in der Forderung abheln, daß das Volksernährungsamt dem Versorgungsplan der Gemeinde Wien mit allen Mitteln zur Durchführung verhalten und in allen anderen Ernährungsfragen entschiedenes Handeln befunden werde.

Dr. Rein bedauert, daß die Errichtung des Volksernährungsamtes erst jetzt erfolgt ist. Redner wünscht eine entsprechend starke Vertretung der Gemeinde Wien im Ernährungsbeirat, der überwiegend agrarisch sei. Das System der Einheitspreise setze eine Regelung des Verhältnisses zwischen Oesterreich und Ungarn voraus. Der gemeinsame Krieg muß auch auf wirtschaftlichem Gebiete gemeinsam geführt werden. Wenn es uns nicht gelingt, die jetzigen Verhältnisse einigermaßen zu ändern, dann ist die Aufgabe des Ernährungsamtes außerordentlich schwer. Ministerpräsident v. Koerber sagt freilich in seinem Motivenbericht, daß das Amt nicht in der Lage sei, die Vorräte zu vermehren. Das ist richtig, wenn man von dem Verhältnisse zu Ungarn absieht. Aber das Ernährungsamt muß dem Ministerpräsidenten bei seinen Verhandlungen mit Ungarn zur Verfügung stehen. Wir müssen verlangen, daß die wirtschaftliche Seite des Krieges nicht minder wichtig wie die militärische behandelt wird. Deswegen ist das Verlangen nach gleichmäßigen Rationen in beiden Gebieten berechtigt.

Was die Maßnahmen gegen den Lebensmittelmangel jeder Art und gegen zirkulante Ausschreitungen, welche auf Zurückhaltung von Lebensmitteln und spürbaren Bedarfsartikeln und künstliche Steigerung seiner Preise andeuten, so findet dieser Antrag unsere volle Zustimmung. Ich lege Gewicht darauf, daß diese beiden Anträge durch unsere Initiative zustande kommen. Wir sind auch der Ansicht, daß wir aufrechten müssen gegen jede Art von Lebensmittelwucher, ob von Großhändlern oder Großagrariern, wir sind der Ansicht, daß Ministerpräsident Koerber eine Kraftprobe leisten muß, um alle Uebelstände in dieser Richtung zu beseitigen. Wir verlangen auch, daß der Widerstand jener Großagrariere gebrochen wird, welche die Vorräte zurückhalten. Wir müssen aber auch verlangen, daß der Preisbildung besondere Aufmerksamkeit geschenkt werde. Wir müssen Preisbildungskommissionen verlangen, damit die Detailspreise mit den Großhandelspreisen in Einklang gebracht werden. Vielleicht wäre es auch gut, wenn bei der marktähnlichen Kontrolle den Konsumentenorganisationen eine gewisse Mitwirkung eingeräumt würde. Das Höchstpreisystem sollte nicht fallen gelassen werden, sondern es soll ein Abbau der Preise stattfinden. Das Allergeringste aber ist die Kartoffelfrage. Die Gemeinde Wien ist bei den Kartoffeln auf das Schwerste geschädigt worden. Die Gemeinde Wien hat eingekauft und einige Tage später wurden die Höchstpreise herausgegeben. Hier sind wir auch durch die Nichterhaltung des Programmes geschädigt worden. Kartoffel und Brot muß vorhanden sein, sonst kann die Wiener Gemeindeverwaltung die Verantwortung für die Ruhe nicht übernehmen. Getreide und Kartoffel werden vielleicht durch den Siegeszug unserer Flotte in Rumänien verschafft werden können. Wir richten nach dieser Richtung ein dringendes Ersuchen an die Regierung, den nötigen Einfluß walten zu lassen. Wir können verlangen, daß der größte Teil an Getreide aus Rumänien der Bevölkerung in Wien zumut, weil wir dessen am meisten bedürfen. Nur wenn für Brot und Getreide gesorgt ist, dann wird die Bevölkerung durchhalten können.

Staret: Wenn irgend jemand, so können die Sozialdemokraten das Recht für sich in Anspruch nehmen, daß sie es an Vorschlägen und Anregungen nicht fehlen lassen. Wenn etwas davon zur Ausführung kam, dann kam es immer zu spät. Am 20. Oktober 1914 verlangten wir ein Ernährungsamt, jetzt erst, zu spät, wurde es geschaffen und wenn es wenigstens noch vor der diesjährigen Ernte aktiviert worden wäre, so hätten wir vielleicht noch Erfolge erzielen können. Redner befruchtet sodann die Aufgaben des Ernährungsamtes, sie sind schwer ungeheuerlich zu lösen und Redner würde nicht recht begreifen, wie sie das Ernährungsamt, selbst wenn es mit aller Exekutivgewalt ausgestattet wäre, lösen wird. Redner verweist sodann auf die hohe Spannung zwischen den Fleischpreisen im kleinen und den Viehpreisen sowie auf die ungedruckt hohen Preise des Gemüses und erklärt, es müsse die dringendste Aufgabe des Ernährungsamtes sein, alle diese Fragen zu regeln und insbesondere die Preise abzubauen. Redner glaubt, daß wohl alle zusammen dem Wünsche Ausdruck geben, daß das kulturhistorische Wort einmal ein Ende nehme und der Friede allen Völkern zurückgegeben werde. Jedes Viertel- und halbe Jahr, um welches der Krieg länger dauert, schlägt Wunden, welche nach Jahrhunderten oder vielleicht erst nach Jahrhunderten geheilt werden können. Der Redner fordert schließlich, daß auch die großen Produzenten im Kriege Opfer bringen müßten im Interesse der Bevölkerung und erklärt namens seiner Partei, daß diese für die vorliegenden Anträge stimmen werde. (Beifall bei dem Parleingsgossen.)

Oberkurator Steiner: Nachdem nun nach so vielen verfehlten staatlichen Organisationen endlich ein Ernährungsamt, mit selbständiger Machvollkommenheit ausgestattet, errichtet worden ist, erlaube ich mir dem Direktorium desselben, dessen Zusammensetzung aber schon einen Zweifel darüber aufkommen läßt, ob den Hoffnungen, die in dieses Amt gesetzt werden, auch entsprechen werden dürfte, Einiges aus dem Vielen heraus zur Kenntnis zu bringen. Ich komme dabei in erster Linie auf die Kriegsgetreibeverkehrsanstalt zu sprechen, erachte es aber als meine Pflicht, bevor ich zur meritorischen Behandlung der Behauptung der G. B. A. übergehe, folgendes zu erklären: Präsident Czjellenz Dr. Schonka hat sich durch seine unermüdete, selbstlose Tätigkeit den wärmsten Dank nicht nur der Bevölkerung der Stadt Wien, sondern der Gesamtbevölkerung Oesterreichs erworben. Weiter gebührt der wärmste Dank dem von Dr. Czjellenz geleiteten Transportunternehmen, der k. k. priv. Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft, welche es durch eine zieselwüste Organisation verstanden hat, uns zu Zeiten der

## Fremdenbla

### Wiener Gemeinderat.

(Sitzung vom 5. Dezember.)

#### Eine große Debatte über Ernährungsfragen.

Der Bericht über das Kartoffelgeschäft der Gemeinde Wien in den abgelaufenen Kriegsjahren gab gestern im Gemeinderate den Anlaß zu einer weitläufigen Ernährungsdebatte. Alle wichtigen Probleme der Approvisionnement der Zweimillionenstadt wurden aufgerollt, die behördlichen Verordnungen und Verfügungen nach ihrem wahren und nach ihrem Scheinwerte beleuchtet und die dringenden Wünsche und Forderungen der weitläufig überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zum Ausdruck gebracht. Sämtliche Redner stimmten in der Erwartung überein, daß die angebahnte Reorganisation des Ernährungsamtes sich durchsetzen und greifbare Erfolge für das Wohl der Allgemeinheit erzielen werde. Besonders wirkungsvoll sprach Oberkurator Steiner, der unter dem Beifalle der Versammlung die Mißstände in der Lebensmittelversorgung rügte und feststellte, daß die Gemeindeverwaltung in ihrem Tätigkeitsgebiete alles aufgewendet habe, um die Verbrauchswirtschaft im Kriege zu regeln. Wenn ihre Bemühungen vielfach ergebnislos geblieben sind, liege das in den ungenügenden und greifbarer Art, außerhalb der Machtbefugnisse der Gemeinde. Das Ernährungsamt steht vor großen Aufgaben, deren Lösung an Vorbedingungen geknüpft ist, die augenblicklich noch nicht gewährleistet sind. Schon jetzt müsse die Mehrheit der Gemeindevertretung eine Umgestaltung des Amtes fordern, vor allem in der Richtung, daß den Vertretern der Großstadt das Recht zur Mitarbeit und Kontrolle im Ernährungsbeirat eingeräumt wird. Dr. Rein betonte, die Regierung müsse eine Kraftprobe leisten, um alle Uebelstände in der Approvisionnement, besonders auf dem Gebiete des Lebensmittelwuchers zu brechen. Unerlässlich sei eine Regelung des Verhältnisses zu Ungarn. Der gemeinsame Krieg müsse auch auf wirtschaftlichem Gebiete gemeinsam geführt werden. Ähnliche Gedanken brachten Staret, Kunisch und Fischer zum Ausdruck. Die Anträge des Referenten wurden einstimmig angenommen.

#### Der Dank des Kaisers.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner bringt folgendes Schreiben der Kabinettskanzlei zur Verlesung: „Seine k. u. k. apostolische Majestät haben tiefbewegt von den Trauerveranstaltungen des Gemeinderates der Stadt Wien und des Bezirksschulrates anlässlich des Ablebens des Kaisers Kenntnis zu nehmen geruht und danken herzlich für die zum Ausdruck gebrachten Gefühle unbegrenzter Dankbarkeit, tiefen Schmerzes und inniger Anteilnahme.“

Der Bürgermeister macht sodann Mitteilung von dem Empfang der Guldigungsabordnung des Wiener Gemeinderates durch das Kaiserpaar und sagt: Mit Stolz und Freude dürfen wir in die Geschichte der Stadt Wien diesen huldvollen Empfang aufnehmen, den unser geliebter Kaiser und unsere junge Kaiserin bei ihrem Regierungsantritte den Vertretern der

## Wiener Gemeinderat

größten Not durch Massenimporte landwirtschaftlicher Produkte aus dem Balkan, insbesondere aus Rumänien, das Durchhalten zu ermöglichen. Und nun zur R. G. B. A. selbst: Die am Neujahrsmorgen 1916 erschienene Regierungsverordnung hat bekanntlich eine wesentliche Erhöhung der Mehlpreise beabsichtigt. Die berufene Vertretung der Gemeinde Wien hat in energischer Weise gegen die Absichten der Regierung, eine ganz ungerechtfertigte Mehsteuer durchzuführen, energisch Stellung genommen und ist diese Aktion von allen Bürgern Oesterreichs nachdrücklich unterstützt worden. Die Gemeinde verlangte kurz und bündig die Aufhebung dieser Verordnung und haben die Mitglieder der Obmännerkonferenz unter Führung des Bürgermeisters sofort beim damaligen Minister des Innern interveniert. Im Laufe dieser Verhandlungen trat zutage, daß die Regierung sich bemüht sah, eine namhafte Mehlerhöhung einzutreten zu lassen, weil die Gebarung der R. G. B. A. mit einem Millionendefizit abschließe. Man sprach von 75 bis 180 Millionen. Die Gemeindeverwaltung hat es aber durchgesetzt, daß selbst auf die Gefahr hin, daß durch die Übernahme des Defizits der Staatsschatz wesentlich belastet werde, die von der Regierung beabsichtigte, drückende Konsumsteuer vermieden werde. Trotzdem nun die von der Regierung verordnete Mehlerhöhung sofort zurückgenommen wurde, wodurch das angeblich vorhandene Defizit hätte anwachsen müssen, ergibt sich laut Zeitungsberichten der letzten Tage die sonderbare Erscheinung, daß die Gebarung der R. G. B. A. nach Heranziehung der aus der ersten Geberungsperiode verbliebenen Reserven zum 30. Juni d. J. mit einem geringen Ueberschusse abschließt. Hier läßt also eine Lücke in der logischen Beweisführung, deren Auffüllung von der Bevölkerung dringend verlangt werden muß. Es muß die öffentliche Rechnungslegung der Gebarung der R. G. B. A. gefordert werden, weil das Schwesterinstitut in Budapest mit 12 Millionen Kronen Gebarungüberschuß abgeschlossen hat. Es muß die Forderung gestellt werden, daß das aus den in Rumänien befindlichen erbeuteten Vorräten für Wien eine bedeutende Reserve zur Verfügung gestellt wird, um so die Approvisionierung sicherzustellen. Ich fordere daher die Direktion des k. k. Ernährungsamtes auf, hier die Aushandlung einzuleiten, um die Deffentlichkeit aufzuklären und zu beruhigen.

Redner bespricht die Zuckerfrage und bemerkt, es müsse endlich einmal den berechtigten Forderungen der Vertretung der Stadt Wien auf Erzeugung von Saccharin stattgegeben werden. Bis zum heutigen Tage sind die zehn dahingehenden Eingaben des Magistrats unerledigt geblieben. Die Direktion des Ernährungsamtes werde sich auch mit dieser Frage eingehend zu beschäftigen haben. Beim Bier wieder liegen die Verhältnisse ganz gleich, wenn auch die Ursachen andere sind. Als Gerste knapp wurde, schnellte sprunghaft der Bierpreis nach aufwärts, während sich die Qualität des Bieres sprunghaft verschlechterte. Es sollen heute Biere dem Konsum zugeführt werden, bei deren Erzeugung Hopfen und Malz der Vergangenheit angehören. Nicht mehr allein für den gewöhnlichen Mann, sondern weit in den Mittelstand hinauf sind die Bierpreise unerträglich, während die Brauereien enorme Meinerträge anweisen, so z. B. die Brauerei, aus welcher das sogenannte Fünfkirchner Salonbier stammt. Ein Liter dieses Bieres kostete im Sommer Kr. 1.12 und der Reingewinn der Brauerei betrug 108 Prozent.

Welche großen Fehler in der Frage der Lebensmittelbeschaffung gemacht wurden, hiefür ist der Beweis die Errichtung der „Miles“, welche angeblich, ohne den Ministerrat passiert zu haben, als eine auf Gewinn berechnete Gesellschaft m. b. H. ins Leben trat. Als nicht nur in Wien, sondern in allen Gauen unseres Vaterlandes die Beseitigung dieser Einrichtung stürmisch gefordert wurde, hat man angeblich eine Aenderung der Statuten durchgeführt, welche uns unbekannt sind. Doch arbeitet die „Miles“ unheimlich weiter, z. B.: Der Ankauf von Dickmilch (Kondensmilch) aus dem Auslande ist nur mehr durch die „Miles“ möglich. Dadurch wird die Möglichkeit, die noch vorhandenen Vorräte durch neue Ware zu ergänzen, beeinträchtigt, besonders bei öffentlichen Stellen, welche größere Einkäufe besorgen müssen. Zuweisungen von der „Miles“ sind nur mit Mühe zu erhalten. Es ist daher dringend geboten, daß sich die Direktion des Ernährungsamtes mit den von den früheren Regierungen geschaffenen Zentralen eingehend beschäftigt, so auch mit der Del- und Fettzentrale. Es ist bekannt, daß der Ankauf von mehr als 10 Waggons Olivenöl für Wien abgeschlossen war und trotz des großen Mangels an Del die Vereinfachung fallen gelassen werden mußte, trotzdem die Ausfuhrbe-

willigung des betreffenden Staates gegeben war. In Budapest soll eine ähnliche Deseidung ohneweiters eingeführt worden sein. Der Redner fordert, daß das Ernährungsamt in allen diesen Verhältnissen Aufklärung schaffe. Von der Kaffezentrale werde behauptet, daß sich ein Ueberschuß von Millionen ergeben habe. Die Viehzentrale, die Verwertungsgenossenschaft, verdiene sehr viel Geld, aber die Bauern sagen mit Recht, die Spannung zwischen Gestehungs- und Verkaufspreis sei zu groß. Die Millionen, die in der Spirituszentrale verbient werden, sind ungezählte und mit diesen Gewinnen werde sich das Ernährungsamt dringend beschäftigen müssen, ohne Rücksicht auf die Personen an der Spitze, denn der Bevölkerung sei es gleichgültig, ob jene, die da in der Leitung seien, den Geheimratsfrack oder den Kasack tragen. (Lebhafte Beifall.) Der Redner erörtert eingehend die Eierfrage und erklärt, er gebe ohneweiters zu, daß die Organisation der „Miles“ eine verfehlte war, daß es aber jetzt noch viel schlimmer geworden sei. Es heiße im übrigen aber auch mit zweierlei Maß messen, wenn bei dem allgemeinen Eiermangel der „Rohö“ in Rußisch-Polen ein eigenes Gebiet zugewiesen werde, von wo sie Eier ausführen könne, wie sie wolle, und wenn ihr sogar die Möglichkeit geboten werde, ihren Mitgliedern den Verkauf von Rahm anzukündigen, was allgemein verboten sei.

Redner bespricht dann noch näher die Frage der Kartoffelversorgung selbst, auch die Fettfrage und schließt: Wir können eines verlangen, die Bevölkerung der Stadt Wien hat ihre patriotischen Pflichten gegenüber dem Staate glänzend gehalten, sie trägt Opfer an Gut und Blut, sie zeichnet Kriegsanleihen, so weit es ihre Mittel nur erlauben, sie hat daher auch ein Recht, von der Regierung zu verlangen, daß die Gemeinde Wien in ihrem Bestreben, der Bevölkerung das Durchhalten zu erleichtern, unterstützt werde. (Lebhafte Beifall.) Wir wollen ja durchhalten, unsere Pflicht erfüllen, damit wir ruhig vor die heimkehrenden Krieger hintreten und ihnen sagen können: Wir haben alles das getan, was unsere Pflicht gewesen und für eure Zukunft und eure Familie notwendig ist. (Lebhafte, anhaltender Beifall und Handklatschen.)

Kaiserlicher Rat Ignaz Fischer bespricht die Schwierigkeiten der Kartoffelfrage und ihre Ursachen. Die Kriegsverwaltung mühe die Versicherung geben, daß die Kartoffel, welche dem Verderben durch Frost unterliegen, direkt nach Wien befördert werden, ohne auf der Strecke abgestellt zu werden.

Generalredner Kunjachal führt aus: Die großen Schwierigkeiten, denen wir während der Kriegszeit begegneten, sind zunächst auf die vollständige Unorientiertheit seitens der Regierung und ihrer unterstehenden Organe zurückzuführen. Allorten begegnet uns die Herrschaft des Wunders und des ehrlosen Ausbeutens. Unsere Gerichte verfolgten zu Beginn des Krieges die kleinen Leute und verurteilten sie zu drakonischen Strafen. Die ganze Rechtsprechung wurde von der festen Basis der Höchstpreise verlegt auf das ganz unsichere Gebiet der Bestimmung der Preise in Anbetracht der Entstehungskosten. Redner führt dann einige Beispiele diesbezüglich in Fett an. Im schreienden Gegensatz dazu steht es, daß Millionen an Kriegsgewinnen gemacht wurden, ohne daß die Staatsanwaltschaft oder die Gerichte sich damit befassen, und zwar deshalb nicht, weil sich die betreffenden Fabrikanten — Bierbrauer, Zuckerröhranten — die Straffreiheit dadurch sicherten, daß sie sich die Preise von der Regierung bestimmen ließen. Diese Meingewinne haben natürlicherweise ihre Rückwirkung auf die öffentliche Moral und der Zustand der Unaufrichtigkeit, der vollen Anarchie im Handel und Wandel ist die Folge.

Die Ursache, daß wir an Fett-, Fleisch- und Milchmangel leiden, liegt darin, daß bei uns Futtermangel besteht und trotzdem wird Futter verschwendet. Ein Beispiel hiefür ist, daß ein hoher Jagdherr Heu für seine Ställe und Hehe sichern konnte, während in Tirol und Vorarlberg das letzte Heu den Viehbesitzern weggenommen wird und diese dadurch gezwungen werden, sich des Jungviehs zu entäußern.

Man sollte doch meinen, daß wenigstens jetzt im Erlebe Wandel geschaffen würde und durch einen Eingriff in die Hoheitsrechte unserer Jagdbesitzer unsere Auhaufläche bedeutend vergrößert wird. Die Kartoffel kostet für den Konsum 9 Kronen, als Futtermittel für den Bauer 13 Kronen. Diese Differenz im Preise ist ja eine Prämie für die Hinterziehung der Edelerzeugnisse. Das ist eine systematische Erziehung und Verleitung der ganzen Landwirtschaft zu Uebertretungen der Gesetze und Verordnungen, die gegeben worden sind. Daher braucht man sich nicht zu wundern, daß bei solchen Zuständen es mit unserer Ernährungsfrage so weit gekommen ist. Der Redner bespricht die österreichisch-ungarischen Ausgleichsverhandlungen und erklärt,

es müsse bei dieser Gelegenheit auf das Entschiedenste betont werden, daß Oesterreich einen Ausgleich, der es wirtschaftlich noch abhängiger mache wie bisher, energisch ablehne. (Lebhafte Beifall.)

Nach dem Schlussworte des Referenten, welcher insbesondere der Erwartung Ausdruck gibt, daß das neue Ernährungsamt imstande sein werde, alle jetzt bestehenden Uebelstände zu beseitigen, werden die Referentenanträge einstimmig angenommen.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

### Die Ernährungsfragen im Abgeordnetenhaufe.

43. Sitzung, Mittwoch, den 6. Dezember, 11 Uhr.

Im Ministerisch: Föhr. v. Schorlemer, v. Batodi.

Die Debatte über die Ernährungsfragen wird fortgesetzt.

**Landwirtschaftsminister Dr. Föhr. v. Schorlemer:** Die wirtschaftliche Situation ist ernst. Auch ein baldiger Friedensschluss wird uns in Ernährungsfragen den Friedenszustand noch nicht wieder bringen. Auch noch viele Friedensjahre werden wir ausschließlich auf die eigene Produktion angewiesen sein. Daher kommt es nicht nur darauf an, die vorhandenen Waren zu beschlagnahmen und zu verteilen, sondern neue Waren zu erzeugen. (Beifall.) Schuß der Landwirtschaftlichen Produktion ist und bleibt deshalb die Hauptsache. (Erneuter Beifall rechts.) Diese Anschauung teilen auch das Kriegsernährungsamt und das neue Kriegsamt. Bei allen Maßnahmen muß geprüft werden, und wird geprüft, wie sie auf die landwirtschaftliche Erzeugung wirken. (Sehr richtig!) Denn die ungehinderte landwirtschaftliche Erzeugung ist von ungeheurer Wichtigkeit für unser Vaterland. Den berechtigten Wünschen auf Freistellung landwirtschaftlicher Betriebsleiter ist Rechnung getragen worden. Für tüchtige Betriebsleiter gibt es jetzt keinen Ersatz. Landwirtschaftliche Betriebe dürfen aber nicht brach liegen. Auch für die landwirtschaftlichen Arbeiter ist gesorgt, was möglich war.

#### Klagen über das Hilfsdienstgesetz.

Seider gibt das Kriegs-Hilfsdienstgesetz in der Fassung des Reichstags den Hilfsdienstpflichtigen das Recht, dort Arbeit zu nehmen, wo der höhere Lohn gezahlt wird. Das wird einen Anreiz zur Beschäftigung nur in der Industrie ausüben. (Sehr richtig! rechts.) Auch die Pferde und Erspanne der Landwirtschaft soll nur im äußersten Notfalle zurückgegriffen werden. Wenn aber Pferde ausgehoben werden müssen, dann darf es nicht zu Friedenspreisen, sondern zu den jetzigen weit höheren Kriegspreisen erfolgen. (Sehr richtig! rechts.) Die Stickstoffnot erkennen wir an. Es sind Versuche zu ihrer Behebung angestellt worden, die aber zu einem befriedigenden Ergebnis noch nicht geführt haben und bis zum Frühjahr auch nicht geführt haben werden. Die Erzeugung von Kaliumazetat soll dafür mit aller Energie betrieben werden. Insgesamt werden etwa 500 000 Tonnen Stickstoff der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden können. Das ist nicht viel, aber immerhin etwas. Was darüber hinaus von den Munitionsbetrieben noch geleistet werden kann, wird produziert werden. Ich vertraue auf die Einsicht der Heeresverwaltung, daß wir nicht nur Granater, sondern auch Stickstoff bekommen. Die neue Bundesratsverordnung über den Anbau von Zuckerrüben entspricht allen billigen Wünschen der Produzenten. Gewiß ist der Rübenpreis nicht so hoch festgesetzt worden, wie die Rübenbauer es gefordert haben. Aber die Verordnung bringt ihnen doch weitgehende Vergünstigungen. Ich appelliere auch an die Vaterlandsliebe der Rübenanbauer. Wenn jeder Opfer bringt, müssen auch sie es tun. Zucker brauchen wir bringend als Nahrungsmittel und für die Munitionsherstellung. Auch die Konsumenten müssen Opfer bringen und sich eine Erhöhung des Zuckerpreises auf etwa 38 bis 40 Pf. gefallen lassen. Das ist aber eine erträgliche Erhöhung. Hoffentlich gelingt es, an die ärmere Bevölkerung Zucker billiger abzugeben.

Die Landwirtschaft tut in dieser schweren Zeit mehr als ihre Schuldigkeit. Wie hat sie willig dem Hindenburgischen Aufruf in der Form der Hindenburgspende entsprochen. Das wird sie auch weiterhin tun. Wenn einzelne Landwirte Borräte zurückgehalten haben, die Gesamtheit kann dafür nicht verantwortlich gemacht werden. Die Landwirtschaft hat sich auch mit Zwangsmaßnahmen abgefunden, denn ohne Zwang geht es jetzt nicht. Aber der Zwang hat eine Grenze. Das sage ich nicht nur im Interesse der Landwirtschaft, sondern auch im Interesse der konsumierenden Bevölkerung, die auf eine berufsständische Landwirtschaft angewiesen ist. (Zustimmung rechts.) Darum sollte man davon Abstand nehmen, einzelne Fälle zu verallgemeinern und Vorwürfe gegen die Landwirtschaft zu erheben, die in dieser Allgemeinheit unbegründet sind und nur verbittern wirken müssen. (Zustimmung rechts.)

#### Gegen den Produktionszwang.

Für den Produktionszwang hat sich im Ausschuß nur eine Stimme erhoben, alle anderen Mitglieder haben ihn abgelehnt. Ich kann auch der linken Seite dieses Hauses nur dringend die Bektüre der Darlegungen empfehlen, die in den „Sozialistischen Monatsheften“ Herr Kallisi über den Produktionszwang in der Landwirtschaft gemacht hat. Ich kann geradezu alles unterschreiben, was Kallisi dort sagt. (Hört! hört! rechts.) Es ist einfach unmöglich, in den Millionen landwirtschaftlicher Betriebe durch eine Verordnung bestimmen zu lassen, was und wieviel angebaut wird. (Sehr richtig! rechts.) Man sollte endlich auch davon Abstand nehmen, dem Landwirt darüber Vorschriften zu machen, was er von seiner Erzeugung für sich selbst behalten darf. Einmal ist eine derartige Rationierung praktisch gar nicht durchzuführen, und dann muß es produktionslähmend wirken, wenn sich der Landwirt sagen muß: Was nützt mir meine Erzeugung, wenn ich alles abliefern muß! Diese einfache Binsenwahrheit sollte man in Zukunft niemals außer acht lassen. (Sehr richtig! rechts.) Die Mengen, die dabei in Betracht kommen, sind außerdem noch im Verhältnis zur Gesamtheit äußerst gering. Zu einem weitgehenden Optimismus auf dem Gebiete der Volksernährung ist jetzt nicht die Zeit. Wir werden noch mit weiteren Einschränkungen zu rechnen haben. Wenn wir uns ihnen aber fügen, dann können wir der Zuversicht sein, daß wir nicht vorzeitig einen Frieden zu schließen brauchen, der unseren Hoffnungen und den von uns gebrachten Opfern nicht entspricht. (Beifall.)

Dazu ermutigt mich unsere günstige militärische Lage und die Tatsache, daß unsere Gegner wirtschaftlich vielfach ebenso bedrängt sind wie wir und das Leben mindestens so teuer bezahlen müssen wie wir, dazu ermutigt mich weiter die schlechte Weizenernte in Amerika und Argentinien und nicht zuletzt die unvergleichliche und nicht dankbar genug anzuerkennende Tätigkeit unserer U. B. oote (demonstrativer Beifall), die mit dazu beigetragen hat, die Verlegenheiten unserer Gegner auf einen hohen Grad anzuheben zu lassen. Dabei wird es auch in Zukunft bleiben und deshalb sage ich: Vorwärts, mit Gott für König und Vaterland! (Lebhafter Beifall.)

**Abg. Braun (Soz.):** In den Ausschußberatungen wie in der Rede des Ministers haben die Interessen der Produzenten die größte Rolle gespielt. Die Möglichkeit, unsere Gegner einer wirtschaftlichen Katastrophe zuzutreiben, halte ich für eine Illusion — wie sie genau so bei unseren Gegnern dazu dient, das Friedensbedürfnis des Volkes zu betäuben, indem man von der entscheidenden letzten Kraftanstrengung gegen uns spricht. In allen Ländern herrschen Teuerung und Mangel, die auf den freien Weltverkehr angewiesene kapitalistische Wirtschaftsordnung vermag überall und läßt sich am meisten Bucher aufkommen. Unsere Ernährung wird schwieriger, je stärker die vor keiner Gewalttat zurückstehende Aushungerungspolitik Englands gesteigert wird. Wir müssen sowohl die Produktion aufs höchste steigern, bei aller Anerkennung für das Geleistete müssen aber die Mängel der Verteilung festgestellt werden. Viele Maßnahmen waren nur auf den Augenblick eingestellt und entbehren der Voraussicht, es wird aber auch immer noch der individuelle Gewinn als berechtigt anerkannt. Unsere Kriegswirtschaft ist nicht das Abbild, sondern das selbe Zerbild des sozialistischen Zukunftsstaates, mit dem man so lange agitiert hat, bis die Sozialdemokratie die

Partei im deutschen Volk wurde. Mit dem System der Halbheit und der Massenproduktion sich widersprechender und darum unbeachteter Verordnungen, muß gebrochen werden. — Die in der Kommission geforderte größere Strenge der Wachmannschaften gegen die Kriegsgefangenen würde ihre Arbeitslust und das Ergebnis ihrer Arbeit ungünstig beeinflussen; im Gegenteil, viele Arbeitgeber haben die

#### Die Kartoffelnot.

Erfahrung gemacht, daß die Arbeitslust durch Güte und Freundlichkeit erhöht wird. Statt dessen behandelt man Polen noch immer in der altpreussischen Weise. Man verlangt von den Landarbeitern höchste Arbeitsleistung, verweigert ihnen, die auch brauchen das Land verteidigen, die rechtliche Gleichstellung mit den gewerblichen Arbeitern.

Herr v. Osten hat gesagt, es sei unverständlich, daß Berlin jetzt keine Kartoffeln habe, denn Kartoffeln seien da. Gewiß, Kartoffeln sind da, aber sie sind nicht hier. Wie soll das erst im kommenden Winter werden, wenn schon jetzt, einen Monat nach der Ernte der Winterkartoffeln, es an Kartoffeln fehlt. Wir werden im Frühjahr eine Kartoffelnot haben. Anstatt Kartoffeln jetzt schon durch Rüben zu strecken, sollte man jetzt die Märkte voll beschicken und die Rüben überwintern. Zweifellos werden noch immer Kartoffeln absichtlich zurückgehalten, um höhere Preise herauszuschlagen. Das beweisen die Aufrufe vieler Landräte. Die Konservativen haben sich daraufhin in der Kommission entrüstet und haben ministerielles Einschreiten verlangt, aber nicht gegen die gewinnlüstigen Landwirte, sondern gegen die Landräte. (Hört, hört! links.) Lebensmittelwucher in der Jetztzeit ist eine Schamlosigkeit. Nahrungsmittel werden zu Apothekerpreisen verkauft. Denken Sie nur an die Fischpreise! Schamlos handelt aber auch, wer das bemäntelt. (Zuruf: Sagen Sie das den Juden!) Beim Lebensmittelwucher gibt es keine Rassenunterschiede. Es ist falsch, daß das jüdische Element da überwiegt. (Sehr richtig! links.) Es muß rechtzeitig eingegriffen werden, nicht wenn es zu spät ist. Gegen die Standalösen Zustände auf dem Gänsemarkt soll erst eingeschritten werden, wenn die Gans 300 Mark kostet. (Hört! hört! links.) Auf dem Obst- und Gemüsemarkt herrscht nach wie vor der schlimmste Wucher. Richtpreise werden festgesetzt, aber niemand richtet sich nach ihnen. (Sehr richtig! links.) Seit der Höchstpreisfestsetzung gibt es nur noch ausländische Zwiebeln. Käse gibt es nur im Schleichhandel zu Bucherpreisen. Die Zeit der Quacksalberei ist vorbei. Durchgreifende Organisationen und radikale Maßnahmen sind die Forderungen des Tages, sollen wir nicht einem wirtschaftlichen Zusammenbruch entgegengehen. Die Preise müssen abgebaut werden. Der Gesichtspunkt des Anreizes zur Produktion durch hohe Preise muß verschwinden, der Wucher muß verschwinden. (Sehr richtig! links.)

**Die feindlichen Eingriffe in die Privatverträge.** Auf eine kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Freiherrn Seyl zu Herrn Scheim ist folgende Antwort eingegangen: Der Entwurf einer Verordnung, welche die Vergeltung der Eingriffe feindlicher Staaten, namentlich Englands, Italiens und Frankreichs, in die zwischen Deutschen und Angehörigen dieser Staaten abgeschlossenen Verträge zum Gegenstande hat, ist dem Bundesrat vorgelegt worden und unterliegt zurzeit seiner Prüfung.

**Der preussische Haushaltsplan für das kommende Wirtschaftsjahr 1917** wird — wie eine Korrespondenz mitteilt — dem preussischen Landtage frühestens Mitte Januar vorgelegt werden. Gegenüber dem Vorjahre sind einsparende Veränderungen vertrieben worden. — Der Reichsetat für 1917 wird erst im Februar im Reichstage zur Beratung kommen.

**Die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Staatsarbeiter** und der gering besoldeten Staatsbeamten beschäftigt den Ausschuß des Abgeordnetenhauses. Die Regierung erklärt, daß die staatliche Wohnungsfürsorge für Miethäuser und Baugenossenschaften so wie bisher weitergeführt werde. Ein Redner des Ausschusses wünschte Erhöhung der Mittel in Anbetracht der Zusammendrängung der Arbeiter in den Städten durch das Kriegshilfsdienstgesetz. Ein weiterer Redner trat für Beschaffung billigen Baugeländes und für einen einheitlichen, gefälligen und dem Gelände angepassten Baustil ein. Der Staat sei der Geldgeber bei diesen Bauten und könne daher auch auf ihre Ausführung Einfluß nehmen. Ein Regierungsvertreter betonte, daß nach dem Kriege der Staat den Wohnungsbau ganz besonders fördern werde und zwar auch durch Schaffung von Zwergerentengütern in Verbindung mit Kleingärten. Gewünscht wurde noch die Gewährung kleiner Darlehen für Eigenhäuser. Damit war die Besprechung beendet, und dem Plenum wird vorgeschlagen werden, die übermittelte Denkschrift durch Entgegennahme des Ausschußberichts für erledigt zu erklären.

## Die Ernährungsfragen im Abgeordnetenhaus.

42. Sitzung, Dienstag, den 5. Dezember 1916.

Am Regierungstische: Landwirtschaftsminister v. Schorlemer, Minister des Innern v. Loebell.

Berichterstatter Abg. **Hoersch** (konf.; fortsetzend): Die geringe Kartoffelernte kann nur ausgeglichen werden durch den Bestand der Konsumenten und die Ueberflüssigkeit der Behörden; glücklicherweise sind die nötigen Sicherungsmaßnahmen schon getroffen. Das Saatgut muß aber auch sichergestellt werden. Hierin muß das R. G. U. den Schwerpunkt aller Sorge verlegen. Bisher haben wir uns leider noch immer nicht zu einem festen System der Produktionsicherung entschließen können. (Sehr wahr!) Man hat dem Kartoffelmarkt den preisausgleichenden Händler, der die Eignung der Sorten für den Transport kannte, genommen. Heute werden die Kartoffeln hin und her geschoben und ihre Anfälligkeit auf die äußerste Spitze getrieben. Das sollten auch die Konsumenten bedenken, wenn sie für schlechte Kartoffeln die Landwirte verantwortlich machen. (Zust. rechts.)

Unsere preussischen Eisenbahnen müssen jetzt bei den verlängerten Fronten Transporte und Güterbeförderungen leisten, an die man wie gedacht hat und das bei vermindertem Material. Um hier rationell zu arbeiten, muß das überflüssige Hin- und Herschicken von Lebensmitteln aufhören; darauf kommt mehr an als auf Einschränkung der Rüge und der Fahrgeschwindigkeit. (Sehr wohl! rechts.)

Die Zuckerrübenerte ist von 68 auf 73 v. H. des Friedensstandes gestiegen. Die Rationen sind klein, Zucker wird auch zur Munitionsherstellung gebraucht, jedenfalls muß die Produktion dieses kräftigen Nährmittels ganz anders angepaßt werden wie bisher. Ungebildete Gefangene müssen heute die Arbeit geschulter Galizier und Polen leisten, es fehlt an Bespannungen — da bleibt nur eine Erhöhung der Rübenpreise, die die Landwirtschaft in geringem, unbedenklichem Maße nach den Erklärungen Herrn von Batockis auch erwarten darf. Kein Deutscher kann das ablehnen, wenn nicht die Gefahr einer Einschränkung des Rübenanbaus entstände.

Vor dem Hilfsdienst mußten wir die allergrößten Besorgnisse haben, wenn nicht Erz. Gröner erklärt hätte, daß die Landwirtschaft vaterländischer Hilfsdienst sei und auf die für sie maßgebende Qualitätsarbeit Rücksicht genommen werde.

Die jegliche Bezahlung der Pferde durch die Heeresverwaltung bedeutet einfach einen Eingriff in das Vermögen; diese Willkür muß aufhören. Angeblieh sollen jetzt die Friedenspreise auf 175 v. H. erhöht werden, das kann aber die Pferdezucht nicht genügend anteuern.

### Die Stickstofffabrikation.

Der Redner bespricht dann ausführlich die Kunstdüngerfrage und tadelt es, daß man sich über die Erhebung der Auslandszufuhr an Stickstoff lange Zeit keine Kopfschmerzen gemacht hat. Dem Reichsschatzamt, dem preussischen Finanzminister und der Energie des Landwirtschaftsministers ist der Bau der Stickstofffabriken zu danken; sie reichen trotz ihrer gigantischen Maße nicht aus; von dem neuen Verfahren des Nobelpreisträgers Ostwald können wir aber viel erwarten. Der Ausschuss hat sich gegen eine Herabsetzung der Rinderpreise zum Frühjahr ausgesprochen. Die Ankündigung allein würde schon unseren Viehstand beeinträchtigen. Auch die Räder würden weiter abgeschlachtet werden. Eine Verminderung der Milchzeugung wäre gleichfalls die Folge. Auch die Landwirtschaft will den Kämpfen draußen den Rücken gegen alle Sorgen beden.

Abg. **Dr. v. D. Osten** (konf.): Trotz der ernststen Lage, wird entschlossener Wille zum Durchhalten Erfolg haben. Aber auch ein Ende des Weltkrieges wird die Ernährungschwierigkeiten nicht sofort beheben. Die schlechte Welternte, die Entblößung aller Länder von den wesentlichen Produkten und die Verringerung des Frachtraums werden dabei mitwirken. Bei dem dann einsetzenden Wettlaufen wird uns die Baluta noch Schwierigkeiten machen. Wir müssen Vorkehrungen auch für eine lange Uebergangsdauer durch Schaffen und Ansammeln von Vorräten treffen. Auf die Preise darf man nicht allzuviel Gewicht legen. Eine Preislenkung darf die Vorratsammlung nicht hindern. Besser es ist etwas da, als nichts. Wärmster Dant gebührt unseren tapferen Landfrauen. (Beifall.) Die Preise, die die Heeresverwaltung für enteignete Pferde zahlt, sind eine große Härte. Trotz aller Schwierigkeiten haben die Landwirte die Kartoffeln angeliefert, es ist nicht wahr, daß sie sie zurückgehalten hätten. Man darf aber der Landwirtschaft nichts Unmögliches zumuten. Mit einem Produktionszwang soll man ihr ja nicht kommen. Schaffe man ihr stetige Verhältnisse, rechtzeitige Ordnung aller Dinge, damit sie zeitig alle Vorbereitungen treffen kann. Wie kann man die Erzeugung steigern? Der vermehrte Anbau der Zuckerrüben fordert eine Preiserhöhung. Sonst stehen wir am nächsten Jahr vor einer Katastrophe unserer Zuckerernte. Wichtig ist die Bereitstellung des nötigen Stickstoffdüngers. Die Ausbeutung des Ostwaldschen Verfahrens sollte mit aller Tatkraft ins Werk gesetzt werden. Der Kettenhandel und unnötige Transporte verteuern manches Produkt ohne Not. Die Verwaltung der Getreide muß ähnlich wie die des Brotgetreides erfolgen. Die Graupen könnten dadurch 17 bis 20 Prozent billiger werden. Mit der Anute des Zwanges erreicht man weniger als mit dem Appell an die guten Instinkte. Der Zwang, bei dem wir schon ein bißchen vom sozialdemokratischen Zukunftsstaat schmecken (Zuruf: Das wird noch dicker! Heiterkeit), geht zu weit. Alle 2 Wochen 1 Ei rechtfertigt ihn nicht. Unser Zukunftsideal ist die freiwillige Unterordnung unter die Staatsnotwendigkeiten in Verbindung mit der Achtung des Staates vor der persönlichen Freiheit des einzelnen. Unsere Staatsbahnverwaltung steht auch heute noch auf voller Höhe. Zur Streckung der Kartoffeln ist nur ein Teil der Bruten notwendig. Den Rest sollte man dem Landwirt belassen. Eine völlig gleichmäßige Verteilung der Kartoffeln läßt sich beim besten Willen nicht durchführen. Eine Abschachtung von Rindern, wie sie der sozialdemokratische Antrag fordert, wäre die schlimmste Augenblickspolitik (Zustimmung). In einem halben Jahre müßten wir dann auf alle Fleischnahrung überhaupt verzichten. (Sehr richtig.) 600 000 Rinder würden vierteljährlich fallen. Die Preis- und Vorratspolitik des preussischen Landesfleischamts ist vorbildlich. Die Nahrungsmittelnot wird in den Ententeländern größer werden als bei uns. England ist fast ganz auf die Zufuhr australischer Weizens angewiesen. Die Lebensmittel- und Transportkrise wird sich bei unseren Feinden leicht zur Katastrophe entwickeln. Unser Volk wird durchhalten. Wir haben das größte Vertrauen zur Regierung und dem klar blickenden Geist der Obersten Heeresleitung. Sollte uns in dieser kritischen Zeit ein Neutraler mit heuchlerischer Gesite in den Arm fallen wollen, so gilt heute wie vor 150 Jahren des Alten Frigen Wort: Die Preußen fragen nicht, wieviel sie ihrer Feinde, sondern: wo stehen sie? (Lebhafte Beifall.)

Abg. **Brust** (Str.): Alle Kreise unseres Volkes, Erzeuger und Verbraucher, müssen dazu beitragen, daß wir wirtschaftlich durchhalten können. Dann kommen wir zu einem Frieden, wie ihn die glänzenden Erfolge unserer heldenhaften Truppen an allen Fronten gegen eine drei- bis vierfache Uebermacht gewährleisten. Auch unsere Arbeiterchaft weiß, daß es um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes in allen seinen Teilen geht. Die Zwistigkeiten zwischen Stadt und Land müssen aufhören, sie sind unserer

Zeit unwürdig — der Worte sind genug gewechselt! — Der Redner bespricht darauf eingehend die Ausschufananträge. Die Vorschläge des Ausschusses geben Fingerzeige zur Beseitigung der bestehenden Mißstände. Wir Abgeordnete müssen aber im Lande aufklärend wirken, damit auch innerhalb des Landes ein einzig Volk von Brüdern ist, das in keiner Not und Gefahr sich trennt. (Beifall.)

### Lob des Kriegsernährungsamtes.

Abg. **Dr. v. Campes** (nlib.): Das Kriegsernährungsamt ist wahrhaft ein dornenvolles Amt, aber wenn auch nicht in allen Einzelheiten — im großen und ganzen gelingt ihm seine Aufgabe doch wohl. Wenn sich im einzelnen Unzuträglichkeiten ergaben, so liegt das an der Unübersehbarkeit der Lage. Durch unvorhergesehene Ereignisse können alle Berechnungen über den Haufen geworfen werden. Dann aber liegt ein Teil der Schuld auch daran, daß die so zahlreich erlassenen Verordnungen sich nicht nur nicht ergänzen, sondern sich direkt widersprechen. (Sehr richtig!) Hat man sich aber einmal für eine Maßnahme entschieden, dann muß sie auch rücksichtslos durchgeführt werden. Auf viele Fragen ist die Regierung im Ausschuss die Antwort schuldig geblieben, so auf die Frage, was es mit den ominösen Danziger Getreideschiebungen auf sich habe. Die Sache hat doch peinliches Aussehen erregt. Im Interesse eines vertrauensvollen Zusammenarbeitens zwischen Regierung und Volksvertretungen wäre weniger Zurückhaltung wünschenswert. Gerade bei den knappen Lebensmitteln ist Zwangsbeziehung notwendig. Aber nach Möglichkeit lasse man bei anderen Waren den Handel frei schalten. Gewiß atmet die gegenwärtige Zwangsregelung viel sozialistischen Geist. Aber wir ertragen ihn nur jetzt in einer Ausnahmezeit. Für die Friedenszeiten wünschen sich die Sozialdemokraten diese Regelung selbst nicht. (Zurufe v. d. Soz.) Wir müssen haushalten, eine gewisse Notlage wird eintreten, aber wir werden durchkommen. So gut wie den Beamten der Z. G. R. wird es allerdings dem ganzen Volke nicht gehen können, denn sie bekommen Speck, Reis, Kalbsbraten usw. (Hört! Hört!) Gar so schlimm liegen übrigens die Dinge bei uns nicht. Wir haben im Frieden zu viel Fleisch gegessen, so daß wir eine Herabsetzung des Fleischkonsums ganz gut vertragen können. Auch die Kartoffeln werden trotz ihrer Knappheit reichen. Die Sterblichkeitsziffer des deutschen Volkes hat sich im Laufe des Krieges gebessert. Volle Aufklärung der Sachlage ohne Rücksicht auf das doch informierte Ausland ist in diesen Dingen geboten. Je mehr das Volk über die wahre Sachlage erfährt, desto weniger wird es mürrisch. Wenn es an die Verteilung der rumänischen Beute geht, dann dürfen wir nicht allzu bescheiden sein. Wir haben die Hauptarbeit dort gemacht. Unseren Verbliebenen soll zustehen, was ihnen gebührt. Aber wir Deutsche wollen auch das Unrige haben. Gewiß, niemand soll ohne Gewinn produzieren. Aber die Preise haben doch jetzt eine Höhe erreicht, die durch die gestiegenen Produktionskosten nicht gerechtfertigt sind. (Zustimmung.) Wenn man dazu noch gewisse Geschäftsabschlüsse und Dividenden zum Vergleich heranzieht, dann muß das im Volke Verstimmlung auslösen. Wir sollten aber alles ausmerzen, was im Volke Unzufriedenheit erregen kann. 50 Gramm Seife kosten 1,20 Mark. Das macht für das Pfund 12,50 Mark, was in Berlin für geräucherte Gänsebrüste gezahlt werden (Zuruf: Dann kaufen Sie doch lieber Gänsebrust!). Damit kann man sich doch nicht waschen. (Weiterkeit.) Die hoffische Berechnung, wir könnten 400 Gramm Fleisch wöchentlich geben, weist verschiedene Fehler auf. Wir müssen unseren Viehstand erhalten, aber er muß natürlich im Einklang stehen mit den vorhandenen Futtermitteln. Der Zuckerpreis wird von 32 auf etwa 38 bis 40 Pfennig für das Pfund erhöht werden müssen. Da wir monatlich 1 1/2 Pfund bekommen, so macht das für den Monat rund 10 Pfennig oder für das Jahr 1,20 Mark. Das ist eine Summe, um die wir nicht rechten sollten. Diese Erhöhung kann getragen werden. Diese Zeit ist ohne Opfer nicht möglich. Gern und willig muß das Volk die unvermeidlichen Opfer tragen bis zum siegreichen Ende. (Beifall.)

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr.

Schluß 5 Uhr.

# Die Ernährungsfragen im Abgeordnetenhaus.

12. Sitzung, Dienstag, den 5. Dezember 1916.

Am Regierungstische: Landwirtschaftsminister z. Schorlemer, Minister des Innern v. Loebell.  
Der Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Das Haus erledigt eine Anzahl von Petitionen, die von den Ausschüssen für nicht geeignet zur Erörterung im Hause erachtet sind.

Der verstärkte Staatshaushaltsausschuß hat sich im Anschluß an einen Antrag von Bodelberg (Konf.) eingehend mit Ernährungsfragen beschäftigt und eine Anzahl von Wünschen an die Regierung dem Hause zur Beschlussnahme vorgelegt, (die wir bereits ausführlich wiedergegeben haben. Die Red.).

Ein nationalliberaler Antrag wünscht Ausdehnung der Vergünstigungen für im wehrpflichtigen Alter stehende Schüler, die freiwillig oder infolge von Aushebung ins Heer eintreten, auf die, welche in einen technischen oder landwirtschaftlichen Beruf übergehen wollen.

Ein fortschrittlicher Antrag verlangt, daß die Polizeibehörden befugt seien, bei Verstößen gegen Bestimmungen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes Strafen durch Verfügungen bis zum Höchstbetrage von 150 Mark oder Haft bis zu 14 Tagen festzusetzen. Ein weiterer fortschrittlicher Antrag ersucht, die Schlachtpreise für Rindvieh im Frühjahr herabzusetzen.

Ein sozialdemokratischer Antrag fordert Erhöhung der Fleischration und Herabsetzung der Preise für Fleisch, Fische, Gemüse und Obst, Sicherstellung des Bedarfs an Kartoffeln in den Städten und Industriebezirken, Höchstpreise für Zwiebeln und Einbeziehung aller Arten Fleisch, Wild, Geflügel und Fische in die öffentliche Bewirtschaftung. Die landwirtschaftlichen Arbeiter sollen den gewerblichen rechthilflich gestellt werden.

Als Berichterstatter des Ausschusses erklärt:

Abg. **Vipmann** (Dpt.): Für die Ernährung, die sich zieht schwierig gestaltet, sind im Ausschuß Richtlinien ausgearbeitet worden. Unsere Volksernährung ist jetzt auf dem System der öffentlichen Bewirtschaftung aufgebaut, daß in den zwei Kriegsjahren immer weiter ausgebaut worden ist. Einem völligen Abbau des Systems ist von niemand das Wort geredet worden, dagegen aben sich erhebliche Zweifel ergeben, ob nicht das System schon viel zu weit ausgedehnt sei. Als Beispiel dafür wird auf die Eier hingewiesen. Seit der öffentlichen Bewirtschaftung der Eier werden an den Verbrauchszentren Eier überhaupt nicht mehr verteilt. Selbst die Produktionsgebiete können oft nicht mehr den Kranken keine Eier geben, weil sie die Eier abliefern müssen und nicht wissen, was mit ihnen dann weiter geschieht. Der Antrag, die öffentliche Bewirtschaftung der Eier wieder aufzuheben, ist abgelehnt worden. Das Kriegsernährungsamt hat darauf hingewiesen, daß jetzt die Fühner streikten und daß für das Frühjahr und den Sommer ein Verteilungsplan vorbereitet sei.

## Die mangelhafte Kartoffelernte.

Die gesamte Ernährungsfrage wird von dem äußerst mangelhaften Ergebnis der Kartoffelernte beherrscht. Die klügsten und sorgfältigsten Berechnungen und Voraussetzungen sind über den Haufen geworfen worden. Während im vorigen Jahre die Kartoffelernte 54 Millionen Tonnen ausmachte und die Körnerfruchternte beschränkt war, hat diesmal die Kartoffel versagt, dagegen kann man das Mehr an Körnerfrüchten auf 4—5 Millionen Tonnen veranschlagen. Vom Kriegsernährungsamt wird jetzt eine Neuorganisation der Kartoffelernte durchgeführt, die sich auf die tatsächlichen Ergebnisse in den einzelnen Kreisen gründet. Da aber auch dadurch nicht für eine vollständige und liche Ernährung der Bevölkerung mit Kartoffeln gesorgt werden kann, hat das Kriegsernährungsamt die Kohlrüben (Bruten) der menschlichen Ernährung mehr nutzbar gemacht und der tierischen völlig entzogen. Man rechnet mit einer Ernte von 200 Millionen Zentner Kohlrüben, von denen bereits 65 Millionen aufgekaut und zur Verteilung an die Kommunen fertiggestellt sind. Um auch die restlichen 135 Millionen Zentner der menschlichen Ernährung zu sichern, ist ein Befütterungsverbot erlassen worden.

Man muß auch mit einem Schwund der Kartoffeln bis zum Frühjahr rechnen. Da die Kohlrübe sich nicht gut hält, so wird man sie bis zum Februar den Landwirten abnehmen und soweit sie dann nicht verzehrt worden ist, sie trocknen. Die Kartoffelration für die Bevölkerung hat in dieser Lage mit Gültigkeit vom 1. Januar 1917 ab auf  $\frac{1}{4}$  Pfund Tageskopfsatz herabgesetzt werden müssen. Die Schwerarbeiter erhalten  $\frac{1}{4}$  Pfund Zulage, so daß sie, wie bisher, 2 Pfund täglich erhalten.

Bei dem Mangel an anderen Nahrungsmitteln muß der Zucker als Volksnahrungsmittel erhalten bleiben. Die Zulassung eines Rückganges der Erzeugung von Zuckerrüben und der Herstellung von Zucker wäre nicht zu verantworten. Die Verhältnisse sind aber schwierig, denn der Zuckerrübenanbau erfordert besonders widerstandsfähige Gespanne, sorgfältige und oft wiederholte Bearbeitung, sowie starke Kunstdüngung. Kunstdünger ist aber nur in geringen Mengen zu beschaffen, die Gespanne sind teuer, der Landwirt muß für neue Gespanne mehr anlegen, als er für die enteigneten von der Heeresverwaltung erhält.

## Die Versorgung mit Fleisch und Fett.

Die wichtigste Frage ist die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Fett. Hindenburgs klarer Blick für das Notwendige hat diesen Verhältnissen sein Augenmerk zugewendet und eine Stimme wie die unseres Hindenburg wird überall gehört werden. Die Folge seines Briefes waren Aufrufe der landwirtschaftlichen Organisationen, Speck und Fett für die Schwerarbeiter zur Verfügung zu stellen. Bevor man mit Zwangsmaßnahmen vorgeht, sollte man abwarten, was Freiwilligkeit und Opferwilligkeit hier erreichen. (Sehr richtig! rechts.)

Die Tätigkeit der Viehhandelsverbände ist im Ausschuß scharf kritisiert worden. Vor allem wurde getadelt der hohe Prozentsatz an Unkosten, zu dem die Verbände arbeiten. Um 7 Prozent wird das Fleisch durch die Tätigkeit der Viehhandelsverbände verteuert, wovon allein  $\frac{3}{4}$  Prozent auf die Unter- und Sammelkommissionäre entfallen. Bei einem Gesamtumsatz von 3 Milliarden stellen diese  $\frac{3}{4}$  Prozent eine Summe von 135 Millionen dar. (Hört! Hört!) Man hat daher geprüft, ob diese Verbände nicht billiger arbeiten können. Vorläufig geht es angeblich nicht, hoffentlich erreichen wir aber bald einen wesentlichen Abbau dieser Unkosten. Eingehend beschäftigt hat den Ausschuß die Frage, ob die Zahl der Schlachtungen nicht vergrößert werden kann. Der Ausschuß hat die Frage verneint. Beim Rindvieh ist 1915 ein Rückgang um 9 Millionen Stück eingetreten. Im Frieden trug der Rindviehbestand nur mit 7 Millionen Stück zur Ernährung des Volkes bei. Danach ist bereits 1915 in den Rindviehbestand mit 2 Millionen Stück eingegriffen worden, und dieser Eingriff setzte sich fort bis September 1916. An eine Erhöhung der Abschachtungen ist also ohne eine Gefährdung des eigentlichen Bestandes gar nicht zu denken.

## Die teure Gans.

Im Ausschuß ist beantragt worden, auch die Gans in die Fleischkarte einzubeziehen. In der Tat haben sich auf dem Gänsemarkt Zustände entwickelt, die unerhört sind. Vor dem Kriege und im Anfang des Krieges war die Gans auch auf dem Tisch des wohlhabendsten Arbeiters bekannt. Jetzt sind die Preise für Gänse auf 100, 120, 150, in einem Fall sogar auf 170 Mark für das Stück gestiegen, der Preis für das Pfund auf 8 Mark. Das

ist doch unerträglich. Bei diesen Preisen können nur ganz schwerkreiche Leute Gänse kaufen. Die Regierung will aber für Gänse weder Höchstpreise vorschreiben, noch die Gans auf die Fleischkarte setzen, weil sie glaubt, daß dann kein Anreiz mehr für die Züchtung von Gänsen vorhanden, daß die Gans vom Markte verschwinden wird und daß damit eine hervorragende Fettquelle verliert, die wir jetzt sehr gut gebrauchen können. Der Regierung sind die jetzigen betrieblenden Zustände bekannt, aber der Präsident des Kriegsernährungsamtes war der Meinung, daß man zunächst die Sache sich noch weiter entwickeln lassen solle. Würde die Gans etwa 300 Mark kosten, dann würde allerdings eingegriffen werden müssen. (Hört, hört!) Einige Kommissionsmitglieder waren der Meinung, daß es dann zu spät sein wird. (Sehr richtig!)

Die Bestrebungen auf Herausnahme der Fühner aus der Fleischkarte wurden vom Präsidenten des Kriegsernährungsamtes als aussichtslos bezeichnet, weil dann nach seiner Ansicht Fühner in solchem Umfange abgeschachtet werden würden, daß die Versorgung des Volkes mit Eiern in Frage gestellt würde.

Die Fischpreise sind durch den Kettenhandel in einer Weise gesteigert worden, die durch Fangverhältnisse und Vertriebsunkosten in keiner Weise gerechtfertigt sind. Es ist die höchste Zeit, hier Wandel zu schaffen, und es wurde uns auch eine Organisation aufgezeigt, die die Fische zu den Gemeinden bringt und diesen die Preisfestsetzung überläßt.

Es ist klar, daß die Bevölkerung in diesem Winter viele Leiden wird auf sich nehmen müssen. Schon der Ausfall der Kartoffelernte wird zu einem Umlernen und Umwirtschaften zwingen. Seien wir uns aber alle im Sinne des Hindenburgbriefes klar, daß alles, was wir leiden, für das Vaterland geschieht und geschehen muß zur Erhaltung des Vaterlandes in Kraft und Ehren! (Lebhafter Beifall.)

Berichterstatter Abg. Dr. **Hoersch-Neukirchen** (Konf.): In dem Ausschuß hat man sich viel mehr als sonst in die Gedanken der anderen vertieft. Das Ergebnis ist in den Entschlüssen des Ausschusses niedergelegt worden. Die Interessen der Verbraucher standen im Vordergrund. In dem geduldbigen Ertragen der Entbehrungen liegt ein nicht hoch genug anzuerkennendes Heldentum. Den Verbrauchern soll möglichst bald geholfen werden. Man sagt vielfach: es genügt nicht, daß die Leute „Fleischkarten“ bekommen, sie müssen auch das Fleisch erhalten. Immerhin wurden in Berlin die Fleischkarten bis auf  $\frac{1}{4}$  v. S. ausgenutzt.

Die Einbeziehung aller Lebensmittel in die Zwangsbewirtschaftung würde zu einem Zusammenbruch führen und ihre Ausdehnung läuft parallel mit der Zunahme illegaler Handelsgeschäfte und von Einkäufen, die die Reglementierung umgehen. Schließlich hat man ja sogar den Schrebergärtnern aus der Stadt verboten, ihre mühsam erarbeiteten Kartoffeln und Gemüse aus dem umgebenden Kommunalverband auszuführen. So fördert man die freiwillige Höchstleistung der Produktion nicht, auf die es doch so sehr ankommt. (Zustimmung.) Die unvollkommenen Maßnahmen säen immer wieder Mißstimmung zwischen Stadt und Land. Wo soll es hinführen, wenn draußen für Aepfel 12 Mark der Zentner bezahlt werden, hier aber 90—100 Mark. Das führt zu Empörung und Verbitterung zwischen Stadt und Land. (Sehr wahr! auf verschiedenen Seiten.) Wir wurden für Aepfel, wenn ich sie nur ohne die nötige Verpackung, Umhüllung usw. — in Körben schütten wolle, 50 v. S. mehr geboten. (Hört! hört!) Der Hindenburgbrief muß auch durch eine richtige Preispolitik unterstützt werden.

## Der Volkswirt.

## Die Teuerung in England.

Zu Anfang des Krieges waren die Engländer felsenfest davon überzeugt, daß sie die große Fehde ausfechten könnten, ohne für die täglichen Bedarfs- und Lebensmittel höhere Preise als in Friedenszeiten zahlen zu müssen. Nunmehr aber wird offiziell und nichtoffiziell eingestanden, die U-Boot-Gefahr sei in jeder Beziehung ganz außerordentlich. Es wird eingestanden, daß die damit verbundene Teuerung alle Grenzen überschreite, unerhört und unabsehbar sei. Es wird eingestanden, daß Edward Grey einen verhängnisvollen Irrtum begangen habe, als er am Tage der Kriegserklärung im Parlament erklärte, Großbritannien werde auch wirtschaftlich besser wegkommen, wenn es, statt neutral zu bleiben, sich am Krieg beteilige. Und endlich sieht man mit Bangen, aber mit vollkommener Ohnmacht zu, wie sich die Kaufkraft des Pfund Sterling von Tag zu Tag verringert: es fehlt nicht viel, und man kann nur die Hälfte dessen kaufen, was man vor August 1914 dafür erhielt — ein entschieden unrentables Geschäft, ganz zu schweigen von den erdrückenden neuen Steuerlasten. Fast hat es den Anschein, als schließe sich Albion mit den eigenen Waffen.\*)

War die Teuerung schon bis Juli dieses Jahres unerträglich, so gestaltete sie sich seit August immer beängstigender und wird völlig unerlos. Anfang September fanden im Hyde Park zu London bedeutende Kundgebungen einer Reihe von Arbeitergewerkschaften gegen die Teuerung statt. Die Redner forderten die Regierung zu geeigneten Maßnahmen auf. Gleichzeitig wurden Beschlüsse gefaßt, daß die Gewerkschaften Lohnerhöhungen verlangen sollten. Bald darauf erklärten die führenden englischen Blätter, die Lebensmittelversorgung während der nächsten Monate verursache arge Besorgnisse. Manche Zeitungen hielten es für nötig, daß eine bestimmte Quantität Brot und Milch jedem einzelnen, besonders der arbeitenden Bevölkerung, gesichert würde, was wiederum die Einführung von Brot- und Milcharten erforderlich gemacht hätte. Es wurde festgestellt, daß die Lebensmittelpreise im Durchschnitt um 70 Prozent, die Löhne der Arbeiter im ganzen jedoch nur um 30 Prozent gestiegen wären. Die ungünstige Weizenernte in Kanada und den Vereinigten Staaten, ferner die unaufhörlichen Regengüsse in England bewirkten ein starkes Anziehen der indischen und besonders australischen Weizennotierungen. Inzwischen hatte der Ausschuß die Steigerung der Lebensmittelpreise untersucht, ohne irgendwie der Lösung des Problems näherzukommen. Alles, was er zu tun vermochte, war, einige Ratsschlüsse zu erteilen. Mitte Oktober entbrannte im Unterhause die bekannte leidenschaftliche Debatte über die Lebensmittelpreise. Milch ist auf den für England phantastischen Preis von fast 6 Pence pro Liter gestiegen. Die Bäcker drohten mit der Erhöhung von 9½ auf 10 Pence, was einen mehr als dreifachen Brotpreis im Vergleich mit der Zeit vor dem Krieg bedeutet. Zucker ist um 166 vom Hundert gestiegen, ebenso Tee, der von den Engländern in enormen Mengen verbraucht wird. Die Kohlenpreise weisen infolge der zwölf- bis fünfzehnfach höheren Frachtraten eine Steigerung von etwa 70 vom Hundert, Streichhölzer kosten das Fünffache des normalen Preises. Und gegenüber allen Beschwerden der verschiedenen Abgeordneten wußte Handelsminister Runciman nur einen Ausweg: Er empfahl kühle Ruhe.

Die „kühle Ruhe“ half indessen wenig. Einige Tage nach der erregten Unterhausdebatte kam es an der Londoner Getreidebörse zu wilden Preistreibereien, da das geringe Angebot in Weizen die stürmische Nachfrage auch nicht entfernt zu befriedigen imstande

\*) Gegen die folgenden Ziffern und Daten wird man vielleicht einwenden, daß die Teuerung bei uns ungleich bedeutender ist. Bei derartigen Vergleichen muß jedoch die Gegenüberstellung der Ziffern zu Rechlüssen führen. Während England den Krieg führt, um den deutschen Handel zu zertrümmern und das Gegenteil von dem erwartete, was jetzt geschieht, kämpfen wir einen Verteidigungskrieg. Auch kann sich der Engländer weit weniger leicht nach der Decke strecken als der Deutsche oder Oesterreicher.